

**PAPERS**

**MURAT ÇAKIR**

**AUTORITÄRER  
NEOLIBERALISMUS  
UND ISLAMISIERUNG**

**DIE CHARAKTERZÜGE  
DER «NEUEN TÜRKEI»**

MURAT ÇAKIR

**AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS  
UND ISLAMISIERUNG**

DIE CHARAKTERZÜGE DER »NEUEN TÜRKEI«

Artikelsammlung

Impressum:

V.i.S.d.P.: Murat Çakır

Die Reihe Paper erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html>  
heruntergeladen werden.

# INHALT

Normalzustand in der »demokratischen« Türkei: Willkürjustiz.....	6
Türkische Medien: Sprachrohr des Regimes.....	10
Die kurdische Proletarisierung.....	14
Kurdischer Frühling in Syrien und türkische Interessen.....	19
Eine »Regionalmacht« eskaliert! Der syrische Bürgerkrieg und Ankaras Spiel mit dem Feuer.....	23
Neuorientierung in der Türkeipolitik.....	30
Die metaphysische Phrase – Der kurdische Nationalismus und die kurdische Frage.....	36
Die türkische Sicht auf die NSU-Morde.....	42
Lange aufgestaute Wut.....	47
Wut und Widerstand – Über die Hintergründe des Aufstandes gegen Erdoğan.....	49
Die Last des Eurozentrismus.....	55
Arbeiterklasse am Taksim.....	57
Der »Juni-Aufstand« in der Türkei – Das Aufbegehren gegen die Hegemonie der neoliberal-islamistischen AKP-Regierung.....	59
Antikapitalismus und Islam – Über die junge Bewegung der »Antikapitalistischen Muslime«.....	69
Erdoğan's Menetekel.....	76
Arbeitsschutz unter Erdoğan per Gesetz abgeschafft.....	78
Die unerträgliche Heuchelei – Über den Besuch eines türkischen Despoten und der Doppelzüngigkeit deutscher Politik.....	80
»Kein Schicksal, sondern Mord mit Ansage« - Über das Grubenunglück von Soma und die Politik der Erdoğan-Regierung.....	82
Sieg, Niederlage, Hoffnung – Wahlabendanalyse der türkischen Staatspräsidentenwahlen.....	83
Des Sultans Scheindemokratie – Die Türkei nach den Staatspräsidentenwahlen. Politische und gesellschaftliche Perspektiven.....	92
Kampf um Kobanê, Ausnahmezustand in der Türkei und internationale Solidarität (gemeinsam mit Errol Babacan).....	100
Die »bösen Buben« in strategischen Untiefen – Über die Hintergründe der aktuellen türkischen Außenpolitik.....	107
Autoritärer Neoliberalismus und Islamisierung – Die »Neue Türkei« an einem Point of no Return? (gemeinsam mit Errol Babacan).....	113
Glossar.....	123



# EINLEITUNG

In dieser Artikelsammlung stellen wir in chronologischer Reihenfolge eine Auswahl von Türkei-Artikel des Autors Murat Çakır vor. Diese wurden jeweils im persönlichen Internetblog von Murat Çakır (<http://murat-cakir.blogspot.com>) sowie in verschiedenen Tageszeitungen und Zeitschriften veröffentlicht. Das vorliegende Papers-Band ist die Fortsetzung der Artikelsammlung »Neo-osmanische Träume – Über das Werden einer Regionalmacht« von Dezember 2011.

In den Aufsätzen werden vor allem der kurdisch-türkische Konflikt, auch in Zusammenhang mit den regionalimperialistischen Bestrebungen der türkischen Machthabern und die Politiken der AKP, im Besonderen der neoliberale Umbau und die Islamisierung thematisiert. Einige Artikel befassen sich mit den Entwicklungen im syrischen Bürgerkrieg und mit der Rolle Ankaras in diesem tödlichem Konflikt. Gleichzeitig werden aber auch nationalistische Ambitionen, so z.B. im Kurdischen Autonomieregion im Nordirak unter der Führung von Mesud Barzani kritisch betrachtet.

Die Ereignisse in und um den Istanbuler Gezi-Park im Mai und Juni 2013 werden in fünf Artikeln behandelt und versucht, die Hintergründe sowie die Akteure des Aufstandes ge-

gen die neoliberal-islamistische AKP-Regierung zu beleuchten. Hierbei sollte der Artikel über die junge Bewegung der »Antikapitalistischen Muslime« hervorgehoben werden.

Neben zwei Analysen, die sich mit den Staatspräsidentenwahlen in 2014 befassen, wurden zwei im In- und Ausland publizierte Artikel in die Sammlung aufgenommen, die der Autor gemeinsam mit Errol Babacan verfasst hat.

Wir hoffen, dass die vorliegende Artikelsammlung für das Verständnis der Gesellschaft in der Türkei, des kurdisch-türkischen Konflikts und für die Hintergründe der Entwicklungen unter der AKP-Herrschaft hilfreich sein wird.

Viel Spaß bei der Lektüre

**ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG HESSEN  
FORUM FÜR BILDUNG UND ANALYSE E.V.**

# NORMALZUSTAND IN DER »DEMOKRATISCHEN« TÜRKEI: WILLKÜRJUSTIZ

FEBRUAR 2012

Ayla Şimşek und Mürvet Kasımoğlu, zwei Studentinnen der Kocaeli Universität: Sie wurden in den frühen Morgenstunden des 5. Juni 2011 von Beamten der Polizeieinheit »Abteilung Terrorismusbekämpfung« verhaftet. Sie sind nur zwei von rund 600 Studierenden, die mit ähnlichen Vorwürfen verhaftet wurden und nun auf ihre Gerichtsverhandlungen warten.

Sie hatten noch Glück. Im Oktober 2011 wurde der Geheimhaltungsbeschluss über die Anklage aufgehoben und so konnten sie erfahren, warum sie verhaftet wurden – andere warten seit 23 Monaten darauf.

Beiden Studentinnen wird vom Staatsanwalt vorgeworfen, »Aktivitäten im Namen einer terroristischen Organisation, ohne deren Mitglied zu sein« begangen zu haben. Von diesem »Copy and Paste«-Vorwurf sind derzeit tausende Inhaftierte betroffen. Der Staatsanwalt gründet seine Anklage auf folgende Straftatbestände: Teilnahme als ZuhörerIn an einer Gerichtsverhandlung von KommilitonInnen; Teilnahme an der Eröffnung des Wahlbüros des Linksbündnisses Block für

Arbeit, Demokratie und Freiheit; Teilnahme an Protestdemonstrationen gegen eine Entscheidung der Hohen Wahlkommission; Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung für führende Mitglieder der 68er StudentInnen- und Jugendbewegung; Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung für einen 2009 in Diyarbakir während einer Demonstration durch eine Polizeikugel tödlich getroffenen kurdischen Studenten; Teilnahme an öffentlichen Newroz-Feierlichkeiten; Teilnahme an einer Protestdemonstration gegen KCK-Operationen und Teilnahme an einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag.

Politische Aktivitäten, die in halbwegs funktionierenden bürgerlichen Demokratien als verfassungsrechtlich verbrieft Rechte gelten, werden von türkischen Staatsanwälten und Gerichten – ausgestattet mit »besonderen Befugnissen« – zum Straftatbestand erklärt. Mit Geheimhaltungsbeschlüssen, die sogar den Rechtsanwälten die Aushändigung der Anklageschrift verwehren, und nicht überprüfbaren Aussagen von »geheimen Zeugen« wird das Recht auf Verteidigung verunmöglicht. Selbst bei einer Ankla-

geschrift, die nur auf Indizien basiert und meist nicht mehr ist als das Verhörprotokoll der Polizei, kann die Untersuchungshaft auf mehrere Jahre verlängert werden - ein Umstand, durch den die klare Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte regierungsamtlich bewusst und systematisch verletzt wird.

#### **FEINDSTRAFRECHT ZUR AUSSETZUNG VON BÜRGERINNENRECHT**

Schon eine oberflächliche Betrachtung der Rechtspraxis genügt, um die Verfasstheit des türkischen Staates und seiner »Demokratie« als Unrechtsstaat zu charakterisieren. Zur politisch motivierten Konstruktion von Straftatbeständen und der weitgehenden Aufweichung der Gewaltenteilung gesellt sich die Ausübung von »Feindstrafrecht«. Die Bezeichnung geht auf den deutschen Strafrechtler und Rechtsphilosophen Günther Jakobs zurück und meint die Aussetzung der BürgerInnenrechte für bestimmte Gruppen: Die radikal-militante Linke, die ohnehin seit Jahrzehnten als »Staatsfeind« behandelt wird, gehört ebenso dazu, wie die legale Linke, sozialistische und prokurdische Parteien, soziale Bewegungen sowie kritische JournalistInnen und Intellektuelle.

Kategorisiert als »Feinde« der Gesellschaft bzw. des Staates werden sie außerhalb des geltenden Rechts gestellt. Sie dürfen vom Staat mit allen Mitteln bekämpft werden. Die »Terrorbekämpfungsgesetze« in der Türkei, strafrechtliche Grundlage dieser Prozesse, fallen in diese neue Kategorie, die kontinuierlich erweitert wird. Zuletzt plante die türkische Regierung ein »Gesetz zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus«. Obwohl der Gesetzentwurf noch nicht ins

Parlament eingebracht wurde, hat der Justizminister per Erlass bereits alle Richter und Staatsanwälte verpflichtet, »so schnell wie möglich mit den Vorbereitungen zur Enteignung von Geld- und Sachvermögen von Unterstützern des Terrorismus zu beginnen«. Kritische Stimmen warnen, es werde damit eine legale Grundlage geschaffen, um schon die geringste Unterstützung kurdischer Organisationen, wie die Ladenschließung im Zusammenhang mit einer Protestaktion, zum Anlass für die Enteignung kurdischer UnternehmerInnen.

Der stellvertretende Ministerpräsident Beşir Atalay macht keinen Hehl aus der Urhebererschaft. Im Zusammenhang mit den andauernden KCK-Operationen gegen eine angebliche Keimzelle einer separatistisch-nichtstaatlichen Gesellschaft, in deren Verlauf mehr als 7.000 Personen, darunter 6 Abgeordnete des türkischen Parlaments, zahlreiche BürgermeisterInnen und PolitikerInnen der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) sowie SchriftstellerInnen, JournalistInnen und AktivistInnen von sozialen Bewegungen, in Haft genommen wurden, erklärte er: »Als Staat setzen wir einseitig eine integrierte Strategie um. Von grenzüberschreitenden Militäroperationen bis hin zu KCK-Operationen läuft alles koordiniert. Sie wurden diskutiert, beschlossen, geplant und werden umgesetzt«. Besser hätte die Aufhebung der Unabhängigkeit der Justiz nicht erklärt werden können!

#### **GLEICHSCHALTUNG DER STAATSAPPARATE**

Derzeit findet in den Staatsapparaten eine grundlegende Transformation statt. Die AKP-Regierung ist auf dem besten Weg, die parlamentarische Demokratie im Namen der



»Demokratisierung« gänzlich aufzuheben. Das Verfassungsreferendum von 2010 markiert diesen Bruch. Was die Verfassungsreform tatsächlich gebracht hat, erklärt Orhan Gazi Ertekin, Co-Vorsitzender des Vereins Demokratischer JuristInnen, so: »Von einer Wahl des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte (HSYK) kann nicht gesprochen werden. Ernennung wäre eine passendere Bezeichnung. (...) Die Mitglieder des HSYK wurden vom Staat, sprich dem Justizministerium gewählt und die Basis hat dies abgenickt«.

In anderen Worten: Spätestens mit dem Referendum von 2010 ist der Justizapparat unter die Kontrolle der AKP-Regierung geraten. Doch auch in anderen Institutionen des Staates, wie z.B. dem Generalstab, dem Hochschulrat (türkisch: YÖK) oder in der staatlichen Aufsichtsbehörde für Funk und Fernsehen (türkisch: RTÜK) kann die AKP die ihr genehmen Ernennungen viel leichter als bisher vornehmen. Damit hat sie sich de facto in eine Machtposition gehievt, die der Einparteien-Diktatur der CHP zwischen 1923 und 1946 verblüffend ähnelt.

Der »Ergenekon Prozess« und die Verfassungsreformen waren die wichtigsten Mittel im Machtkampf gegen die kemalistischen Eliten. »Ergenekon« ist die Bezeichnung für ein nationalistisches Netzwerk, dem vorgeworfen wird, den gewaltsamen Umsturz der AKP-Regierung vorbereitet zu haben. Mehr als 300 Personen, darunter hochrangige Offiziere, wurden inhaftiert. Die Gleichschaltung des Justizapparates und die KCK-Operationen dienen nun der Festigung und dem Ausbau der AKP-Macht.

#### **WENN DER STAAT SEINE EIGENEN GESETZE MISSACHTET...**

Rechtsanwalt Ercan Kanar, Verteidiger der Hochschulprofessorin Büşra Ersanlı, die mit dem standardisierten Vorwurf der »Unterstützung einer terroristischen Organisation, ohne deren Mitglied zu sein« verhaftet wurde, kritisiert nicht nur die auch nach der gültigen Verfassung unrechtmäßigen Abhöraktionen und Ermittlungsmethoden, sondern zugleich die Verletzung des geltenden Strafrechts. In der Tat sehen die Art. 100 ff. des Strafrechts vor, dass die Inhaftierung von Angeklagten nur beschlossen werden darf, wenn konkrete Hinweise auf einen anstehenden Fluchtversuch vorliegen oder der begründete Verdacht vorliegt, dass Beschuldigte Beweise vernichten und Zeugen beeinflussen könnten, oder wenn andere Verhaftungsgründe, wie besonders schwere Verbrechen, dies notwendig machen. Eigentlich gelten somit in der Türkei die gleichen Richtlinien, wie sie in jedem EU-Land üblich sind. Auf der Grundlage des Art. 19 der Verfassung, mit der die Freiheits- und Sicherheitsrechte einer jeder Person geregelt sind, sieht zudem der Art. 102 Abs. 2 des Gesetzes über die Strafgerichtsbarkeit vor, dass die Dauer der Untersuchungshaft für Fälle, die in die Zuständigkeit der Schwere Straferichte fallen, höchstens zwei Jahre und bei besonderer Begründung insgesamt drei Jahre nicht überschreiten darf. Außerdem wird im Art. 108 desselben Gesetzes zwingend vorgeschrieben, dass die Verlängerung der Inhaftierung alle 30 Tage vom Gericht beschlossen werden muss. Für Minderjährige gelten verschärfte Vorschriften, da das Gesetz zum Schutz des Kindes beachtet werden muss.

All diese Regelungen und Vorschriften werden von den Sondergerichten außer Acht gelassen. Während die Inhaftierungszeiten willkürlich verlängert werden, denken sich PolitikerInnen neue Bosheiten aus. Derzeit wird darüber diskutiert, wie Eltern von »Steine werfenden Kindern« das Erziehungsrecht entzogen werden kann. Ins Visier genommen sind minderjährige kurdische Kinder, die an Protesten teilnehmen. Die Kinder sollen in sogenannten »Häusern der Liebe« untergebracht, für deren zukünftige Inbetriebnahme islamistische Stiftungen bereit stünden, und zu »ordentlichen türkischen Kindern umerzogen« werden. Der Provinzgouverneur von Diyarbakır schlug als Erziehungsmaßnahme sogar vor, die Kinder einen Zug mit Steinen bewerfen zu lassen, in den zuvor ihre eigenen Eltern gesetzt werden.

Diese Pervertierung des Rechtsverständnisses kommt nicht von ungefähr. Sie begründet sich in einem Denken, das alle Forderungen nach politischen Freiheiten als »Terrorismus« brandmarkt. Der Mechanismus ist relativ banal: Zuerst wird der »Terrorismus« nicht als Mittel, sondern als politischer Zweck definiert. Dadurch wird das gesamte Feld der politischen Aktivitäten dem Primat der »Terrorismusbekämpfung« untergeordnet. Dann wird das Feindstrafrecht angewandt: Der oder die »TerroristIn« wird zur Person ohne Rechte gemacht. Nicht die Tat, sondern die (potentielle) Verbindung zum »Terroristen« wird zur »Terrorismusdefinition« herangezogen. So wird beispielsweise die Teilnahme am Beschneidungsfest des Sohnes einer als »Terrorist« bezeichneten Person zur »terroristischen Aktivität«. Schließlich wird der »Terrorismus« über eine »terroristische Organisation« definiert. So wird der »Terroris-

mus« als »Tat eines Terroristen oder einer Terrororganisation« bezeichnet. Demnach werden legale Parteitätigkeiten der BDP und sogar deren Parteischulen zu einem »Ort terroristischer Tätigkeit, ohne Mitglied einer terroristischen Organisation zu sein«. Demonstrationen, öffentliche Presseerklärungen, Kundgebungen werden dann per se als »terroristische Taten« geahndet. Nicht was die Person macht, sondern die Person selbst wird zum »Terrorismusvorwurf« herangezogen.

Dem Vorwurf folgt dann die extralegale Vorverurteilung über regierungsnahen Medien. Trotz der Geheimhaltungsbeschlüsse verkünden diese Medien noch am Tage der Verhaftung die einzelnen Anklagepunkte, die ihnen offenbar von den Ermittlungsbehörden zugespielt werden, als bewiesene Tatsachen. Polizeiberichte werden unkritisch übernommen, Vorwürfe als Tatsachen skandalisiert und Behauptungen, die sich binnen kurzer Zeit als unwahr herausstellen, nicht mehr berichtet. Kein Richter oder Staatsanwalt, die eigentlich von Amtswegen gegen die Veröffentlichung von Geheimsachen vorgehen müssten, widerspricht dieser Art der Berichterstattung. Im Gegenteil, die Medienberichte gehen anschließend sogar als Beweismittel gegen die Angeklagten in die Anklageschrift ein.

So schließt sich der Kreis: Willkürjustiz wird mit Medienunterstützung zum geltenden (Un)Recht. Wahrlich, ein demokratischer Rechtsstaat sieht anders aus. ■

# TÜRKISCHE MEDIEN: SPRACHROHR DES REGIMES

## ÜBER DAS FREIWILLIGE ENDE DER FREIEN PRESSE IN DER TÜRKEI

APRIL 2012

Die Presse- und Meinungsfreiheit sei ein hohes Gut der Demokratie und die AKP-Regierung habe in den letzten neun Jahren nie dagewesene mutige Schritte in Sachen Pressefreiheit unternommen – so der türkische Premier Erdoğan auf einer Galaveranstaltung aus Anlass des 25 jährigen Bestehens der Tageszeitung »Zaman«.

Nun, sicherlich war die Veranstaltung des Flaggschiffs der islamisch-neoliberalen Gülen-Bewegung eine gute Bühne für den Premier. Widerspruch hatte er nicht zu erwarten. Von der Freiheit, im eigenem »Stall« zu sprechen ermuntert fand Erdoğan für verhaftete JournalistInnen in der Türkei nur verächtliche Worte: »Man führt gegen die Türkei eine Schmutzkampagne, in dem man Polizistenmörder, Frauenbelästiger und Putschbefürworter als Journalisten bezeichnet«.

Diese Begründung gehört zum Standardrepertoire der türkischen Regierung. Rund zwei Monate vorher, am 12. Oktober 2011 erklärte der EU-Minister Egemen Bağış vor der internationalen Presse: »In der Türkei gibt es keinen einzigen Journalisten, der wegen der

Ausübung seines Berufes verhaftet wurde. Alle in dem Fortschrittsbericht erwähnten Journalisten wurden nicht wegen ihres Berufes, sondern wegen illegalen Tätigkeiten verhaftet«.

Wer's glaubt, wird selig! Würde Mensch sich nur über die gängigen türkischen Medien informieren, hätte Mensch den Eindruck, dass die Türkei ein Musterbeispiel der Pressefreiheit ist. Doch die Realität sieht anders aus. Zahlreiche unabhängige Institutionen, so z.B. der Internationale PEN-Club oder die Organisation »Reporter ohne Grenzen« beziffern die Zahl der zu Unrecht inhaftierten JournalistInnen in der Türkei auf über 110. Auf der Liste der Pressefreiheit rangiert die Türkei damit auf Platz 148 von 179 Ländern.

### **GLEICHSCHALTUNG DER MEDIEN UND FEINDSTRAFRECHT**

Vor diesen Realitäten können auch konservative europäische Institutionen nicht schweigen, die ansonsten AKP-freundlich agieren. So sieht z.B. die Konrad-Adenauer-Stiftung die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei besonders gefährdet.

Das kommt nicht von ungefähr: Seit ihrem Machteintritt hat die AKP-Regierung zahlreiche Instrumente zur systematischen Gleichschaltung der Medien eingeführt. Vor allem mit der Novellierung des Strafgesetzbuches in 2005 und den Änderungen im »Gesetz zur Terrorismusbekämpfung« wurde die Arbeit der kritischen JournalistInnen erheblich erschwert. Die Erdoğan-Regierung schreckt nicht davor zurück, gegen oppositionelle JournalistInnen das Feindstrafrecht anzuwenden.

Gegenwärtig sind fast 7.000 Internetseiten gerichtlich verboten. Gegen die Tageszeitung Özgür Gündem sind 550 Verfahren anhängig. Obwohl die Presse- und Meinungsfreiheit gesetzlich gewährleistet ist, wird sie durch Willkürjustiz und Feindstrafrecht ad absurdum geführt. So wird beispielsweise als Straftatbestand angesehen, »gegen die grundlegenden nationalen Interessen zu verstoßen«. Staatsanwälte mit Sondervollmachten definieren dann die »nationalen Interessen« und zerren kritische JournalistInnen vor Sondergerichte.

So wurden, insbesondere kurdische JournalistInnen mit dem Vorwurf, »Mitglied einer terroristischen Organisation zu sein« verhaftet. Nachrichten zu schreiben, über Missstände zu informieren oder über Massaker der Armee zu berichten, die von den gängigen Medien totgeschwiegen werden, reichen aus, um als »Terrorist« abgestempelt und mit dem Vorwurf, »terroristische Straftaten begangen zu haben, ohne Mitglied der Terrororganisation zu sein« verhaftet zu werden. Alleine 30 MitarbeiterInnen der Dicle Nachrichtenagentur, 12 der Zeitschrift Azadiya Welat und 12 JournalistInnen der Tageszeitung Özgür Gündem sind mit diesen Vorwürfen seit Monaten in Haft.

Einige JournalistInnen sind seit Jahren in Haft – ohne zu wissen, wessen sie beschuldigt werden, da die Anklage zur Geheimsache erklärt wurde.

Mit dieser Praxis versucht die AKP nicht nur die kurdischen bzw. linkssozialistischen Medien mundtot zu machen, sondern baut damit ein immenses Bedrohungspotential gegenüber jeglicher kritischer Berichterstattung auf. Der Premier spielt hier eine besondere persönliche Rolle.

Es gehört zu den fast alltäglichen Ritualen von Erdoğan, sich mit der kritischen Presse und JournalistInnen auseinander zu setzen. Insbesondere bei den Sitzungen der AKP-Fraktion im türkischen Parlament nimmt er nicht nur Zeitungen unter Beschuss, sondern namentlich genannte JournalistInnen, die kurz danach von ihren Arbeitgeberinnen fristlos entlassen werden. So erging es beispielsweise den renommierten Journalistinnen Nuray Mert, Ece Temelkuran oder der Fernsehmoderatorin Banu Güven. Selbst ehemals regierungsfreundliche Stimmen wie Mehmet Altan werden davon betroffen, wenn sie sich »unrühmlich« verhalten.

#### **EINSCHÜCHTERUNGS- UND ZÜCHTIGUNGSMETHODEN**

Erdoğan bedient sich bei seinem »Kampf« gegen die »AKP-feindliche Presse« meist auch den Medienunternehmen selbst. Wenn Medienunternehmen sich zu kritisch gegen die AKP-Regierung positionieren, werden sie zu Zielen von behördlichen Attacken. So bekam beispielsweise das größte Medienunternehmen der Türkei, die Doğan-Holding, deren einige Tageszeitungen und Fernsehsender über die Regierungsarbeit kritisch berichteten, 2010 eine Steuernachzahlungs-

aufforderung von nahezu 1 Milliarde Euro. Holdinginhaber Aydın Doğan war gezwungen sich von einigen seiner Tageszeitungen zu trennen, Firmenanteile zu verkaufen und MitarbeiterInnen zu entlassen.

Doch damit nicht genug: die zuständigen Ministerien wurden angewiesen, Firmen, die im Besitz von Aydın Doğan sind, bei staatlichen Ausschreibungen nicht mehr zu berücksichtigen. Genau das war für Doğan-Holding ein besonders harter Schlag, da sie in anderen Wirtschaftsbereichen, so z.B. im Energiesektor stark engagiert ist.

Die Drohung, bei staatlichen Ausschreibungen keinen Zuschlag zu bekommen oder die Angst, horrende Steuernachzahlungsaufforderungen zu erhalten wirken disziplinierend. Dennoch; das Ende der freien Presse in der Türkei ist auch freiwillig. Denn die gängigen Medien gehören großen Unternehmensgruppen, die in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig und auf staatliche Aufträge angewiesen sind. Die gängigen Medienunternehmen sind große Konzerne, die von der neoliberalen Politik der AKP-Regierung am meisten profitieren. Die Grenzen der Pressefreiheit in den gängigen Medien werden von den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne definiert.

Daher ist nicht nur die staatliche Zensur, die die journalistische Arbeit erschwert, sondern auch die Selbstzensur der Redaktionen, die von den Zeitungsverlegern unter Druck gesetzt werden.

Im Oktober 2011 lud Erdoğan ausgesuchte Zeitungsverleger und Chefredakteure zu einem Treffen ein. Während dieses Treffens forderte er die Medien auf, ihre Berichterstattung auf »nationale Interessen« auszurich-

ten und regierungskritische JournalistInnen zu entlassen. Nach diesem Treffen erklärte Erdoğan vor Fernsehkameras, dass er die Zeitungsverleger aufgefordert habe, »bei der Berichterstattung über die Bekämpfung des Terrors besondere Verantwortung zu zeigen«.

Wie diese »besondere Verantwortung« aussieht, konnte man nach dem Massaker von Roboski (Uludere) verfolgen. Ende Dezember 2011 wurden in Roboski 35 junge Kurden, die meisten Angehörige einer einzigen Familie, bei einem Bombenangriff der türkischen Armee getötet. Während kurdische Medien wie Roj TV oder die Nachrichtenagentur ANF binnen kurzer Zeit darüber berichteten, brauchten die türkischen Medien für erste zaghafte Berichte mehr als 9 Stunden – in diesem Informationszeitalter eine Ewigkeit. Doch danach begann die perfide Manipulation der Öffentlichkeit. Mit rassistischen Kommentaren wurden die Opfer zu Tätern gemacht und die Armee reingewaschen. Obwohl einige kritische Stimmen in den gängigen Medien zu hören waren, verfolgen die meisten türkischen Zeitungen heute eine Strategie des Vergessens.

Diese Einschüchterungs- und Züchtigungsmethoden haben dazu geführt, dass nun die AKP-Regierung fast 90 Prozent der türkischen Medien kontrolliert. Presse- und Meinungsfreiheit sieht wahrlich anders aus.

#### **DIE ROLLE DES WESTENS**

Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit ist eine der unsäglichen Traditionen der »modernen« Türkei, eines Landes, der einem Zeitungs- und Parteienfriedhof gleicht. Verbote, Bombenattentate, extralegale Hinrichtungen von JournalistInnen (laut einer

Studie des Journalisten Necati Abay wurden in den letzten 103 Jahren 115 JournalistInnen in der Türkei ermordet), anhaltende Repressalien und Verhaftungen gehören zum Alltag von JournalistInnen und kritischen Medien.

Die entwickelten kapitalistischen Länder spielten dabei immer eine unrühmliche Rolle. Ihre Unterstützung und Zusammenarbeit war die wichtigste Stütze der Herrschenden in der Türkei. Auch heute kann verfolgt werden, wie der Westen, insbesondere die USA und die EU, durch ihre Unterstützung die Pervertierung der bürgerlichen Demokratie in der Türkei möglich machen. Dabei übernehmen sie auch, wie in der BRD zu sehen ist, auch die Aufgabe des Vollzugsbeamten außerhalb der Türkei. Kurdische Medien werden auch in Europa kriminalisiert und als Hort des »Terrorismus« stigmatisiert. Die Bundesregierung scheut dabei auch nicht vor Maulkorberlassen zurück: dem kurdischen Politiker Muzaffer Ayata, der in der Türkei jahrelang inhaftiert war und in die BRD flüchten musste, wurde nicht nur die politische Betätigung, sondern auch journalistische Tätigkeit per Gerichtsbeschluss verboten.

Die demokratische Öffentlichkeit in Europa, insbesondere unabhängige MedienmacherInnen stehen vor der Aufgabe, sich dieser Entwicklung entgegen zu stellen. Der Einsatz für die Gewährleistung der Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei bedeutet zugleich die eigenen Freiheitsrechte in der BRD und in Europa zu verteidigen.

Wer angesichts der Berichte aus der Türkei weiter schweigt, wird sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, mitschuldig zu sein. Wer

die Presse- und Meinungsfreiheit wirklich als ein hohes Gut ansieht und verteidigen will, darf nicht weiter schweigen.

Was gemacht werden könnte, bedarf hier keiner weiteren Erläuterung. Ein Blick in die Website »demokratiehintergittern.blogspot.de« wird ausreichen. ■

# DIE KURDISCHE PROLETARISIERUNG

MAI 2012

Der in Muş geborene Mehmet Yalçın war 31 Jahre alt, als er am 25. Februar 2011 in seinem Dorf elendig starb. Zuerst dachten die Ärzte, Mehmet leide an Tuberkulose. Doch es handelte sich um eine chronische Pneumokoniose, Silikose. Viel zu lange hatte er Staub eingeatmet – drei Jahre lang beim Bleichen von Jeans in einem der dunklen Hinterhofateliers in Istanbul-Güngören. Als Niedriglöhner und ohne Sozialversicherung.

Mehmet ist kein Einzelfall. Er gehörte zu den rund 600 an Silikose erkrankten kurdischen TextilarbeiterInnen, von denen in den letzten 5 Jahren über 50 starben. Mehmet war Nummer 49. Er starb just an dem Tag, an dem eine befristete Gesetzesänderung in Kraft trat, die für an Silikose erkrankte ArbeiterInnen auf Antrag eine monatliche Zahlung vorsah. Die Betroffenen hatten bis zum 24. Mai 2011 Zeit, ihren Antrag zu stellen. Abgeordnete der prokurdischen BDP hatten diese Gesetzesänderung initiiert. Für Mehmet kam sie zu spät.

Die Tragödie der kurdischen Niedriglöhner ist das Ergebnis einer unsäglichen Entwick-

lung in der Türkei, in deren Folge die kurdische Frage zu einem Synonym für Armut, Proletarisierung und Hunger geworden ist. Im Zuge des seit über 30 Jahren andauernden Krieges und des autoritären Neoliberalismus der AKP-Regierung haben sich in der Türkei die Klassengegensätze verschärft und eine Ethnisierung der sozialen Frage hervorgebracht.

## »DIE ARMUT IST KURDISCH«

Zahlreiche Studien bestätigen diese Entwicklung. Das Zentrum für wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien (BETAM) der Bahçeşehir Universität führte 2011 eine Untersuchung über die »Positionierung auf dem Arbeitsmarkt anhand muttersprachlicher Unterschiede« durch und stellte eine besondere Prekarisierung von KurdInnen fest [1]. Laut dieser Studie liegt der Anteil von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit kurdischer Muttersprache bei knapp 38 Prozent. 66,3 Prozent von ihnen sind prekär Beschäftigte. Bei Personen mit türkischer Muttersprache liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei 57 Prozent. Der Leiter der Studie, Prof.

Dr. Seyfettin Gürsel, zieht das Fazit: »Die Armut ist kurdisch«. Wichtigste Ursache dieser Entwicklung ist die Binnenmigration der unqualifizierten Billigskräfte. Auch aus den offiziellen Statistiken kann das herausgelesen werden. Während die staatliche Statistikbehörde TUIK für das Jahr 2009 eine landesweite Arbeitslosenquote von 14 Prozent feststellt [2], bescheinigt sie den von der Binnenmigration besonders betroffenen Städten eine doppelt so hohe Quote: so z.B. Adana 26,5 Prozent. Die offiziellen Zahlen sind auch in den kurdischen Städten beson-

ders hoch: so z.B. Diyarbakır 20,6 Prozent oder Hakkâri 19,7 Prozent.

Staatliche Armutsuntersuchungen belegen, dass sich zwischen den Regionen der Türkei immense Unterschiede verfestigt haben – laut einer Studie der staatlichen Planungsorganisation DPT zwischen der am weitesten entwickelten Region (Istanbul) und der am wenigsten entwickelten Region (Muş) am Beispiel des Arbeitsmarktes wie folgt [3]:

Beschäftigte in Prozent

	Landwirtschaft	Industrie	Handel
Istanbul	8,13	32,15	18,73
Muş	84,00	1,56	1,86

Zwar wird in der DPT-Studie in den wenig entwickelten Regionen von hoher Beschäftigung in der Landwirtschaft gesprochen, aber eine andere Zahl macht deutlich, dass die Situation in den ländlichen Gebieten keinen Deut besser ist. So z.B. in Diyarbakır: Der Anteil von landlosen bzw. kleinste Flächen besitzenden Familien liegt bei 42 Prozent. Sie besitzen rund 4 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Dem gegenüber kontrolliert eine Minderheit von 3 Prozent mehr als 41 Prozent der Nutzflächen. Ähnliche Zahlen sind auch aus Şanlıurfa bekannt: Während die Landlosen 26,4 Prozent und Familien mit Kleinbesitz rund 72 Prozent ausmachen, verfügt eine Minderheit von 1,5 Prozent über mehr als 30 Prozent der Nutzflächen. Zudem können Bauern auf rund 13.600 Hektar eigener Fläche keine Landwirtschaft betreiben, da diese Flächen vermint sind.

Auch in den Bereichen Bildung, Mobilität und Gesundheit existieren erhebliche Un-

terschiede: Während die Analphabetenquote in Istanbul mit knapp 7 Prozent angegeben wird, liegt diese Quote in Muş bei 29,5 Prozent. In Istanbul sind pro zehntausend EinwohnerInnen 20,58 Ärzte tätig, in Muş gerade mal 2,76. Die Zahl von Krankenhausbetten pro zehntausend EinwohnerInnen liegt in Istanbul bei 34,14, in Muş bei 7,94. In Istanbul wurden pro zehntausend EinwohnerInnen 1.000, in Muş 71 PKWs zugelassen.

Diese Unterschiede werden auch innerhalb der Regionen festgestellt. Insbesondere in den von der Binnenmigration betroffenen Städten wie Istanbul, Ankara, Izmir, Adana und Mersin verschärfen sich die Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen. Städtische Vororte und Slums werden zunehmend von kurdischen BinnenmigrantInnen bevölkert, die sich als Tagelöhner und unqualifizierte Billigskräfte anbieten müssen.



Eine weitere Studie macht deutlich, dass Armut in der Türkei mittlerweile vorwiegend Kurdisch ist: In der Studie des renommierten Forschungsinstituts KONDA [4] wird festgestellt, dass von den KurdInnen, die über 15 Jahre alt sind, nur 39 Prozent einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Innerhalb der erwerbsfähigen Bevölkerung der Türkei liegt die kurdische Arbeitslosigkeit bei 29,6 Prozent. 27 Prozent der KurdInnen sind von den sozialen Sicherungssystemen ausgeschlossen. Von dieser Situation sind besonders kurdische Frauen betroffen. Der Ökonom Mustafa Sönmez weist darauf hin, dass in den kurdischen Gebieten rund 6,5 Millionen Frauen leben (2008) und 4,1 Millionen von ihnen über 15 Jahre alt sind. Allerdings liegt die Frauenbeschäftigung in den kurdischen Städten bei nur rund 3 Prozent.

Die staatlich anerkannte Bedürftigkeit ist bei KurdInnen überdurchschnittlich hoch. Laut Gesetz können Personen, die nachweisen, dass sie über ein Einkommen von höchstens einem Drittel des gesetzlichen Mindestlohns (rund 265 Euro in 2012) verfügen, auf Antrag die »Grüne Karte für kostenlose Gesundheitsversorgung« erhalten. Die Zahl der »Grüne-Karte«-InhaberInnen lag 2011 bei 9,5 Millionen – 46 Prozent von ihnen lebten in den kurdischen Gebieten.

In der KONDA-Studie, die auf TUIK-Zahlen basiert, wird ausgehend vom Familieneinkommen festgestellt, dass 23,4 Prozent der KurdInnen über ein monatliches Einkommen von 64 Lira oder weniger (1 Dollar oder weniger pro Tag) und 29,4 Prozent über ein monatliches Einkommen zwischen 65 und 138 Lira (2,15 Dollar pro Tag) verfügen. Ausgehend vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen lebten somit 23 Prozent der Kur-

dInnen unterhalb der Hungergrenze und 53 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Laut KONDA sind KurdInnen die ärmste und unter schwierigsten materiellen Bedingungen lebende Bevölkerungsgruppe der Türkei. Dies gilt jedoch nicht nur für die kurdischen Gebiete. Zwar ist laut TUIK-Angaben der Anteil von armen Familien in den kurdischen Gebieten von 13,7 Prozent (2009) auf 11,5 Prozent (2010) zurückgegangen. Zugleich hat er sich in der östlichen Mittelmeerregion von 11,8 Prozent (2009) auf 12,6 Prozent (2010) erhöht. Der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. İzzettin Önder interpretiert dies folgendermaßen: »Diese Zahlen, wenn sie denn zutreffen, belegen nicht einen Rückgang der kurdischen Armut, sondern dessen Verschiebung durch die Binnenmigration in die westlichen Regionen«. Laut KONDA wohnen 22,3 Prozent der in Istanbul lebenden KurdInnen in einem Slumgebiet der Stadt. In der östlichen Mittelmeerregion, z.B. in Mersin und Antalya, sind es dagegen 72 Prozent, in Izmir 59,3 Prozent.

#### **DIE SOZIALE FRAGE UND DIE KURDISCHE BEWEGUNG**

Die forcierte Binnenmigration und die kurdische Proletarisierung, vor allem im informellen Sektor, haben nach 2000 dazu geführt, dass die kurdische Bewegung eine städtische Bewegung wurde, deren soziale Basis hochpolitisierte Prekäre, Niedriglöhner und Frauen sind. Die durch den Krieg, durch Zwangsumsiedlungen und massive Umstrukturierungen in der Landwirtschaft ausgelöste Binnenmigration steht auch mit den kommunalen Wahlerfolgen der prokurdischen BDP und ihrem Einzug ins türkische Parlament in engem Zusammenhang.

Diese Entwicklung bringt die kurdische Bewegung in ein Dilemma. Zum einen muss sie auf die soziale Frage reagieren, zum anderen Bündnisse für die parlamentarische Arbeit schmieden. In den kurdischen Gebieten konnten breitere Bündnisse, da eine gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnenbewegung fehlt, bislang nur über die nationale Frage begründet werden. So änderten sich die politischen Prioritäten: Während die kurdische Bewegung sich lange Jahre gegen die feudalen Großgrundbesitzer positionierte, verkümmerte die Forderung nach einer Landreform zu einer programmatischen Floskel im Programm der BDP. Obwohl Teile der kurdischen Bewegung antikapitalistische Positionen vertreten und im Westen des Landes weiterhin der Schulterschluss mit türkischen Linken gesucht wird, findet die nationale Frage innerhalb der BDP zunehmend mehr Beachtung.

Die Polarisierung der Gesellschaft entlang sozialer, ethnischer und religiöser Spaltungen, die besonderen Bedingungen in den kurdischen Gebieten und gesetzliche Hindernisse wie die 10-Prozent-Hürde für die parlamentarische Vertretung erfordern ein pragmatisches Vorgehen der BDP. Sie ist die einzige legale, im Parlament vertretene und kommunal stark verankerte prokurdische Partei – eine ebenso vielfältige wie prekäre Koalition unterschiedlicher kurdischer Kräfte. Der Kitt, der diese Koalition zusammenhält, ist der gemeinsame Bezug auf eine kurdische Identität. Das heißt nicht, dass die BDP die soziale Frage ignoriert. Es gibt bemerkenswerte Bemühungen, besonders in den von der BDP geführten Kommunalverwaltungen, chronische Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen. Ohne die vielen

NGOs und sozialen Hilfseinrichtungen wäre die Situation in den kurdischen Städten um ein vielfaches schlimmer.

In der Tarifpolitik verhalten sich die BDP-Kommunen beispielhaft für die Türkei. So hat z.B. die Stadt Diyarbakır mit der Gewerkschaft Genel-İş (Dachverband DİSK) einen Tarifvertrag für kommunale Angestellte und ArbeiterInnen geschlossen, die vor Symbolik strotzt. Für 960 Angestellte und ArbeiterInnen sind der 1. Mai und das kurdische Newroz-Fest offizielle Urlaubstage. Zudem haben beschäftigte Frauen am 8. März und 25. November jeweils einen zusätzlichen bezahlten Urlaubstag. Auch die kommunal Beschäftigten zeigen Flagge für gesellschaftliche Solidarität: Sie spenden aus ihren Löhnen monatlich 15 Lira (etwas mehr als 7 Euro) an den Sarmaşık-Verein, der aus diesen Beiträgen Lebensmittel kauft und kostenlos an bedürftige Familien verteilt.

Doch reicht diese Symbolpolitik aus, um angemessen auf die kurdische Proletarisierung zu reagieren? Haben die Erfahrungen der »nationalen Befreiungsbewegungen« des letzten Jahrhunderts nicht gelehrt, dass die Fokussierung auf die nationale Frage kaum zu einer Lösung der sozialen Frage führen kann? Die kurdische Bewegung steht vor der gewaltigen Herausforderung, die nationale Frage – die sich in der Türkei in der Forderung nach Anerkennung der kurdischen Identität erschöpft – und die soziale Frage mit einer ökologisch-feministisch-emanzipatorischen Perspektive zu verbinden. Eine solche Verbindung befreit aus dem engen Korsett des Regionalpartei-Profiles, wodurch die Forderungen nach demokratischer Autonomie und Anerkennung der kurdischen Identität die notwendige Kraft für historische

Veränderungen im Land entfalten können. Wenngleich dies den Kitt in der BDP brüchig werden ließe und Bündnisse mit bürgerlichen, feudalen und islamischen Kräften in den kurdischen Gebieten erschweren würde, machen der alltägliche Hunger, die Armut, Ausgegrenztheit und Entrechtung großer Teile der kurdischen Bevölkerung eine konsequente Parteinahme zugunsten der Schwächsten notwendig.

Die toten »Silikose-Arbeiter« mahnen: Die dringlichste Aufgabe der kurdischen Bewegung besteht darin, ihre Politik entsprechend der unzertrennbaren Einheit von politischen Freiheiten und sozialen Rechten auszurichten. Ohne das Selbstbestimmungsrecht in Abrede stellen zu wollen: Die sozialen Rechte, die notwendige Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der kurdischen Bevölkerung dürfen einer wie auch immer gearteten Nationalstaatswerdung nicht geopfert werden. ■

[1] Siehe: <http://betam.bahcesehir.edu.tr/tr/wp-content/uploads/2009/12/ArastirmaNotu060.pdf>

[2] Siehe offizielle Website der TUIK: [http://www.tuik.gov.tr/PreTablo.do?tb\\_id=25&ust\\_id=8](http://www.tuik.gov.tr/PreTablo.do?tb_id=25&ust_id=8)

[3] Siehe: [www.dpt.gov.tr/DocObjects/Download/8143/2003-05.pdf](http://www.dpt.gov.tr/DocObjects/Download/8143/2003-05.pdf) und [http://arsiv.petrol-is.org.tr/yayinlar/kriz/snmz\\_kriz.htm](http://arsiv.petrol-is.org.tr/yayinlar/kriz/snmz_kriz.htm)

[4] Siehe Bericht der Tageszeitung Radikal: <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetayV3&CategoryID=77&ArticleID=1031209> und die offizielle Website von KONDA: <http://www.konda.com.tr/tr/raporlar.php> (Die Studie kann auf Anforderung heruntergeladen werden).

# KURDISCHER FRÜHLING IN SYRIEN UND TÜRKISCHE INTERESSEN

OKTOBER 2012

**Interview aus: FriedensJournal Nr. 5/2012 (September / Oktober)**

*Es hat den Anschein, dass den Kurden wiederholt eine Schlüsselrolle bei den militärischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten zukommt. So ist der kurdisch besiedelte Norden des Iraks wohl weitgehend autonom. Ist dieses ein positives Ergebnis des US-amerikanischen Irak-Krieges? Leben dort die Kurden heute besser als in der Türkei?*

Ob aus dem völkerrechtswidrigen Irak-Krieg der USA und der folgenden Besatzung etwas Positives zu gewinnen ist, mag ich zu zweifeln. Aber dennoch; für die KurdInnen im Irak, also in Südkurdistan ist das autonome Gebiet zweifelsohne eine positive Entwicklung – besonders im Vergleich zur Türkei und zu Saddam-Ära.

Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass aufgrund der Gebietsautonomie dort den KurdInnen besser geht als denen in der Türkei. Kurdisch ist Amtssprache, Schul- und Hochschulausbildung findet in Kurdisch statt und politische Freiheiten sind – wenn auch nur relativ – gegeben.

Auf der anderen Seite jedoch vertiefen sich soziale Konflikte, das Gebiet ist von demokratischen Strukturen weit entfernt und ist zu einem Steuerparadies für ausländische – besonders für türkische – Konzerne geworden. Ausländische Firmen zahlen keine Steuern, die sonstigen Abgaben liegen bei 3 Prozent. Davon profitieren vor allem türkische Firmen. Türkische Banken, Elektrokonzerne, Bauunternehmen und Energiefirmen dominieren den Markt. Deren Umsatz beläuft sich auf mehrere Milliarden Dollar. Alleine der türkische Energieriese Genel Enerji hat eine Investition von 1,2 Milliarden Dollar getätigt und produziert täglich 125.000 Barrel Öl. Die Mehrheit der Bevölkerung ist von dem Wirtschaftsaufschwung weitgehend ausgeschlossen – der Barsani-Clan bestimmt alle Bereiche.

Es ist kein Widerspruch, dass ausgerechnet die Türkei, während sie im eigenen Land ihre kurdischen StaatsbürgerInnen terrorisiert, mit dem kurdischen Autonomiegebiet derart eng verflochten ist. Zum einen spielen die Ölreserven (rund 60 Milliarden Barrel) des Gebiets eine gewichtige Rolle für die

von Energielieferungen abhängige Türkei. Zum anderen sind sowohl Mesud Barsani als auch der kurdische Staatspräsident Iraks Celal Talabani zu wichtigsten Partnern der neuen strategischen Ausrichtung der türkischen Außenpolitik geworden. Eine Schlüsselrolle spielen beide in der aufkeimenden schiitisch-sunnitischen Machtkampfs in Kurdistan.

Dazu kommt die Hoffnung der Türkei, mit Barsani den wachsenden Einfluss der von der PKK geführten kurdischen Freiheitsbewegung eindämmen zu können. Die PKK-Stellungen in den nordirakischen Qandil-Bergen sind auch für Barsani ein »Dorn im Auge«. Aber die breite gesellschaftliche Verankerung der PKK und des inhaftierten KurdInnenführers Abdullah Öcalan in allen vier Teilen Kurdistans macht alle Pläne zur Nichte. Barsani kann nicht gegen den Willen seiner eigenen Bevölkerung agieren. So versucht er über Verträge mit internationalen Ölkonzernen, den offenen Konflikt mit der irakischen Zentralregierung und offensichtlichen Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung im ölreichen Kirkuk und Mossul seinen Einfluss zu erhöhen. Ob diese Politik Barsanis und seine Unabhängigkeitsbestrebungen im Sinne der KurdInnen ist, muss angezweifelt werden.

*Inwieweit sieht die türkische Regierung in der aktuellen Autonomie der kurdischen Region in Syrien – bedingt durch ein entstandenes Machtvakuum nach dem Abzug der Regierungstruppen – eine Bedrohung mit innenpolitischen Hintergrund?*

Die türkischen Entscheidungsträger tun so, als ob sie von der Ausrufung der Autonomie in Nordsyrien (Westkurdistan) überrascht

seien. Dabei ist seit Jahren zu beobachten, wie unter der Führung der stärksten kurdischen Partei PYD dort sich eine Opposition formierte. Diese Opposition steht unter dem Einfluss von Öcalan. Im Gegenzug zu dem sog. »Syrischen Nationalrat« lehnen die kurdischen Parteien sowohl das Assad-Regime als auch eine internationale Intervention in Syrien ab. Die Aussage des PYD-Führers Müslüm, dass sie »für ein demokratisches Syrien in seinen jetzigen Grenzen und gegründet von allen SyrierInnen« streiten, hat für hohe Sympathien in der syrischen Bevölkerung gesorgt. Auch die demokratische Rätestruktur der kurdischen Koalition findet innerhalb anderen ethnischen und religiösen Gruppen immer mehr AnhängerInnen.

Für die Türkei ist diese Entwicklung sowohl eine innen- als auch eine außenpolitische Bedrohung. Die befreiten Gebiete der syrischen KurdInnen, die traditionell eher mit den türkischen Teilen verbunden sind als mit Damaskus, stellen eine Gefahr für die »Kurdische Frage« der Türkei dar. In der syrisch-türkischen Grenzregion leben auf beiden Seiten KurdInnen, die miteinander verwandt sind. KurdInnen in der Türkei sympathisieren offen mit der kurdischen Autonomie in Syrien und zeigen ihre Solidarität. Dies wiederum erschwert die von der Türkei präferierte militärische Lösung.

Inzwischen eskaliert die Lage in den kurdischen Gebieten der Türkei (Nordkurdistan). Die undemokratischen Maßnahmen, der de facto Kriegsrechtszustand in den kurdischen Gebieten, die massiven Menschenrechtsverletzungen sowie die administrative Inhaftierung von nahezu zehntausend Menschen werden von der hoch politisierten kurdischen Bevölkerung nicht mehr hingenommen. Ak-

tionsformen des zivilen Ungehorsams weiten sich aus und Zehntausende gehen auf die Straßen. Die ständigen Bombardierungen und militärische Operationen konnten den Widerstand der PKK-Rebellen nicht zurückdrängen. Im Gegenteil; derzeit findet in Semdilli, eine Region im Südosten der Türkei, ein offener Krieg statt. Rund 700 Rebellen stehen 100.000 Soldaten gegenüber. Aber die Asymmetrie des Kriegs hat zur Folge, dass die türkische Armee kaum aus ihren Kasernen raus kann und den Transport nur noch auf dem Luftwege vornehmen muss. Trotz der verhängten Nachrichtensperre und der regierungsnahen Berichterstattung der gängigen Medien aus der Region kommende glaubhafte Nachrichten belegen dies.

Hintergrund dieser Eskalation ist die Entscheidung der türkischen AKP-Regierung, die kurdische Bewegung – wie die Tamilen in Sri Lanka – militärisch vernichten zu wollen. Aber sowohl Semdilli als Westkurdistan beweisen, dass weder Kurdistan Sri Lanka ähnelt, noch die kurdische Bewegung den Tamilen. So bleibt die »Kurdische Frage« als Mutter aller Probleme der Türkei weiter auf der Tagesordnung.

*Während die türkische Regierung zu Israel als US-Brückenkopf im Nahen Osten ein sehr gespanntes Verhältnis hat, betätigt sich die türkische Regierung demgegenüber als Speerspitze in der von den USA provozierten Eskalation des Syrien-Konfliktes. Wie passt das zusammen? Wäre eine militärische Eskalation für die Türkei von irgendeinem Nutzen?*

Das gespannte Verhältnis zu Israel ist der Ausdruck der türkischen Bestrebungen, der erste Partner des Westens sein zu wollen. Nachdem die AKP-Regierung ab 2007 ihre

Macht im Innern festigen konnte, hat sie angefangen eine sog. »neo-osmanische Agenda« zu verfolgen, an dessen Ende sie sich als stärkste Regionalmacht im Nahen Osten präsentieren will.

Diese Ambitionen der Türkei korrespondieren mit den US-Interessen in der Region. Gleichzeitig ist die Türkei mit Saudi Arabien und den Golfkooperationsstaaten eng verbunden und hat sich für den Aufbau einer sunnitischen Achse entschieden.

Syrien wiederum gehört zu schiitischen Achse unter der Führung des Irans an und ist somit eine wichtige Bastion, die eingenommen werden muss. Aufgrund ihrer fast 900 km langen Grenze mit Syrien ist die Türkei das einzige Land, von der die bewaffneten Oppositionskräfte logistisch und ohne Probleme unterstützt werden können. Zudem liegt eines der wichtigsten US-Basen in der Türkei (Incirlik) und die gegen den Iran gerichteten Radaranlagen des NATO-Raketenschirms sind ebenfalls in der Türkei (Malatya-Kürecik) installiert.

Schon sehr früh hat sich die Türkei gegen Assad positioniert. Das Kalkül war klar: durch US-amerikanische und türkische Unterstützung sollte das Assad-Regime von »syrischen« Kräften selbst gestürzt werden. Die Türkei wurde, ermutigt durch saudische Despoten, zum Subunternehmer westlicher Interessen. Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates, Parteinahme in einem Bürgerkrieg, illegale Waffenlieferungen, u.v.a.m., die allesamt im krassen Widerspruch zur UN-Charta stehen, gehören nun zum Repertoire der türkischen Aktivitäten in Syrien.

Doch es hat sich erwiesen, dass Syrien nicht Libyen ist und Assad weiterhin Rückhalt in zahlenmäßig nicht zu unterschätzenden Teilen der syrischen Bevölkerung hat. Über Damaskus sollte der Weg nach Teheran geebnet werden und bei dieser »Neuordnung« wollte die Türkei einen großen Happen abbekommen. Jetzt steht sie vor den Trümmern der eigenen Außenpolitik. Selbst wenn Assad gestürzt wird, wird die Türkei nicht die maßgebliche Kraft sein können, die das Geschehen in dem Ruinenfeld Syrien bestimmen kann. Während Saudi Arabien und Qatar weit entfernt sind, wird die Türkei womöglich selbst Schauplatz ethnischer und religiöser Regionalkriege werden. So gesehen werden die neoliberalen Konvertiten der AKP von dieser subimperialistischen Politik keinen Nutzen ziehen können. Das ist schon jetzt absehbar.

*In Deutschland leben viele Kurden, die sicherlich auch die Entwicklung in Syrien mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgen. Welche Positionierungen in Bezug auf die Konfliktlinien in Syrien – zwischen pro und contra Assad-Regime – sind hierzulande erkennbar?*

Innerhalb der kurdischen Community gibt es keine einzige Organisation, die sich positiv auf das Assad-Regime bezieht. Auch die kurdischen MigrantInnen in Deutschland, insbesondere jene die aus Syrien stammen, haben die Jahrzehnte der Unterdrückung und Rechtlosigkeit nicht vergessen. Während Teile von kurdischen Organisationen zu Zeiten des Irak-Regimes eindeutig den Sturz von Saddam unterstützt haben, stehen heute alle maßgeblichen kurdischen Organisationen gegen eine militärische Intervention von außen. Sie unterstützen die gewaltfreien Teile der syrischen Opposition und solidarisieren sich mit den Autonomiebestrebungen

im Norden des Landes. Unterschiede sind bei den Barsani nahestehenden KurdInnen zu sehen. Während sie sich für einen unabhängigen kurdischen Nationalstaat einsetzen, unterstützt der große Teil die politische Linie der PYD »für die Befreiung und Demokratisierung Syriens durch die Hand der Syrer selbst«.

Mögliche Konfliktlinien könnten nach dem eventuellen Sturz des Assad-Regimes im Bezug auf die Nationalstaatsfrage entstehen. Heute jedoch positionieren sich die kurdischen MigrantInnen eindeutig gegen das Assad-Regime. ■

# EINE »REGIONALMACHT« ESKALIERT!

## DER SYRISCHE BÜRGERKRIEG UND ANKARAS SPIEL MIT DEM FEUER

OKTOBER 2012

Syrien ist das schwierigste Problem für die außenpolitischen Ambitionen der türkischen Regierung. Vor diesem Hintergrund hatte Ministerpräsident Erdoğan die Gestaltung der Beziehungen zum Assad-Regime zur »Chefsache« erklärt. In Manier eines osmanischen Sultans bestimmte er kurzerhand den Assad-Clan zum Teil der »türkischen Familie«.

Mit der Machtübernahme von Baschar al-Assad im Jahre 2000 endete die Eiszeit in den syrisch-türkischen Beziehungen. Die Normalisierung der syrisch-türkischen Beziehungen hatte auch eine (quasi-)Normalisierung der syrischen Außenbeziehungen mit dem Westen zur Folge.

Syrien war für die Türkei das Tor zur sog. »arabischen Welt«, weswegen die Beziehungen Modellcharakter haben sollten. Türkische Unternehmen waren auf der Suche nach neuen Märkten und gerade für jene Kapitalfraktionen, von denen die AKP-Regierung die größte Unterstützung erhält, hatte Syrien eine besondere Bedeutung. Zudem hoffte die Türkei auf syrische Unterstützung

bei der »Überwindung« des kurdischen »Problems«, von dem beide Länder betroffen waren.

So bemühte sich die AKP-Regierung, kritische Punkte wie konfessionelle Unterschiede (sunnitisch/alawitisch), die syrische Nähe zum Hauptkonkurrenten Iran oder die frühere syrische Duldung von PKK-Stellungen im eigenen Land auszuklammern. Erdoğan suchte enge Zusammenarbeit in den Bereichen der Rüstungsindustrie und Hochtechnologie. In Ankara keimte die Hoffnung auf, den Einfluss der russischen Konkurrenten zurückzudrängen – eine unrealistische zwar, aber türkische Think-Tanks diskutierten schon über »Chancen für türkische Rüstungsfirmen«.

Bis Februar 2011 hatten sich die syrischen und türkischen Kabinette mehrmals getroffen. Es wurden mehr als 120 bilaterale Abkommen unterschrieben. 2004 hatten beide Regierungen ein Freihandelsabkommen unterschrieben. Ankara und Damaskus reduzierten gegenseitig die Zollgebühren, was jedoch nur der türkischen Ökonomie Vorteile brachte. Fortan dominierten tür-



kische Firmen den syrischen Markt. Zwar konnte durch die neugebauten Fabriken in der Grenzregion zur Türkei der Druck auf den syrischen Arbeitsmarkt etwas reduziert werden. Andererseits verlor insbesondere die im syrischen Norden angesiedelte Möbelindustrie größere Marktanteile, viele syrische Firmen mussten Konkurs anmelden. Während die Türkei noch in 2002 in ihrem Außenhandel mit Syrien rund 320 Millionen Dollar Defizit notieren musste, erreichte das türkische Exportvolumen in 2007 rund 800 Millionen Dollar und in 2010 über 1,8 Milliarden Dollar.

Als im März 2011 das Assad-Regime durch die Massendemonstrationen ins Bedrängnis geriet, verließ Erdoğan in einer Regierungserklärung seinem Glauben an seinen Intimus Baschar al-Assad theatralisch Ausdruck. Außenminister Ahmet Davutoğlu erklärte dann im türkischen Fernsehen, Assad werde die Probleme durch Reformen lösen. Auf diese Weise offenbarte er die in der Türkei vielerorts medial geschürte Hoffnung, die AKP-Regierung könne sich mit ihrem Einfluss in Syrien als »Problemlöserin« präsentieren.

#### ÜBER DAMASKUS NACH TEHERAN

Doch weder die familiäre Verbundenheit Erdoğan's zu Assad, noch der vorhanden geglaubte türkische Einfluss konnten etwas ausrichten. Die Aufstände und das Engagement des Westens für einen Regimewechsel in Syrien ließen alle hochtragenden Pläne der AKP-Vorderen ins Leere laufen. Sie wurden – wieder einmal – daran erinnert, dass ihre Handlungsoptionen, die den strategischen Zielen der USA widersprechen, sehr begrenzt sind.

So wandelte sich Assad für die türkische Regierung kurzerhand vom Paulus zum Saulus. Erdoğan erklärte Syrien zum »Innenproblem der Türkei« und forderte Assad auf, durch seinen Rücktritt den Wandel im Land zu ermöglichen. Ankara begann, Teile der syrischen Opposition zu unterstützen. Der »Syrische Nationalrat« konstituierte sich in Istanbul. Während die Regierung nahe der syrischen Grenze Flüchtlingslager errichten ließ, richtete die »Freie Syrische Armee« in Lagernähe ihren Hauptstützpunkt ein. Als einziger NATO-Staat, der mit Syrien eine gemeinsame Grenze hat, übernahm die Türkei die führende Rolle bei der Unterstützung der syrischen »Rebellen«. Gemeinsam mit Saudi Arabien und den übrigen Golf-Kooperationsstaaten nahm die »Sunnitische-Achse« ihre Arbeit auf.

Die AKP-Regierung ließ sich auch nicht von Mahnungen regierungsnaher Kreise beeindrucken. Dr. İhsan Çomak vom regierungsnahen Institut für strategische Studien (USAK) betonte noch am 17. Februar 2012 die Gefahren: »Mit einer Intervention in Syrien wird die Türkei in eine große Falle tappen. (...) Ein Krieg mit einem Land, das als Bruderstaat angesehen wurde und mehrheitlich muslimisch ist, wird zum Prestigeverlust in der muslimischen Welt führen. Zudem stellt die Regierung aufgrund der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen sich selbst ein Bein. Die möglichen Brüche in den türkisch-russischen Beziehungen können von der türkischen Wirtschaft nicht lange getragen werden. (...) Ein Krieg mit Syrien wird die ökonomische und politische Stabilität gefährden«.

Doch diese Mahnungen, obschon von regierungstreuer Seite, stießen auf taube Ohren.

Auch die Tatsache, dass der Export nach Syrien in 2011 auf 1,16 Milliarden Dollar zurückfiel (in den ersten acht Monaten in 2012 waren es nur noch 360 Millionen Dollar) ließ die türkischen Entscheidungsträger kalt. Mit ihren Geheimdiensten, Behörden und der Armee konzentrierte sich die Regierung auf die militärische, politische, organisatorische und finanzielle Stärkung der Assad-Gegner. Die Petro-Dollars aus dem Golf halfen dabei, die rund 900 km lange türkische Grenze zu Syrien zum Aktions- und Rückzugsgebiet der »Freien Syrischen Armee« sowie diversen bewaffneten islamistischen Gruppen umzuwandeln.

Das Kalkül war klar: Da Syrien nicht Libyen war und eine militärische Intervention von außen kaum durchführbar erschien, erhoffte man sich den Sturz des Despoten Assad durch »innersyrische« Kräfte. Denn, der Weg nach Teheran führte über Damaskus und Damaskus musste »frei« werden.

Außenminister Davutoğlu sprach nun von der »Notwendigkeit eines humanitären Korridors«, was in den türkischen Medien als Vorbereitung für einen Einmarsch und die Errichtung einer Pufferzone interpretiert wurde. Die Regierung unternahm alles, um die internationale Öffentlichkeit von einem »humanitären Korridor« zu überzeugen.

Auch mit völkerrechtswidrigen Mitteln: Die Anwesenheit türkischer »Militärberater« in Syrien ist inzwischen ein ebenso offenes Geheimnis wie die Waffenlieferungen durch die Türkei. Aber der Abschuss eines RF-4E Phantomjets im syrischen Luftraum offenbarte die Stümperhaftigkeit türkischer Bemühungen. Der mit Spionagetechnik ausgestattete Militärjet wurde offensichtlich billigend geopfert,

um den NATO-Bündnisfall zu konstruieren. Während Davutoğlu noch in der Tagesschau vom 24. Juni 2012 die Verletzung des syrischen Luftraums durch den Jet kleinlaut zugeben musste, tönte der stellvertretende AKP-Vorsitzende Ömer Çelik am 25. Juni 2012 im türkischen Fernsehen: »Das ist keine rein türkisch-syrische Angelegenheit. Mit dem Abschuss eines türkischen Jets hat Syrien die internationale Gemeinschaft und die NATO angegriffen«.

Daraufhin begannen regierungsnahe Medien, mit scharfer Kriegsrhetorik die öffentliche Meinung auf einen möglichen Militärschlag vorzubereiten. Doch obwohl die NATO-Partner den Abschuss des türkischen Fliegers scharf verurteilten, waren sie nicht bereit, den Bündnisfall nach Art. 5 auszurufen. Die Türkei hatte sich an die NATO und die UN gewandt und den Vorfall als eine »ernste Bedrohung für Frieden und Sicherheit in der Region« eingestuft. Hätte die UN diese Einschätzung übernommen, wäre die formale Voraussetzung eines Mandates nach Kapitel VII der UN-Charta erfüllt gewesen. Auch der Nordatlantikrat begnügte sich damit, den Vorfall zur Kenntnis zu nehmen und seine »uneingeschränkte Solidarität mit der Türkei« zu erklären.

Dies und die Bergung des abgeschossenen Jets sowie der getöteten Piloten durch ein US-amerikanisches Forschungsschiff brachte der AKP-Regierung unangenehme Kritik aus dem eigenen Lager ein. Dass ihre These vom »Abschuss im internationalen Luftraum« von der eigenen Armeeführung am 10. Juli 2012 öffentlich revidiert werden musste, war das i-Tüpfelchen des peinlichen Vorgehens. Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates, die Un-

terstützung, Finanzierung, Ausbildung von bewaffneten Gruppen, die in einem Nachbarland terroristische Anschläge verüben sowie deren Duldung auf dem eigenen Territorium und die Förderung von bewaffneten Auseinandersetzungen durch illegale Waffenlieferungen – ermutigt von der »sunnitischen Achse« war die türkische Regierung dabei, sämtliche Richtlinien der UN-Charta mit Füßen zu treten.

#### **NICHTS DAZU GELERNT**

Dabei war es die Türkei selbst, die seit Jahren die »ausländische Unterstützung« der PKK-Rebellen und die Duldung von PKK-Stellungen im Irak und Syrien beklagte. Deshalb hatte sie 1998 Syrien mit dem Kriege bedroht und begründete zahlreiche militärische Operationen in Nordirak mit internationalem Recht. Dass das türkische Engagement im syrischen Bürgerkrieg nicht ohne Folgen bleiben würde, war nicht nur Insidern bekannt.

Dennoch unternahm die AKP-Regierung nichts um die Eskalation zu verhindern. Im Gegenteil: Mit einer, in Schärfe ständig zunehmender Kriegsrhetorik griff Erdoğan das Assad-Regime an.

Währenddessen berichteten türkische Medien von Flüchtlingslagern, die zur Kommandozentrale der syrischen »Rebellen« geworden sind. Im türkischen Fernsehen erklärte ein führender Offizier der »Freien Syrischen Armee«, dass die türkische Regierung sie »großzügig unterstütze« und ihre Kämpfer im Flüchtlingslager Apaydin in Şanlıurfa (nahe der syrischen Grenze) stationiert seien. Sie würden »jeden Tag die Grenze überqueren« und mit »Erdoğan's und Allahs Hilfe die Regierungstruppen bekämpfen«. Ein Un-

tersuchungsausschuss des türkischen Parlaments, die kurz danach das Lager besuchte widersprach dieser Darstellung. In der türkischen Öffentlichkeit jedoch schenkte man den Aussagen des Ausschussvorsitzenden kaum Beachtung, da den Vertretern der Oppositionsparteien der Zutritt ins Lager vorher verwehrt war.

Kurz davor hatte die türkische Öffentlichkeit auf fatale Weise erfahren, dass die AKP-Regierung in Bombenattentate in Syrien verwickelt war. Als am 20. August 2012 in Gaziantep eine Autobombe explodierte und 9 Zivilisten starben, versuchte die Regierung diese Tat der kurdischen PKK zu unterschieben. Aber ein AKP-Abgeordneter verplapperte sich: Şamil Tayyar, Abgeordneter aus Gaziantep sagte nach dem Attentat der Presse, dass »diese Bombe als Antwort auf ein Bombenattentat in Damaskus verstanden werden« müsse. Türkische Kommentatoren mutmaßten, dass der türkische Geheimdienst den Abschuss des Kampffjets mit einer geheimen Operation »gerächt« habe. Das Attentat von Gaziantep ist bis heute nicht aufgeklärt.

Die türkische Regierung verstärkte die Unterstützung der syrischen »Rebellen«. Führende AKP-Funktionäre erklärten im türkischen Fernsehen, dass »die Regierung die Operation ›Vulkan in Damaskus-Erdbeben in Syrien‹ unterstützt«. Mit dieser Operation versuchten bewaffnete islamistische Gruppen durch mehrere Anschläge in Damaskus das Regime zu destabilisieren. Doch die Operation endete mit einem Fiasko für die »Rebellen«. Auch der Versuch, die Wirtschaftsmetropole Aleppo, wo die Türkei traditionell einflussreich ist, zu erobern scheiterte. Erfolgreich war jedoch die Einnahme der Grenzstation Tel Abiad an der türkischen

Grenze. Türkische Fernsehsender lieferten live Nachrichtenbilder, wie von der türkischen Seite aus die Grenzstation beschossen, erobert und syrische Soldaten gefangen genommen wurden. Türkische Journalisten meldeten am nächsten Tag deren Exekution durch die »Rebellen«.

Nachdem die syrische Armee die »Rebellen« zurückdrängen konnte, war es nur noch eine Frage der Zeit, wann die Auswirkungen der Kämpfe auch an der türkischen Grenze zu spüren waren. Als die ersten Gewehrkgelgen auf die Häuser der türkischen Grenzstadt Akçakale einschlugen, wandten sich besorgte BürgerInnen an die staatlichen Stellen. Es gab auch einige Demonstrationen von EinwohnerInnen Akçakales, wo sie von der Regierung Schutzmaßnahmen forderten. Diese Demonstrationen wurden von den Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst. Die AKP-Regierung ließ dann die Schulen schließen und forderte die EinwohnerInnen auf, ihre Häuser nicht zu verlassen.

Es kam, was kommen musste: Am 2. Oktober 2012 schlug in Akçakale eine Granate ein. 2 Frauen und 3 Kinder starben. Das war der Anlass, auf den Erdoğan gewartet hatte. Die Regierung bat das Parlament, ihr eine allgemeine Kriegsermächtigung zu erteilen. Am 4. Oktober 2012 erteilte das türkische Parlament mit den Stimmen der AKP-Fraktion und der neofaschistischen MHP diese Ermächtigung. Die Oppositionsparteien CHP und BDP votierten dagegen.

#### **DIE HINTERGRÜNDE DER TÜRKISCHEN SYRIEN-POLITIK**

Es bedarf keiner großen Erklärungsversuche, um zu beweisen, dass die Eskalationspolitik der Türkei von langer Hand geplant

war. Alle bisherigen Eskalationsstufen – von der Forderung nach Einrichtung »sicherer Häfen« und »humanitärer Korridore« über die Unterstützung und Bewaffung einer Bürgerkriegspartei bis hin zum Aufmarsch schwerbewaffneter türkischen Truppen an die syrische Grenze u.v.a.m. – kann präzise in einem Bericht des US-amerikanischen Brookings Institution nachgelesen werden. Der Brookings-Bericht »Assessing Options for Regime Change« vom 15. März 2012 listet alle Optionen für einen gewünschten Regimewechsel in Syrien auf. Dort ist auch davon die Rede, dass »wenn die übrigen Optionen scheitern sollten«, darüber nachgedacht werden müsste, entweder »den Sturz des Regimes durch eine Invasion von US-geführten Truppen direkt zu betreiben« oder »mit multilateralen, von der NATO geführten Bemühungen Assad zu verdrängen und den Wiederaufbau Syriens zu beginnen«.

Ohne Frage, ein Regimewechsel in Syrien deckt sich mit den langfristigen strategischen Zielen und Interessen sowohl der USA, als auch der Türkei. Deshalb koordinieren beide NATO-Partner ihr Handeln. Dennoch: es gibt Differenzen zwischen den USA und der Türkei. Während die USA eher die Option, Sturz des Assad-Regimes durch »innersyrische« Kräfte favorisieren, drängt die Türkei auf die Einrichtung einer Pufferzone und somit auf die militärische Option.

Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen will die Türkei, als »die« Regionalmacht schlechthin, in der Peripherie des »Imperiums« ihr Einflussgebiet erweitern und von der erwarteten Neuordnung der Region sich einen »großen Happen« sichern. Die Ausrichtung des türkischen Kapitals im Nahen

Osten und in Afrika sowie deren Investitionen erfordern die militärische Absicherung.

Zum anderen steht Syrien mit den innenpolitischen Problemen der Türkei, allem voran mit der kurdischen Frage, in unmittelbarem Zusammenhang. Der türkische Staat ist nicht willens, in Syrien eine Konstellation wie im Nordirak, also ein autonomes kurdisches Gebiet hinzunehmen. Die Türkei hat deshalb schon bei der Konstituierung des »Syrischen Nationalrats« darauf hingewirkt, dass kurdische Autonomieansprüche nicht in dessen Gründungserklärung aufgenommen wurden.

Eigentlich eine widersprüchliche Positionierung. Wenngleich die Regierung sich seinerzeit im Irak gegen die Ausrufung des kurdischen Autonomiegebietes vehement gewehrt hat, sind die türkischen Unternehmen heute wirtschaftlich die größten Nutznießer der Entwicklung im Nordirak. Sie dominieren den dortigen Markt und profitieren von dem rasanten Wirtschaftsaufschwung des Gebietes. Es wäre daher eine zumindest in der Logik des Kapitals denkbare Schlussfolgerung, dass die Regierung in Nordsyrien einen ähnlichen Entwicklungsweg unterstützen würde. Weit gefehlt.

Hierfür gibt es m. E. zwei wesentliche Gründe: Im Irak hat die Türkei mit Talabani und Barsani zwei starke Partner, die von Anfang an eine militärische Intervention des Westens im Irak befürworteten und sich mit dem türkischen Staatsfeind Nr. 1, der PKK, nicht verbündeten. Talabanis und Barsanis Parteien stehen für eine prowestliche Politik, arbeiten eng mit den USA zusammen und kontrollieren die Erdölfelder in Mossul und

Kirkuk, auf welche die Türkei Ansprüche erhebt.

In Syrien hingegen stellt sich die Situation völlig anders dar: Die syrischen KurdInnen sind mehrheitlich gegen eine militärische Intervention von außen und im »Syrischen Nationalrat« nicht mehr vertreten. In Westkurdistan, also Nordsyrien, übt die PKK über die PYD, der größten kurdischen Partei mit führender Rolle innerhalb der syrischen Kurden, großen Einfluss aus. Obwohl die kurdischen Parteien in Opposition zum Assad-Regime stehen, machen sie sich für die territoriale Unversehrtheit Syriens und für eine inner-syrisch-demokratische Lösung stark. Im Juni 2012 beschloss ein Kongress der kurdischen Parteien in Syrien die Losung: »Keine Intervention, keine Gewalt. Das Problem in Syrien kann nur von Syrern, friedlich und demokratisch gelöst werden«. Somit stehen die Forderungen der syrischen Kurden den Zielen der türkischen Regierung diametral entgegen.

Der zweite Grund ist die Entschlossenheit der AKP, ihre eigene kurdische Frage militärisch zu lösen. Eine militärische Intervention und ggf. die Errichtung einer türkischen Pufferzone in Syrien würde, so die erklärten Pläne der türkischen Generalität, den Weg einer Besatzungsoperation der Qandil-Berge im Nordirak erst ebnen. Vor kurzem machte der als Kriegsverbrecher beschuldigte türkische Armeechef Necdet Özel in einem Zeitungsinterview deutlich, was für die endgültige Zerschlagung der PKK-Stellungen in den Qandil-Bergen notwendig ist. O-Ton Özel: »Die türkische Bevölkerung müsste sich auf eine lange Besatzungszeit und zahlreiche Gefallene bereitmachen«.

Die aktuelle Syrien-Politik der AKP-Regierung ist zugleich das Ergebnis des türkischen Handelns unter Zugzwang. Im Stile eines neo-osmanischen Regionalimperialismus hatte die AKP den Aufbau einer »Sunnitischen Achse« forciert. Seit langem werden die sunnitischen Kräfte im Irak unterstützt, Barsani und seine autonome Behörde hofiert, die Beziehungen zu Hamas gestärkt, die Kooperation mit den sunnitischen Herrschern der Golfkooperationsstaaten vertieft und bewaffnete sunnitische Gruppen in Syrien finanziert. Die scharfe Anti-Israel-Rhetorik gehört ebenso dazu wie das Schüren von anti-schiitischen Ressentiments. Nun aber gerät die türkische Regierung zunehmend in die Rolle eines Subunternehmers auf der großen Baustelle der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens.

Zudem steht die AKP vor einem konjunkturellen Problem: Die Verbrauchercredite werden teurer, die Immobilienblase kommt an ihre Grenzen und die Arbeitslosigkeit besonders der wenig qualifizierten Schichten wächst an. Gepaart mit den außergewöhnlich hohen Bilanzdefiziten und der ungelösten »Kurdenfrage« führt diese Entwicklung zu Vertrauensverlusten in der Bevölkerung. Die Türkei ist nach Ägypten weltweit der zweitgrößte Nahrungsmittelimporteure und auf ausländischen Kapitalzufluss angewiesen, was nach der Herabstufung durch die Rating-Agenturen immer teurer wird. Das derzeitige Säbelrasseln mag als Ablenkungsmanöver dienlich sein, könnte aber, wenn sich nichts Wesentliches in Syrien ändert, zum Eigentor führen.

Weder ist eine »innersyrische Lösung«, also ein Sieg der syrischen Oppositionellen, in Sicht, noch steht die westliche »Wertege-

meinschaft« bereit, militärisch zu intervenieren. Zudem ist nicht sicher, ob das Assad-Regime mit einer militärischen Intervention gestürzt werden könnte. Zugleich ist auch der Status quo nicht im Interesse der türkischen Regierung. Zum einen würde das Weiterbestehen des Assad-Regimes als Schwäche der Türkei verstanden werden und den weiterreichenden Ansprüchen des »Möchtegern-Global-Players« schaden. Zum anderen würde ein instabiler Machterhalt des Despoten Assads zu größeren Instabilitäten in der Region führen.

Doch die AKP kann sich weder einen militärischen Alleingang leisten noch geduldiges Abwarten. Je länger der Syrien-Konflikt ungelöst bleibt, desto stärker verengen sich ihre Bewegungsräume. Noch ist Erdoğan sich der Unterstützung unterschiedlicher Fraktionen der Bourgeoisie sicher. Aber wenn deren Interessen in Syrien nicht gewahrt oder durchgesetzt werden können und die Handelsbeziehungen mit Russland, China und dem Iran darunter leiden, wird die Alleinregierung der AKP nicht länger Bestand haben. Gleichzeitig riskiert die AKP mit ihrer aggressiven antischiitischen Haltung einen konfessionellen Konflikt zwischen Sunniten und Alewiten im eigenen Land. Übergriffe gegen Alewiten zeigen, dass ein solcher Konflikt einem Pulverfass gleicht. Zusammen mit der kurdischen Frage hätte sie das Potential, die territoriale Einheit der Türkei zu zerstören. Insofern wären die Entscheidungsträger der Türkei vor allem im Sinne der Bevölkerung gut beraten zu erkennen, dass der Weg zu einer sicheren Zukunft nicht über Damaskus führt, sondern nur durch eine tragfähige und demokratische Lösung der kurdischen Frage zu erreichen ist. ■

# NEUORIENTIERUNG IN DER TÜRKEI-POLITIK?

FEBRUAR 2013

Passender hätte eine Steilvorlage für die türkische AKP-Regierung nicht sein können. Gerade vor der Türkeivisite der Bundeskanzlerin ließ EU-Kommissar Günther Oettinger die »Bild« sich zitieren: »Ich möchte wetten, dass einmal ein deutscher Kanzler oder eine Kanzlerin im nächsten Jahrzehnt mit dem Kollegen aus Paris auf Knien nach Ankara robben wird, um die Türkei zu bitten, Freunde, kommt zu uns.« [1] Egemen Bagis, seines Zeichens EU-Minister der AKP-Regierung nahm prompt die Steilvorlage aus Brüssel und erklärte mit hämischer Freude: »Ob sie robben oder auf Knien kommen werden, kann ich nicht sagen. Das, was ich weiß ist, dass die Türkei stark genug ist und sie auf jeden Fall auf die Knien fallen werden.« [2]

Oettingers Bemerkung wird die Bundeskanzlerin, die am 24. Februar 2013 den vor Selbstbewusstsein strotzenden türkischen Premier trifft, wohl nicht sehr amüsiert haben. Zwar hat EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sich von Oettingers Bemerkung sofort distanziert: »Das ist seine persönliche Meinung und nicht die der EU-Kommission« [3], aber Frau Merkel hätte sich wahrlich

mehr Unterstützung aus Brüssel gewünscht. Gerade jetzt, wo Erdogan wieder mit neuer EU-Kritik von sich reden gemacht hatte.

Von Schadensfreude in den türkischen Medien ist jedoch nicht viel zu spüren. Regierungsnahe Medien haben zwar Oettingers Äußerungen auf die Titelseiten gebracht, aber in den Kommentaren ist eher davon die Rede, dass in den Beziehungen mit der EU ein Neustart möglich ist. Zumal der französische Präsident François Hollande der Bundeskanzlerin in die Türkei bald folgen wird.

Ob aber ein Neustart bzw. Neuorientierung in der Türkei-Politik Deutschlands und Frankreichs zu erwarten ist, ist nicht ausgemacht. Merkel und Hollande werden wohl Schulterschluss mit der Türkei demonstrieren, aber eine Beschleunigung des Heranführungsprozesses der Türkei an die EU wird nicht erfolgen – auch wenn der deutsche Außenminister Guido Westerwelle jüngst die »Neubelebung des Verhandlungsprozesses« verlangt hat.

Einige türkische Kommentatoren vertreten die Auffassung, dass die öffentliche Speku-

lation Erdogans über den Beitritt der Türkei zur Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit die Europäer aufgeschreckt habe. Doch wahrscheinlicher ist es, dass Kerneuropa aufgrund der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten und der erstarkten türkischen Position, eine Neubewertung vorgenommen hat.

#### **»KLEINE, ABER WICHTIGE SCHRITTE« DER ANNÄHERUNG**

Nun ist es ja kein Geheimnis, dass sowohl Berlin, als auch Paris der türkischen EU-Mitgliedschaft reserviert gegenüberstehen. Merkels Vorschlag von einer »privilegierten Partnerschaft« und ihre klare Ablehnung vom November 2012 »Wir wollen die Vollmitgliedschaft der Türkei nicht«, ist noch in guter Erinnerung. Auch Frankreich war bisher von der Blockade-Haltung des früheren Präsidenten Nicolas Sarkozy nicht abgerückt.

Jetzt aber, vor einigen Tagen, übermittelte der französische Außenminister Laurent Fabius seinem türkischen Kollegen Ahmet Davutoglu die gute Nachricht: Frankreich wird die bisher gesperrten Verhandlungen über das Kapitel 22, welches die EU-Regionalpolitik betrifft, freigeben. Die Bundesregierung begrüßte diesen Schritt.

Der Presse war zu entnehmen, dass sich EU-Diplomaten über diesen »kleinen, aber wichtigen Schritt« gefreut haben. Aber ein echter Grund zur Freude gibt es bei weitem nicht. Die Verhandlungen sind seit langem zum Stillstand gekommen. Bisher ist gerade mal nur eines der 35 Kapitel abgeschlossen. Zwar sind 12 weitere Kapitel eröffnet, sind aber von einem Abschluss weit entfernt. Solange das sog. »Zypern-Problem« ungelöst bleibt, solange ist ein Fortschritt nicht zu

erwarten. Eben darum bleibt die Frage spannend: Was ist der Grund für die deutsch-französischen Annäherungsversuche?

In den letzten Jahren ist die wirtschaftlich wachsende Türkei ein überaus geschätzter Partner der deutschen Wirtschaft geworden. Bürgerliche Medien in Deutschland schwärmen geradezu vom »Wirtschaftsboom« und von den »günstigen Bedingungen« der Türkei für das deutsche Kapital. Rund 5.000 deutsche Firmen sind inzwischen in der Türkei tätig und profitieren von dessen Wirtschaftsstärke. Immerhin hat die Türkei 2011 Waren im Wert von 134 Milliarden US-Dollar exportieren können (Import: 240 Milliarden US-Dollar). [4] Laut einem Bericht des Exportrates der Türkei liegt der Anteil der in der Türkei tätigen deutschen Firmen am türkischen Export nach Deutschland, bei rund 20 Prozent; 50 Prozent der Exporte deutscher Firmen aus der Türkei gehen nach Deutschland. [5]

Doch die Tatsache, dass das türkische Exportvolumen nach Deutschland in 2012 auf 13 Milliarden US-Dollar zurückgegangen ist, bereitet der deutschen Wirtschaft, somit der Bundesregierung Kopfzerbrechen. Dem gegenüber erhöhte sich der türkische Export in den Irak – besonders in das Autonomiegebiet Kurdistan – auf 11 Milliarden US-Dollar. Bei einem gesamten Handelsvolumen von rund 34 Milliarden US-Dollar überwiegt zwar der deutsche Export in die Türkei deutlich, aber diese Zahlen stärken eher die türkische Verhandlungsposition. [6] Mit diesen Zahlen im Rücken kann Erdogan bequem auf die Bundeskanzlerin warten und wird sicherlich ihr deutlich machen, dass er eine andere Haltung der EU für angemessen hält, was wiederum für die Wahlvorbereitungen der AKP von Bedeutung ist.



Dennoch, das ist nur ein Teil des Gesamtbildes. Es gibt auch Stimmen in Europa, die wie Oettinger eine Neuorientierung fordern. So sagt z. B. Günter Seufert von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, dass der Stillstand die Position der Europäer eher geschwächt habe: »Sie haben keinen Einfluss mehr auf die Türkei, weil die Konditionierung nicht funktioniert. Solange der Verhandlungsprozess nicht läuft, hat man nichts in den Händen.« [7] Die EU-Schelte Erdogans, sein angeberisches »Wir erstarken von Tag zu Tag« und die regionalen Ambitionen der Türkei scheinen Eindruck hinterlassen zu haben.

Auch der Unternehmensberater und Vizeadmiral a.D. Ulrich Weisser scheint beeindruckt zu sein. Weisser plädiert für eine »Revision der Türkei-Politik« und schreibt: »Es ist natürlich offenkundig, dass die Türkei einigen Grundprinzipien eines modernen, von Menschenrechten geprägten Verfassungsstaates heute noch unzureichend folgt. (...) Wir müssen uns allerdings die Frage stellen, ob wir allein noch so gut begründete und für unser System unersetzliche Prinzipien zum alleinigen Maßstab in der Beitrittsfrage machen sollen. Unsere Interessenslage gebietet doch, auch den geopolitischen Lage-Wert der Türkei für unsere Sicherheit, für unsere wirtschaftliche Kooperation und für die Möglichkeit unserer Einflussnahme in einem labilen strategischen Umfeld zu berücksichtigen.« [8]

Dieser Pragmatismus ist kein Deut besser als der »gutmütige Imperialismus« von Javier Solana und seinem Intimus Robert Cooper. Hier kommt die gängige Auffassung der EU-Eliten, im Namen der »Wahrung unserer geopolitischen und wirtschaftlichen Inter-

essen« sämtliche Werte und Prinzipien der bürgerlichen Demokratie übers Bord zu werfen, zum Ausdruck. Um eben »unsere« Freiheit, »unseren« Reichtum und Wohlstand und »unsere« Demokratie zu schützen, sollen »wir« Unrechtsstaaten, die gegen die eigene Bevölkerung einen schmutzigen Krieg führen und die Menschenrechte mit Füßen treten, unbedingt unterstützen. Was interessiert »uns« die Armut und Unterdrückung anderer Völker, solange dies für die Wahrung »unserer« Interessen, sprich den Interessen des deutschen Kapitals, dient?

Ganz im Manier eines Vizeadmirals will Weisser auch die EU umkrepeln: »Wenn sich die EU entschließen würde, den Beitritt zur EU vom Beitritt zum Euro zu entkoppeln, könnte es bei der dynamischen und eingespielten Arbeitsweise der 17 EU-Mitglieder in der »Euro-Group« bleiben und die EU könnte zugleich Flexibilität für die Aufnahme von neuen Mitgliedern – wie der Türkei – in den äußeren Kreis geben; mit anderen Worten: Das Europa der zwei Geschwindigkeiten würde nicht auf Finanzfragen beschränkt, sondern neue und praktische Formen der europäischen Zusammenarbeit ermöglichen.« [9] Gibt es denn ein besseres Plädoyer für »Kerneuropa«?

Noch kann man nicht darüber spekulieren, ob Paris und Berlin im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft der Türkei sich mit diesen Vorschlägen anfreunden können. Das Argument des »nichteuropäischen Kulturkreises« scheint derzeit gewichtiger zu sein. Was jedoch nicht bedeutet, dass in beiden Hauptstädten keine neue Bewertung der Türkei vorgenommen wurde. Angesichts der Neuformierung der Beziehungen der Türkei zu seinen Nachbarn, dessen »geostrategischen

Lage-Werts« sowie der US-Strategien im Nahen und Mittleren Osten wäre es sträflich dumm, wenn sie es nicht täten – natürlich im Sinne kerneuropäischer Interessen.

#### **GEMEINSAME INTERESSEN TROTZ WIDERSPRÜCHE**

Die aufgrund der Konsolidierung nach der großen Krise von 2001, insbesondere aber der aktivierenden Politik der AKP-Regierungen, die immer über eine große Zustimmung der türkischen Wählerschaft verfügen konnten, erreichten Wirtschaftserfolge haben den türkischen Entscheidungsträgern ein beachtliches Selbstvertrauen verschafft. Mit diesem Selbstvertrauen ausgestattet und in der Hoffnung ein Global Player zu werden, formulierte die AKP ihre regionalen Ambitionen. Diesen liegt eine andere, von der EU unabhängige Analyse zugrunde.

Die türkischen Entscheidungsträger müssen vor allem die immense Energieabhängigkeit beachten. Dies ist u. a. auch ein Grund, warum die AKP in der Iran-Frage eine völlig andere Position einnimmt, als die EU. Historisch gewachsene Beziehungen, ein wachsendes Handelsvolumen, die gemeinsame lange Grenze, gemeinsame Probleme (so z.B. das Kurdenproblem) und die Abhängigkeit von den iranischen Erdgaslieferungen zwingen die AKP, sich anders als die EU zu positionieren. Auch wenn die Türkei gemeinsam mit Saudi Arabien und den Golfkooperationsstaaten weiterhin ein sunnitische Hegemonialprojekt in der Region verfolgt und den Einfluss des Irans zurückdrängen will, so ist sie realistisch genug, um die Stärke des Irans sowie die für die Türkei negativen Folgen eines möglichen Iran-Krieges des Westens nicht zu unterschätzen.

In diesem Zusammenhang müssen, da hat Weisser recht, auch die russisch-türkischen Beziehungen beachtet werden. Weisser bemerkt, dass Russland inzwischen »einer der wichtigsten Handelspartner der Türkei« geworden ist und »der Warenaustausch von heute 18 Milliarden US-Dollar bis 2015 sogar verfünffacht werden« soll. Diese Tatsache erhöht die Handlungsoptionen der AKP-Regierung.

Nicht zu vergessen ist auch die unrühmliche Rolle, die die Türkei im syrischen Bürgerkrieg eingenommen hat. Die 877 km lange Grenze zu Syrien, die Unterstützung der bewaffneten syrischen »Opposition« und die offensichtlich weitgehende Kontrolle der AKP über die islamistischen Terrorgruppen in Syrien verunmöglichen es, dass die EU ohne die Türkei ein mitbestimmender Faktor in Syrien werden kann. Erdogans Drohung, »wir können auch ohne euch« bekommt somit eine andere Brisanz.

Trotzdessen und trotz aller Widersprüche bedeutet das allerdings keine Abwendung der Türkei vom Westen, von der EU. Im Gegenteil; die Beziehungen der Türkei zur NATO und zur EU sind viel stärker und nachhaltiger als es je gewesen ist. Die langfristigen Interessen der AKP-Regierung sowie sie unterstützenden türkischen Kapitalfraktionen und die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen des Westens im Dreieck Balkan-Kaukasus-Naher Osten decken sich. Das einzige, was sich in diesen Beziehungen geändert hat, ist die stärkere Verhandlungsposition der AKP gegenüber der EU. Aber aufgrund der zwei »Achillesfersen« der Türkei, nämlich die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft vom ausländischen Kapital und das ungelöste Kurdenproblem, werden die

Herrschenden in der Türkei es schwer haben, diese starke Position aufrecht zu erhalten.

Sowohl Deutschland, als auch Frankreich sind sich dieser starken Verhandlungsposition, aber auch der türkischen Risiken sehr wohl bewusst. Natürlich ist es bekannt, dass die Türkei eine wichtige Regionalmacht geworden ist, auf die Unterstützung der USA und Großbritanniens setzen kann, das Wirtschaftswachstum weiterhin ungebrochen ist, rekordverdächtige Kapitalakkumulation regionalimperialistische Sehnsüchte geweckt hat und die AKP-Regierung weiterhin über eine breite gesellschaftliche Zustimmung verfügt. Genauso sind aber sämtliche »Gebrechen« der Türkei, also die ungelösten gesellschaftlichen Konflikte, die Abhängigkeiten, die Widerstandsdynamik der kurdischen Bevölkerung und die ständige Gefahr, dass im chronisch instabilen Nahen Osten jederzeit eine neue Entwicklung alle Pläne zu Nichte machen kann, bekannt.

Merkel und ihr folgend Hollande werden mit diesem Wissen Erdogan treffen. Mit leeren Händen fahren sie sicherlich nicht hin und werden wohl auch nicht mit leeren Händen zurückkehren. Die Tatsache, dass die formalen Voraussetzungen einer EU-Mitgliedschaft in einer Dekade, geschweige denn in den nächsten Jahren kaum erfüllt werden können, minimiert für beide das innenpolitische Risiko eines Schulterschlusses mit der Türkei sowie von Versprechungen, den Verhandlungsprozess zu beschleunigen.

Auf der anderen Seite ist auch die AKP-Regierung sich bewusst, dass sie ohne diesen Schulterschluss mit der EU ihre hochgesteckten regionalen Ambitionen nicht verwirklichen kann. Der erhoffte Regimewechsel in

Syrien lässt weiterhin auf sich warten. Die aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt, insbesondere in Tunesien und Ägypten haben die Grenzen des türkischen Führungsanspruches aufgezeigt. Zypern wird sowohl von der EU, als auch von der Türkei wie ein Faustpfand behandelt, was wiederum für beide Seiten keinen Nutzen bringt.

Es sind die gegenseitigen Abhängigkeiten, die die Entscheidungsträger in der Türkei und in der EU zu flexibler Realpolitik und pragmatischem Handeln zwingen. Daher wäre es keine Überraschung, wenn Merkel und Hollande »Geschenke« mitbringen werden. Ohne Zweifel werden diese »Geschenke« zahlreiche Restriktionen gegen die kurdischen Organisationen in Europa, Zusammenarbeit im »Kampf gegen den Terrorismus«, Rüstungszusagen und einige Investitionen enthalten. Doch das größte »Geschenk« was sich Erdogan derzeit erhofft, wäre die Visafreiheit oder zu mindestens Visaerleichterungen für türkische Staatsangehörige. Wenn man die nächsten Kommunalwahlen, aber insbesondere die zum ersten Mal stattfindende Präsidentschaftswahl bedenkt – Erdogan will ein Präsidialsystem einführen –, kann man sich die Attraktivität eines Bildes von einem »türkischen Führer, der der EU die Freizügigkeit abgetrotzt hat« sehr gut vorstellen. Doch, ob und wie sehr Merkel und Hollande in dieser Frage Erdogan entgegenkommen werden, hängt davon ab, wie »großzügig« sich der Gastgeber zeigen wird.

Aus deutscher Sicht betrachtet kann festgestellt werden, dass in der deutschen Türkei-Politik, außer taktischen Neuerungen keine Veränderungen gibt. Eine Neuorientierung bzw. Revision der Türkei-Politik ist nicht zu erwarten. Denn, die seit den wilhel-

minischen Zeiten geltende Konstante der deutschen Türkei-Politik bleibt weiterhin: »Einzig und alleine eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht es uns, dafür zu sorgen, dass die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen können. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke, soviel nur irgend gewünscht wird.« [10] Um es mit den Worten des ehemaligen Bundeswehrinspektors Klaus Naumann zu sagen, die geostrategische Lage der Türkei und deutsche Interessen gebieten die Unterstützung der Türkei, was eine »strategische Imperative für die EU« ist. ■

[10] Zitiert vom deutschen Kolonialstrategen Paul Rohrbach (1911) in Nikolaus Brauns: Die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg 1914. Magisterarbeit. Institut für Neuere Geschichte der Universität München. Wintersemester 1996/1997

[1] <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oettingers-aeusserungen-zum-eu-beitritt-der-tuerkei-verwirrt-bruessel-a-884639.html>

[2] <http://t24.com.tr/haber/egemen-bagis-ab-mutlaka-dize-gelecek/224183>, am 20. Februar 2013

[3] Spiegel-Bericht.

[4] Die Export- und Importzahlen der Türkei in den letzten 19 Jahren: <http://www.patronturk.com/turkiyenin-yillara-gore-ihracat-rakamlari>

[5] Ein Bericht der Deutschen Welle (Türkisch): <http://www.dw.de/almanyaya-ihracatta-alman-imzas%C4%B1/a-16152119>

[6] Für alle Statistiken siehe Website der Staatlichen Statistikbehörde: <http://www.tuik.gov.tr/Start.do> u.a. auch <http://www.tuik.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=10908>

[7] <http://www.fr-online.de/politik/eu-beitritt-annaeh-rung-an-die-tuerkei,1472596,21861424.html>

[8] <http://www.cicero.de/weltbuehne/fuer-eine-revision-der-europaeischen-t%C3%BCrkei-politik-nehmt-die-tuerken-ernst/53314>

[9] e. b. d.

# DIE METAPHYSISCHE PHRASE

## DER KURDISCHE NATIONALISMUS UND DIE KURDISCHE FRAGE

APRIL 2013

So paradox es auch klingen mag: regierungsnahen Medien haben den türkischen Premier zum »Kämpfer gegen den türkischen und kurdischen Nationalismus« erkoren. Voller Lobeshymnen berichten sie, wie Erdoğan »den Nationalismus mit seinen Füßen zertrete« und Willens sei, nun »das wichtigste Problem des Landes, die kurdische Frage endgültig zu lösen«. Liberale Kolumnisten wiederum trällern die frohe Botschaft: »Der Frieden ist zum Greifen nahe!«.

Ein Sinneswandel? Wohl kaum – auch wenn bekannt geworden ist, dass Vertreter des türkischen Geheimdienstes, mit ausdrücklicher Genehmigung des Premiers, seit geraumer Zeit auf der Gefängnisinsel Imralı mit Abdullah Öcalan Gespräche führen. Obschon zwei Delegationen der BDP-Abgeordneten auf Imralı Öcalan trafen und seine Briefe an die PKK-Führung übermittelten, ist von einer Lockerung der Isolationshaft nichts zu spüren. Öcalans Anwälte dürfen ihren Mandanten immer noch nicht besuchen. Auch die Repressionen gegen die Opposition sowie die militärischen Operationen werden unvermindert fortgeführt. Selbst an dem

Tag, als BDP-Abgeordnete die PKK-Führung treffen und ihnen Öcalans Brief aushändigen sollten, haben türkische Kampfjets die Kandil-Berge bombardiert. Ein Friedensprozess sieht wahrlich anders aus.

In diesem Zusammenhang ist aber eine andere Entwicklung betrachtenswert: Die Rolle der kurdischen Nationalisten.

Sprachführer derer scheint der türkische Soziologe İsmail Beşikçi geworden zu sein. Beşikçi, der zweifelsohne in der Forschung der kurdischen Geschichte große Verdienste erworben hat, wirft Öcalan und der kurdischen Bewegung quasi ein »Verrat an der kurdischen Sache« vor. Bezugnehmend auf Öcalans Verteidigungsschriften, [1] in denen Öcalan sein Konzept eines »Jenseits vom Staat, Macht und Gewalt stehenden demokratischen Konföderalismus« vorstellt, meint Beşikçi, dass Öcalan mit der Ablehnung eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats einen großen Fehler begehe. Dafür bekommt Beşikçi den Applaus kurdischer Nationalisten, deren Obsession von einem unabhängigen kurdischen Nationalstaat inzwischen rassistische Züge angenommen hat.

### **EIN NATURGEBENES, WISSENSCHAFTLICHES RECHT?**

Beşikçi und seine Anhänger begründen ihre Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Nationalstaat weder mit der historischen Entwicklung, noch mit den materiellen Voraussetzungen, sondern alleine mit dem »naturgegebenen Recht von 50 Millionen Kurden, die von vier Kolonialstaaten unterjocht werden«. [2] Für Beşikçi ist der junge Staat Kosovo ein Beweis für die Möglichkeit einer nationalstaatlichen Gründung auch im 21. Jahrhundert.

Nun, es bedarf sicherlich keiner großen Mühe, um den Gegenbeweis zu führen, dass es weder eine »kosovarische Nation« existiert, noch Kosovo ein »unabhängiger« Staat ist und dass der »Schmelztiegel Nation« längst erkaltet im Müllhaufen der Geschichte liegt. Auch dafür, dass das sog. »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, wie Rosa Luxemburg zu Recht beschreibt, »unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen als solche so viel wert [ist], wie das ›Recht‹ eines jeden Menschen, aus goldenen Schüsseln essen zu dürfen«. [3] Die kritische Literatur ist reich an Abhandlungen über die Entstehung von Nationalstaaten und das künstliche Produkt des Kapitalismus, der »Nation«.

Ordnungshalber sollten hier Auszüge aus den Debatten der kurdischen Nationalisten wiedergegeben werden, um das Bild zu vervollständigen. Recep Maraşlı, selbst ein kurdischer Autor, schreibt an Beşikçi:

»Ich teile Ihre Kritik vollständig. Aber es ist auch eine sehr wichtige Frage, welchen Weg die Kurden bei dem Aufbau des Nationalstaates verfolgen werden. Wie werden z.B., wenn ein solcher Nationalstaat aufgebaut

ist, die Gesellschaften der Türken, Araber, Aramäer, Tscherkessen, Armenier innerhalb der Gefüge des kurdischen Nationalstaates einbezogen? (...) Es ist bekannt, dass Zwangsumsiedlungen, Massaker und Assimilierungspolitiken beim Aufbau von Nationalstaaten im Namen der Homogenisierung der Heimat legitimiert wurden. Wie können die Kurden ihren Nationalstaat aufbauen, ohne diese Verbrechen zu begehen?« [4]

Maraşlıs Fragen sind berechtigt, doch seine Vorstellung, dass eben diese »Verbrechen durch einen inneren Föderalismus bzw. kantonale Staatsstrukturen verhindert« werden könnten, da der »kurdische Nationalstaat eh einen allumfassenden Nationalitätsbegriff haben« würde, ist reines Wunschdenken. Beşikçi wiederum ist der Auffassung, dass »jeder wisse, dass die Kurden so etwas nie machen würden«.

Sowohl Maraşlı, als auch Beşikçi und seine nationalistischen Verehrer verstricken sich in ihren Positionen in Widersprüche und sind inkonsistent in ihren Behauptungen. Wenn wie Maraşlı es meint, dass »die Beziehungen zwischen Nationen, die im gleichen Land leben, demokratisch und partizipativ gestaltet und so das nationalstaatliche Denken überwunden werden« können, stellt sich doch die Frage, warum dies nicht innerhalb der gegebenen nationalstaatlichen Grenzen verfolgt wird und dafür unbedingt die Gründung eines kurdischen Nationalstaats erforderlich ist. Wenn das »Selbstbestimmungsrecht der Kurden« absolut richtig und ein kurdischer Nationalstaat unverzichtbar ist, weshalb ja die KurdInnen sich den »umfassenden Nationalitätsbegriff« der Türkei, des Irans, Iraks und von Syrien »nicht unterordnen wollen«, wäre es nicht logisch zu fragen, warum ara-

bische, aramäische, armenische oder türkische Ethnien, die in Kurdistan leben, diesem Recht auf Selbstbestimmung abschwören und sich einem »allumfassenden kurdischen Nationalstaat« unterordnen sollten? Mit welcher Begründung und was passiert, wenn diese ethnischen Gruppen, genau wie die KurdInnen in den jeweiligen Staaten auch, sich der Unterordnung widersetzen würden? Wer könnte garantieren, dass ein kurdischer Nationalstaat nicht genau dieselben Verbrechen begehen würde, wie zuvor die Türkei, der Iran, Irak oder Syrien?

Befriedigende Antworten auf solche Fragen sind weder von Beşikçi, noch von Maraşlı oder anderen kurdischen Nationalisten zu erwarten. Denn die Gründung eines unabhängigen kurdischen Nationalstaats, welches sie als »naturgegebenes Recht der Kurden« fordern, ist vom Charakter nichts anderes als der von ihnen verhasster bürgerlicher Nationalstaat, das sie in der Türkei, im Iran, Irak und Syrien zerschlagen sehen wollen. Und ihr kurdischer Nationalismus ist lediglich die kleinbürgerliche und ebenso reaktionäre Version des bürgerlichen Nationalismus.

Obleich das »Recht« auf einen unabhängigen kurdischen Nationalstaat eine den Klasseninteressen des überwiegenden Teils der kurdischen Bevölkerung in allen Teilen Kurdistans widersprechende leere Phrase ist, so ist es aber dennoch eine Tatsache, dass die Gründung eines solchen kurdischen Nationalstaates heute realistischer denn je geworden ist.

#### **KURDISTAN: EIN SATELLITENSTAAT DES TÜRKISCHEN REGIONALIMPERIALISMUS?**

Interessant ist es in diesem Zusammenhang, dass sowohl kurdische Nationalisten als auch

der türkische Staat, die ja ansonsten penibel darauf achtet, das Wort »Kurdistan« nicht auszusprechen, in ihren Positionen zum »Kurdischen Autonomiegebiet« in Nordirak nahezu deckungsgleich sind: Während beide Seiten Barsani und seine Behörde unterstützen – auch in ihrer Bestrebung nach der Ausrufung der »Unabhängigkeit« -, lehnen beide Seiten die demokratischen Autonomiestrukturen der syrischen KurdInnen vehement ab. Verständlich wird diese widersprüchliche Erscheinung erst durch die Betrachtung des politisch-ökonomischen Hintergrunds.

Für das türkische Kapital hat sich das kurdische Autonomiegebiet unter Barsani zu einer wahren Goldgrube verwandelt. Innerhalb eines Jahres (2011-2012) erhöhte sich das türkische Exportvolumen in den Nordirak um 30 Prozent – damit ist Nordirak mit 11 Mrd. Dollar der zweitgrößte türkische Exportmarkt nach Deutschland geworden. Bei einem gesamten türkischen Exportvolumen von 134 Mrd. Dollar (Import: 240 Mrd. Dollar) sind das immerhin über 8 Prozent. Die gesamte Infrastruktur des kurdischen Autonomiegebiets wird von türkischen Firmen aufgebaut. Laut Haydar Mustafa Said, Vorsitzender der Informationsabteilung der kurdischen Investitionsbehörde, belegen die türkischen Investitionen im Nordirak den Spitzenplatz und sind doppelt so hoch wie britische Investitionen, die den zweiten Platz einnehmen. [5] 75 Prozent des Bausektors und 10 Prozent des Energiesektors sind in der Hand von türkischen Firmen. Jeden Tag bringen rund 1.500 LKWs Waren aus der Türkei in den Nordirak.

Für türkische Investitionen ist Energie ein Schlüsselbegriff. Im kurdischen Autonomiegebiet werden rund 45 Mrd. Barrel Rohöl vermutet. Das sind rund 20 Prozent des ge-

samten Erdölvorkommens im Irak, was bekanntlich der drittgrößte Erdöllieferant der Welt ist. Laut den derzeitigen Planungen sollen in den nächsten 4 Jahren im Nordirak täglich 1 Million Barrel Öl gefördert werden, was nach WTI-Preisen rund 33 Mrd. Dollar Jahreseinnahmen entspricht. [6] Damit würde die kurdische Autonomiebehörde zum 24. größten Erdöllieferant der Welt aufsteigen. Das ist u. a. der Grund, warum die größten türkischen Energiekonzerne wie Pet Holding, Genel Enerji oder Türkerler Holding inzwischen mehrere Mrd. Dollar im Nordirak investiert und die staatliche Pipelinegesellschaft der Türkei BOTAS schon 2008 den Bau einer Pipeline von Irak in die Türkei mit dem türkischen Erdölförderungsgesellschaft TPAO und Shell vertraglich vereinbart haben. Zudem soll laut einer irakisch-türkischen Energievereinbarung vom 15. Oktober 2009, »mittelfristig 10 bis 12 Mrd. Kubikmeter Erdgas jährlich nach Europa transportiert werden«. [7]

Und genau das ist das Problem, nämlich der Transport dieser Energieträger. Die irakisch-türkische Pipeline Kirkuk-Yumurtalik kann diese Kapazitäten nicht decken. Derzeit stellt sich als kostengünstigste Variante der Transport über Syrien ans Mittelmeer dar. Für die Türkei hat diese Variante eine immense Bedeutung: Zum einen kann die Türkei das irakische Erdöl und Erdgas für den Eigenverbrauch günstiger ausschöpfen, zum anderen aber damit eine Schlüsselrolle für den Transport in den europäischen Markt einnehmen. Dies wiederum verschafft ihr größere Vorteile gegenüber den Mitkonkurrentinnen USA und Israel und würde ihre Position als maßgeblicher Energieumschlagplatz festigen.

Auf der anderen Seite spielt Nordirak für das sunnitische Hegemonialprojekt der Türkei und der Golfkooperationsstaaten eine besondere Rolle. Die schiitisch dominierte Zentralregierung Iraks ist ein Dorn im Auge der türkischen Entscheidungsträger und der sunnitischen Despoten am Golf. Die prowestliche Haltung des Sunniten Barsani und dessen wirtschaftliche Interessen machen ihn zum idealen Partner. Mit diesem Hegemonialprojekt verfolgen die sunnitischen Despoten und die Türkei zwei wesentliche Ziele: Zum einen wollen sie den Einfluss der »Schiitischen Achse« (Iran, irakische Zentralregierung, das Assad-Regime und die libanesische Hisbollah) zurückdrängen und zum anderen durch die Verbindung von Bevölkerung, Energieressourcen und Kapitalkonzentration die politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz in der Region erreichen. Für diese Ziele sind sie, insbesondere die Türkei, bereit, einen unabhängigen kurdischen Nationalstaat unter der Führung von Barsani zu akzeptieren. Unabhängig davon ist es auch im strategischen Interesse des Westens, wenn die nordirakischen Erdölfelder unter der Kontrolle Barsanis stehen und in Zusammenarbeit mit der Türkei die Förderung, der Transport und Vertrieb der Energieträger sichergestellt wären.

Für Barsani, aber auch für die kurdische Bourgeoisie im Irak und in der Türkei, die nun offen nationalstaatliche Bestrebungen unterstützen, ist erstmals eine realistische Chance entstanden, als unmittelbare Partner in die regionalen und globalen Strategien eingebunden zu werden und davon profitieren zu können. Damit können auch die Versuche von Barsani erklärt werden, warum



seine Behörde die Autonomiebemühungen der syrischen KurdInnen mit aller Macht verhindern will. Es geht um einen von der militärisch starken Türkei kontrollierten Korridor in Nordsyrien, über den Erdöl und Erdgas aus nordirakischen Feldern ans Mittelmeer transportiert werden kann. Daher hat Barsani die Grenze zu Syrien, also zu Westkurdistan sogar für humanitäre Hilfen geschlossen, um damit die syrisch-kurdische Partei der demokratischen Union (PYD) zu schwächen. Die PYD spricht sich gegen eine militärische Intervention von außen und streitet für eine nichtmilitärische und demokratische inner-syrische Lösung. Die politische Nähe der PYD zu Öcalan, ihre derzeit aufgebauten bewaffneten Kräfte, mit deren Hilfe die Autonomiestrukturen in Nord Syrien vor den islamistischen Terrorgruppen geschützt werden, stellen für die Interessen von Barsani ein Hindernis dar. Aus diesem Grund versucht Barsani jene kurdischen Parteien in Nord Syrien zu unterstützen, die keinerlei Rückhalt in der Bevölkerung haben. Anstatt die Freiheitsbemühungen der syrischen KurdInnen zu unterstützen, spekuliert Barsani auf die Zerschlagung der territorialen Einheit Syriens und baut auf die Hilfe der Türkei.

Die kurdische Bourgeoisie macht sich derweil bereit auf die »neue Ordnung« in der Region. Sie sind der »Attraktivität« der kurdischen Gebiete für das türkische und internationale Kapital durchaus bewusst. Seit 2 Jahren berichten z.B. türkische Zeitungen, wie nationale und internationale Firmen sich mit großen Investitionen in der Region auf die Veränderungen vorbereiten. Die türkische Regierung unterstützt mit Subventionen diese Entwicklung. Jede 100,00 Lira Investition wird mit 116,40 Lira (Steuerbefreiungen, Zu-

schüsse, Investitionsgelder, Prämiennachlässe usw.) staatlich gefördert. Doch an den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen ändert sich nichts, im Gegenteil: Kurdistan wird zum Billiglohnparadies. Der Vorsitzende des Unternehmerverbands DGIAD, Toksan Kadooğlu erläutert die »Vorzüge« der kurdischen Gebiete für das Kapital wie folgt: »Die hohe Arbeitslosigkeit führt zu Vorteilen in den Lohnkosten. Während in Istanbul ein Arbeiter mit 1.000,00 Lira entlohnt wird, kann hier für die gleiche Arbeit 600,00 Lira bezahlt werden. Es ist von einem Kostenvorteil von 30 bis 35 Prozent auszugehen.« [8] Daher versäumen es regierungsnahe Medien nicht, immer wieder zu betonen: »Eine Türkei, die ihr kurdisches Problem löst, wird Weltspitze«.

Schon 2006 hatte der ehem. US-Botschafter Peter Galbraith in einem Interview vorausgesagt: »Ja, ein unabhängiges Kurdistan ist unvermeidlich. (...) Die Kurden werden die engsten Verbündeten, sogar ein Satellitenstaat der Türkei sein.« [9] Der gleiche Journalist, der Galbraith interviewte, schrieb Ende Januar 2013 aus Nordirak, wie weit sich schon der »Satellitenstaat« entwickelt hat und etwaige Sorgen, dass sich die KurdInnen in der Türkei daran ein Beispiel nehmen könnten, unbegründet seien. Zur Untermauerung dessen wurde ein Interview mit dem Gouverneur von Kirkuk, einem engen Mitarbeiter Barsanis, veröffentlicht. [10]

Auch der Gouverneur Dr. Necmettin Kerim ist der Auffassung, dass »ein unabhängiger kurdischer Staat unvermeidlich ist«, aber »die Türkei sich deswegen keine Sorgen zu machen« brauche. Denn: »Jeder Staat muss sein eigenes kurdisches Problem selbst lösen. Die Bedingungen sind überall anders. Z.B. in

Aserbaidshän: Nur weil im Iran viel mehr Aseris leben als im Aserbaidshän, müssen sie nicht gleich nach Unabhängigkeit streben. Wer im Iran nicht leben will, kann ja nach Aserbaidshän übersiedeln. Genau das gleiche gilt auch für die Menschen im türkischen und irakischen Kurdistan«.

Der Gouverneur lässt an Deutlichkeit nichts vermissen. Seine Botschaft an die KurdInnen in der Türkei ist klar: »Seid ruhig und beugt euch eurem Schicksal. Wenn ihr in einem unabhängigen Kurdistan leben wollt, müsst ihr hierher kommen«. Schon bei dem ersten Anzeichen einer möglichen nationalstaatlichen Gründung findet der Ausverkauf der »hehren Ziele« und des »naturgegebenen Rechts aller Kurden« statt. Jegliches Bestreben nach Freiheit, Gleichberechtigung und auf das Recht, sein eigenes Leben selbstbestimmt zu gestalten, wird den »nationalen Interessen« der kurdischen Bourgeoisie geopfert. Was sind schon soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden überhaupt Wert, wenn für deren Ausverkauf ein unabhängiges Kurdistan zu gewinnen ist?

Barsanis Politik und die Haltung der kurdischen Nationalisten zeigen nur das eine: die hässliche Fratze des bürgerlichen Nationalismus. Ob und was die kurdische Bewegung in der Türkei und in Syrien dem entgegenstellen werden, das werden die nächsten Monate zeigen. ■

[1] Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt. Mezopotamien Verlags GmbH, Köln 2010, ISBN: 978-3-941012-20-2

[2] Siehe: [www.serbesti.net/?id=2471](http://www.serbesti.net/?id=2471), 27. Januar 2013

[3] Rosa Luxemburg: Nationalitätenfrage und Autonomie, Herausgegeben von Holger Politt, Karl Dietz Verlag 2012, ISBN: 978-3-320-02274-7, S.60.

[4] Siehe: [www.serbesti.net](http://www.serbesti.net), 28. Januar 2013

[5] Selen Tonkus Kareem in der Zeitschrift des Zentrums für strategische Studien im Nahen Osten (ORSAM) »Ortadoğu Analiz Dergisi«, März 2012, Nr. 39, S. 22.

[6] WTI Rohöl Realkurs in Dollar je Barrel (159 Liter): 91,93 Dollar am 11. März 2013, um 15:30 Uhr. Siehe: [www.boerse.de/rohstoffe/WTI-Rohoel/XD0015948363](http://www.boerse.de/rohstoffe/WTI-Rohoel/XD0015948363)

[7] Siehe: [www.botas.gov.tr/index.asp](http://www.botas.gov.tr/index.asp)

[8] Siehe: <http://www.haber3.com/guneydoguya-yatirim-akiyor-622492h.htm#ixzz2KWKndSgP>

[9] Siehe: Die Tageszeitung Vatan vom 26. Dezember 2006: <http://rusencakir.com/Peter-Galbraith-Bagimsiz-bir-Kurt-devleti-Turkiyenin-uydusu-olur/665>

[10] Siehe: <http://www.rusencakir.com/Soylesi-Bagimsiz-Kurt-devleti-kacinilmaz-bir-gercek-Turkiyenin-bundan-tedirgin-olmasi-gerekmez/1929>

# DIE TÜRKISCHE SICHT AUF DIE NSU-MORDE\*

APRIL 2013

Seit dem Auffliegen der neonazistischen Terrorzelle »NSU« zeigen verantwortliche Politiker in Ankara bei jeder Gelegenheit ihre Betroffenheit über die Morde und ihren Willen, »die NSU-Morde stärker unter die Lupe« nehmen zu wollen. Ayhan Sefer Üstün, Abgeordneter der regierenden AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses für Menschenrechte im türkischen Parlament, will an dem Prozessauftakt gegen die NSU-Terroristin Beate Zschäpe am 17. April 2013 persönlich teilnehmen und damit »Solidarität mit den Familien der Opfer« zeigen.

Ob die türkische Regierung damit die Familien der Opfer zufrieden stellen kann, ist noch nicht ausgemacht. Zu mindestens für Semiya Şimşek-Demirtaş, Tochter des ersten NSU-Opfers Enver Şimşek, bedarf es mehr. Noch am 15. Februar 2013 meldete die Deutsche Welle, dass Şimşek-Demirtaş, die inzwischen ihr Geburtsland Deutschland verlassen habe und in die Türkei übersiedelt sei, den türkischen Behörden vorwarf, »sich zulange mit den beruhigenden Stellungnahmen der deutschen Ermittler zufrieden gegeben« zu haben. [1]

Dieser Vorwurf ist nicht unberechtigt. Zwar nehmen sowohl der Premier Recep Tayyip Erdoğan und sein Außenminister Ahmet Davutoğlu in Fraktionssitzungen oder vor der türkischen Presse kein Blatt vorm Mund, wenn der »Rassismus in Europa« angeprangert und die Aufklärung der Morde gefordert wird, aber außer diesen innenpolitisch motivierten Aussagen sind konsequente regierungsamtliche Schritte nicht in Sicht. Mehr noch, der Untersuchungsbericht von Üstün und seinem Ausschuss bescheinigt den »Bemühungen der Bundesregierung und ihren Ministerien erfolgreiche Schritte im Kampf gegen den Rechtsextremismus«. [2] Der Ausschuss stellt »mit Freude fest«, dass die Bundesregierung eine Ombudsfrau für die Hinterbliebenen der Opfer ernannt habe und im Bundesinnenministerium »konkrete Schritte für die Bekämpfung des Rechtsextremismus unternommen« werden. Mit keinem Wort aber werden die Kontakte und die Zusammenarbeit deutscher und türkischer Stellen vor dem Auffliegen der NSU genannt. Der Bericht wurde am 13. Juni 2012 mit den Stimmen der 16 Regierungsabgeordneten und 9

Oppositionsabgeordneten der CHP (Republikanische Volkspartei) und der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) angenommen. Das einzige negative Votum kam von dem sozialistischen Abgeordneten der BDP (Partei des Friedens und der Demokratie), Ertuğrul Kürkçü.

Kritische Stimmen in den türkischen Medien sehen darin einen Versuch der Regierung, die berechtigte Kritik der Hinterbliebenen abzuwehren und gleichzeitig die NSU-Morde für innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Es sei eine Doppelmoral, einerseits den Deutschen und ihren Behörden jahrelang unterschwellig Rassismus vorzuwerfen, aber gleichzeitig den türkischen Nationalismus zu pflegen. Es mag sein, dass diese Vorwürfe sich wie Verschwörungstheorien anhören, aber die Tatsache, dass türkische Sicherheitsbehörden von Anfang an in die Ermittlungen involviert waren und in Zusammenhang mit den Morden auch von türkischen Stellen falsche Fährten gelegt wurden, wirft viele Fragen auf.

#### **MANIPULATIVE BERICHTERSTATTUNG**

Bis zu den Morden in Hamburg (Süleyman Turşucu am 27. Juni 2001) und München (Halil Kılıç am 29. August 2001) finden sich in türkischen Medien, außer Kurznachrichten, keinerlei Berichte über die Morde. Auslandsausgaben der regierungsnahen türkischen Zeitungen werden auf die Mordserie erst dann aufmerksam, als Mitte 2005 die sog. »SOKO Bosphorus« eingesetzt wird. Die türkische Berichterstattung spricht immer wieder von dem Verdacht der »organisierten Kriminalität«. 2005, 2006 und 2007 kann man dann verfolgen, wie türkische Medien versuchen, nun auch in der Türkei, Verbin-

dungen zu der kurdischen PKK herzustellen.

Nach den letzten Morden in 2006 (Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 in Dortmund und Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel) wurde die mediale Jagd auf die PKK endgültig eröffnet. Im türkischen Fernsehen wurden zahlreiche Talkshows und Nachrichtensendungen gezeigt, in denen türkische »Terrorismusexperten« über »Drogengeschäfte der PKK und in diesem Zusammenhang stehende Morde in Deutschland« spekulierten. Die türkischen Tageszeitungen wärmten diese These immer wieder auf: Am 30. April 2006 berichtet die Tageszeitung Hürriyet, dass »türkische Sicherheitsbehörden hinter den Morden PKK-Mitglieder vermuten, die unabhängig von der Organisationszentrale Drogengeschäften und Schutzgelderpressung nachgehen«.

Obwohl in gleichen Medien der Verdacht von türkischen MigrantInnen in Deutschland über einen möglichen rassistischen Hintergrund genannt wurden, gingen türkische Medien lieber Verschwörungstheorien nach: Die liberale Tageszeitung Radikal berichtet am 1. November 2006, dass »deutsche und türkische Ermittler bei allen acht Opfern« festgestellt hätten, »dass sie von dem islamistischen YIMPAS-Konzern um ihre Anlagegelder geprellt wurden«. Die »Spur zum Islamisten« würden deutsche wie türkische Ermittler »sehr ernst nehmen«. Erstmals wurde hier von einer gemeinsamen deutsch-türkischen Arbeitsgruppe berichtet.

Auch die regierungsnahen Tageszeitung Sabah berichtete am 30. September 2007, dass »die SOKO Bosphorus unter der Leitung von Wolfgang Geier und die türkische Ermittlungskommission CESKA unter der Leitung

von Mehmet Ali Keskinliç zusammenarbeiten«. Beide Kommissionen würden »PKK-Verbindungen untersuchen«. In den folgenden Wochen wurde diese Version von allen bürgerlichen Medien der Türkei verbreitet. So berichteten die Tageszeitungen Bugün, Hürriyet, Sabah, Star, Yeni Şafak, Zaman u. a. im Oktober 2007, dass das Generaldirektorat der türkischen Polizei ein »Ergebnisbericht« veröffentlicht habe und dieser Bericht »die getöteten 8 Türken als Drogenverkäufer bezeichnet«. In diesem Bericht, welcher dem SOKO-Chef Geier ausgehändigt sei, werde »eine kurdische Familie aus Diyarbakır beschuldigt, die Drogenverkäufer von einem 5-köpfigen Killerkommando exekutieren gelassen zu haben«. [3] Lange Zeit wurde diese These aufrechtgehalten und in Zusammenhang mit anderen Berichten über die kurdische Bewegung wurde die sog. »PKK-Verbindung« als »Tatsache« dargestellt. Als jedoch diese »Tatsache« von deutschen Stellen nicht bestätigt werden konnte, verpufften diese Berichte und waren kein Thema mehr.

#### **NACH DEM AUFLIEGEN DER »NSU«**

Umso überraschter waren dann die Kolumnisten der regierungsnahen Medien, als es feststand, dass die Morde von einer neonazistischen Terrorbande begangen wurden. Die Öffentlichkeit in der Türkei war nach dem Bekanntwerden der »NSU« sehr betroffen. Die Tatsache, dass Menschen nur aufgrund ihrer Herkunft ermordet wurden, weckte Erinnerungen an Mölln, Solingen, Hünxe und andere rassistischen Gewalttaten wach. Zehntausende Kommentare unter entsprechenden Nachrichten veranlassten die türkischen Medien, zeitweise die Kommentarfunktion ihrer Internetseiten abzuschalten.

Überwältigt von dem großen öffentlichen Interesse, kritisierten nun PolitikerInnen der Regierungspartei offen die Bundesregierung in scharfen Tönen und forderten konkrete Maßnahmen zum Schutz der »Türken in Deutschland«. Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz und die Geheimdienste in Deutschland in diesem Zusammenhang beschuldigt und immer mehr fahrlässige Fehler bekannt wurden, nahmen türkische Medien zum Anlass, um den »deutschen tiefen Staat« anzuprangern. Angeregt durch die sozialistischen Abgeordneten der BDP bildete die Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments einen Untersuchungsausschuss. Die Ausschussmitglieder reisten nach Deutschland und führten mit Vertretern der Bundesregierung und dem Bundestags-Untersuchungsausschuss Gespräche.

Obwohl hochrangige Regierungspolitiker, wie der türkische Justizminister Sadullah Ergin noch im Februar 2013 von »Umtrieben des deutschen tiefen Staates« sprachen, war in den offiziellen Gesprächen zwischen beiden Regierungen nicht davon die Rede. Im Gegenteil, die türkische Regierung bescheinigte der Bundesregierung ernsthafte Aufarbeitungs- und Aufklärungsschritte. Seit 2012 ist in den gängigen Medien der Türkei eine Berichterstattung zu verfolgen, die nicht anders ist als in Deutschland, wobei die Gewichtung in den Auslandsausgaben der türkischen Tageszeitungen höher ist als in der Türkei. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in der Türkei hat aufgrund der Entwicklungen im eigenen Land etwas abgenommen.

Doch die Fragen, die in den gängigen türkischen Medien nicht gestellt werden, werden heute noch in den alternativen türkischspra-

chigen Medien gestellt. Insbesondere für linke Medien, aber auch für jene, die von den Selbstorganisationen türkeistämmiger und kurdischer MigrantInnen in Deutschland herausgegeben werden, sind die »NSU«-Morde weiterhin Thema Nr. 1. Alternative türkischsprachige Medien verfolgen mit großer Interesse die Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages und kritisieren die »gezielte und bewusste Vertuschung durch staatliche Behörden«.

So kommentiert beispielsweise die türkischsprachige Wochenzeitung »Yeni Hayat« (Neues Leben), dass »es außer Zweifel steht, dass es eine Staatliche Mitverantwortung an den NSU-Morden und an der politischen Stimmung gibt, die nicht »nur« diese Morde und Anschläge ermöglicht haben«. [4] Türkeistämmige und kurdische Selbstorganisationen erklären, dass sie den Rassismus in Deutschland nicht als ein Randphänomen sehen, »das sich an einen rechten, »extremistischen« Rand der Gesellschaft verschieben lässt. Er ist in der Mitte der Gesellschaft vorhanden und hat Struktur sowie Methode«. [5]

Sowohl migrantische Selbstorganisationen als auch die türkischsprachigen alternativen Medien sind der Auffassung, dass die »NSU«-Morde bewiesen haben, dass staatliche Behörden, insbesondere der Verfassungsschutz und die Geheimdienste »nicht Blind auf dem rechten Auge« seien, weil sie Neonazis für ihre Zwecke nutzen würden. Daher wäre es notwendig, das Grundgesetz gerade vor diesen Diensten zu schützen. Es gäbe »kein Fehler im System der Dienste«, sondern »das System selbst« sei der Fehler für einen demokratischen Rechtsstaat.

In der Tat; solange die herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen jegliche rassistische, antisemitische und wohlstandschauvinistische Grundhaltungen basieren, nicht hinterfragt, solange die institutionalisierten Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen des staatlichen Handelns nicht zurückgedrängt und der in der gesellschaftlichen Mitte fest verankerter Rassismus, welches wiederum von rechtspopulistischer Rhetorik der neoliberalen Eliten gefördert wird, nicht konsequent angegangen wird, solange wird es auch nicht möglich sein, den fruchtbaren Boden des Rechtsextremismus, Neonazismus und anderen neofaschistischen Umtrieben in der bürgerlichen Gesellschaft auszutrocknen.

Die einzige Lehre, welche die aus den »NSU«-Morden gezogen kann, ist die, dass der Neonazismus kein Betriebsunfall der bürgerlichen Demokratie ist, sondern ein Verbrechen, der seine Lebensquelle in der Aushöhlung der Demokratie, der Ausgrenzung von Minderheiten und sozialer Ungerechtigkeit findet. Das demokratische Rechts- und Sozialstaatlichkeitsprinzip des Grundgesetzes und die geltende Strafgesetzgebung reichen vollkommen aus, um den Neonazismus zu bekämpfen. Notwendig ist aber dafür der politische Wille. Solange die verantwortliche Politik diesen Willen nicht zeigt, solange wird sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, nichts, aber absolut nichts gegen die neonazistischen Mörder unternommen zu haben.

Genau das ist die einhellige Meinung der türkeistämmigen und kurdischen MigrantInnen in Deutschland, wie sie in den zahlreichen Internetseiten zu finden ist. ■

\*) Dieser Artikel erschien im Buch: »Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen - Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen«, VSA-Verlag April 2013, ISBN 978-3-89965-550-6 (Siehe: <http://www.vsa-verlag.de/nc/buecher/detail/artikel/schreddern-spitzeln-staatsversagen/>)

[1] <http://www.dw.de/t%C3%BCrkei-nimmt-nsu-morde-st%C3%A4rker-unter-die-lupe/a-16601697>

[2] TBMM İnsan Hakları İnceleme Komisyonu: 2000 – 2006 Yıllarında Almanya’da Neo.nazilerce İşlenen Cinayetler Hakkında İnceleme Raporu (Untersuchungsausschuss für Menschenrecht des Großen Türkischen Nationalparlaments: Untersuchungsbericht über die zwischen 2000 – 2006 von Neonazis begangenen Morde in Deutschland). Siehe: [http://www.tbmm.gov.tr/komiyon/insanhaklari/docs/2012/raporlar/neo\\_nazi\\_cinayetleri.pdf](http://www.tbmm.gov.tr/komiyon/insanhaklari/docs/2012/raporlar/neo_nazi_cinayetleri.pdf)

[3] Ausnahmslos geben alle diese Zeitungen als Quelle für diesen Bericht »Ankara« an. Insider in der Türkei wissen, dass bei der Quellenangabe »Ankara« ohne Nennung einer Nachrichtenagentur immer eine staatliche Stelle gemeint ist. Die Hauptstadtbüros der regierungsnahen Zeitungen veröffentlichen immer solche Meldungen ohne eine redaktionelle Überarbeitung. Auch dieser Bericht, der in allen genannten Zeitungen und im Internet veröffentlicht wurde, war Wortgleich und beinhaltete sogar den gleichen Fehler: Ein »Valfgang Geirer« sei »Vorsitzender des Bundeskriminalamtes«. Daher liegt der Verdacht nahe, dass hinter der Berichterstattung über etwaige »PKK-Verbindungen« staatliche Stellen der Türkei stehen. Siehe auch: <http://www.haber3.com/seri-cinayetler-pkk8217nin-isi--293586h.htm>

[4] <http://www.yenihayat.de/category/deutsch>

[5] Siehe u. a.: <http://www.allmendeberlin.de/>

# LANGE AUFGESTAUTE WUT

JUNI 2013

Was zur Zeit in der Türkei passiert, kann nur mit dem Arbeiteraufstand vom 15. und 16. Juni 1970 verglichen werden. Genau wie damals erleben die Menschen historische und bewegte Tage, nach denen in der Türkei nichts mehr so sein wird, wie es bisher war.

Vieles erinnert an den ägyptischen Aufstand und an die Geschehnisse auf dem Kairoer Tahrir-Platz. Doch weder ist der Taksim-Platz in Istanbul mit Tahrir, noch die Türkei mit Ägypten vergleichbar. Doch die noch andauernden Aufstandstage zeugen von der Veränderungskraft und Spontaneität der Massen.

Diese Spontaneität hat eine Geschichte. Die Nacht des 31. Mai 2013 sowie die folgenden Tage haben die aufgestaute Wut der Mittelschichten entladen. Sie kündeten den verspäteten »Türkischen Frühling« an, dessen Saat vor längerem ausgebracht worden war. Ob dieser »Frühling« jedoch Bestand haben wird, ist noch nicht ausgemacht.

Die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) kam nach der verheerenden Wirtschaftskrise von 2001 an die Regierung. Ausgestattet mit den Vorschusslorbeeren ih-

res Demokratisierungsversprechens konnte sie die Früchte der Konsolidierungsmaßnahmen der Vorgängerregierung ernten und profitierte vom Wirtschaftswachstum. Mit ihrer »passiven Revolution« - so der Soziologe Cihan Tugal - errang sie breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Die AKP war in der Lage, zum einen mit ihrer rigorosen neoliberalen Umbaupolitik, zum anderen als die einzige politische Formation, die einen steten Zufluss von ausländischem Kapital - insbesondere aus Katar und Saudi-Arabien - sicherstellt, die Unterstützung unterschiedlicher Kapitalfraktionen zu erhalten. Durch ihr Versprechen, die »Mutter aller Probleme«, nämlich den kurdisch-türkischen Konflikt, lösen zu wollen sowie ihren scheinbaren Kampf gegen die kemalistische Generalität sicherte der AKP zum dritten Male die Mehrheit im türkischen Parlament.

Aber in den letzten Jahren, insbesondere nach dem Verfassungsreferendum von 2010, wurde die repressive Seite der neoliberal-islamistischen Hegemonie immer stärker sichtbar. In den kurdischen Gebieten war das der



Alltag. Der schmutzige Krieg, Massenverhaftungen, die beiseitschreiende Unterdrückung hatten der kurdischen Bevölkerung sehr früh das wahre Gesicht der AKP offenbart. Der Wohlstandschauvinismus und die nationalistische Staatsideologie schienen die Menschen im Westen demgegenüber blind gemacht zu haben.

Jede zweite WählerIn hatte die AKP gewählt. Beim letzten Referendum hatte die AKP sogar 58 Prozent Zustimmung erhalten. Jetzt zeigte sich das arrogante und autoritäre Gesicht. Der Justizapparat und die Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Proteste gegen die Regierung wurden mit brutaler Gewalt gegen Demonstranten bekämpft. Zahlreiche Protestierende verloren ihr Leben. Willkürjustiz und ein »Feindstrafrecht« par excellence führte dazu, dass Zehntausende, darunter gewählte PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen mit konstruierten Beschuldigungen ins Gefängnis gesteckt wurden.

Überall im Land machte sich Unmut breit über Privatisierungen, den Bau von Wasser- und Atomkraftwerken, über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Gentrifizierung ganzer Stadtviertel, Repression im Bildungswesen und insbesondere über den regierungsamtlich erklärten Krieg gegen die säkulare Lebensweise in den urbanen Zentren. Das Massaker von Roboski Ende 2011 an der türkischen Ostgrenze, wo 34 Bauern von türkischen Kampffjets getötet wurden, löste ein Fanal in der Öffentlichkeit aus - obwohl es von den regierungsnahen Medien lange Zeit totgeschwiegen wurde.

Dazu kam die regionalimperialistische Außenpolitik, deren Auswirkungen verheerend

waren. Die Unterstützung islamistischer Terrorgruppen durch die Regierung wurde heftig kritisiert. Die toten Zivilisten in Akçakale, der Bombenanschlag in Antep und zuletzt der Anschlag in Reyhanli an der Grenze zu Syrien mit zahlreichen Toten und Zerstörungen erfüllten die Menschen mit Zorn. Die Polizeigewalt am 1. Mai und das Verbot des symbolträchtigen Taksim-Platzes für Gewerkschaftsaktionen waren die jüngsten Wegbereiter für den Aufstand.

Der kurdische Widerstand hatte den Menschen gezeigt, dass die Herrschenden nicht unbezwingbar sind. So waren die Bäume im Gezi-Park nur noch letzter Anstoß für die jetzigen Ereignisse.

In der ganzen Türkei sind nun Hunderttausende aufgestanden, um gegen autoritäre Regierungspolitik, für Frieden und Demokratisierung zu demonstrieren. Die Gewerkschaftskonföderation KESK hat einen Streik angekündigt, die kurdische Bewegung ihre Solidarität. Zwar versucht die kemalistische Republikanische Volkspartei, sich den Aufstand anzueignen, aber wenn es gelingt, dass Gewerkschaften gemeinsam mit »städtischen Rebellen« und der kurdischen Bewegung für Frieden und Demokratisierung den gesellschaftlichen Widerstand organisieren, werden weder die Kemalisten noch die Regierung die Oberhand gewinnen.

Noch ist die Gefahr einer Eskalation durch Polizeigewalt oder gar einen Militärputsch nicht gebannt. Die Menschen in Kurdistan und in der Türkei brauchen jetzt unsere Solidarität. ■

# WUT UND WIDERSTAND

## ÜBER DIE HINTERGRÜNDE DES AUFSTANDES GEGEN ERDOĞAN

JUNI 2013

*»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen.«*

*Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, 1852*

Symbolischer hätte die Eskalation der Polizeigewalt in der Türkei nicht sein können: Just am 43. Jahrestag des großen ArbeiterInnenaufstands vom 15. und 16. Juni 1970 ließ Erdoğan am 16. Juni 2013 die geballte Staatsgewalt gegen die Protestierenden im Istanbul-Gezi-Park vorgehen.

Es sollte ein Exempel statuiert werden. »Die Ordnung ist wieder hergestellt«, erklärte der Gouverneur von Istanbul, während seine Polizisten und die inzwischen zur Hilfe geeilte paramilitärische Gendarmerie in verschiedenen Stadtteilen von Istanbul mit brutaler Gewalt gegen Demonstranten vorgingen. Aber nicht nur in Istanbul, sondern in nahezu allen Städten war das gleiche Bild zu sehen.

Dabei hatte Erdoğan persönlich einige der Protestierenden empfangen und ihnen zuge-

sichert, vor weiteren Schritten den angekündigten Gerichtsbeschluss abzuwarten. Doch die Polizei griff genau an dem Zeitpunkt an, in der das Gezi-Park-Komitee über das Aufräumen und die Aufgabe der Besetzung diskutierte. Die Folge waren bürgerkriegsähnliche Szenen, Hunderte Verletzte und 455 Verhaftungen – alleine in Istanbul. Marodierende und mit Stöcken sowie Messern bewaffnete AKP-Anhänger griffen Menschen an, die nach Hause zurückkehren wollten, und terrorisierten ganze Stadtteile.

Was als Protest gegen ein renditeträchtiges Bauvorhaben begann, hatte sich zu einer großen Protestbewegung entwickelt, deren Spontaneität in der jüngsten Geschichte der Republik einmalig ist. Trotz der exzessiven Polizeigewalt seit dem 29. Mai 2013, trotz des Totschweigens derselben durch die gleichgeschalteten Medien und die Regierungspropaganda – die binnen Minuten durch Live-Berichterstattung der sozialen Medien als Lügen entlarvt wurde – konnte die Regierung der Ereignisse nicht Herr werden. Es waren Tage des Widerstandes, und die Menschen schrieben ihre Geschichte selbst.

Doch die Bilanz am Morgen des 17. Juni war erschütternd: Vier Tote, 56 Schwerverletzte, davon sechs lebensgefährlich, ca. 7.900 Verletzte und Hunderte Verhaftete, darunter viele JournalistInnen.

Aus der Empörung über die Polizeigewalt und über die konfrontative Regierungsreaktion wuchs die Wut – und der friedliche Protest entwickelte sich zum Widerstand gegen das System Erdoğan, der sich über das ganze Land verteilte. Wie konnte es dazu kommen? Wer sind diese Menschen, die z.T. das erste Mal auf die Straße gehen? Was wollen sie und was ist noch zu erwarten?

#### **DER KAMPF FINDET AUF GESCHICHTSTRÄCHTIGEM BODEN STATT**

Der Gezi-Park am Taksim-Platz war zwar nur der Anlass der Proteste, ist aber, wie der Taksim-Platz überhaupt, mit der Geschichte der Türkei fest verbunden. Als die Regierungspläne über den Kahlschlag des Parks durch einen Neubau bekannt wurden, bildeten kritische StadtplanerInnen vor ca. zwei Jahren eine Initiative. Die Regierung hatte vor, dort eine 1940 niedergerissene Kaserne maßstabsgetreu wieder zu errichten und ein Einkaufszentrum sowie mehrere Luxusresidenzen zu bauen.

Dieser Plan wurde als „neo-osmanischer Revanchismus“ abgelehnt. 1806 hatte der Sultan dort die »Halil-Pascha-Kaserne« bauen lassen, die während des Aufstandes am 31. März 1909 teilweise zerstört wurde. Die Kaserne war auf dem vordersten Teil eines armenischen Friedhofs gebaut. Seit der Pestepidemie von 1560 hatten Istanbuler Armenier dort ihre Toten bestattet. Die rund 850.000 qm große Fläche beherbergte zudem ein armenisches Krankenhaus und

eine armenische Kirche. Nach 1865 wurden Teile des Friedhofs von der Stadtverwaltung gekauft und während des armenischen Völkermords von 1915 gänzlich konfisziert. 1940 wurde die Kaserne niedergerissen und nach den Plänen des französischen Stadtplaners Henri Prost entstand der erste Stadtpark der Türkei. Die alten Grabplatten wurden bei dem Bau der Marmortreppe als Baumaterial genutzt. Heute stehen auf dem Friedhof ein Militärmuseum, das staatliche Funkhaus, der Gezi-Park und mehrere Luxushotels.

Aber auch der Taksim-Platz hat eine große Bedeutung – insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung. Dort fanden bis 1978 die massenhaften 1. Mai-Kundgebungen statt. Und dort starben ArbeiterInnen: Am ersten Mai 1977 wurde die Demonstration mit rund 500.000 TeilnehmerInnen von Geheimdiensten beschossen. Es brach Panik aus und die Massen versuchten in die engen Gassen zu fliehen. Dabei starben 34 Menschen. Diese 1. Mai-Kundgebung war übrigens eine der offiziellen Begründungen der Machtübernahme durch das Militär am 12. September 1980.

#### **DIE NEOLIBERAL-ISLAMISTISCHE ÄRA DER AKP**

Der Taksim-Platz war den Islamisten immer ein Dorn im Auge. Lange bevor Erdoğan als Ministerpräsident an die Macht kam, als er noch Bürgermeister von Istanbul war, hatte er seine Absicht von der Umgestaltung des Platzes kundgetan. Eine große Zentralmoschee anstelle des Atatürk-Kulturzentrums war über Jahre sein erklärtes Ideal.

Doch dieses Ideal konnte er nie verwirklichen. Seine Agenda war nun eine andere: die Erringung der absoluten Macht im Lande. Die erste AKP-Regierung kam nach der ver-

heerenden Wirtschaftskrise von 2001 an die Macht. Sie war mit den Vorschusslorbeeren ihres Demokratisierungsversprechens ausgestattet und erntete die Früchte der Konsolidierungsmaßnahmen der Vorgängerregierung.

Im Unterschied zu den bisherigen konservativen Regierungen schaffte es die AKP, u.a. mit ihrem scheinbaren Kampf gegen die kemalistische Generalität, breite Bevölkerungsschichten an sich zu binden. Gleichzeitig sicherte sie sich dank ihrer rigorosen neoliberalen Umbaupolitik und ihrer Fähigkeit, für einen steten Zufluss ausländischen Kapitals sorgen zu können, die Unterstützung unterschiedlicher Kapitalfraktionen. Der Heranführungsprozess an die EU, das Versprechen, den kurdisch-türkischen Konflikt endgültig lösen zu wollen, und die gefühlte Teilnahme am Wirtschaftswachstum, welches vor allem durch die immense Verschuldung der privaten Haushalte finanziert wurde, führten zu einer Wahlunterstützung, die der AKP zwei Wiederwahlen in 2007 und 2011 sicherstellte.

Ohne Frage; diese Unterstützung war nicht ohne innere Widersprüche und konnte nie alle Bevölkerungsschichten umfassen. Während die Zahl derer, die die Auswirkungen der neoliberalen Regierungspolitik, aber auch der neoliberal-islamistischen Kommunalpolitik ertragen mussten, wuchs, wurde die repressive Seite der AKP-Hegemonie immer stärker sichtbar – insbesondere nach dem Verfassungsreferendum von 2010, mit dem die AKP-Regierung ihre absolute Kontrolle über den Justizapparat sicherstellen konnte

In den kurdischen Gebieten war sie ohnehin Alltag. Der schmutzige Krieg, Massenverhaftungen, die beispiellose Unterdrückung hatten der kurdischen Bevölkerung sehr früh das wahre Gesicht der AKP offenbart. Aber der Wohlstandschauvinismus und die nationalistische Staatsideologie schienen die Menschen im Westen demgegenüber blind gemacht zu haben.

JedeR zweite WählerIn hatte die AKP gewählt. Beim letzten Referendum hatte die AKP sogar 58 Prozent Zustimmung erhalten. Jetzt zeigte sich das arrogante und autoritäre Gesicht. Der Justizapparat und die Medien sind nahezu gleichgeschaltet. Proteste gegen die Regierung wurden mit brutaler Gewalt bekämpft. Zahlreiche Protestierende verloren ihr Leben. Willkürjustiz und ein »Feindstrafrecht« par excellence führten dazu, dass Zehntausende, darunter gewählte PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen, mit konstruierten Beschuldigungen ins Gefängnis gesteckt wurden.

Überall im Land machte sich Unmut breit über Privatisierungen, den Bau von Wasser- und Atomkraftwerken, über die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, die Gentrifizierung ganzer Stadtviertel, Repression im Bildungswesen und insbesondere über den regierungsamtlich erklärten Krieg gegen die säkulare Lebensweise in den urbanen Zentren. Das Massaker von Roboski an der türkischen Ostgrenze Ende 2011, wo 34 Bauern von türkischen Kampffjets getötet wurden, war in der Öffentlichkeit ein Fanal – obwohl es von den regierungsnahen Medien lange Zeit totgeschwiegen wurde.

Dazu kam die regionalimperialistische Außenpolitik, deren Auswirkungen verheerend waren. Die Unterstützung islamistischer Terrorgruppen durch die Regierung wurde heftig kritisiert. Die toten Zivilisten in Akçakale, der Bombenanschlag in Antep und zuletzt der Anschlag in Reyhanli an der Grenze zu Syrien mit zahlreichen Toten und Zerstörungen erfüllten die Menschen mit Zorn. Die Polizeigewalt am 1. Mai diesen Jahres und das Verbot des symbolträchtigen Taksim-Platzes für Gewerkschaftsaktionen waren die jüngsten Wegbereiter für den Aufstand. Der kurdische Widerstand hatte den Menschen gezeigt, dass die Herrschenden nicht unbezwingbar sind. So waren die Bäume im Gezi-Park nur noch ein letzter Anstoß für die jetzigen Ereignisse.

#### **DER PROTEST UND DIE SOZIALE FRAGE**

In den westlichen Medien wurden bisher in Bezug auf die Türkei immer die »wirtschaftlichen Erfolge« der AKP-Regierung hervorgehoben. Der »gemäßigte« Islam sei zudem der »Kitt«, mit dem die Gesellschaft zusammengehalten werde. In der Tat, die IWF-Statistiken bescheinigen der Türkei während der AKP-Ära mit 5,07 Prozent ein überdurchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum (Weltdurchschnitt ist 3,85 Prozent). Bei näherer Betrachtung und Gegenüberstellung zum Wachstum aller Schwellenländer (Durchschnitt: 6,62 Prozent) relativiert sich dieser »Erfolg« jedoch. Laut IWF steht die Türkei in Bezug auf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum auf Platz 59 bei 188 Ländern.

Gleichzeitig ist das »türkische Wirtschaftswunder« sehr brüchig, weil es vor allem durch Auslandskredite gestützt wird. Laut

Schätzungen braucht die Türkei jedes Jahr 200 Milliarden Dollar Auslandskapital, um ihr Leistungsbilanzdefizit auszugleichen. Die Netto-Auslandsverschuldung liegt bei rund 413 Milliarden Dollar. Ein Einbruch der Wirtschaft könnte eine fatale Kettenreaktion verursachen. Denn auch die immense Verschuldung der privaten Haushalte birgt erhebliches Konfliktpotential. Der scheinbare Wohlstand ist auf Pump gebaut, und die an den Börsen ablesbare Reaktion des »scheuen« ausländischen Kapitals macht deutlich, wie schnell es sich zurückziehen und dadurch das Land ins Chaos stürzen kann.

Zusammen mit dieser wirtschaftlichen Entwicklung und der sichtbar gewordenen Gefahr einer Verarmungsspirale auch für die städtischen Mittelschichten hatte die repressive Regierungspolitik und im Besonderen Erdoğans Arroganz die aufgestaute Wut ansteigen lassen, welche sich im Gezi-Park entlud und das ganze Land in Aufruhr versetzte.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung des Protestes stellt man fest, dass liberale und laizistische Mittelschichten aus der West-Türkei das Gros der Protestierenden ausmachen. Zwei Untersuchungen, eine der Istanbuler Bilgi-Universität und eine des renommierten KONDA-Instituts, weisen daraufhin, dass rund 60 Prozent unter 30 Jahren alt sind, 54 Prozent zum ersten Mal in ihrem Leben auf die Straße gehen und rund 80 Prozent keiner Organisation bzw. Partei angehören. 97 Prozent geben an, dass die Polizeigewalt sie auf die Straße brachte. Die TeilnehmerInnen haben einen überdurchschnittlichen Bildungsstand, rund die Hälfte sind Frauen.

In linken Kreisen wird häufig darauf hingewiesen, dass die Protestierenden meist »wei-

ße Türken« seien, die bis vor zehn Jahren die Elite des Landes stellten und jetzt einen Kulturkampf gegen die AKP führen. Das trifft für viele sicherlich zu, aber eine solche Betrachtung verdeckt die Sicht auf die Klassenzugehörigkeit. Denn 58 Prozent von ihnen sind abhängig Beschäftigte, zehn Prozent arbeitslos und 24 Prozent sind Studierende bzw. SchülerInnen. Ein Großteil von ihnen sind also entweder abhängig Beschäftigte oder werden später solche sein.

Seit dem Militärputsch von 1980 sind die Gewerkschaften erheblich geschwächt und zersplittert. Einschränkende Gesetzgebung macht es den Gewerkschaften besonders schwer, in den Betrieben tätig zu werden und Mitglieder zu gewinnen. Die Verpflichtung von notariellen Beurkundung von Mitgliedschaften zur Vertretung bei Tarifgesprächen kommt noch erschwerend dazu. Zudem sollte nicht vergessen werden, dass rund 11 Millionen Menschen im informellen Sektor beschäftigt werden und somit von sozialen Rechten ausgeschlossen sind. Trotz dieser Schwierigkeiten zeigen sich linke Gewerkschaften mit der Protestbewegung solidarisch und unterstützten sie mit einem eintägigen Generalstreik.

Die kreativen Protestformen, die Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung, die inzwischen gewachsenen Kooperationsstrukturen der Umweltbewegung, LGBT-Initiativen, Feministinnen, armenischen Organisationen und der kritischen Wissenschaft mit unterschiedlichen linken Parteien sowie Teilen der kurdischen Bewegung weisen auf ein großes Potential hin, mit dem eine starke gesellschaftliche Oppositionskraft aufgebaut werden könnte.

Auf der anderen Seite darf jedoch nicht vergessen werden, dass Erdoğan sich weiterhin auf die Unterstützung einer großen Masse von frommen Muslimen stützen kann. Doch dies sind nicht mehr die »50 Prozent«, die ihn gewählt haben, sondern es ist nur noch der Kern der ihn tragenden Bewegung. Die Tatsache, dass inzwischen auch ehemalige AKP-WählerInnen die Proteste unterstützen; dass die AKP ihre Kundgebungen nur mit Mühe und viel Aufwand sowie mit Unterstützung der kommunalen Verwaltungen durchführen kann, und die Modernisierungsfalle, in die der »politische Islam« getappt ist, weisen auf einen Riss im herrschenden Block hin. Die starke Kapitalakkumulation und das wachsende Immobilienbesitz der islamistischen Unternehmen führt dazu, dass die bürgerlichen Lebensweisen die traditionellen Familienstrukturen unter Druck setzen. Der Islam und die islamische Lebensweise werden immer mehr Mittel zum Zweck. Zwar wird die AKP weiterhin gestützt, aber die Klassenwidersprüche innerhalb der Bewegung des politischen Islams werden schärfer.

Die Kritik des »strategischen Partners« USA und auch der EU verschärfen den Druck in Richtung einer wie auch immer gearteten inneren Machtverschiebung. Die arrogante Art Erdoğan bedroht nun die Stabilität seiner Regierung und somit die Interessen des Westens. Auch wenn unterschiedliche Kapitalfraktionen Erdoğan mangels Alternativen weiterhin unterstützen, ist auch von dort Kritik zu hören. Wie lange Erdoğan sich noch halten kann, ist ungewiss. Fest steht aber, dass er durch die Ereignisse der letzten Wochen die Möglichkeit, sein autoritäres Präsidialsystem durchzusetzen, gänzlich verloren hat. Er hatte vor, die Befugnisse des Staat-

spräsidenten zu erweitern und für diesen Posten 2014 zu kandidieren.

Die neoliberal-islamistische Hegemonie der AKP hat Schrammen bekommen. Dadurch ist eine Chance entstanden, ein breites gesellschaftliches Bündnis aufzubauen. Die Protestbewegung hat eine Veränderungsdynamik entfacht, die jedoch nur durch den Bruch mit der kemalistisch-nationalistischen Staatsideologie und durch ein festes Bündnis mit der kurdischen Bewegung zu einem echten Demokratisierungs- und Friedensprozess führen kann. Denn ohne die friedliche Lösung der kurdischen Frage wird kein anderes Problem gelöst werden können. Die kurdische Frage hat bisher alles überschattet und der schmutzige Krieg wurde zu einem Herrschaftsinstrument, mit dem die Herrschenden in der Türkei jegliche Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit mit dem Hinweis auf »nationale Sicherheit« abgewehrt haben. Wenn dies nicht gelingt, und wenn nicht mit der Fokussierung auf die soziale Frage, »entlang der Klassenlinien eine Bresche in den Block der ›schwarzen Türken‹ geschlagen werden kann« (Nick Brauns, junge Welt vom 20. Juni 2013), kann die Protestbewegung sehr schnell verpuffen.

Die Tage des Widerstandes gehen weiter. Wie sie enden werden, steht jedoch noch nicht fest. ■

# DIE LAST DES EUROZENTRISMUS

JUNI 2013

Während linke Bewegungen in aller Welt darüber debattieren, ob die Aufstandsbewegungen in der arabischen Welt, in Griechenland, Italien, Portugal, Spanien sowie jetzt in Brasilien und der Türkei eine »transnationalisierte Schule« der Protestbewegungen werden könnten, werden die Herrschenden in den kapitalistischen Zentren zunehmend nervöser.

In Deutschland z.B. streiten neoliberale Eliten über das »wie« ihrer Einflussnahme auf die aktuelle Entwicklung in der Türkei. Immerhin geht es um langfristige strategische und wirtschaftliche Interessen; im Besonderen um die Sicherung der Energieversorgung Europas. Aus guter Erfahrung wissen wir, dass der in diesem Zusammenhang auf »Demokratie« und »Menschenrechte« genommene Bezug nur kosmetisches Beiwerk ist.

Dennoch scheinen viele in Europa irritiert zu sein. CSU-Chef Seehofer, erfreut über sein wiedergefundenes klassisches Wahlkampfthema, spricht sich gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei aus. Aber

der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagt, »wir brauchen das Land als Mittler«. Während der Vorsitzende der TGD, Kolat, und die Bundestagsabgeordnete Dağdelen den Stopp der Beitrittsgespräche fordern, sehen EU-Außenbeauftragte Ashton, Grünen-Chef Özdemir und der EU-Erweiterungskommissar Füle hier »den letzten Hebel zur Unterstützung der Demokratie in der Türkei«. Washington, Berlin und Brüssel reagieren verschnupft auf die Polizeigewalt der Erdoğan-Regierung.

Doch das, was die »Leader« der Welt so nervös macht, ist keineswegs die Sorge um die Menschen, sondern die entfachte Veränderungsdynamik der Proteste im Land. Zum einen sehen sie das mögliche Abhandkommen ihres Modells einer gemäßigt »islamischen Demokratie«, zum anderen müssen sie auf die Ängste der internationalen Finanzmärkte reagieren. Denn die Gefährdung der Stabilität bedroht die Sicherheit der Kapitalanlagen und die »Neuordnung des Nahen-Ostens«.

Sie sehen, dass das vielgelobte »türkische Wirtschaftswunder« auf sehr wackeligen Bei-



nen steht. Internationale Ratingagenturen warnen vor einer schweren Finanz- und Wertungskrise, die sowohl auf die regionale, als auch auf die globale Ökonomie fatale Auswirkungen haben könnte. Die Reaktion der türkischen Wirtschaft zeugt davon: die Börse in Istanbul sackte ab und die türkische Lira musste Kursverluste hinnehmen. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums von über 8 Prozent (2010 und 2011) auf 2,6 Prozent in 2012, das große Leistungsbilanzdefizit, die hohe Auslandsverschuldung und die exorbitant gestiegene Verschuldung der privaten Haushalte senden Alarmsignale aus. Und die Entwicklung in Syrien erfordert das Eingreifen, um eine katastrophale Kettenreaktion zu verhindern.

Die gut gemeinte Forderung von Kolat und Dağdelen mal ausgenommen: Die Debatte über Beitrittsgespräche zeugt vom Doppelmoral. Für EU-Eliten sind diese ein Faustpfand, um die strategischen und wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Türkei zu wahren. Dabei weist man in Brüssel zu gut: auch eine EU-Mitgliedschaft kann Entdemokratisierungstendenzen in einzelnen Länder nicht verhindern – siehe Ungarn. Abgesehen davon ist die EU selbst dabei, die Union und die bürgerlichen Demokratien Europas zu entkernen. Neoliberaler Umbau, Militarisierung der Außenpolitik, Delegitimierung von politischen Entscheidungsmechanismen und die Entmachtung der Parlamente – all dies ist weitgehend vollzogen.

Die Demokratisierung der Türkei ist keine Frage der EU-Mitgliedschaft, sondern eine Notwendigkeit. Sowohl in Kurdistan, als auch im Westen der Türkei haben unterschiedliche Bevölkerungsschichten mit diesen Protesten ihren Willen für einen Demokratisie-

rungs- und Friedensprozess kundgetan. Was sie benötigen ist unsere Solidarität.

Die gesellschaftliche und politische Linke in Europa wäre gut beraten, anstatt sich an Scheindebatten über das Für und Wider einer türkischen EU-Mitgliedschaft zu beteiligen, vor allem die eigenen Hausaufgaben zu erledigen. Eine demokratische Türkei, die ihre Nationalitätenfragen gelöst hat, sollte in einem Europa der weitgehenden Demokratie, des Friedens und EU-weit gleichen sozialen Standards willkommen geheißen werden. Dafür ist es notwendig, sich endlich vom Last des Eurozentrismus zu befreien und für ein solches Europa zu kämpfen. Denn Frieden und Demokratie in aller Welt beginnt vor unsrer eigener Türe. Denn; Taksim ist überall! ■

# ARBEITERKLASSE AM TAKSIM

JULI 2013

Die Protestbewegung in der Türkei ist vielschichtig. Auch einige Gewerkschaften spielen eine Rolle in dem Protest gegen Gentrifizierung, neoliberalen Gesellschaftumbau und Erdogan.

Ein »Aufstand der Mittelschicht« sei es, ein »Kulturkampf der weißen Türken gegen Islamisierung« – so der Tenor in den bürgerlichen Medien. Als unbestritten gilt, dass der Protest städtisch ist und von gut Ausgebildeten getragen wird. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn jüngste Untersuchungen belegen die Klassenzugehörigkeiten: 58 Prozent der Protestierenden sind abhängig Beschäftigte, zehn Prozent arbeitslos und 24 Prozent Studierende bzw. Schüler. Teilgenommen haben auch zahlreiche prekäre Scheinselbstständige wie Rechtsanwälte oder Steuerberater.

Auch wenn die Demonstranten keine gemeinsame ideologische Basis zu haben scheinen und obwohl tiefe Differenzen oder gar Feindschaften zwischen den Gruppen existieren, bildet die Unzufriedenheit mit der Erdogan-Regierung die Gemeinsamkeit. Und

das hat vor allem soziale Gründe. Die sogenannten »städtischen Mittelschichten«, also die gut ausgebildeten und über dem Durchschnitt verdienenden laizistischen Gruppen sind seit Beginn der Weltwirtschaftskrise in einer Verarmungsspirale gefangen oder laufen zumindest Gefahr, in die Armut hinabzugleiten. Und mittlerweile werden die prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse und die Tendenz der Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten zunehmend sichtbar. Das gilt trotz des gefühlten Wohlstands, der durch die exorbitante Verschuldung privater Haushalte finanziert wird. Eben diese realen Verschlechterungen, gepaart mit der autoritär-islamistischen Einmischung in ihre Lebensweise staute die Wut, die sich mit den Ereignissen um den Gezi-Park in Istanbul Ende Mai mit eruptiver Kraft entlud.

Aber diese Gruppen haben ein gewaltiges Problem: Sie sind weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert, weil sie bisher ihre Proletarisierung nicht wahr haben wollten. Die Ablehnung des neoliberalen Umbaus im Allgemeinen und der Gentrifizierung ganzer Stadtteile im Besonderen

wird von allen getragen, aber der Protest dagegen artikuliert sich individuell. Auch deshalb begnügen sie sich mit kurzfristigen Verbesserungsforderungen und haben den Schulterschluss mit der organisierten Arbeiterbewegung noch nicht gesucht. Das hat sicherlich auch mit der Kraftlosigkeit und der Zersplitterung der Gewerkschaften zu tun. Seit dem Militärputsch von 1980 haben die erheblich geschwächten Gewerkschaften es besonders schwer, sich zu organisieren. Eine restriktive Gesetzgebung und eine gewerkschaftsfeindliche Regierungspolitik sowie die Tatsache, dass rund elf Millionen Menschen im informellen Sektor beschäftigt sind, bilden wesentliche Organisationshemmnisse. Hinzu kommen hausgemachte Probleme wie etwa bürokratische Strukturen und ideologische Kämpfe um Vorstandsposten. Das lässt die Gewerkschaften unattraktiv erscheinen. Da keine Einheitsgewerkschaften existieren, stehen den regierungsnahen Gewerkschaftsdachverbänden TÜRK-IS und HAK-IS sowie dem nationalistisch-islamischen Beamtenbund Memur-Sen, die linken Konföderationen DISK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei) und KESK (Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter) gegenüber.

DISK und KESK waren die einzigen Gewerkschaften, die gemeinsam mit den Berufsverbänden der Ingenieure und Architekten (TMMOB), der Ärzte (TTB) und Zahnärzte (TDB) die Proteste unterstützt haben. Sie leisteten logistische Unterstützung und beteiligten sich an den Demonstrationen. Darüber hinaus hat die KESK für den 4. und 5. Juni, die DISK lediglich für den 5. Juni und beide gemeinsam mit TMMOB, TTB und

TDB für den 17. Juni zu einem jeweils befristeten Generalstreik aufgerufen. Der Wirkung blieb indes relativ gering. Gemessen an den Mitgliederzahlen – DISK 100000, KESK 230000, TMMOB 430000, TTB 90000 und TDB 24000 – war die Beteiligung am Generalstreik mit knapp 50000 in 15 Städten sehr niedrig.

Dies zeigt, dass die Gewerkschaften und die Taksim-Bewegung noch nicht zu einander gefunden haben. Letztlich wird es darauf ankommen, ob es den Aktivisten gelingt, mit der kurdischen Bewegung wie auch mit den Gewerkschaften ein breites Bündnis zu schmieden, um den Protest zum Erfolg zu führen. Aber auch die Gewerkschaften müssen umdenken und die Chance zur Erneuerung sehen. Denn wie in Brasilien, Bulgarien oder Griechenland, ist auch in der Türkei der soziale Aspekt deutlich geworden. Ohne Frage: Taksim ist das Symbol des sozialen Widerstandes. ■

# DER »JUNI-AUFSTAND« IN DER TÜRKEI

## DAS AUFBEGEHREN GEGEN DIE HEGEMONIE DER NEOLIBERAL-ISLAMISTISCHEN AKP-REGIERUNG

OKTOBER 2013

Es war sicherlich kein Zufall, dass sich die Massenproteste außerhalb der kurdischen Gebiete gegen die autoritäre Herrschaft der neoliberal-islamistischen AKP-Regierung gerade in einer Metropole wie Istanbul entzündet haben. Immerhin ist Istanbul, die »Global-City«, die laut MasterCard Index of Global Destination Cities (2011) die fünfte Großstadt mit den meisten Dollar-Milliardären ist, zu einem Synonym für neoliberale Gentrifizierungsprozesse geworden.

Auch wenn westliche Medien gerne die Transformation von Istanbul zum »Global City des 21. Jahrhunderts« als ein Ergebnis des sogenannten »türkischen Wirtschaftswunders« darstellen mögen, so werden auch in Istanbul die klassischen neoliberalen Stadt(um)baupolitiken mitsamt der »Quartiers-Veredelungen«, Entkernungen, Privatisierungen, Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes und sozialen Verdrängungsprozessen deutlich sichtbar, die überall in der Welt anzutreffen sind. Große Einkaufszentren, Gated Communities, Technoparks, Banken- und Börsenviertel, Luxusresidenzen, Yachthäfen, Megaprojekte – kurzum alles, womit die

Stadt zu Inseln der größtmöglichen Renditen für das globalisierte Kapital aufgeteilt wird, ist in Istanbul zu finden. Zwangsräumungen von Stadtteilen, Zwangsverstaatlichungen als Vorbereitung für große Privatisierungswellen, Nutzungsverbote sowie das gesamte Arsenal der staatlichen wie kommunalen Maßnahmen zeugen von der »meisterhaften« Umsetzung einer eiskalt vollzogenen Gentrifizierungsstrategie.

Die städtebaulichen und planerischen Entscheidungsmechanismen in den türkischen Städten sind mit Gesetzesveränderungen, Gleichschaltung der Justiz und insbesondere durch die Entmachtung der Verwaltungsgewalt weitgehend entdemokratisiert worden. Kommunalverwaltungen, die an sich als Erfüllungsgehilfen insbesondere der Bauwirtschaft gesehen werden müssen, sind nur noch Befehlsempfänger zentralisierter Ministerialbürokratie. Selbst der Oberbürgermeister der Stadt Istanbul gab in einem Interview zu, dass die Umgestaltung des Gezi-Parks am Rande des Taksim-Platzes auf Befehl des Ministerpräsidenten vorgenommen wurde.

Das kommt nicht von Ungefähr: Seit 2002, den letzten drei Legislaturperioden unter der AKP-Parlamentsmehrheit, wurden kontinuierlich gesetzliche Schranken abgebaut, die der Privatisierung öffentlicher Güter im Wege standen. Insbesondere nach dem Verfassungsreferendum von 2010 bekam die AKP-Regierung Instrumente an die Hand, mit denen sie die örtlichen Verwaltungsgerichte handlungsunfähig machen konnte, die zuvor auf Anrufung von Bürger\_inneninitiativen zum größten Teil solche Privatisierungsmaßnahmen stoppen konnten. Mit Dekreten in Gesetzeskraft verfügte die Regierung die Privatisierung von Wald- und Weidflächen, Flüssen und Bächen sowie größerer Areale im Staatsbesitz, womit zusätzlich die Binnenmigration der ländlichen Bevölkerung verschärft wurde. Dies hatte auch zur Folge, dass die früheren Binnenmigrant\_innen, die seit Jahren am Rande der Großstädte in verarmten Stadtteilen leben und sich über ihre Familienangehörigen in den Dörfern mit Lebensmitteln versorgten, diese Möglichkeit – was auch als eventueller Rückzugsraum in Krisenzeiten gedacht wurde – nach und nach verloren.

Diese Entwicklung stößt seit längerem in Stadt und Land auf Gegenwehr. Jedoch, die Proteste waren fragmentiert und jedes Aufbegehren wurde seitens der AKP-Regierung mit massiven polizeistaatlichen Mitteln bekämpft. Fast überall regte sich Protest und Widerstand – sei es gegen Zwangsvertreibung der Sinti und Roma aus ihrem seit Jahrhunderten angestammten Stadtteil Sulukule, sei es gegen die ökologische Zerstörung durch zahlreiche private Wasserkraftwerke im Schwarzmeergebiet oder Goldabbau an der Ägäis; sei es gegen Nutzungsumwandlung

von Parks und Plätzen in den Großstädten oder gegen die paternalistische Bevormundung durch die autoritäre Islamisierung des Alltäglichen. Von dem Kampf der kurdischen Bevölkerung um Gleichberechtigung und demokratische Rechte ganz zu schweigen. Aber all diese Proteste und Widerstände waren von einander isoliert und hatten keine landesweite Dynamik entfalten können. [1]

Ein Funke, die Besetzung des Gezi-Parks und dessen anschließende gewaltsame Räumung, reichte aus um zu zeigen, was passieren kann, wenn die voneinander isolierten Protestbewegungen sich vereinen würden: Politikverdrossene und traditionelle Linke, Laizisten und »antikapitalistische Muslime«, LGBT\*-Aktivist\_innen, Feministinnen unterschiedlicher Couleur und (ansonsten verfeindete) Fußballfans, Kemalisten und die kurdische Bewegung bildeten gemeinsam den Protest gegen die Repression und Polizeigewalt. Die lange aufgestaute Wut hatte sich entladen und insbesondere das urbane Prekariat hatte seine Angststarre überwunden. Der »Juni-Aufstand«, welcher dann im September völlig neue Formen annahm, war wie »ein Weckruf für die oppositionellen Parteien« (Candeias-Bechstein) und zeigte, welche Bündnispotentiale brach liegen. Noch ist es zu früh, um voraussagen zu können, welche neuen Wege der »Juni-Aufstand« eröffnen wird. Doch eine nähere Betrachtung der Hintergründe könnte helfen, mögliche Perspektiven aufzuzeigen.

#### **DER LACK IST AB – DIE HEGEMONIEKRISE DER AKP**

Es wäre sicherlich eine verkürzte Darstellung, würde man die neoliberale Politik nur auf die Ära der AKP begrenzen. Der neoliberale Umbau in der Türkei begann mit den

berüchtigten Regierungsbeschlüssen vom 24. Januar 1980, die dann durch den Putsch vom 12. September 1980 mit militärischen Mitteln umgesetzt wurden. Aushöhlung von Kollektivrechten, massiver Sozialabbau, Deregulierungen, Flexibilisierungen, Privatisierungen, rigorose Sparmaßnahmen und IWF-Diktate wurden zu Konstanten türkischer Wirtschaftspolitik.

Die AKP, die nach der großen Krise von 2001 an die Macht kam und schon in der ersten Legislaturperiode die »Früchte« der Konsolidierungsmaßnahmen der Vorgängerregierung ernten konnte, steht in dieser Traditionslinie. Im Unterschied zu den anderen bürgerlichen, aber auch den früheren islamistischen Parteien schaffte es die AKP neben der Unterstützung der anatolischen Bourgeoisie, dem traditionell konservativ-islamisch orientierten Kapital, auch die Unterstützung der anderen Kapitalfraktionen, insbesondere des laizistisch orientierten Großkapitals zu erhalten. Hierbei spielte die Tatsache, dass die AKP derzeit die einzige politische Formation ist, die für einen stetigen Zufluss von ausländischem Kapital – besonders von Petro-Dollars – sorgen kann, eine gewichtige Rolle.

Die AKP konnte sich die Unterstützung der türkischen Bourgeoisie insbesondere durch ihre massiven Eingriffe in die Bauwirtschaft sicherstellen. Erdoğan holte die staatliche Wohnungsbaugesellschaft TOKI in die Verantwortung seines Amtes und stattete sie mit weitgehenden Befugnissen aus. Die Investitionen von TOKI lösten einen Bauboom aus. Seit 2002 hat die TOKI mehr als 500.000 Wohneinheiten im Wert von über 35 Milliarden US-Dollar gebaut und verkauft. Während die Bauaufträge an Subunternehmern

aus der Privatwirtschaft vergeben wurden, konnte TOKI die staatlichen Grundstücke und Immobilien weit unter dem Marktwert erwerben. TOKI erhält auch staatliche Bauaufträge, die sie an private Bauunternehmen weiterleitet: So ist sie z.B. das einzige Unternehmen, das Militärwachen (sog. »Wachburgen«) bauen darf. Auch Großprojekte wie Fußballstadien o. ä. werden von TOKI gebaut.

Die Bauwirtschaft ist eines der wichtigsten Elemente des türkischen Wirtschaftswachstums und des Akkumulationsregimes. Aufgrund der starken Verflechtungen der Bauwirtschaft mit anderen Wirtschaftszweigen wie Transport, verarbeitender Industrie, Zement- und Keramikproduktion, Bergbau etc. und größten Renditemöglichkeiten, ist die Bauwirtschaft nicht nur für die konservativ-islamische Bourgeoisie, sondern auch für alle anderen Kapitalfraktionen sehr lukrativ. Die Tatsache, dass der Anteil der Bauwirtschaft am Brutto sozialprodukt (BSP) der Türkei in der AKP-Ära nie unter 5 Prozent gefallen ist, [2] zeigt die enge Beziehung zwischen dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und dem Wachstum der Bauwirtschaft. Alle Kapitalfraktionen, die sich in der Bauwirtschaft engagieren, spielen inzwischen im AKP-Apparat eine große Rolle. So hat Ministerpräsident Erdoğan auch eine Möglichkeit gefunden, durch Investitionsentscheidungen der TOKI unmittelbar Kapitalfraktionen zu fördern oder ggf. durch Ausschluss »abzustrafen«.

Auf der anderen Seite gelang es der AKP, die mit ihrem Demokratisierungsversprechen und ihrem scheinbaren Kampf gegen die kemalistische Generalität die Sympathien unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen

gewann, auch die Verlierer des neoliberalen Umbaus auf ihre Seiten zu ziehen. Der türkische Soziologe Cihan Tuğal spricht in diesem Zusammenhang von einer »passiven Revolution«, welche die AKP-Hegemonie sicherstellte. [3]

Zum einen gaukelte die AKP der Bevölkerung vor, dass ihre Akteure »Leute wie sie« seien. Ministerpräsident Erdoğan und seine Minister setzten auf religiöse Symbolik und nutzten den sunnitischen Konservatismus der türkischen Mehrheitsgesellschaft, um den scheinbaren Unterschied zwischen ihnen und der verhassten laizistischen Eliten zu unterstreichen. Kopftuchtragende Ministerfrauen, gemeinsames Fastenbrechen, das traditionelle Freitagsgebet des Ministerpräsidenten in einem gutbesuchten Stadtmoschee oder seine Friseurtermine in einem armen Stadtteil sowie die fortwährende Benutzung von religiös-kulturellen Codes in öffentlichen Ansprachen führte dazu, dass breite Teile der Bevölkerung die AKP als eine Art »Volksregierung« ansahen. Damit konnten die neoliberal-islamistischen Parteikader die Klassenunterschiede zwischen ihnen und den verarmten Bevölkerungsgruppen erfolgreich kaschieren.

Obwohl die Türkei laut OECD-Angaben eines der Länder mit den höchsten Einkommensungerechtigkeiten ist, konnte sich die AKP 2011 mit knapp 50 Prozent zum zweiten Mal die Wiederwahl sichern. Einige Studien zeigen, dass die AKP die meisten Stimmen von den Hausfrauen, der ländlichen Bevölkerung, vom urbanen Prekariat, den Arbeitslosen und vor allem aus den verarmten Randbezirken der Großstädte erhalten hatte.

Diesem Erfolg liegt nicht nur die »passive Revolution« zugrunde. Die AKP-Regierung

hat kurz nach dem sie an die Macht kam, den 1986 gegründeten »Staatlichen Fond zur Förderung der sozialen Hilfe und Solidarität« zu plündern begonnen. Laut den Angaben der staatlichen Statistikbehörde TUIK wurden alleine zwischen 2003 und 2007 rund 54 Prozent dieses Fonds für Sachhilfen wie Lebensmittel- und Kohlebeschaffung ausgegeben. 23 Prozent der Fondsmittel wurden monatlich als Schulkostenzuschuss an arme Familien ausgezahlt. Die als »soziale Hilfe« deklarierten Auszahlungen wurden nur an Frauen überwiesen. Zudem wurden die Kommunalverwaltungen hinzugezogen, um die private Wohltätigkeit zu koordinieren und mit kostenlosem Essen in den Fastenmonaten die Bevölkerung zu verköstigen. So wurde eine dem islamischen Spenden- bzw. Wohltätigkeitsgebot entsprechende soziale »Hilfe« organisiert, die jedoch nichts mit einer verfassungsmäßig verbrieften Sozialstaatlichkeit zu tun hatte.

Ein wesentlicher Grund, warum diese Strategie erfolgreich war, liegt an der Tatsache, dass rund 11 Millionen von etwas mehr als 25 Millionen Erwerbstätigen im informellen Sektor beschäftigt sind und ein Großteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach dem gesetzlichen Mindestlohn (2013: Netto ca. 290,00 Euro) entlohnt werden. Künstlich niedrige gehaltene Wechselkurse, Förderung der Kreditkartennutzung und Erleichterungen bei Immobilienfinanzierungen führten zum Anstieg des privaten Konsums. Durch den Anstieg des privaten Konsums erhöhte sich das Niveau des gefühlten Wohlstands. Der Preis dafür war aber sehr hoch: die Verschuldung der privaten Haushalte hat sich in der AKP-Ära auf rund die Hälfte der verfügbaren Einkommen verdoppelt.

Es ist zwar nicht von der Hand zu weisen, dass die türkische Wirtschaft unter der AKP-Regierung schnell gewachsen ist. Als die AKP an die Macht kam, steckte das Land in einer tiefen ökonomischen Krise. Die Inflation galoppierte: zwischen 1995 und 2001 rund 70 Prozent pro Jahr! Die AKP setzte den neoliberalen Umbau und die Marktorientierung stärker als ihre Vorgänger durch und schaffte das, was die bisherigen Regierungen nicht durchsetzen konnten: Während zwischen den Jahren 1985 und 2002 durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen gerade mal 8 Mrd. US-Dollar eingenommen werden konnte, konnte die AKP von 2003 bis 2010 fast 48 Mrd. US-Dollar Privatisierungseinnahmen realisieren. So konnte sich die Türkei für die internationalen Finanzmärkte als ein aufstrebendes Schwellenland präsentieren.

Aber nach den kräftigen Wachstumsschüben der Vorjahre (2010: 9,2 Prozent und 2011: 8,8 Prozent) lag das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in 2012 mit 2,2 Prozent deutlich unter den Erwartungen. [4] Jetzt zeigt sich, wie brüchig das »türkische Wirtschaftswunder« ist. Laut Schätzungen braucht das Land jedes Jahr 200 Mrd. US-Dollar Auslandskapital, um das chronische Leistungsbilanzdefizit auszugleichen. Die Netto-Auslandsverschuldung liegt bei 413 Mrd. US-Dollar und der IWF erwartet für das Jahr 2013 ein Wachstum von 3,4 Prozent.

Das jedoch könnte sich als Wunschvorstellung ausweisen. Zum einen fließt das ausländische Kapital langsam, aber stetig wieder zurück. Daran mag die US-Geldpolitik auch einen Anteil haben, vor allem aber scheint sich die Türkei für die ängstlichen Finanzmärkte zu einem Risikoland zu verwandeln.

Zum anderen vermochte es die türkische Zentralbank trotz Zinspolitik und verstärktem Devisenverkauf nicht zu verhindern, dass die türkische Lira (TL) gegenüber Euro und US-Dollar massiv an Wert verloren hat. Anfang des Jahres rechnete die Regierung mit einem TL / US-Dollar-Wechselkurs von 1:1,73, aber schon Ende Juni kletterte der US-Dollar auf 1,95 (Inzwischen kostet 1 US-Dollar 1,985 TL und 1 Euro 2,678 TL). [5]

Diese Entwicklung hat für unterschiedliche Kreise negative Auswirkungen. So müssen beispielsweise in den nächsten 12 Monaten rund 190 Mrd. US-Dollar zurückgezahlt werden. Für die Schuldner bedeutet das zusätzliche Kosten in TL. Für die Industrie, die ihre Investitionsplanungen gemäß den Vorgaben der Regierung mit einem Wechselkursrisiko von 1:1.83 vorgenommen hat, wird jede Verteuerung des US-Dollars die Produktionskapazitäten verringern und Arbeitsplatzverluste verursachen. Unabhängige Ökonomen wie Mustafa Sönmez erwarten daher bis Ende 2013 die Erhöhung der Arbeitslosenquote auf 11 Prozent. [6]

Für ein Land wie die Türkei, die jedes Jahr mehr als 60 Mrd. US-Dollar für Energieimporte aufbringen muss, bedeutet jede Teuerung in den Wechselkursen eine neue Inflationsgefahr. Gerade wo jetzt der teuerste Spritpreis weltweit in der Türkei bezahlt werden muss, werden zusätzliche Kursverluste die türkische Wirtschaft noch mehr belasten.

Auch die Exportwirtschaft gerät ins Stocken. In 2013 sollte nach Regierungsplänen ein Exportvolumen von rund 150 Mrd. US-Dollar realisiert werden. Dieses Ziel wird wohl nicht erreicht werden können, zumal die türkische Exportwirtschaft von Importen abhän-



gig ist, wofür sie wiederum Devisen benötigt. Ähnliche Probleme erlebt inzwischen auch der türkische Bankensektor, da sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erhöht hat und auch zunehmend private Kreditnehmer immer mehr Schwierigkeiten mit der Rückzahlung bekommen.

Türkische Medien berichteten am 26. September 2013, dass die Ratingagentur Fitch eine »Rezessionsgefahr« für die Türkei sieht und die internationalen Anleger vor »gestiegenen politischen Risiken wie innere[n] Unruhen« gewarnt hat. [7] In Zusammenhang mit der aktuellen US-Geldpolitik erwartet die Agentur weiteren Rückfluss vom ausländischen Kapital aus der Türkei. Ohne Frage: das »türkische Wirtschaftswunder« gleicht einer Seifenblase.

Sowohl das brüchige türkische Wirtschaftswachstum, als auch das autoritäre und antidemokratische Gebaren der Regierung weisen daraufhin, dass die AKP-Hegemonie in einer ernsthaften Krise steckt. In dem Bündnis aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen und den verschiedenen Kapitalfraktionen werden Risse sichtbar. Auch wenn die AKP weiterhin über einen gewissen Rückhalt in der türkischen Mehrheitsgesellschaft verfügt, so ist durchaus davon auszugehen, dass ein Prozess, welcher zum Ende der AKP-Hegemonie führen kann, unlängst begonnen hat.

#### **DER PROTEST UND DIE PERSPEKTIVEN**

Der »Juni-Aufstand« hat aufgrund seiner landesweiten Verbreitung innerhalb weniger Tage, der Spontaneität und Zusammensetzung der Bewegung sowie ihrer Fähigkeit, politikverdrossene wie verängstigte Kreise auf die Straße zu bringen, längst einen his-

torischen Platz in der Geschichte der gesellschaftlichen Kämpfe in der Türkei eingenommen. Der »Juni-Aufstand« hat einen Geist losgelassen – viele sprechen von einem »Spirit of Gezi« –, der hunderttausende Menschen erfasst hat.

Sicher, dieser Geist beschreibt das Bestreben der Frauen um ihre Rechte, der Alewiten um die Erhaltung ihrer Kultur, der kurdischen Bevölkerung um ihre Existenz; kurz den gemeinsamen Kampf um die Stadt und öffentliche Räume, für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung der Geschlechter und sexueller Orientierungen, für ökologische Nachhaltigkeit, Frieden und für Demokratisierung. Dieser Geist ist imstande, unterschiedliche Bewegungen zu vereinen. Doch die eigentliche Frage bleibt: wie lange wird sie Bestand haben? Wie werden die Akteure der Protestbewegung es schaffen, dass dieser Geist zu einem »Schmelztiegel« verwandelt wird, aus dem eine politische Alternative mit Mehrheitspotentialen herauswachsen kann?

Die »Global City« mit all ihren Entwicklungsproblemen scheint sich als ein Ort darzustellen, in der neue politische Konstellationen möglich werden. Die Kämpfe um den öffentlichen Raum, gegen die soziale Verdrängung, um bessere Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse sowie um eine freie, demokratische Gesellschaft finden hier Anknüpfungsmomente.

Das beste Beispiel dafür, wie aus der Spontaneität der Massen neue Bündnisse entwachsen können, zeigen die zahlreichen Foren in den Stadtteilparks von Istanbul und anderen Städten. Schon nach der gewaltsamen Räumung des Gezi-Parks am 15. Juni 2013 war es zu beobachten, wie in den Abbasağa und

Yoğurtçu Parks Foren organisiert wurden. Alleine in Istanbul fanden allabendlich in fast 40 Stadtteilen »Park-Foren« statt. Dieses Beispiel machte Schule: inzwischen gibt es auch in Ankara 10, in Izmir 2 und weitere Foren in Antalya, Bodrum, Izmit und Eskişehir.

Überall ist das gleiche Phänomen zu beobachten: Hunderte – in manchen Istanbuler Foren sogar tausende – Menschen kommen nach 21 Uhr zusammen, diskutieren, verabreden neue Themen, machen die Parks sauber und gehen wieder nach Hause. Es wird über alles mögliche diskutiert: von Platzumgestaltung über Stadtteilprobleme, von Gewalt gegen Frauen und LGBT\*-Aktivist\_innen über ökologische Nachhaltigkeit bis zur friedlichen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts.

Sowohl die Themenfindung als auch die Diskussionsformen zeigen lebendige Formen der Basisdemokratie. Auf jedem Forum wird penibel darauf geachtet, dass Jede und Jeder, die was zu sagen haben, das Wort erhalten, die umliegende Nachbarschaft nicht durch Lärm belästigt wird (deshalb wird nicht applaudiert, sondern nur die Hände werden bewegt), der Park nach dem Forum sauber gemacht wird und die Diskussionen ergebnisorientiert geführt werden. Inzwischen haben sich die Foren zu Orten entwickelt, wo sich die Menschen nach dem Feierabend treffen, Selbsthilfegruppen oder Stadtteilinitiativen gründen und – das ist ein Novum – wo keine politische Partei oder Organisation dominant sein kann.

Mit den Foren ist auch das Politik-Monopol der Regierung geschwächt worden. In den letzten Jahren wurden politische Diskussi-

onen quasi nur von der AKP-Regierung angestoßen. Sowohl die parlamentarische als auch die außerparlamentarische Opposition war in einer Ablehnungssituation gefangen. Auch die Gewerkschaften und soziale Bewegungen konnten sich von dem ständigen Abwehrkampf nicht befreien. Nur die kurdische Bewegung war in der Lage, der Regierung Paroli zu bieten und Politikalternativen aufzuzeigen, die jedoch – auch aufgrund der Gleichschaltung der bürgerlichen Medien – im Westen kaum wahrgenommen wurde.

Der »Juni-Aufstand« hat dem Politik-Monopol der AKP-Regierung erheblichen Schaden zugefügt. Mit Hilfe der sozialen Medien konnten Gegenpropaganda und Regierungslügen binnen Minuten als solche entlarvt werden. Innerhalb weniger Tage wurde die Regierungsrhetorik, dass die Türkei »nur mit der AKP demokratisiert werden kann« ad absurdum geführt. Die Tatsache, dass der Ministerpräsident Erdoğan heute noch alle seine öffentlichen Auftritte und Reden dazu nutzt, um »von der Zinslobby und ausländischen Mächten gesteuerte Marodierer, Terroristen und Putschisten, die sich gegen den Willen der Nation stellen«, anzuprangern, beweist, wie schwer die AKP-Regierung durch den »Juni-Aufstand« angeschlagen worden ist. Bis Juni 2013 wurde die politische Tagesordnung der Türkei von Erdoğan und seiner AKP bestimmt. Heute bestimmt die politische Agenda der Protestbewegung das Handeln der AKP.

Jedoch: die AKP verfügt weiterhin auf einen Rückhalt in der türkischen Mehrheitsgesellschaft. Auch wenn in der AKP-Regierung Machtverschiebungen zu erwarten sind und Erdoğan, dessen autoritäres Präsidialsystem nicht mehr durchzusetzen ist, im nächsten

Jahr auf das Amt des Staatspräsidenten abgeschoben wird, so bedeutet dies nicht das Ende der AKP-Regierung.

Für die Zukunft der Protestbewegung und die Entstehung einer möglichen alternativen politischen Formation werden in den nächsten Monaten drei politische Felder bestimmend sein: die Kommunalwahlen, der Friedensprozess in der kurdischen Frage und die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Alle drei sind untrennbar mit einander verbunden.

In allen drei Feldern liegen Potentiale für demokratische Bündnisse brach. Denn die Regierungspläne in diesen Feldern bilden zugleich die Gegenkräfte aus. Um einige dieser Pläne zu nennen: Die Regierung beabsichtigt, mit dem Bau der dritten Bosphorus-Brücke in Istanbul die als »Nordwälder« genannten Waldareale auszuroden. Staatspräsident Abdullah Gül erklärte bei der Grundsteinlegung, dass die dritte Brücke den Namen »Yavuz Sultan Selim« tragen werde, gerade von dem Sultan, der massenhaft Alewiten abgeschlachtet hat. Gegen dieses Projekt hat sich eine breite Opposition aufgestellt, dem auch – aus verständlichen Gründen – alewitische Organisationen angehören. Gleichzeitig ist geplant, auf der europäischen Seite Istanbuls einen Mega-Flughafen (»der größte Flughafen der Welt«, so die Verheißung) zu bauen. Dieses Projekt wird von einem riesigen Bebauungsprojekt in den Naturgebieten begleitet. Ein weiteres Mega-Projekt ist das sog. »Kanal-Istanbul«, das als »der zweite Bosphorus« bezeichnet wird und das Marmarameer mit dem Schwarzen Meer verbinden soll. Natur- und Umweltschützer\_innen sowie zahlreiche Wissenschaftler\_innen laufen Sturm gegen dieses Projekt, weil durch

verschiedene Studien nachgewiesen wurde, dass durch den Bau des »Kanal-Istanbul« das Marmarameer in ein totes Meer verwandelt wird. Alleine diese drei Mega-Projekte haben genügend Konfliktpotential, um unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren.

Die für März 2014 geplanten Kommunalwahlen bieten für die Vernetzung unterschiedlichster Initiativen, Widerstandsgruppen, Bewegungen sowie Oppositionsparteien eine gute Möglichkeit. Für die AKP würde der Verlust der Stadtregierungen in Istanbul und Ankara eine große Niederlage bedeuten und die Koalition innerhalb der AKP in eine Krise stürzen. Es gibt zwar Bestrebungen von linken Parteien und Teilen der Protestbewegung, so z.B. in der von linken Parteien und der prokurdischen BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) getragenen HDK (Demokratischer Kongress der Völker), eine Kandidatur aufzustellen, die von breiten Teilen getragen wird. Aber noch konnten sich die unterschiedlichen Gruppen darüber nicht einigen und aufgrund des Festhaltens an einer eigener Kandidatur der kemalistischen CHP (Republikanische Volkspartei) könnte es dazu kommen, dass der AKP-Kandidat sich gegen die zersplitterte Opposition wieder behaupten kann. Eine ähnliche Situation wird auch aus Ankara berichtet.

Der ins Stocken geratene Friedensprozess in der kurdischen Frage birgt auch weitere Zersplitterungsgefahren für die Protestbewegung. Zwar positioniert sich die prokurdische BDP eindeutig im linken Spektrum und setzt auf die Zusammenarbeit mit links-sozialistischen Gruppen und Parteien, aber es gibt innerhalb der kurdischen Bewegung und auch der BDP (die man auch als eine Art Koalition ansehen sollte) kurdische Nationalisten und

Liberalen, die eher mit der AKP zusammen agieren würden. Insbesondere die kurdische Bourgeoisie in der Türkei hegt Hoffnungen, gemeinsam mit dem türkischen und internationalem Kapital am Wirtschaftswachstum und von der Ausbeutung der Erdölfelder in den kurdischen Autonomiebehörden in Süd-kurdistan (Nordirak) profitieren zu können. Zu dem ist die Lage in Syrien, im Besonderen in den kurdischen Gebieten in Nordsyrien, völlig unklar. Die türkische Regierung unterstützt offen islamistische Terrorgruppen wie die Al-Nusra-Front, die gegen kurdische Autonomiekräfte in Syrien verbittert kämpfen.

Dabei ist auch innerhalb der türkischen Mehrheitsgesellschaft die Ablehnung gegen einen Krieg in Syrien weit verbreitet. Eine Friedensbewegung hätte hier gute Voraussetzungen. Und wenn die Protestbewegung im Westen die Forderungen der kurdischen Bewegung offen anerkennen und die Verbindung beider Bewegungen gewährleisten könnte, würde das dem Friedensprozess eine große Dynamik verleihen und somit die Regierungspläne in den kurdischen Gebieten vereiteln.

Das dritte politische Feld ist die Verfassungsdiskussion. Innerhalb der Gesellschaft ist die Meinung, dass die Junta-Verfassung nun endgültig von einer demokratischen Verfassung abgelöst werden muss, weit verbreitet. Gleichzeitig ist aber die Öffentlichkeit von der Arbeit der Verfassungskommission des Parlaments und vom Regierungshandeln, alles in die Länge zu schieben, völlig enttäuscht. Es sind zurzeit sowohl der EU-Heranzführungsprozess als auch die versprochenen Demokratisierungsmaßnahmen in einer Sackgasse gelandet. Große Ankündi-

gungen der Regierung stellen sich entweder als Wahlkampfmanöver dar oder laufen ins Leere. So auch das vor Monaten großmündig angekündigte »Demokratisierungspaket« der Regierung. Am 30. September 2013 stellte Erdoğan das Paket höchstpersönlich vor, konnte aber noch nicht mal regierungsnahen Kommentatoren überzeugen – geschweige denn die kritische Öffentlichkeit.

Ein großer Teil der Bevölkerung ist z. B. für die Abschaffung der 10-Prozent-Hürde bei den Wahlen, für mehr Presse- und Meinungsfreiheit, für mehr Demokratie. Dennoch haben die demokratischen Kräfte es versäumt, in der Gesellschaft eine offene Verfassungsdiskussion zu organisieren und sich alleine auf die Arbeit der Parlamentskommission verlassen. Dabei wäre gerade eine solche offene Debatte mehr als hilfreich, um unterschiedliche Themen – von der Dezentralisierung der Kommunalverwaltung, über Stadtentwicklungspolitik, Naturschutz und ökologisches Wirtschaften bis individuelle und kollektive Rechte, soziale und kulturelle Gerechtigkeit sowie Frieden und Rechtsstaatlichkeit unter der Überschrift einer demokratischen Verfassung in Zusammenhang zu bringen.

Die anstehenden Kommunalwahlen, das Schicksal des Friedensprozesses in der kurdischen Frage und die Notwendigkeit einer neuen, demokratischen Verfassung sind nicht nur für die Protestbewegung, sondern für die Zukunft des Landes von immenser Bedeutung. Demokratische Kräfte, die unterschiedlichen Teile der Protestbewegung, die linken und sozialistischen Organisationen sowie die kurdische Bewegung stehen vor einer gewaltigen Herausforderung: Die eigenen Organisationsegoismen beiseite zu

legen und zu versuchen, durch die Verbindung der Kämpfe in der Kommune, der Region und landesweit eine von breiten Teilen der Gesellschaft getragene Oppositionsbewegung aufzubauen. Der »Juni-Aufstand« hat auf beeindruckende Weise bewiesen, dass genau dies möglich ist. Gelänge ihnen das nicht, so ist zu befürchten, dass die neoliberalen Islamisten ihre autoritäre Herrschaft weiter ausbauen werden.

Die jungen Protestierenden auf dem Taksim-Platz riefen immer wieder: »Das ist der Anfang. Der Kampf geht weiter!« Noch geht der Geist von Gezi-Park weiter umher. Noch ist also die Hoffnung nicht verloren. ■

[1] Siehe auch: Errol Babacan, »Shoppen, Beten, Kinderkriegen – Aufstand in der Türkei«, in: [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de) August 2013.

[2] Siehe: <http://tuikapp.tuik.gov.tr/insaatapp/insaat.zul> oder <http://www.turkstat.gov.tr/PreTabloArama.do?metod=search&araType=vt>

[3] Siehe auch: [http://www.sup.org/pages.cgi?isbn=0804761450&item=Introduction\\_pages&page=1](http://www.sup.org/pages.cgi?isbn=0804761450&item=Introduction_pages&page=1)

[4] Zu den Wirtschaftsdaten siehe auch: Murat Çakır, »Wut und Widerstand – Über die Hintergründe des Aufstands gegen Recep Tayyip Erdoğan«, in: Zeitschrift Sozialismus, Heft Nr. Juli / August 2013, S. 8-12.

[5] Aktuelle Kurse am 23. September 2013. Quelle: <http://www.doviz.com>.

[6] Mustafa Sönmez in der Tageszeitung »Yurt« vom 27. August 2013.

[7] Siehe: <http://t24.com.tr/fitchten-gelen-uyarilari-nasil-okumak-lazim/7502>

# ANTIKAPITALISMUS UND ISLAM

## ÜBER DIE JUNGE BEWEGUNG DER »ANTIKAPITALISTISCHEN MUSLIME«

NOVEMBER 2013

Im Zeitalter der globalisierten Finanzmärkte, der Kriege um Sicherung der Energie-lieferungen und um die Beherrschung der fossilen Ressourcen wäre es sicherlich keine Binsenweisheit zu behaupten, dass »der Islam« zum globalen Feindbild der kapitalistischen Welt erhoben wurde. Keine Frage; die Fernsehbilder von islamistischen Terrorbanden, die Nichtmuslime oder Menschen, die sie als »nichtmuslimisch« titulieren abschlachten, schrecken auf und machen die Versuche, »ein Feindbild zu konstruieren« (Werner Ruf [1]) einfach.

Und doch ist es ein widersprüchliches Bild: während selbsternannte »Islamkämpfer« in Syrien als »bewaffnete Opposition« von den sog. »Freunden Syriens« im Westen offen unterstützt werden, werden islamistische Gruppen in Mali, die den Islam in derselben Weise wie ihre Gesinnungsgenossen in Syrien (oder in Pakistan... oder in Afghanistan...) interpretieren, als »Terroristen« bekämpft. Selbst konservative Politiker wie der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Armin La-schet weisen auf diesen Widerspruch hin. [2]

Um nicht missverstanden zu werden: weder die Al-Qaida, noch die Al-Nusra-Front oder die Taliban – keine der islamistischen Terrorgruppen können als »Befreiungsbe-wegungen« angesehen werden. Auch die zahlreichen Vertreter unterschiedlicher sun-nitischer wie schiitischer Rechtsschulen, so-wie die Despoten der arabischen Welt sind keine »unschuldigen Lämmer«, die einfach nur nach freien Religionsausübung trachten. Im Gegenteil; das herrschende Religions-verständnis in den jeweiligen islamischen Ländern ist das Religionsverständnis der Herrschenden und somit ein Herrschaftsinstrument.

Dennoch wäre es ein fataler Fehler, wenn man gläubige Muslime in der islamischen Welt im Rahmen des herrschenden Religi-onsverständnisses oder als Anhänger von islamistischen Terrorgruppen betrachten würde. Auch wenn Aberglaube und teilwei-se rückständiges Gesellschaftsverständnis in vielen Teilen der muslimischen Welt weit verbreitet sind, so ist – wie verschiedene empirische Untersuchungen belegen – fest-zustellen, das die überwiegende Mehrheit

der Muslime nur daran interessiert sind, friedlich ihre Religion auszuüben und ihrem Glauben nach fromm zu leben. Eine Verallgemeinerung wäre zudem Wasser auf die Mühlen derjenigen, die mit ihrer Islamhetze rechtspopulistische Tendenzen in den bürgerlichen Gesellschaften Europas schüren und davon politisches Kapital schlagen wollen.

In Zusammenhang mit den linken Debatten um Islamophobie und Rechtspopulismus gibt es jedoch auch Positionen, die vor linker Religionskritik zurückschrecken, weil sie befürchten, dass damit möglicherweise die »falschen Kräfte« gestützt werden könnten. Dabei lässt eine Religionskritik aus der Perspektive des historischen Materialismus immer Raum für differenzierte Betrachtungsweisen. Trotz der Islamfeindlichkeit, trotz der in den bürgerlichen Gesellschaften weit verbreiteten Phobien sowie in deren Mitte verankerten Rassismen und insbesondere wegen der Doppelmoral der bürgerlichen Parteien ist eine linke Religionskritik sowie eine an die Wurzeln gehende differenzierte Betrachtung mehr als notwendig. Und genau das darf und sollte vor dem »politischen Islam« keinen Halt machen. Eine falsch verstandene Solidarisierung ist unpolitisch und führt in die Irre.

#### **»WIDERSPRUCH IM NAMEN ALLAHS«**

Dabei sind in der islamischen Welt längst Rufe unüberhörbar, die das jeweils herrschende Religionsverständnis scharf kritisieren, deren Koraninterpretationen hinterfragen und neue, durchaus als fortschrittlich zu bezeichnende theologisch-philosophische Diskussionen anstoßen. Es ist zu verfolgen, dass in diesen Diskussionen, die immer wie-

der von der sozialen Frage dominiert sind, nach Antworten in den Ursprüngen des Islams und jenseits der »offiziellen« Überlieferungen, d.h. den sog. »Hadiths« gesucht werden. Diese Diskussionen finden in mehreren islamischen Ländern statt, wobei sie teilweise – auch aufgrund der aktuellen Umwälzungen in der arabischen Welt – entweder innerhalb von geschlossenen Gruppen (wie bei den Intellektuellen, die sich um die ägyptische Zeitschrift »Islamische Linke« versammelt haben) oder zahlenmäßig kleineren Kreisen stattfinden.

Trotzdem machen diese Diskussionen die Herrschenden in den islamischen Ländern zunehmend nervöser, weil diese Gruppen immer lauter unangenehme Fragen stellen und somit das Interesse der Öffentlichkeit wecken. Eine dieser gegen den Strom schwimmenden Gruppen ist ohne Zweifel die junge Bewegung der »Antikapitalistischen Muslime« in der Türkei. Ihr »Manifest« [3] erhebt »Widerspruch im Namen des vergebenden und barmherzigen Allahs«.

Die »Antikapitalistischen Muslime« sind der Auffassung, dass jeder Prophet zugleich als eine »Widerstandsposition gegen das herrschende System seiner Zeit« zu verstehen sei und begründen damit ihre Betonung auf »Antikapitalismus«. Gleichzeitig erklären sie »alle antikapitalistische Haltungen, ohne Rücksicht auf ihr Glauben oder Glaubenslosigkeit, ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, Sprache oder Ideologie zu natürlichen Bündnispartnern« mit denen sie die »gleichen Plattformen und Kämpfe teilen« wollen. [4] Ihren Platz sehen sie daher auf der Seite der »Unterdrückten und Ausgebeuteten«.

Nach ihrer Auffassung muss der Staat frei sein von jeglicher Ideologie, frei von rassi-

schen, nationalen, religiösen oder konfessionellen Bindungen. Das »gemeinsame Gute«, nämlich »das Recht, die Gerechtigkeit, Freiheit und Geschwisterlichkeit« reiche vollkommen aus. Auch im internationalen Recht beziehen sie sich auf die Werte der UN-Charta. Sie erklären, dass sie für eine gerechte, auf gegenseitigen Respekt und Solidarität begründete Weltordnung stehen und jegliche Interventionskriege sowie Kriege um Ressourcen völlig ablehnen. Betonen aber gleichzeitig, dass das »niemals als Hinnahme oder Unterstützung von despotischen Regimen in der islamischen Welt verstanden werden« dürfe.

All das sind Aussagen, die sich auf einer Koraninterpretation begründen, welche jedoch im Westen kaum bekannt ist. Diese Aussagen finden sich nicht nur in der Türkei, sondern auch in Ägypten, im Iran oder in Tunesien. Das Herausstechende an den »Antikapitalistischen Muslimen« ist, dass sie die Religion und die Welt aus einer klaren Klassenperspektive betrachten und das »Paradiesversprechen des Islams« in der realen Welt suchen: »Das Paradies ist eine grenzen- und klassenlose, freie Welt, die im hier und jetzt verwirklicht ist«.

Beeindruckend ist ihre Bereitschaft zu Aufarbeitung der eigenen anatolisch-mesopotamischen Geschichte. In ihrem »Manifest« liest sich das wie folgend: »Die antikapitalistischen Muslime nehmen es nicht hin, (...) dass Menschen wegen ihrer Sprache, ihrer Hautfarbe, ihren Gedanken, ihrem Glauben oder Glaubenslosigkeit Unrecht erfahren und erklären sich auf deren Seite. (...) In diesem Sinne unterstützen die antikapitalistischen Muslime die Forderungen des kurdischen Volkes nach Rechten und Freiheiten.

Sie verurteilen die begangene Grausamkeit an dem armenischen Volk und sehen jedes Genozid und jede Assimilation als Grausamkeit und als ein Verbrechen gegen die Menschheit an«.

Öffentliches Aufsehen erregten die »Antikapitalistischen Muslime« erstmals mit ihren »öffentlichen Fastenbrechen auf dem Schoße der Welt« in 2011. In AKP-Ära wurde das Fastenbrechen in Luxushotels eine Modeerscheinung. Die »Antikapitalistischen Muslime« luden die arme Bevölkerung zu ihren Fastenbrechen vor diesen Luxushotels ein und protestierten so gegen die inszenierte »Fastenbrechen der Herrschenden«. Am 1. Mai 2013 riefen sie die Muslime auf, in den Moscheen für die Rechte der Arbeiter\_innen zu beten und nach dem Gebet an den 1. Mai feiern teilzunehmen. In Istanbul nahmen 1.100 antikapitalistische Muslime an der Kundgebung teil.

Durch ihre Teilnahme an den Protesten für den Erhalt des Gezi-Parks in Istanbul wurden sie im Juni 2013 nun im ganzen Land bekannt und machten insbesondere den Ministerpräsidenten Erdoğan wütend. Erstmals in der Geschichte der Türkei beteiligte sich eine muslimische Organisation gemeinsam mit Linken, Umweltschützer\_innen, Feministinnen und Aktivist\_innen der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Trans\*-Bewegungen an einem regierungskritischen Protest.

Ohne Frage, die »Antikapitalistischen Muslime« sind noch auf der Suche. Noch befinden sie sich in einem Diskussionsprozess, aber ihre antikapitalistische Haltung scheint sich gefestigt zu haben. So sind auf ihrer Internetseite u. a. folgende Aussagen hervorgehoben: »Gebe dem Arbeiter von dem, was du selber



isst, was du selbst anziehst und lebe dort, wo der Arbeiter lebt« [5]; »Nicht die Arbeiter, sondern die Bosse werden [in der Hölle] schmoren«; »Die Akkumulation ist [zerstörerisch] wie Feuer«; »Ihr könnt zwei Herren, dem Gott und dem Geld, nicht gleichzeitig dienen«; »Für die Rechte der armenischen und alewitischen Bürger« oder »Ich erhebe mein Haupt, also bin ich!«.

#### **DIE SOZIALE STIMME DES ISLAMIS: IHSAN ELIAÇIK**

Die »Antikapitalistischen Muslime« lassen sich von dem Theologen und Schriftsteller Recep İhsan Eliaçık inspirieren. Eliaçık, der wegen seiner Mitgliedschaft in der Jugendorganisation der »Milli-Görüş-Bewegung« [6] während des Militärputsch im September 1980 verhaftet und für 1 Jahr im Gefängnis gehalten wurde, hält sich demonstrativ zurück. Er sagt, dass er die jungen Menschen in der Bewegung nicht dominieren wolle und deshalb keine Funktionen übernommen habe. Eliaçık: »Die jungen Menschen müssen ihren Weg selbst finden, mir reicht es, wenn sie sich von meinen Büchern inspirieren lassen«. Ministerpräsident Erdoğan scheint das nicht zu gefallen, er hat Eliaçık zum »Regierungsfeind« erklärt und eine Anklage gegen ihn auf den Weg gebracht. Falls Eliaçık verurteilt werden sollte, was aufgrund der Gleichschaltung der Justizverwaltung wahrscheinlich ist, wird er Erdoğan 50.000,00 Türkische Lira ( ca. 18.300,00 Euro) zahlen müssen. Gegen Eliaçık sind derzeit 30 Verfahren anhängig.

Eliaçıks Thesen begründen sich auf einer Koraninterpretation, die jegliche Überlieferungen außeracht lässt und sich von den gängigen Interpretationen der sunnitischen Rechtsschulen grundsätzlich unterscheidet.

Der Koran sei ein »starrer Text«, der von 14 Jahrhunderten verfasst wurde und von den Muslimen immer nach ihren jeweiligen Kultur- und Verständniscodes interpretiert werde. Islamistische Gruppe wie Al-Qaida oder die Al-Nusra-Front würden den Koran »nach ihren stark totalitären, autoritären, archaischen und gewalttätigen Vorstellungen interpretieren«, ein freiheitlicher Mensch jedoch würde Koran als ein freiheitlicher Text verstehen, so Eliaçık. [7]

Eliaçık, der bisher 20 Bücher – darunter eine kommentierte Koranübersetzung und sein Hauptwerk »Der soziale Islam« - veröffentlicht hat, ist der Auffassung, dass der Koran über eine explizite Klassenperspektive verfüge, in ihrer Verfasstheit dem Sozialismus, gar dem Kommunismus sehr nah stehe. Laut Eliaçık wird in zahlreichen Koranversen auf die Eigentumsfrage und soziale Gerechtigkeit Bezug genommen.

So sei beispielsweise die Aussage, »das Eigentum gehört Allah« als ein Vergesellschaftungsverpflichtung des Eigentums zu verstehen. Eliaçık: »Zu sagen, dass das Eigentum einer nichtsichtbaren Kraft gehört, bedeutet im Grunde genommen, dass die ›Sichtbaren‹ kein Eigentum besitzen sollten bzw. alles der Allgemeinheit gehören sollte«. Außer alles, was der Mensch nötig hat, brauche nicht akkumuliert zu werden.

Eliaçık meint, dass alles Weltliche aus den Koranversen herausgelesen werden kann, so z.B. die Rolle des Staates. Da der Staat für die Konzentration von Autorität, Macht und Geld stehe, müssten diese »drei Götzen der Menschheit« in der Gesellschaft gerecht verteilt werden. Eliaçık: »Alle Aufgaben außer der Koordination muss der Staat der Gesell-

schaft überlassen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir ohne Staat leben können. Aber da dies nicht möglich ist, müssen wir nach der Devise, »die beste Regierung ist diejenige, die am wenigsten regiert« handeln und sollten dem Staat nur das überlassen, was ohne ihn nicht aufrecht zu erhalten wäre. Ansonsten wird der Staat zu einem Mittel der Autorität und Hegemonie«.

Was sich hier wie eine bürgerlich-liberale Forderung anhört ist eher libertär und radikal-demokratisch. Denn Eliaçık plädiert gleichzeitig für eine, die soziale Gerechtigkeit gewährleistende freiheitliche und demokratische Gesellschaftsform, in dessen Zentrum der Mensch und die Natur stehen müssten. In seinem Interview begründet Eliaçık dies wie folgend: »Die soziale Gerechtigkeit wird im Koran besonders hervorgehoben, so z.B. in den Versen 117 und 118 der »Taha-Sure«. Dort steht geschrieben: »Hier ist für euch das Paradies. Hier werdet ihr nicht hungern, nicht nackt bleiben, nicht dürsten, unter der Sonne nicht verbrennen«. Nach dem Koran ist das Paradies die Welt auf der wir leben. Paradies bedeutet »natürliche, von Menschenhand nicht berührte Welt«. Und die Hölle ist eine Welt, die von Menschenhand ruiniert wurde. Schauen wir uns doch das an, was die Menschenhand angefasst hat: wo Blut vergossen wurde, Kriege begonnen werden, der Mensch ausgebeutet und die Natur verschandelt wird, dort ist die Hölle. Ich interpretiere die Paradies-Hölle-Beschreibung im Koran auf diese Weise. »Hier ist für euch das Paradies« wird gesagt. Hier muss niemand verhungern. Die Menschen dürfen nicht hungern, niemand sollte Hunger leiden. Das muss garantiert werden. Wer kann das garantieren? Die Gesellschaft, über die Staatsorga-

nisation! Es muss eine Ordnung herrschen, in der kein Mensch hungert. Dann wird gesagt, »hier werdet ihr nicht nackt bleiben«. Das bedeutet sowohl Kleidung für Sommer und Winter, als auch ein Obdach. Dann heißt es, »ihr werdet nicht dürsten«. Das verstehe ich als die Befriedigung der materiellen und immateriellen Grundbedürfnisse. Niemand sollte nach seinen Bedürfnissen dürsten. Hier sind Bildung und Gesundheit die wichtigsten Bedürfnisse. Jede Person soll ohne Behinderungen Bildung genießen und sollte nicht darüber nachdenken müssen, wo ihre oder seine Gesundheit wieder hergestellt wird. Viertens heißt es, »ihr werdet nicht unter der Sonne verbrennen«. Das bedeutet Sicherheit. Das sind symbolische Begriffe des Korans und beschreiben die soziale Gerechtigkeit. Wo die soziale Gerechtigkeit gewährleistet ist, sei es eine Kommune, ein Dorf, Stadt oder Land – dort ist fast das Paradies laut Koran. Fast, denn übrig bleibt das menschliche Verhalten. Die Menschen sollten wegen ihren Bedürfnissen nicht miteinander kämpfen oder konkurrieren. Jede Person sollte ein Obdach haben und jeden Morgen in der eigener Wohnung aufwachen. Die Grundbedürfnisse der Menschen, wie Nahrung, Wasser, Bildung, Gesundheit oder Strom müssen gewährleistet werden.

In einem anderen Vers steht geschrieben, »Wir haben auf der Erde alle notwendigen Quellen geschaffen, damit die Menschen es untereinander zu gleichen Teilen bekommen sollen«. Oder wo anders steht geschrieben, »Die Waren sollten zwischen euch nicht zu einem Mittel des Staates oder der Unterdrückung werden«. Oder in dem 25. Vers der »Meala-Sure«, »Die Armen haben Rechte auf den Gütern der Reichen«. Auch das: »Wenn

jemand dich befragt, was du aus deinem Eigentum anderen geben willst, dann sage, alles außer das, was ich benötige«. Hier wird z.B. das Steuerlimit beschrieben. Im Koran gibt es eine ganze Menge solcher Verse. All das habe ich in meinem Buch ›Der soziale Islam‹ ausführlich beschrieben und belegt. Hier sehe ich die Wurzeln des sozialen Gedankens«.

Starker Tobak, der von regierungsnahen Kleirikern als Frevel bezeichnet wird. Für sie ist Eliaçık ein »Nestbeschmutzer«. Den Religionseiferern passt es überhaupt nicht in den Kram, dass ein belehrter Gläubiger mit solchen Ansichten von einer Fernsehsendung zum anderen gereicht wird und die offizielle Lesart des Korans offen kritisiert.

Es wäre vermessen in diesem Artikel die religiösen Ansichten von Eliaçık und den »Antikapitalistischen Muslime« theologisch zu bewerten. Darum geht es auch nicht. Es geht vielmehr darum, die Überschneidungspunkte und Gemeinsamkeiten zwischen den »Antikapitalistischen Muslimen« und linken, sozialistischen Grundvorstellungen hervorzuheben. Mit der Bewegung der »Antikapitalistischen Muslime« entsteht für die Oppositionskräfte in der Türkei, allen voran für die kurdische Bewegung und Sozialist\_innen, ein neuer Bündnispartner, der die Sprache der türkischen Mehrheitsgesellschaft spricht und das Potential hat, als eine Brücke zwischen der religiös-konservativen Mehrheit und Linken zu fungieren.

Den »Praxistest« haben die »Antikapitalistischen Muslime« während des Juni-Aufstandes [8] mit Bravour bestanden. Ihre Aktivist\_innen haben an den 19 Tagen der Okkupation des Gezi-Parks aktiv mitgewirkt

und die Regierungslegende von den »gottlosen Marodierenden« binnen Tage als Lüge entlarvt. Ministerpräsident Erdoğan sprach bei jeder Gelegenheit davon, dass »die marodierenden Terroristen unsere kopftuchtragenden Schwestern angreifen« würden. Die Bilder von Muslimen im Freitagsgebet im Gezi-Park, wo sie von Feministinnen, Sozialist\_innen und LGBT\*-Aktivist\_innen vor Polizeigewalt geschützt wurden, haben eine andere Sprache gesprochen.

Dabei blieb es nicht: Als sich der Protest auf die zahlreichen Parkforen verlagerte, waren die »Antikapitalistischen Muslime« dabei. Sie diskutieren und arbeiten mit anderen Initiativen zusammen. Sie sind Teil der von zahlreichen Gruppen getragenen »Taksim-Solidarität« und werden sowohl von feministischen Gruppen als auch von LGBT\*-Initiativen eingeladen. So hat Eliaçık zu Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\*-Menschen eine klare Position: »Ich bin der Auffassung, dass LGBT\*-Individuen mehr Unrecht erfahren als kopftuchtragende Frauen. Sie benötigen unsere Unterstützung«.

Der Einfluss der »Antikapitalistischen Muslime« ist inzwischen auch innerhalb linker Parteien spürbar. Als am 26. Oktober 2013 in Ankara der erste Parteitag der HDP [9] stattfand, war auf dem Parteitagspräsidium neben einem Armenier, einer Feministin, einem Schwulen u.a. auch eine Frau mit Kopftuch vertreten.

Es mag sein, dass die »Antikapitalistischen Muslime« es nicht einfach haben werden, sich gegen die neoliberalen Konvertiten, die den Islam zum Instrument ihrer Herrschaft gemacht haben oder gegen die Macht der un-

terschiedlichen offiziellen Rechtsschulen zu behaupten. Aber selbst wenn sie zahlenmäßig klein bleiben sollten, so wird ihr Widerspruch in der islamischen Welt immer zu hören sein. İhsan Eliaçık sagte, dass die jungen Menschen im Gezi-Park einen wunderbaren Traum von Freiheit geträumt haben. »Das war aber keine Fiktion. (...) So ist es immer: irgendjemand träumt etwas, andere glauben daran und die Welt wird mit diesem Traum neugestaltet«.

Der Juni-Aufstand hat gezeigt, dass eine andere Gesellschaft, eine andere Welt möglich ist. Wir konnten sehen, dass es möglich ist, dass Menschen trotz unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen politischen Positionen gegen die Allmacht der Herrschenden Widerstand leisten können. Die »Antikapitalistischen Muslime« haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Auch wenn es sich vom Munde eines Sozialisten komisch anhören mag: der islamischen Welt und den Muslimen ist zu wünschen, dass sie den Weg zum Koran wieder zurückfinden mögen. Einem Koran, wie sie von Eliaçık und den »Antikapitalistischen Muslimen« verstanden wird. Sollte dies gelingen, wäre es eine wahrhafte Revolution, die das Gesicht der Erde verändern kann.

Ist das nicht ein schöner Traum? ■

[1] Werner Ruf: »Der Islam – Schrecken des Abendlandes«, PapyRossa Verlag Köln, 2012, ISBN 978-3-89438-484-5.

[2] Armin Laschet: »Winter statt Frühling für Syriens Christen«, in: FAZ vom 21. März 2013.

[3] <http://www.antikapitalistmuslumanlar.org>

[4] Siehe: ebenda.

[5] Im Türkischen gibt es keine Artikel, die Übersetzung ist wortwörtlich.

[6] »Milli Görüş«, also die »Nationale Sicht« war die Programmatik der von Necmettin Erbakan geführten islamistischen Parteien. Erbakan war mehrmals an Regierungen beteiligt und wurde 1996 für zwei Jahre Ministerpräsident, bevor er von Militärs vom Amt verdrängt wurde.

[7] Alle Zitate von Eliaçık in diesem Artikel stammen aus einem Interview mit der Zeitschrift LuXemburg der Rosa Luxemburg Stiftung. Das Interview wird in einer der nächsten Ausgaben veröffentlicht.

[8] Siehe: Murat Çakır, »Der Juni-Aufstand in der Türkei«, <http://murat-cakir.blogspot.de/2013/10/der-juni-aufstand-in-der-turkei.html>

[9] HDP: Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi) ist aus dem Demokratischen Kongress der Völker (HDK) hervorgegangen und ist eine Bündnispartei, in der die kurdische Bewegung, zahlreiche linke und sozialistische Gruppen, unterschiedliche Initiativen von LGBT\*-Gruppen, Feministinnen, Umweltschützer\_innen, Wissenschaftler\_innen u.a. vertreten sind. Derzeit ist die HDP mit 4 Abgeordneten, die bei den letzten Wahlen als unabhängige Kandidat\_innen gewählt worden sind, im türkischen Parlament vertreten – darunter auch der prominente Filmemacher Sırrı Süreyya Önder. Am 26. Oktober 2013 wurden Sebahat Tuncel und der ehem. Studentenführer Ertuğrul Kürkçü zu Co-Vorsitzenden gewählt. Inzwischen hat die kurdische Bewegung erklärt, dass sie bei den nächsten Parlamentswahlen die HDP unterstützen werden. Bei den Kommunalwahlen in 2014 wird in den kurdischen Gebieten die BDP (Partei de Friedens und der Demokratie) und im Westen die HDP antreten.

# ERDOĞANS MENETEKEL

JANUAR 2014

Auf dem Höhepunkt seiner Macht sind es keine geringeren als seine Nächsten, die Erdoğan den Dolch in den Rücken treiben. Ein Korruptionsskandal, der sich zu einer Staatskrise entwickelt hat, offenbart das Ende des vom Westen präferierten »türkischen Modells«.

Auch den letzten Optimisten im Westen dürfte es seit Ägypten klar sein, dass der politische Islam nur bedingt mit der bürgerlichen Demokratie kompatibel ist und in der »Region der Instabilitäten« (G. Schröder) kein Stabilitätsanker mehr sein kann. Nach 11 Jahren AKP-Regierung ist nun der endgültige Beweis dafür erbracht.

Die aktuelle Entwicklung in der Türkei ist für Außenstehende kaum zu durchschauen – selbst Insider mutmaßen über die Hintergründe. Feststeht aber, dass die Ehe der neoliberalen Islamisten schwer zerrüttet ist und auseinanderzubrechen droht. Das hat sowohl innen- als auch außenpolitische Gründe und seit 2011 ist zu verfolgen, wie sich das Blatt gewendet hat.

Korruption und Selbstbereicherung von politisch Verantwortlichen hat in der Türkei eine

lange Tradition. In der AKP-Ära hat das aber ungeheure Maße angenommen. Erdoğan zentralisierte kommunale Aufgaben in Ankara und konnte so den Bausektor unter seine Kontrolle bringen. Wenn man bedenkt, dass zwischen 2002 und 2012 die Bauwirtschaft durchschnittlich rund 5,5 Prozent des BIPs ausmacht und eines der Stützpfeiler des türkischen Wirtschaftswachstums sowie des Akkumulationsregimes ist, wird die Macht Erdogans deutlich.

Doch Erdoğan kann nur Bürgermeister und will die absolute Macht. Er verwechselt die parlamentarische Demokratie mit der Diktatur der Mehrheit. Willkürjustiz, Feindstrafrecht, Aufhebung der Gewaltenteilung, Islamisierung des Alltags und Bevormundung der Gesellschaft prägen seine Regierungszeit. Der »Juni-Aufstand« in 2013 offenbarte den gesellschaftlichen Unmut und beschädigte Erdogans Gewinner-Image nachhaltig. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille.

Schwerwiegender sind die Folgen der auf Regionalimperialismus ausgerichteten Außenpolitik. Trotz Unterstützung des Wes-

tens konnte Erdoğan nicht verhindern, dass sämtliche außenpolitische Ziele in Trümmern liegen. Obwohl die Türkei islamistische Terrorbanden in Syrien unterstützt und das Völkerrecht verletzt, konnte sie weder die kurdische Autonomie verhindern, noch das Assad-Regime verdrängen. Mehr noch: durch die Annäherung der USA und Iran steht die »schiitische Achse« stärker als denn je.

Erdoğan hat das Vertrauen der arabischen Welt verloren. US-Zeitungen hinterfragen schon die »berühmte geopolitische Rolle der Türkei«. Hinzukommen wirtschaftliche Probleme und die Verteuerung des US-Dollars. In den letzten Monaten hat die türkische Lira mehr als 10 Prozent an Wert verloren. Für ein Land, das jährlich über 60 Milliarden US-Dollar für Energielieferungen ausgibt, hat das fatale Folgen. Der Rückfluss des ausländischen Kapitals – die Geldpolitik der FED hat auch seine Auswirkungen – erhöht den Druck, dessen Ausgang ungewiss ist.

Erdoğan wettet gegen Kapitalfraktionen, die ihm die Unterstützung versagen. Für die USA ist Erdoğan kein verlässlicher Partner mehr. Er kann sich jedoch weiterhin auf eine große Wählerschaft stützen. Die Angriffe aus den eigenen Reihen zielen offensichtlich auf die Domestizierung der AKP. Die Angreifer aus der Gülen-Bewegung sind aber auch kein Hort von Demokraten. Sie haben den Justiz- und Polizeiapparat unter ihrer Kontrolle und ihnen geht es nicht um die Demokratie, sondern um den Ausbau ihrer Macht und um die Verdrängung von Erdoğan.

Noch steht nicht fest, wie dieser Machtkampf enden wird. Die Kommunalwahlen im März werden die Richtung vorgeben. Im August

soll dann der Staatspräsident gewählt werden. Ob es dazu kommt, ist offen. Möglich ist, dass Erdoğan durch vorgezogene Parlamentswahlen ein Befreiungsschlag versuchen könnte. Möglich ist aber auch, dass er von seinem Amtssitz in Handschellen abgeführt wird, was angesichts des Ausmaßes der Korruptionen keine Überraschung wäre.

Das einzige, was Erdoğan retten könnte, wäre eine breite Demokratisierung und die friedliche Lösung des kurdischen Problems. Doch dafür ist Erdoğan weder politisch noch intellektuell in der Lage. »Mene mene tekel u-parsin« würde der Weise Daniel sagen. ■

# ARBEITSSCHUTZ UNTER ERDOGAN PER GESETZ ABGESCHAFFT

MAI 2014

Die Trauer der Hinterbliebenen ist unermesslich, die Wut über die Regierung wächst, denn diese Bergwerkskatastrophe ist nicht zuletzt ein Produkt der Türkei als Labor des Neoliberalismus.

Die Katastrophe von Soma hat der Weltöffentlichkeit die elendige Realität der türkischen Arbeitswelt auf fatale Weise vor Augen geführt. Das Grubenunglück ist, auch wenn es durch einen explodierenden Trafo ausgelöst wurde, ein Ergebnis des neoliberalen Umbaus der Türkei, welcher seit 2002 von der Regierung mit aller Wucht fortgeführt wird. Die Türkei ist nicht mehr »nur« ein Labor des Neoliberalismus, sondern ein Land der Privatisierungen, Liberalisierungen und Deregulierungen par excellence.

Als die heute regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) 2002 die Regierung übernahm, hob sie als eine ihrer ersten wirtschaftlichen Maßnahmen die sogenannten Arbeitsschutzgesetze auf. Mit dem neuen Arbeitsgesetz Nr. 4857 vom 22. Mai 2003 wurden der Arbeitsmarkt flexibilisiert, die Rechte der Beschäftigten auf ein

Minimum reduziert, eine Beschäftigung »auf Abruf« eingeführt, befristete Arbeitsverhältnisse und der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet. Fortan konnten die Arbeitgeber ihre Beschäftigten untereinander so oft verleihen, wie sie es für notwendig hielten. Das war übrigens der Startschuss für das heute in der Türkei ausufernde Subunternehmertum.

Die Subunternehmen wurden in nahezu allen Bereichen eingesetzt – auch im öffentlichen Dienst. Die Zahlen der türkischen Statistikbehörde (TUIK) sprechen für sich: Während rund 16,7 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und nur knapp 700 000 Beschäftigte nach einem – wie auch immer gearteten – Tarif bezahlt werden, arbeiten rund elf Millionen Menschen im informellen Sektor ohne Absicherung.

Durch die Privatisierungen, die übrigens schon 1980 unter der damaligen Militärjunta begannen, wurden vor allem die Bergwerke zu Todesfallen für die Arbeiter. Laut TUIK kamen zwischen 2002 und 2012 rund 10 600 Beschäftigte bei Arbeitsunfällen ums

Leben. Alleine in den ersten vier Monaten dieses Jahres starben 396 Beschäftigte – darunter 23 Arbeiterinnen. Gewerkschaften und zahlreiche Initiativen bemängeln seit Jahren die völlige Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen und des Arbeitsschutzes. Seit 19 Jahren verweigern die türkischen Regierungen zum Beispiel internationalen Verträgen zum Schutz in den Bergwerken ihre Unterschrift.

Nach dem Verfassungsreferendum von 2010 konzentrierte die AKP-Regierung, nachdem sie die Verwaltungsgerichtsbarkeit ausgehöhlt hat, sämtliche Entscheidungen über Lizenzvergabe und Bergwerkskontrollen bei einer bestimmten Abteilung des Ministeriums für Naturressourcen und Energie. Die Folge war, dass die Kontrollen über Sicherheitsbestimmungen in den Bergwerken vernachlässigt wurden und – wie von verschiedenen türkischen Zeitungen berichtet wird – die Kohle fördernden Unternehmen mit Gefälligkeitsberichten versorgt wurden.

Zudem ermöglichte die Regierung den Einsatz von zahlreichen Subunternehmen, deren Beschäftigungspraxis undurchsichtig war. Dieser Missstand ist übrigens einer der Gründe, warum die genaue Zahl der eingeschlossenen Kumpel in der Unglückszeche Soma nicht genannt werden kann.

Eine wesentliche Begründung für die Privatisierung der Kohleförderung war, dass die privaten Firmen Kostensenkungen besser umsetzen können. In Soma wurden jährlich 2,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert. Der zuständige Minister und der Firmenchef strahlten, als sie bekanntgaben, dass jetzt »eine Tonne Kohle anstatt 135 Dollar nur noch 24 Dollar kostet«. Den eigentlichen Preis be-

zahlten die Bergleute mit ihrer Gesundheit oder gar wie jetzt mit ihrem Leben. Für den Ministerpräsidenten ist das »ein Risiko des Berufes«. Eine zynische Feststellung. Was die Angehörigen der Opfer davon halten, haben sie ihm ins Gesicht geschrien: »Mörder Erdogan!« Das ist wohl dem Schmerz geschuldet. Wahr ist, dass Erdogan mit seiner Politik eine Hauptverantwortung für diese Grubenkatastrophe trägt.

Erdogan hatte nichts Besseres zu tun, als die Opfer zu verhöhnen. Am Katastrophenort erklärte er: »Solche Unfälle passieren ständig. Ich schaue zurück in die englische Vergangenheit, wo 1862 in einem Bergwerk 204 Menschen starben.« ■



# DIE UNERTRÄGLICHE HEUCHELEI

## ÜBER DEN BESUCH EINES TÜRKISCHEN DESPOTEN UND DER DOPPELZÜNGIGKEIT DEUTSCHER POLITIK

MAI 2014

Wer's glaubt, wird selig! Als ob in der BRD die »europäischen Werte« nicht längst ausgehöhlt wären und diese in der Türkei je gegolten hätten, bescheinigt Wolfgang Bosbach (CDU) dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, dass »die Türkei sich unter ihm mit Riesenschritten von europäischen Werten« entferne. Aus allen Bundestagsfraktionen sind ähnliche Worte zu hören: Erdoğan scheint in Köln nicht willkommen zu sein.

Die Bundesregierung ist da anderer Auffassung und heißt Erdoğan, »als Ministerpräsident eines Landes, das uns ein wirklich enger und wichtiger Partner ist« herzlich Willkommen. Dennoch scheuen nicht, weder Regierungssprecher Seibert (»wir erwarten ein sensibles, ein verantwortungsvolles Auftreten«), noch der Außenminister Steinmeier (»unsere Demokratie hält es aus, wenn sich Herr Erdoğan an seine Landsleute wendet«) kleinere Seitenhiebe zu verteilen – immerhin sind am 25. Mai Europawahlen und schließlich will das Wahlvolk »Tacheles« hören.

Dieser Wahlkampf und innenpolitische Motivationen sind wohl der Grund für den Er-

doğan-Bashing der Politiker vom neoliberalen Einheitsfront, die den verpesteten Atem der AfD gefährlich nahe an ihrem Rücken spüren. Wahrscheinlich haben gehässige Mäuler doch recht, wenn sie behaupten, dass der eigentliche Erfolg des Rechtspopulismus, was ein Kind des neoliberalen Umbaus ist, nicht an Wahlergebnissen, sondern darin zu messen sei, wie sehr diese Aussagen von der etablierten Politik übernommen werden. In Verbindung mit dem Erdoğan-Besuch in Köln sind alle bürgerlichen Parteien im Wettrennen diese Behauptung zu beweisen.

Dabei wissen sie alle, dass die deutsch-türkischen Beziehungen viel zu wertvoll, gar zu strategisch sind, um sie wegen eines dahergelaufenen türkischen Despoten zu opfern. Natürlich ist es allen Empörten bekannt, dass das NATO-Mitglied Türkei das offizielle Partnerland der diesjährigen Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung ILA 2014, einer der weltweit wichtigsten Rüstungsmessen ist. Wahrscheinlich ist es ihnen auch bekannt, dass die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen bis an die Zeit des Osmanischen Reiches zurückreichen und seit

Paul Rohrbach (1911) die »Unterstützung einer starken Türkei« für das deutsche Kapital und dessen politischen Vertreter eine »strategische Imperative« ist -»egal ob daran Armenier« – oder eben andere Völker – »zugrunde gehen oder nicht« (Reichskanzler Bethmann-Hollweg).

Ein kurzer Blick in die regierungsnahe Presse könnte auch für den letzten Begriffsstutzen sehr informativ sein. So schreibt Gerd Höhler im Handelsblatt folgendes: »(...) Inzwischen beläuft sich das bilaterale Handelsvolumen auf rund 33 Milliarden Euro, womit Deutschland der wichtigste Wirtschaftspartner der Türkei ist. Auch bei den ausländischen Investitionen liegt Deutschland mit rund zwölf Milliarden Dollar seit 1980 an der Spitze. Mitte der 1990'er Jahre gab es etwa 500 Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung in der Türkei. Heute sind es bereits annähernd 6.000. (...) Für viele ist das Land nicht nur wegen seines großen Binnenmarktes und seiner jungen, konsumfreudigen Bevölkerung interessant, sondern auch als strategisch günstig gelegener Produktionsstandort für Exporte nach Nahost, Asien und Afrika.«

Seit dem ersten Wahlsieg der AKP in 2002 wird Erdoğan von den Bundesregierungen nach allen Kräften unterstützt und für die »mutigen Reformschritte« gelobt. Immerhin ist die Türkei eines der Länder, die mit westlicher Hilfe die Privatisierungen, Deregulierungen und Flexibilisierungen am besten umgesetzt und den autoritär-neoliberalen Umbau am weitesten fortgeführt haben. Es war kein geringerer als der ehem. Bundespräsident Wulff, der die Türkei »als Vorbild für die arabische Welt« anpries und es war die Merkel-Regierung, die trotz der massiven

Polizeigewalt während des Juni-Aufstandes in 2013 auf der Eröffnung neuer Kapitel im EU-Heranführungsprozess bestand.

Dass nun der neoliberale Konvertit Erdoğan die deutschen Gemüter erhitzt, ist kein Geheimnis. Sein autoritärer Führungsstil mag ein Grund dafür sein. Auch in Berlin musste man inzwischen eingestehen, dass die islamistisch-nationalistisch-neoliberale AKP mit der bürgerlichen Demokratie nicht kompatibel ist. Es sind aber in erster Linie die regionalimperialistischen Ambitionen der AKP, die in Berlin als ein Risiko für die »Energiesicherheit« und geostrategischen Interessen angesehen werden. Ein polarisierender und zu starker Erdoğan ist für die politische Klasse in Deutschland nicht genehm. Die heuchlerische Kritik an ihm dient dazu, ihn zu züchtigen. Denn für die Interessen des deutschen Kapitals gilt weiterhin: die Türkei ist an der Kandare zu halten – ob mit oder ohne Erdoğan!

Daher bleiben Forderungen mancher Linken in Deutschland an die Bundesregierung (»Deutsche Unterstützung für Erdoğan beenden« etc.) nicht mehr als leere Worthülsen. Die beste Unterstützung für die demokratischen Kräfte und die arbeitende Klasse in der Türkei wäre, wenn gesellschaftliche und politische Linke in Deutschland ihre eigenen Hausaufgaben erledigen und sich nicht an der unerträglichen Heuchelei beteiligen würde. ■

# »KEIN SCHICKSAL, SONDERN MORD MIT ANSAGE!«\*

## ÜBER DAS GRUBENUNGLÜCK VON SOMA UND DIE POLITIK DER ERDOĞAN-REGIERUNG

JUNI 2014

Eigentlich bedarf es keiner Katastrophe um zu beweisen, dass Kohleabbau für Bergbauarbeiter, Anwohner\_innen, Klima und Umwelt äußerst gefährlich ist – insbesondere wenn Grubenbetreiber aus Profitgründen den Arbeitsschutz systematisch vernachlässigen. Das Grubenunglück von Soma, bei dem über 300 Arbeiter ums Leben kamen, hat diese Binsenweisheit auf fatale Weise bestätigt. Aber nicht nur das: Soma offenbarte auch die Auswirkungen des weitgediehenen neoliberalen Umbaus in der Türkei und zum wiederholten Male die der kapitalistischen Profitlogik.

Die Reaktion der AKP-Regierung, die mit aller Macht die kritische Öffentlichkeit und Anwälte aus dem Unglücksort auszusperrten versuchte, dient vor allem der Verhinderung einer Ursachenbestimmung. Selbst eine nur sachlich-technische Untersuchung würde offenlegen, was Gewerkschaften und oppositionelle Kräfte seit Jahren behaupten: dass für die systematische Vernachlässigung von Arbeitsschutz und Sicherheitsstandards das Profitstreben der Grubenbetreiber ebenso verantwortlich ist, wie die bewusste Verhin-

derung wirksamer Kontrollmechanismen durch politische Verantwortliche. Insofern hat einer der geretteten Kumpeln recht, als er in einem Interview feststellte, dass das Grubenunglück »kein Schicksal, sondern Mord mit Ansage« war.

So war es auch kein Zufall, dass der Ministerpräsident Erdoğan bei seinem Besuch im Unglücksort von Bergbauarbeitern und den Angehörigen der Opfer ausgebuht wurde – gerade in einem Ort, wo seine Partei noch bei den Kommunalwahlen am 30. März 2014 Erfolge gebucht hatte. Völlig irritiert von dem unerwarteten Protest wurden Erdoğan und seine Begleiter handgreiflich: ein Foto seines Beraters, wie er einen protestierenden Arbeiter mit Tritten attackierte, ging um die Welt. Dadurch demonstrierte die Erdoğan-Regierung, dass sie nicht nur gewillt ist, jede Form von Kontrolle und Protest zu unterdrücken, sondern dass sie bereits den Gedanken an jeglicher Kritik gegenüber ihrer autoritären Politik für illegitim hält.

Aber Soma unterstrich auf tragische Weise auch die Dringlichkeit, die Verbindung zwi-

schen der antiautoritären und kapitalismuskritischen Stoßrichtung des sich jährenden Juni-Aufstandes und dem Tod der Bergbauarbeiter auf breiter, solidarischer Basis herzustellen – was vor allem für die linke in der Türkei eine große Herausforderung darstellt.

#### **DIE REALITÄT DER TÜRKISCHEN ARBEITSWELT**

Lange Zeit galt die Türkei als ein erfolgreiches »Labor« des Neoliberalismus – immerhin ist sie, nach Chile, das zweite Land weltweit, in der das neoliberale Programm mit einem Militärputsch (1980) durchgesetzt wurde. Nach 2002, in der AKP-Ära, wurden bürgerliche Medien im Westen ob des »türkischen Wirtschaftswunders« nicht müde, Erdoğan zu loben. Doch hinter dieser Fassade stand ein Land der Privatisierungen, Liberalisierungen und Flexibilisierungen par excellence, dessen hässliche Fratze sich immer wieder in Autoritarismus und ungeheuren Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen offenbarte.

Eine der ersten wirtschaftlichen Maßnahmen der neoliberalen Konvertiten von der AKP war, als sie 2002 an die Macht kamen, die Aufhebung der sog. Arbeitsschutzgesetze. Mit dem Gesetz Nr. 4857 vom 22. Mai 2003 wurden die Rechte der Beschäftigten auf ein Minimum reduziert, Gewerkschaften weiter geschwächt, eine »Beschäftigung auf Abruf« eingeführt, befristete Arbeitsverhältnisse sowie der Niedriglohnsektor massiv ausgeweitet und so der Arbeitsmarkt weitgehend flexibilisiert. Mit der Vereinfachung der Leiharbeit begann das heute in der Türkei ausufernde Subunternehmertum.

Welche Ausmaße das Subunternehmertum inzwischen angenommen hat, zeigen die Daten des Ministeriums für Arbeit und soziale

Sicherheit: demnach werden von insgesamt 33.788 Privatfirmen Subunternehmer eingesetzt. Auch der öffentliche Dienst: 275 Institutionen und öffentliche Unternehmen beschäftigen Subunternehmer. Während 2002 insgesamt 387.000 Beschäftigte von Subunternehmern eingesetzt wurden, wuchs diese Zahl in 2013 auf mehr als 2,5 Millionen.

Das Subunternehmen-System ist für deren Beschäftigte besonders perfide. Es ist ein System, das in einer Kette von Großunternehmen, auf Subunternehmen, davon auf Sub-Subunternehmen, scheinselfständigen Vorarbeitern und letztendlich auf die einfachen Beschäftigten das Risiko und die Lasten der Beschäftigung aufbürdet. Während Großunternehmen oder die öffentlichen Institutionen das Beschäftigungsrisiko in all ihren üblichen Formen den Subunternehmen auflasten, setzt das Subunternehmen auf Akkordarbeit und minimiert so den Anteil der Lohnarbeit an den Produktionskosten. Die Arbeiter\_innen müssen Akkordarbeit und Pauschalbezahlung akzeptieren, da sie ansonsten bei einem weiteren »Auftrag« nicht mehr wieder berücksichtigt würden.

Aber auch die Situation der übrigen Beschäftigten sieht nicht rosig aus. Eine oberflächliche Betrachtung von offiziellen Zahlen der staatlichen Statistikbehörde TÜİK belegt dies: Zwischen den Jahren 2005 und 2013 wuchs die türkische Wirtschaft durchschnittlich um 4,4 Prozent. In gleichem Zeitraum jedoch hatten Beschäftigte in öffentlichen Unternehmen durchschnittlich einen realen Lohnverlust von -0,2 Prozent zu beklagen – im privaten Sektor -0,1 Prozent. Laut TÜİK sind rund 16,3 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, wobei die Zahl derjenigen, die nach einem – wie auch

gearteten – Tarif bezahlt werden, gerade mal 700.000 ausmacht. Die TUIK-Daten weisen daraufhin, dass rund 5 Millionen Menschen nach dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt werden und dieser in den Jahren 2005 bis 2013 durchschnittlich um 2,6 Prozent gewachsen ist. Doch während der gesetzliche Mindestlohn in 2014 bei 297,00 Euro pro Monat lag, meldeten die Gewerkschaften, dass die Armutsgrenze für eine 4-köpfige Familie 2014 bei rund 1.161,00 Euro und die Hungergrenze bei rund 367,00 Euro liege. So viel zum »türkischen Wirtschaftswunder« und zur »Erhöhung« des Pro-Kopf-Einkommens, die von den bürgerlichen Medien in Europa so hoch gelobt werden.

In der AKP-Ära verschärften sich die Ausbeutungsverhältnisse zusätzlich durch die erhöhte Steuerungerechtigkeit. Laut TUIK betrugen die Staatseinnahmen in 2013 rund 367 Milliarden TL (128 Milliarden Euro), was 23,5 Prozent des BSP ausmacht – Übrigens: die AKP erhöhte diesen Anteil von 20 (2003) auf 23,5 Prozent (2013). Neuesten Berechnungen nach beträgt der Privatisierungserlös der letzten Dekade rund 60 Milliarden Dollar.

Doch, was sich als eine relative solide Einnahmesituation anhört, stellt sich beim näheren Hinsehen als eine ungeheure Ungerechtigkeit dar: indirekte Steuern und Gebühren machen rund 70 Prozent der Staatseinnahmen aus. Während der Anteil der Körperschaftssteuern gerade mal 9 Prozent der Staatseinnahmen ausmacht, beträgt der Anteil der Einkommenssteuer rund 21 Prozent, wobei zwei Drittel dieser Steuer von den Lohnabhängigen bezahlt werden. Laut TUIK verfügt 20 Prozent der Bevölkerung auf über 50 Prozent des gesamten erwirtschafteten

Reichtums und bekommt dazu noch Steuererleichterungen sowie Steuergeschenke vom Staat.

### **SOMA: DAS NEUE SYMBOL DES TÜRKISCHEN KAPITALISMUS**

Der Bergbau ist ein besonderes Beispiel dafür, wie die AKP den neoliberalen Umbau vorantrieb und mit Sonderfördermaßnahmen unterschiedliche Kapitalfraktionen an sich bindet. Nehmen wir die Unglücksgrube Eynez in Soma: das staatseigene Betrieb »Türkische Kohleförderung« (TKI) ist Eigentümerin der Grube. Das Privatunternehmen »Soma Kömür Madeni A. Ş.« ist die alleinige Grubenbetreiberin – also quasi ein Subunternehmen. Viele staatseigene Gruben wurden so an Subunternehmen vergeben. Das ist eine besondere Form der Privatisierung ohne Eigentumsüberschreibung, weil die TKI sich vertraglich verpflichtet, jede Tonne der geförderten Kohle zu einem festgelegten Preis zu kaufen.

Die Kohle ist ein wichtiger Bestandteil der türkischen Energiewirtschaft und wird seit der Gründung der Republik vom Staat als »strategisches Gut« angesehen. Laut TUIK wurden 2011 in der Türkei insgesamt 228,4 Milliarden kWh Strom produziert. Der Anteil von Kohle an dieser Produktion lag bei 28,1 Prozent. Gerade in der Kohleproduktion wurde die Privatisierung mit aller Wucht vorangetrieben: während 2002 die staatlichen Investitionen in diesem Sektor bei 82 Prozent und die privaten Investitionen bei 18 Prozent lagen, änderte sich das in 2013 und die staatlichen Investitionen gingen auf 36 Prozent zurück, aber die Privaten erhöhten sich auf 64 Prozent.

Eine wesentliche Begründung für eine derartige Privatisierung der Kohleförderung war

die zu erwarteten Kostensenkungen. Anfang 2014 strahlten der zuständige Minister Taner Yıldız und der Firmeninhaber Alp Gürkan, als sie gemeinsam bekanntgaben, dass nun eine Tonne Kohle aus der Grube in Soma, »anstatt 135,00 Dollar nur noch 24,00 Dollar« koste. Doch trotz dieser »Verbilligung« ist die Kohleförderung für Gürkan besonders profitträchtig. Da die TKI die gesamte Förderung kaufen muss, versucht das Unternehmen viel zu fördern. Dafür werden weitere Subunternehmer und scheinselfständige Vorarbeiter angeheuert, die die Arbeiter unter hohem Förderungsdruck arbeiten lassen. Die Arbeiter haben keine anderen Beschäftigungsalternativen, da die Landwirtschaft, wo sie vorher eine Beschäftigung fanden, in den letzten Jahren völlig aufgelöst wurde. Der Anteil der Beschäftigung in der Landwirtschaft ist von 45 Prozent (2001) auf 21,8 Prozent (2014) zurückgegangen.

In der AKP-Ära wurden die Subventionen für die Landwirtschaft (u. a. verbilligter Diesel für Landmaschinen) aufgehoben und die Bauern dem Marktdruck überlassen. Großeinkäufer drückten die Preise, so dass Bauern nur noch Verlustgeschäfte machten und sich immens verschuldeten. Diese Verschuldung hatte zur Folge, dass viele türkische Bauer zur Schuldentilgung ihre Äcker und weiteres Eigentum verkaufen mussten. Dadurch wurden sie entweder in die Binnenmigration gedrängt oder standen nun als Billigkräfte für den Bergbau zur Verfügung.

Die Arbeiter der Unglücksgrube müssen durchschnittlich 12 oder mehr Stunden arbeiten, um den vorgegebenen Soll zu erfüllen. Dafür erhalten sie zwischen 455,00 Euro (Anfangsgehalt) und 561,00 Euro Lohn. In den Zeitungen wurde nach dem Grubenun-

glück Berichte veröffentlicht, in denen die Arbeiter angaben, dass sie »sogar Steine in die Körbe gelegt hätten«, um ihren Soll zu erfüllen. Dem Unternehmen wäre das »egal gewesen«, weil die TKI jede Tonne ungeprüft bezahlt habe. Da aber die Arbeit in der Grube schwer ist, ist es den Arbeitern nicht möglich, durchgehend einen Monat lang zu arbeiten. Um nicht völlig ausgelaugt zu werden, legen sie mehrere Tage Pausen ein, in denen sie aber andere Tätigkeiten im informellen Sektor verrichten.

Doch damit nicht genug: die AKP-Regierung hat nicht nur die Privatisierung der Bergwerke vorangetrieben, sondern auch die Sicherheitskontrollen der Gruben Privatfirmen überlassen. In Soma z.B. kam heraus, dass der Inhaber derjenigen Firma, welche für die Sicherheitskontrollen zuständig war, mit dem Grubenbetreiber verschwägert war. Landesweit sind solche privaten »Sicherheitsunternehmen« tätig, so dass die Bergwerke zu regelrechten Todesfallen für die Arbeiter wurden: Laut einer Studie, die im Auftrag von »TEPAV – Türkische Stiftung für wirtschaftspolitische Untersuchungen« von Selin Arslanhan und Hüseyin E. Cündioğlu durchgeführt wurde, kamen zwischen 1998 und 2008 insgesamt 2.554 Bergbauarbeiter durch Unfälle und Berufskrankheiten ums Leben. Alleine zwischen 2003 und 2014 starben bei Grubenunfällen 405 Kumpel. Rund 13.000 Arbeiter sind aufgrund solcher Grubenunfälle Erwerbsunfähig geworden.

In der Liste der tödlichen Arbeitsunfälle besetzt die Türkei seit langem den Platz 1 in Europa und ist somit Weltspitze(!). Laut TUIK kamen zwischen 2002 und 2012 rund 10.600 Beschäftigte ums Leben. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres über 700!

Das ist das Ergebnis der völligen Vernachlässigung der Sicherheitsbestimmungen und des Arbeitsschutzes durch die AKP-Regierung. Die AKP hält an der unseligen Tradition ihrer Vorgängerregierungen fest: Seit 19 Jahren verweigern die türkischen Regierungen internationalen Verträgen zum Schutz in den Bergwerken ihre Unterschrift. Demgegenüber wird mit neuen flexiblen Gesetzen, die den Unternehmen völlige Freiheiten einräumen, die Kapitalakkumulation gefördert. Deshalb sprechen viele davon, dass Soma so zu einem lebhaften Symbol des türkischen Kapitalismus geworden ist.

#### **NACH DEM GRUBENUNGLÜCK: ZURÜCK ZUR TAGESORDNUNG?**

Das Grubenunglück in Soma hat zwar überall in der Türkei eine breite Solidarisierungswelle ausgelöst und es fanden zahlreiche Proteste statt. Sogar in den regierungsnahen Medien wurde die kapitalistische Profitlogik angeprangert und die zuständige Gewerkschaft kritisiert. Mit der Unterstützung der Unternehmensführung hatte die Gewerkschaft Maden-İŞ, Mitglied im regierungsnahen Gewerkschaftskonföderation Türk-İŞ, das Tarifaushandlungsrecht erhalten. Einige Tage später musste die Gewerkschaftsleitung in Soma nach Protesten von Opferangehörigen und Gewerkschaftsmitgliedern zurücktreten.

Inzwischen ist Soma nicht mehr im Focus der Öffentlichkeit. Natürlich wurde während den Demonstrationen aus Anlass des Jahrestages des Juni-Aufstandes an die Soma-Arbeiter erinnert, aber die massive Polizeigewalt lies die Aufmerksamkeit auf Soma schwinden. Hier ist auch das größte Problem der gesellschaftlichen und politischen Opposition zu sehen.

Sowohl während des Juni-Aufstandes in 2013, den öffentlichen Diskussionen um den Korruptionsskandal als auch in den zahlreichen Kämpfen danach gelang es der gesellschaftlichen und politischen Opposition nicht, ein politisches Zentrum zu bilden, die als Alternative unterschiedliche Kräfte einen hätte können. Die Kommunalwahlen vom 30. März 2014 haben gezeigt, dass die AKP mit der Polarisierungsrhetorik von Erdoğan ihre Hegemonie innerhalb der armen Bevölkerungsteile ausgebaut hat und weder die Korruptionsvorwürfe, noch das berechtigte Aufbegehren des urbanen Prekariats keinen Einfluss auf die ökonomische Situation der Bevölkerung, somit keinen Einfluss auf die Entscheidung an der Wahlurne hatten.

Die AKP hat es geschafft, zum einen sich als »die« einzige Vertreterin der einfachen Leute darzustellen und zum anderen mit der sog. »sozialen Hilfe«, die nichts mit einer rechtlich verbrieften Sozialstaatlichkeit zu tun hat und eher ein islamisch orientiertes Wohltätigkeitssystem ist, die Armen an sich zu binden. Diesem Bild, in der sich eine »Fahnenträgerin des Neoliberalismus« als Wohltäterin für die unterdrückten Klassen darstellt, hat die zersplitterte Opposition nichts entgegenbringen können.

Dabei offenbarte Soma, dass das ein konstruiertes Bild ist. Für eine geeinte politische Opposition wäre die Offenbarung dieser Illusion eine Steilvorlage gewesen. Ohne Frage: als eine islamistisch-nationalistische Kraft, die ihre Fähigkeit sowohl nationalistisch-konservative türkische als auch konservative kurdische Wähler\_innen anzusprechen wieder unter Beweis gestellt hat, ist die AKP eine starke Gegnerin. Dennoch kann eine politische Alternative, die es schafft, unterschiedliche

### Die Charakterzüge der »Neuen Türkei«

gesellschaftliche Schichten, oppositionelle Gruppen und soziale Bewegungen unter einem gemeinsamen Programm zusammenzubringen, die AKP-Hegemonie brechen. Unabdingbar dafür ist aber die Verbindung der sozialen Frage und der Nationalitätenfrage auf der Grundlage einer Klassenperspektive. Dies ist und bleibt wohl die größte Herausforderung für die linken in der Türkei und in Kurdistan. ■

\*) Veröffentlicht in Marxistischen Blättern



# SIEG, NIEDERLAGE, HOFFNUNG

## WAHLABENDANALYSE DER TÜRKISCHEN STAATSPRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

AUGUST 2014

Nahezu alle Kommentare sind in einem Punkt einig: »Es ist keine Überraschung. Der Favorit hat gewonnen«. In der Tat: Ministerpräsident Erdoğan konnte die Präsidentschaftswahlen mit 51,8 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang für sich entscheiden. Natürlich war es keine gerechte, geschweige denn gleichberechtigte Wahl: Erdoğan hat alle Ressourcen seines Regierungsapparats rigoros ausgenutzt. Die überwiegend gleichgeschalteten bürgerlichen Medien, das Staatsfernsehen und die durch große Spenden aus der Wirtschaft finanzstarke Wahlkampagne taten ihr Bestes für seinen Sieg (Die anderen beiden Kandidaten hatten kaum eine Chance, in den Medien angemessen repräsentiert zu werden. Zudem wurde die Wahlkampagne der linken HDP massiv behindert). Sicher, das Wahlergebnis ist keine Überraschung, doch bei näherer Betrachtung kann man von einem »überragenden Sieg« Erdoğan aber kaum sprechen.

Zwar bestätigen die Zahlen den Sieg Erdoğan, aber daraus sind auch die Risiken für die AKP-Regierung zu lesen. Zuerst die Zahlen: Es war die niedrigste Wahlbeteiligung

seit dem Militärputsch von 1980. Von den 55.701.719 Wähler\_innen blieben 14.760.337 Zuhause. Während bei den Kommunalwahlen im März 2014 rund 89 Prozent Wahlbeteiligung notiert wurde, hat die Hohe Wahlkommission der Türkei (YSK) für den 10. August 2014 eine Wahlbeteiligung von 73,7 Prozent bekanntgegeben. Einigen Kommentatoren zufolge, sind viele enttäuschte CHP-Anhänger\_innen nicht zur Wahl gegangen – Aufgrund persönlicher Beobachtungen in dem Urlaubsort kann ich das bestätigen.

Laut einer ersten nichtamtlichen Bekanntmachung hat die YSK bestätigt, dass Erdoğan mit 51,8 Prozent zum Staatspräsidenten gewählt worden ist. Erdoğan hatte gehofft, dass bei den zum ersten Mal stattfindenden Präsidentschaftswahlen einen überragenden Sieg davon zu tragen, doch er vermochte nicht die absolute Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen gegenüber der Kommunalwahlen entscheidend zu erhöhen. Bei den Kommunalwahlen hatte die AKP rund 20,5 Millionen Stimmen geholt. Erdoğan bekam dagegen rund 20,8 Millionen – also ein Zuwachs von ca. 300.000 Stimmen. Auf der anderen

Seite konnte Ekmelettin M. İhsanoğlu, der konservative Kandidat der großen Oppositionsparteien CHP und MHP sowie einigen Kleinstparteien, mit 38,4 Prozent (rund 15,4 Millionen Stimmen) noch nicht mal das addierte Ergebnis der ihn aufstellenden Parteien von vor 5 Monaten erreichen. Demgegenüber konnte jedoch Selahattin Demirtaş, der Co-Vorsitzende der linken HDP mit 9,8 Prozent (3,9 Millionen Stimmen) das Wahlergebnis seiner Partei bei den Kommunalwahlen um die Hälfte steigern. Von daher wäre es nicht falsch zu behaupten, dass Erdoğan der Sieger, İhsanoğlu der Besiegte, aber Demirtaş der neue Hoffnungsträger geworden sind.

#### **STRUKTURELLE HEGEMONIE**

Die Kandidatenaufstellung und das Wahlergebnis bestätigten die Tatsache, dass eine sunnitisch-konservative Mehrheit über eine strukturelle Hegemonie in der Türkei verfügt. Türkeikenner\_innen ist es bekannt, dass ein großer Teil der Bevölkerung in der Türkei stets nationalistische bzw. konservative Parteien gewählt hat. Derzeit spricht man davon, dass rund 70 Prozent der Bevölkerung nationalistisch-konservative Vorstellungen hat (Der Journalist Can Gürses weist darauf hin, dass zwischen 1983 und 2014 die nationalistisch-konservativen Parteien durchschnittlich 68 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Linksaffine Parteien – damit meint er vor allem die kemalistische CHP – jedoch nur 27,5 Prozent. Siehe: [www.radikal.com.tr](http://www.radikal.com.tr)).

Die Zahlen der Statistikbehörde der Türkei (TUIK) bestätigen, dass die armen Bevölkerungsteile wieder einmal wahlentscheidend waren. Laut TUIK haben von den rund 55

Millionen Wähler\_innen rund 33,5 Millionen einen niedrigen Schulabschluss, wobei die Zahl der Analphabeten als relativ hoch angegeben wird. Rund 75 Prozent der Erdoğan-Wähler\_innen haben einen niedrigen Bildungsstand. Von diesen 33,5 Millionen verfügt nur 28 Prozent, also 9,3 Millionen über einen Internetanschluss. Das ist übrigens auch ein wesentlicher Grund dafür, warum die Korruptionsvorwürfe gegen Erdoğan und gegen die AKP keinen Einfluss auf das Wahlverhalten hatten.

Aber es wäre falsch alle Erdoğan-Wähler\_innen nur als »islamistische Konservative« zu bezeichnen. Natürlich sind darunter sehr viele sunnitisch-nationalistisch-konservativ geprägte Personen, aber auch viele ideologiefremde Pragmatisten. Der gemeinsame Motivationspunkt für alle Erdoğan-Wähler\_innen ist es, dass sie sich als Profiteure des von Erdoğan repräsentierten nationalistisch-sunnitisch-konservativ und neoliberalen Werte- und Regierungssystems fühlen. Zwar sind die wahren Profiteure nur eine kleine Minderheit, vor allem unterschiedliche Kapitalfraktionen, aber die überwiegende Mehrheit fühlt sich durch niedrige Kreditzinsen, den scheinbaren Wirtschaftsaufschwung und mehr Konsummöglichkeiten bessergestellt als in der Vergangenheit. Die Tatsache, dass die Verschuldung der privaten Haushalte von 4,5 Milliarden Dollar (2003) auf über 145 Milliarden Dollar (2013) gestiegen ist und 70 Prozent ihres verfügbaren Einkommens als Zins- und Tilgungszahlungen bei den Banken verbleibt, ändert nichts an dem Gefühl der »Teilhabe«.

Erdoğan's »Stabilitätsrhetorik« und die offen zur Schau gestellten neo-osmanischen Ambitionen der AKP korrespondieren mit den

Sehnsüchten dieser verarmten und hochverschuldeten Bevölkerungskreise, die sich eine größere Teilhabe vom Reichtum des wieder werdenden Imperiums erhoffen. Dieser ökonomisch-pragmatisch handelnder und vom sunnitischen Konservatismus immer mehr beeinflusster Kreis ist der größte Wähler\_innenblock in der Türkei. Die Korruptionsvorwürfe, die von Erdoğan geschickt als »Angriff auf den nationalen Willen« und »Versuche, die neue, starke und große Türkei zu verhindern« deklariert wurden sowie seine bewusste Polarisierungspolitik hatten daher zur Folge, dass sich dieser Block stärker um Erdoğan und die AKP zusammengeschlossen hat.

Der Soziologe Cihan Tuğal (siehe: [www.sindik.org](http://www.sindik.org)) spricht davon, dass alle Wahlen seit dem Verfassungsreferendum von 2010 sich »zu einem Plebiszit, nämlich zu einer stetigen Erneuerung des Treueschwurs gegenüber der AKP-Regierung entwickelt« hätten. Erdoğan und die AKP hätten mit ihrer gesellschaftlichen Polarisierung und sunnitisch-nationalistischen Rhetorik diesen Treueschwur eingefordert und jeden Angriff der Opposition (bzw. den ehemaligen Mitregierenden von der Gülen-Bewegung) für das Zusammenschweißen ihres Wähler\_innenblocks nutzen können.

Die Reaktion der kemalistischen CHP, gemeinsam mit der neofaschistischen MHP und anderen rechten Parteien einen ausgewiesenen Konservativen als Gegenkandidat zu präsentieren, hatte fatale Folgen. Zum einen wurde mit der Kandidatur des politisch unbekanntem ehemaligen Generalsekretärs der Islamischen Konferenz, İhsanoğlu die konfessionelle Regierungspraxis der AKP als alternativlos anerkannt, womit auch die strukturelle Hegemonie des sunnitischen

Konservatismus gestärkt wurde. Die sunnitisch-konservative Mehrheit wählte daraufhin natürlich das »Original« und nicht dessen Karikatur. Zum anderen aber verprellte die CHP damit ihre eigenen modern-laizistischen, vor allem aber Alewitischen Wähler\_innen. Das Ergebnis war, dass ein kleiner Teil von ihnen Demirtaş wählte, aber ein noch größerer Teil den Wahlurnen fern blieb. Hier sollte ordnungshalber noch zugefügt werden, dass laut Umfragen ein großer Teil der MHP-Anhänger\_innen nicht ihren eigenen Kandidaten, sondern den »echteren Nationalisten« Erdoğan gewählt hat.

#### WIE WEITER?

Einer der Regierungssprecher teilte mit, dass Erdoğan noch bevor er das Amt des Staatspräsidenten offiziell übernimmt (und der jetzige Präsident und der mögliche Gegenspieler Erdogans in der AKP Abdullah Gül abdanken kann), den Parteitag einberufen wird und einen neuen Parteivorsitzenden, der gleichzeitig Ministerpräsident sein soll, vorschlagen wird. Den Beobachtern zufolge werden keine größeren Debatten erwartet. Erdoğan will, so steht es fest, einen seinen engen Mitstreitern als Nachfolger wählen lassen, doch will er weiterhin der einzige Entscheidungsträger bleiben. Die heute noch gültige Junta-Verfassung gibt ihm genügend Instrumente an die Hand. So sieht der Artikel 104 der Verfassung vor, dass der »Staatspräsident jederzeit das Kabinett unter seinem Vorsitz zur Sitzung einberufen kann«. Laut Verfassung hat der Staatspräsident weitgehende Wirkungsmöglichkeiten, die in den letzten 12 Jahren wegen Erdoğan kaum benutzt wurden. Erdoğan selbst hat noch am Wahlabend erklärt, dass er kein »Staatspräsident sein wird, der nur zuschaut«. Er fühlt sich für »alles«, was

in der Türkei passiert verantwortlich und will in allen Bereichen sich einmischen.

Dafür jedoch benötigt er einen »Beamten« als Ministerpräsident. Ob die AKP, die immer noch eine Koalition unterschiedlicher Kräfte ist, sich dem beugen wird oder der neue Ministerpräsident »gestalterisch« handeln und somit innerparteiische Konflikte erzeugen wird, ist noch nicht klar auszumachen. Aber insgesamt ist festzustellen, dass die AKP ihren Zenit erreicht hat. Dafür sprechen verschiedene Gründe.

Zum einen ist die wirtschaftliche Situation sehr brüchig. Rund 400 Milliarden Dollar Auslandsschulden, die Energie- und Lebensmittelabhängigkeit vom Import, zurückgehende Produktionskapazitäten und die wieder steigende Inflation (August 2014: ca. 10 Prozent) weisen auf Probleme hin. Die türkische Wirtschaft ist stark von Auslandskapital abhängig, die derzeit stagnieren. Inzwischen steht die Türkei in der CDS-Risikoprämienliste (Credit Default Swap) nach Russland, Portugal und Südafrika auf vierter Stelle. Das EU-Mitglied Portugal sowie die BRICS-Staaten Russland und Südafrika haben bessere Möglichkeiten als die Türkei, sich zu konsolidieren, aber eine weitere globale Finanzkrise könnte die türkische Wirtschaft in den Abgrund bringen.

Auch die geopolitische Lage der Türkei ist nicht rosig. Die sog. »Null-Probleme-Politik« der AKP wurde zu einem »Full-Problem-Situation« mit den Nachbarstaaten. Die Unterstützung der islamistischen Terrorgruppen in Syrien und dem Irak, das nichteingelöste Friedensversprechen in der kurdischen Frage sowie die Gefahr eines Interventionskrieges sind akute Probleme der türkischen Politik,

welches in der Region immer weniger ernst genommen wird. Wenn in dieser Situation ein Teil des ausländischen Kapitals aufgrund von ernster werdenden Risiken abgezogen wird, die Inflation steigt, Devisenkurse sich ungünstig entwickeln und die AKP-Wohltätigkeit nicht mehr zu finanzieren ist, werden in der AKP-Hegemonie größere Risse deutlich.

Zum anderen ist mit der Kandidatur von Demirtaş und seinen Wahlergebnis eine Chance für den Aufbau einer starken und wählbaren Alternative deutlich geworden. 2015 werden die Parlamentswahlen stattfinden. Wenn die HDP, gemeinsam mit anderen linken Parteien und Teilen der laizistischen Kreisen es schaffen könnte, einen klassenbezogenen Strang zu den verarmten und hochverschuldeten Bevölkerungsteile herzustellen, wäre eine Regierungsbeteiligung durchaus möglich. Die gleichzeitige Stärkung der gesellschaftlichen Opposition, der Proteste und Kämpfe um das Öffentliche könnten eine Wende schaffen. Aber dafür muss die HDP und vor allem die kurdische Bewegung die soziale Komponente ihrer Politik deutlich machen und über neue Bündnisse nachdenken.

Bis dahin jedoch wird Erdoğan alles tun, um seine Macht und die AKP-Regierung zu stärken. Das bedeutet, dass die autoritäre »Demokratie« türkischer Art weiter fortgeführt und die neoliberale Wirtschaftspolitik stärker umgesetzt wird. Der Alltag in der Türkei wird noch mehr islamisiert, undemokratische Gesetzgebung weiter fortgeführt, autoritäre Strukturen werden noch mehr gefestigt. Dennoch; für Hoffnungslosigkeit gibt es kein Grund. ■

# DES SULTANS SCHEINDEMOKRATIE

## DIE TÜRKEI NACH DEN STAATSPRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN – POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

SEPTEMBER 2014

Am 10. August 2014 fanden in der Türkei die ersten Staatspräsidentenwahlen in der Geschichte der Republik statt. Bis dahin wurden alle Staatspräsidenten vom Parlament gewählt. Recep Tayyip Erdoğan konnte nach fast 12-jähriger Amtszeit als Ministerpräsident diese Wahlen mit 51,8 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang für sich entscheiden. Das war keine Überraschung, aber – wenn man die enormen Möglichkeiten des Regierungsapparates, die Unterstützung der gleichgeschalteten bürgerlichen Medien sowie den mit großen Spenden aus der Wirtschaft finanzierte Wahlkampagne bedenkt – auch kein »überragender Sieg«.

Dennoch, Erdoğan ist an seinem Ziel angekommen: Er ist Staatspräsident und hat in seinem Nachfolger, dem ehemaligen Außenminister und heutigen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu einen loyalen Statthalter gefunden. Dem Anschein nach folgt ihm seine AKP (Partei der Gerechtigkeit und der Entwicklung), doch erste Risse sind bemerkbar und in Zusammenhang mit den Parlamentswahlen in 2015 sind parteiinterne Konflikte nicht auszuschließen.

Zwar konnte Erdoğan seinen Widersacher in der AKP, Abdullah Gül mit dem vorgezogenen Parteitag aus dem Rennen werfen, da Gül noch amtierender Staatspräsident war und deshalb nicht als Parteivorsitzender kandidieren durfte. Aber inzwischen wird erwartet, dass Gül Anspruch auf die Führung erhebt und 2015 als Parteivorsitzender für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren will – ob jedoch dies in der AKP oder in einem noch zugründenden neuen konservativen Partei sein wird, steht offen. Feststeht aber, dass für Erdoğan das »Problem Gül« noch nicht ausgestanden ist.

Das Gül-Lager formiert sich. Gül rechnet wohl damit, dass er gegen Davutoğlu, dem Erdoğan's charismatische Führungsqualitäten gänzlich fehlen, bei einer Gegenkandidatur gute Chancen hätte. In diesem Fall wäre der Richtungskampf in der AKP unausweichlich. Erdoğan und Davutoğlu stehen für eine (sunnitische) konfessionell-konservative Politik, die zum einen durch Neo-Osmanismus geprägte regionalimperialistische Ambitionen hegt und zum anderen mit Hilfe des autoritären Konservatismus eine neoli-

berale Wirtschaftspolitik durchzusetzen versucht. Gül und ihn unterstützende Kreise, solche wie die Bewegung des Predigers Fetullah Gülen wiederum, stehen weiterhin für einen »gemäßigten«, scheinbar liberalen Islam neoliberaler Prägung, welcher zeitweise als »Modell« für die gesamte arabische Welt angepriesen wurde. Dieses Modell sollte als Beispiel dafür dienen, wie der muslimische Konservatismus mit der kapitalistischen Moderne im Einklang gebracht und damit ein wirtschaftlicher Aufschwung samt Gewährung von bürgerlichen Freiheiten erreicht werden kann. Doch mit der zunehmenden Islamisierung des alltäglichen Lebens in der Türkei und spätestens nach der Machtübernahme der Muslimbrüder in Ägypten war klar: der sunnitisch-konservative politische Islam ist mit der bürgerlichen Demokratie nicht kompatibel. Daher war die Entmachtung der Muslimbrüder in Ägypten auch nur eine Frage der Zeit.

Saudi Arabien und die Golfkooperationsstaaten haben dabei eine gewichtige Rolle gespielt. Insbesondere für Saudi Arabien stellen die Muslimbrüder eine Gefahr für die innere »Stabilität« und die eigenen Machtverhältnisse dar. Aufgeschreckt von den Umwälzungen in der arabischen Welt nach 2011 und im Bemühen, die »schiitische Achse« zu brechen, um den Einfluss Irans zurückzudrängen, wurde die Annäherung an Israel gesucht und der scheinbar säkulare ägyptische Putschisten-General Sisi unterstützt. Die Förderung salafistischer Terrorbanden in der islamischen Welt wurde verstärkt. Inzwischen ist sogar in den bürgerlichen Medien des Westens zu lesen, dass Saudi Arabien, die Türkei und die Golf-Despoten in Syrien und im Irak die Terrorbanden des sog. »Is-

lamischen Staates« (IS) tatkräftig unterstützen.

Erdoğan und Davutoğlu haben sich sehr früh neben Saudi Arabien, Katar und den anderen Golf-Despoten positioniert. Die Türkei wurde binnen weniger Monate zum Logistikzentrum der IS-Terroristen, aus der sie militärische, finanzielle und personelle Ressourcen nach Syrien und in den Irak einschleusen können. Das Ergebnis war, dass die als »strategische Tiefe« (Davutoğlu) beschriebenen und als »Null-Probleme-Politik mit den Nachbarstaaten« bezeichneten außenpolitischen Ziele nun in Trümmern liegen. Erschwerend hinzu kommt die, durch die »pazifische Orientierung« der USA verursachten Bündnisveränderungen in der Region (us-iranische Annäherung, mögliche Einbeziehung Assads in den Kampf gegen die IS, kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen im Nordirak, kurdische Autonomieversuche in Nordsyrien, Neuformierung der irakischen Zentralregierung, schiitisch-sunnitische Zweckbündnisse gegen die IS usw.). Heute wird die Türkei von bürgerlichen Medien des Westens als »das schwächste Glied in der Kette« bezeichnet. [1] Davutoğlu lehnte eine Beteiligung in der US-geführten »Koalition der Willigen« gegen die IS ab und gerät zunehmend ins Bedrängnis.

Gül dagegen wartet ab. Er weiß, dass Davutoğlu sich außen- wie innenpolitisch auf einem sehr glatten Terrain bewegt und den Herausforderungen nicht gewachsen ist. Die Tatsache, dass die neue AKP-Regierung die Zerschlagung der Gülen-Bewegung als »neuen Unabhängigkeitskrieg« bezeichnet und zur obersten Priorität erklärt hat, zeigt, dass Erdoğan und Davutoğlu Gül durchaus Chancen einräumen. Noch sitzen Erdoğan

und Davutoğlu fest im Sattel, doch schon die nächsten Monate werden beweisen, wie trügerisch das sein kann.

#### **IN DER WIRTSCHAFT LÄUTEN DIE ALARMGLOCKEN**

Ein kurzer Blick in die Wirtschaft bestätigt dies. Selbst regierungsnahe Medien problematisieren die Schuldenentwicklung. So gesehen bricht die Türkei alle ihre eigenen Rekorde: innerhalb der letzten Dekade hat sich die Verschuldung der öffentlichen Haushalte von 49 auf 111 Milliarden Dollar erhöht. Das Handelsbilanzdefizit betrug nach Angaben der türkischen Zentralbank im Juni rund 8 Prozent des BIPs.

Für die Bevölkerung hat aber die Verschuldung der privaten Haushalte fatale Folgen: in der letzten Dekade hat sich deren Verschuldung auf 151,6 Milliarden Dollar erhöht (2003: 4,5 Milliarden Dollar). Im März 2014 wiesen türkische Medien daraufhin, dass sich die Konsumentenkredite auf 113,4 Milliarden Dollar und die Kreditkartenschulden auf 38,2 Milliarden Dollar erhöht hätten. [2] Sie berichteten zudem, dass rund 3 Millionen Personen, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können, auf die »schwarze Listen« der Banken aufgenommen wurden. Mit denjenigen, die in den sog. »grauen Listen« geführt werden, wären (incl. der Familienangehörigen) rund 30 Millionen Menschen von der Überschuldung betroffen. [3]

Die Bauwirtschaft – in der AKP-Ära mit durchschnittlich 5 Prozent des BIPs zum Flaggschiff der türkischen Wirtschaft aufgestiegen [4] – ist inzwischen auch ins Bedrängnis geraten. Der türkische Ökonom Mustafa Sönmez stellt fest, dass in den ersten 7 Monaten des Jahres 2014 der fremdfinanzierte Wohnungsverkauf um 48 Prozent und die

PKW-Verkäufe um rund 30 Prozent zurückgegangen sind. [5]

Diese Tatsachen, die immense Auslandsverschuldung, die Energie- und Lebensmittellabhängigkeit vom Import (die Türkei zahlt jedes Jahr über 60 Milliarden Dollar für Energielieferungen), zurückgehende Produktionskapazitäten und die steigende Inflation (August 2014: ca. 10 Prozent) zeigen die Brüchigkeit der wirtschaftlichen Situation. Die türkische Wirtschaft, insbesondere die Exportwirtschaft, ist stark vom Auslandskapital abhängig, die derzeit stagniert. Inzwischen steht die Türkei in der CDS-Risikoprämienliste (Credit Default Swap) auf vierter Stelle. Wenn man bedenkt, dass die internationalen Finanzmärkte derzeit massiv auf den Dollar setzen und auf mögliche Zinsschritte der US-Notenbank spekulieren, dann wird es deutlich, dass der Dollar-Runden Abzugstrend des ausländischen Kapitals aus der Türkei erhöhen wird und damit zusätzliche massive Probleme für die türkische Wirtschaft entstehen werden.

Erdoğan's Druck auf die türkische Zentralbank zur Senkung der Leitzinsen wird von den internationalen Finanzjongleuren argwöhnisch beobachtet. Erdoğan und die AKP-Regierung haben jetzt wieder den Druck auf den Zentralbankchef Erdem Başçı erhöht. Doch Başçı beugte sich nicht und erklärte am 10. September 2014, dass »eine Zinssenkung aufgrund der aktuellen Inflation ausgeschlossen« sei. [6] Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Wachstumsprognosen von 4,7 Prozent korrigiert werden müssen und das reale Wachstum nur 2,1 Prozent beträgt.

### DER »GEIST VON GEZI« IST NOCH LEBENDIG

Diese wirtschaftliche Entwicklung ist eines der wesentlichen Gründe, weshalb in verschiedenen Regionen wieder Unmut bemerkbar wird. Zwar hat der Juni-Aufstand um den Gezi Park in Istanbul vom letzten Jahr nicht vermocht, fokussiert auf die soziale Frage »entlang der Klassenlinien in den Block der »schwarzen Türken« eine Bresche zu schlagen«, [7] doch der Schock der Protesttage sitzt Erdoğan und seinen Mannen heute noch tief in den Knochen. Trotz massiver Polizeigewalt und mehreren Toten konnte die AKP den Protest nicht ganz verstummen lassen. Auch wenn die unorganisierten Massen der Proteste aufgrund der Ergebnisse der Kommunal- und Staatspräsidentenwahlen gewisse Resignationstendenzen zeigen, ist das Protestpotential weiter vorhanden.

In den letzten Wochen gingen wieder Menschen auf die Straßen – so z.B. wegen dem Tod von 10 Bauarbeitern am 8. September 2014. Auf einer Hochhausbaustelle, in denen Luxusresidenzen für mehrere Millionen Dollar verkauft wurden, waren die Arbeiter bei einem Aufzugunfall ums Leben gekommen. Es stellte sich heraus, dass der Bauträger die Sicherheit vernachlässigt hatte. Aziz Torun, Chef der Bauholding und ehemaliger Schulkamerad von Erdoğan wird seit mehreren Jahren mit solchen tödlichen Arbeitsunfällen in Verbindung gebracht. Torun ist einer der vielen Baulöwen, die in der AKP-Ära große Profite eingefahren und Erdoğan finanziell unterstützt haben. Dieser »Arbeitsunfall« ist symptomatisch für die unsäglichen Zustände in der türkischen Arbeitswelt, weshalb Oppositionelle diese Unfälle als »Mord mit Ansage« bezeichnen.

Zu Recht, wie die Zahlen es beweisen: In der Liste der tödlichen Arbeitsunfälle besetzt die Türkei seit langem den 1. Platz in Europa und ist somit Weltspitze. Laut der türkischen Statistikbehörde TUIK kamen zwischen 2002 und 2012 rund 10.600 Beschäftigte bei »Arbeitsunfällen« ums Leben. [8] Alleine im August 2014 starben 158 Arbeiter, 10 davon waren Kinder. Somit hat sich die Zahl der tödlichen »Arbeitsunfällen« in 2014 auf 1.270 erhöht. Das ist die Bilanz der AKP als Fahnenträgerin des ungehemmten Neoliberalismus.

Trotzdem kann von einer breiten gesellschaftlichen Protestbewegung nicht gesprochen werden. Ohne Frage, der »Geist von Gezi« ist noch lebendig und das Wahlergebnis des Co-Vorsitzenden der HDP (Demokratische Partei der Völker) Selahattin Demirtaş bei den Staatspräsidentenwahlen mit 9,8 Prozent (3,9 Millionen Stimmen) zeigt, dass die HDP, als vereinigte Partei der kurdischen Bewegung und verschiedenen sozialistischen Parteien durchaus in der Lage ist, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Für die Parlamentswahlen in 2015 macht das, Hoffnung. Aber um den Aufbau einer starken Wahlalternative, welche z.B. die rund 14 Millionen Wahlverweigerer gewinnen könnte, vorantreiben zu können, müssten die HDP, aber auch die kurdische Bewegung die soziale Frage in den Mittelpunkt ihrer politischen Aktivitäten bringen; durch eine stärkere Verbindung der außerparlamentarischen Kämpfe mit der parlamentarischen Tätigkeit als deren Interessenvertretung sichtbar werden und die Herausforderung meistern, einerseits laizistisch-moderne urbane Schichten anzu-



sprechen und andererseits einen klassenbezogenen Strang zu den – noch die AKP wählenden – verarmten und hochverschuldeten religiös-konservativen Massen herstellen, um so neue Bündnisse zu schmieden. Sicherlich ist das eine Herkulesaufgabe, für dessen Bewältigung jedoch aufgrund der verschärften Klassenwidersprüche, der anhaltenden Mehrfachkrisensituation (ökonomisch, ökologisch, gesellschaftlich sowie friedenspolitisch) und der geopolitischen Großwetterlage sich reale Chancen ergeben haben.

### STRUKTURELLE HEGEMONIE

Das größte Hindernis vor der Nutzung dieser Chancen stellt immer noch die strukturelle Hegemonie des sunnitischen Konservatismus dar. Seit der Gründung der Republik in 1923 ist die Mehrheitsbevölkerung der Türkei – unabhängig von den ethnischen Abstammungen – sunnitisch-konservativ eingestellt. Die von den kemalistischen Eliten von oben oktroyierte türkische Moderne war von der Mehrheitsbevölkerung nie verinnerlicht worden. Der Laizismus á la turc wurde als paternalistische Bevormundung des Staates verstanden und die bürgerliche Rechtsprechung bekam nie ihr Vertrauen. Die Tatsache, dass heute noch neben dem bürgerlichen Recht gleichzeitig, zwar inoffiziell, aber gesellschaftlich akzeptiert, das sunnitische Rechtsverständnis existiert und die meisten Morde vor den Gerichtsgebäuden – meist nach der Urteilsverkündung – begangen werden, bestätigt das eindrucksvoll. Die staatliche Willkürjustiz, das heute noch angewandte Feindstrafrecht aus den Tagen des schmutzigen Krieges und in der AKP-Ära gänzlich aufgeweichte Gewaltenteilung begünstigen diese absurde Situation.

Aber um diese strukturelle Hegemonie nachzuweisen ist es nicht notwendig, in die Anfänge der Republik zu schauen. Allein die Betrachtung der Wahlergebnisse seit 1983 wäre dafür der beste Beweis. Der Journalist Can Gürses wies in einem Artikel daraufhin, dass die nationalistisch-konservativen Parteien zwischen 1983 und 2014 durchschnittlich 68 Prozent der Stimmen erhalten haben. Gürses zählt dabei die kemalistische CHP (Republikanische Volkspartei) zu den linksaffinen Parteien, die durchschnittlich 27,5 der Stimmen erhalten haben. Das ist irreführend, weil die CHP eine nationalistische Programmatik hat. Doch Gürses hat Recht, wenn er die konservativen Parteien als Gewinner der Wahlen aufführt. Denn in den letzten 8 Parlamentswahlen seit 1983 haben die nationalistisch-konservativen Parteien, die durch die 10-Prozent-Hürde zusätzlich begünstigt wurden, durchschnittlich 74,8 Prozent der Parlamentssitze erhalten. [9]

Diese gesellschaftliche Realität ist übrigens auch der eigentliche Grund, warum die CHP gemeinsam mit der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) mit Ekmelettin M. İhsanoğlu einen ausgewiesenen Konservativen als Erdoğans Gegenkandidaten aufstellte. Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu wurde in den Medien mit den Worten zitiert, dass »die CHP auf die konservative Bevölkerung zugehen und konservative Wähler für sich gewinnen« müsse. Diese Rechnung ging nicht auf: die sunnitisch-konservative Mehrheit wählte das »Original« und nicht dessen Karikatur. Die CHP hat in doppelter Hinsicht sich selbst einen Bärendienst erwiesen: Zum einen wurde durch die Kandidatur des ehemaligen Generalsekretärs der Islamischen Konferenz

die sunnitisch-konservative Hegemonie gestärkt und zum anderen wurden die eigenen Wähler\_innen verprellt, die massenhaft den Wahlurnen ferngeblieben sind.

Wie dem auch sei, es ist zu konstatieren, dass der Einfluss der strukturellen Hegemonie des sunnitischen Konservatismus enorm ist. Unter dessen Einfluss stehen insbesondere ärmere Bevölkerungsteile, die immer eine wahlentscheidende Rolle gespielt haben – wie auch zuletzt bei den Staatspräsidentenwahlen.

Die AKP hat es geschafft, einen großen Teil dieser Bevölkerungsgruppe für sich zu gewinnen. Deren niedriger Bildungsstand nutzte ihr dabei: Laut TUIK haben von den rund 55 Millionen Wähler\_innen rund 33,5 Millionen einen niedrigen Schulabschluss. Nur 28 Prozent dieser Wähler\_innen, also rund 9,3 Millionen verfügen über einen Internetanschluss und informieren sich ausschließlich über regierungsnaher Medien.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille: Laut TUIK hat die Türkei 76,7 Millionen Einwohner\_innen. Davon sind ca. 16,3 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl derjenigen, die nach einem gewerkschaftlich ausgehandelten Tarif bezahlt werden, beträgt gerade mal 700.000. Den offiziellen Zahlen zufolge werden rund 5 Millionen Menschen nach dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt, die derzeit bei knapp 300,00 Euro pro Monat liegt. Demgegenüber, so die Gewerkschaften, liegt die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie bei umgerechnet 1.161,00 Euro. Wenn man bedenkt, dass indirekte Steuern und Gebühren fast 70 Prozent der Staatseinnahmen ausmachen und die, größtenteils von Lohnabhängigen bezahlten

Einkommensteuer rund 21 Prozent, müsste man annehmen, dass die Unzufriedenheit der verarmten Bevölkerungsgruppen sehr groß sein müsste. Dem ist nicht so und das hat unterschiedliche Gründe.

Zum einen ist eine gefühlte »Teilhabe« am Regierungshandeln weit verbreitet. Den Massen wird vorgegaukelt, dass »einfache Leute wie sie«, die jeden Freitag in die Moschee gehen und deren Frauen Kopftuch tragen, jeder Zeit Aufstiegschancen haben. Die offenen praktizierte bevorzugte Behandlung von konservativen Bürger\_innen in den Stadtverwaltungen, bei den Behörden, in Schulen und insbesondere in den Grundbuchämtern verstärkt sicherlich diesen Eindruck. Daher sind viele der Auffassung, dass die AKP-Regierung »ihre Regierung« und Erdoğan »einer von ihnen« sei.

Zum anderen ist durch den kreditfinanzierten Konsum der gefühlte Wohlstand in den letzten Jahren gewachsen. Die Möglichkeit, dass Menschen mit niedrigem Einkommen durch die »grüne Gesundheitskarte« sowohl in staatlichen als auch in privaten Krankenhäusern nahezu kostenlos behandelt werden können, hat insbesondere für die rund 9 Millionen Karteninhaber\_innen sowie deren Familien eine sichtbare Verbesserung gebracht. Wenn man bedenkt, dass fast 11 Millionen Menschen im informellen Sektor, also ohne Sozialversicherung beschäftigt sind und einkommenslose Frauen auf Antrag eine monatliche Unterstützung von über 100,00 Euro vom Staat erhalten, bedeutet das eine deutliche Verbesserung ihrer Lebenssituation verglichen mit der Zeit vor den AKP-Regierungen. Zwar hat das zum größten Teil willkürlich gehandhabte Wohltätigkeit der Regierung nichts mit einer verbrieften Sozi-

alstaatlichkeit zu tun, aber für die ärmeren Familien spielt es keine Rolle, woher die Unterstützung kommt.

Im Grubenunglücksort Soma, wo am 13. Mai 2014 301 Kumpel ums Leben gekommen sind, kann symptomatisch beobachtet werden, wie die strukturelle Hegemonie in Verbindung mit dem Wohltätigkeitsgebaren der AKP die Menschen beeinflussen kann: Bei den Kommunalwahlen am 30. März 2014 hatte die AKP 43,3 Prozent der Stimmen, die MHP 28,7 Prozent und die CHP 22,3 Prozent erhalten. Bei den Staatspräsidentenwahlen am 10. August 2014 wiederum hat Erdoğan 47,3 Prozent der Stimmen bekommen, während auf İhsanoğlu 50,1 Prozent zuzahlen. Trotz des Grubenunglücks und den offensichtlich gewordenen regierungsamtlichen Vernachlässigungen konnte Erdoğan seine Stimmanteile erhöhen.

Soma gehört zu einer Region, in der vorher die Landwirtschaft prägend war. Nachdem die AKP die Subventionen aufgehoben und die Bauern dem Marktdruck überlassen hatte, passierte genau das, was in allen ländlichen Gebieten beobachtet wurde: die Bauern verschuldeten sich und mussten zur Schuldentilgung ihre Äcker verkaufen. Ein Teil wurde in die Binnenmigration gedrängt, ein größerer Teil stand nun als Billigskräfte für den Bergbau zur Verfügung. Da aber die Arbeit in der Grube mit durchschnittlich 12 oder mehr Stunden zu schwer ist, sind die Arbeiter gezwungen, mehrere Tage Pausen einzulegen. Den kargen Lohn versuchen sie dann mit Tätigkeiten im informellen Sektor zu verbessern. Für deren Familien ist selbst eine monatliche Unterstützung von 100,00 Euro lebensnotwendig. Und sie sind der

Meinung, dass sie diese Verbesserung nur der AKP verdanken.

Zudem kommt die Tatsache, dass die Sehnsüchte und Erwartungen der sunnitisch-konservativen Mehrheit, die von Erdoğan geschickt durch seine Polarisierungspolitik stärker um die AKP zusammengezogen wurde, mit der neo-osmanischen Ambitionen korrespondieren. Die Mehrheit erhofft sich von dem zu erwarteten Reichtum einer stärker und größer werdenden Türkei mehr Teilhabe. Daher hatten weder Korruptionsvorwürfe, noch die offene Unterstützung der AKP für den IS-Terror irgendwelchen Einfluss auf das Wahlverhalten der Mehrheit.

Doch lange wird das nicht gutgehen können. Erdoğan und die AKP haben ihren Zenit längst überschritten. Die akuten wirtschaftlichen Gefahren, das wachsende Unmut, der ins Stocken geratene Friedensprozess in der kurdischen Frage und der Druck der USA, sich gegen den IS-Terror zu positionieren werden ihren Tribut von der AKP fordern. Auch wenn Erdoğan es schaffen sollte, die weitgehenden Wirkungsmöglichkeiten, welche dem Staatspräsidenten von der noch gültigen Juntaverfassung zugestanden werden, für die Verfestigung von autoritären Strukturen und für die Vertiefung der neoliberalen Politik zu nutzen, werden sich spätestens nach den Wahlen im nächsten Jahr die Machtverhältnisse im türkischen Parlament ändern. Ob die linke HDP und die kurdische Bewegung diese Situation für eine Demokratisierung des Landes nutzen und für einen echten Politikwechsel einen angemessenen Beitrag leisten können, wird in erster Linie von ihrer Bündnisfähigkeit und ihrer sozialen Schwerpunktsetzung abhängen. Gesellschaftlich gibt es durchaus Poten-

tiale, die dafür sprechen. Das Wahlergebnis von Demirtaş gibt Hoffnung, aber für die HDP waren die Staatspräsidentchaftswahlen nur die Probe – die echte Prüfung steht noch bevor. ■

[1] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. September 2014, S. 10.

[2] Siehe: <http://www.kanalb.com.tr/haber.php?HaberNo=54841#VBK8QEtTHg>

[3] ebd.

[4] Siehe: Ismail D. Karatepe, »Bauwirtschaft, Islamismus und die türkische Bourgeoisie«, in: Infobrief Türkei, Nr. 06/13, [http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2013/12/bauwirtschaft-islamismus-und-die\\_19.html](http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2013/12/bauwirtschaft-islamismus-und-die_19.html)

[5] Siehe: <http://mustafasonmez.net/?p=4628>

[6] Siehe: <http://www.wsj.com.tr/article/SB10001424052970203898604580147663963992720.html>

[7] Mit der Bezeichnung »schwarze Türken« sind vorwiegend arme, sunnitisch-konservative Bevölkerungsteile gemeint. Zitat aus: Nick Brauns, Junge Welt vom 20. Juni 2013.

[8] Siehe auch: <http://murat-cakir.blogspot.de/2014/06/kein-schicksal-sondern-mord-mit-ansage.html>

[9] Zum Vergleich siehe: [http://tr.wikipedia.org/wiki/Türkiye'de\\_seçimler](http://tr.wikipedia.org/wiki/Türkiye'de_seçimler)

# KAMPF UM KOBANÊ, AUSNAHMEZUSTAND IN DER TÜRKEI UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

VON ERROL BABACAN UND MURAT ÇAKIR

OKTOBER 2014

Seit mehr als drei Wochen wird die syrische Stadt Kobanê von schwer bewaffneten Milizen des »Islamischen Staats« (IS) belagert. Die Verteidigungseinheiten der Bevölkerung Kobanês haben trotz hoffnungslos erscheinender militärischer Unterlegenheit lange Zeit ein Eindringen des IS verhindern können. Nun finden offenbar erbitterte Häuserkämpfe statt. Zu befürchten ist ein weiteres Massaker des IS. Die Lage ist dringlich und zugleich komplex, denn der Kampf um Kobanê ist auch einer um die angemessenen Mittel internationaler Solidarität.

In ganz Europa finden Solidaritätskundgebungen für Kobanê statt. Doch welche praktische Form soll die Solidarität annehmen? Einige Bundestagsabgeordnete der Linken fordern entgegen der nach wie vor bestehenden Ablehnung von Militäreinsätzen durch die Partei einen internationalen Einsatz mit UNO-Mandat. Nach dem Vorpreschen der Linken-Abgeordneten stellt sich der kritischen Öffentlichkeit in Deutschland wieder einmal die grundsätzliche Frage, wie sie sich gegenüber internationalen Militäreinsätzen positionieren soll.

Währenddessen wandte sich der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon mit einem Appell an alle, die die Mittel dazu hätten, zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kobanê zu handeln. Gegenwärtig stellt sich nicht nur die Frage, wer einem solchen Appell nachkommen kann, sondern auch, wie berechtigt die Hoffnung auf einen internationalen Einsatz ist, der vordringlich dem Schutz der Zivilbevölkerung und nicht anderen Interessen dient. Unter dem Eindruck eines sich ausbreitenden Flächenbrands gilt höchste Vorsicht, nicht gerade jene als Feuerwehr zur Hilfe zu rufen, die zuerst den Brand gelegt und dann noch Öl hinterher gegossen haben.

## KOBANÊS FALSCHER FREUNDE

Grundlegende Zweifel sind hinsichtlich des offenbar geplanten Einsatzes von türkischen Bodentruppen angebracht. Vermutlich handelt es sich um einen international umstrittenen Plan, zuletzt erklärte Frankreich seine Unterstützung für die Einrichtung einer Pufferzone durch die Türkei, während Großbritannien und die USA diesen Plan zumindest öffentlich ablehnten. Fest steht, ein solcher Plan macht den Bock zum Gärtner. Auffal-

lend ist auch die Wandlung des Meinungsbilds hierzulande. Noch vor wenigen Wochen wurde von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Medien- und Parteienöffentlichkeit die Auffassung geteilt, die Türkei betreibe die aktive Unterstützung islamistischer Milizen. Ziemlich plötzlich wird die Türkei nun kaum noch beschuldigt, aktive Kriegspartei zugunsten von Islamisten zu sein, sondern als vorsichtige Beobachterin thematisiert, der allenfalls (falsche) Zurückhaltung oder Unfähigkeit vorgeworfen wird. Sie lasse zwar schweres Kriegsgerät im Grenzgebiet auffahren, greife aber nicht ein.

Tatsächlich sind es nicht nur die Berichterstatter, die ein solidarisches Einschreiten der Türkei erwägen. Bis vor kurzem scheinen auch kurdische Politiker, die mit der türkischen Regierung verhandelten, diese Erwartung gehegt zu haben. So eindeutig das Meinungsbild auf den Solidaritätskundgebungen mit Kobanê bezüglich der Unterstützung von militanten Islamisten durch die Türkei ist, hinter den Kulissen schien diese Eindeutigkeit nicht vorhanden. So erklärte der Co-Vorsitzende der syrisch-kurdischen »Partei der Demokratischen Union« PYD, Salih Müslim, er habe kürzlich in Gesprächen mit der Türkei das Versprechen erhalten, dass diese einen Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze öffnen werde, um Hilfe für die belagerte Stadt aus weiter östlich liegenden syrisch-kurdischen Gebieten zu ermöglichen. Demselben Versprechen vertrauend verzichtete offenbar die kurdische Bewegung in der Türkei auf eine Massenmobilisierung und erklärte unbeirrt ihre Verbundenheit gegenüber den sogenannten Friedensverhandlungen mit der türkischen Regierung. Im Ergebnis verstrich jedoch

wertvolle Zeit, die Belagerung der Stadt zog sich immer enger, während der Korridor ein leeres Versprechen blieb.

Seit nun klar ist, dass die Türkei keinesfalls gewillt ist, zugunsten Kobanês einzugreifen, hat die kurdische Bewegung die Friedensverhandlungen für gescheitert erklärt. Sie mobilisiert gemeinsam mit linken Organisationen Hunderttausende auf die Straße und fordert die Regierung auf, die Grenze nach Kobanê für Freiwillige zu öffnen sowie medizinische und logistische Hilfestellungen für die Stadt zuzulassen. In den zurückliegenden Wochen verhinderte die Regierung mittels Militäreinsätzen gegen die an der Grenze tagein tagaus wachhaltende Bevölkerung solche Hilfestellungen. Auf die jetzigen Massenproteste reagierte die Regierung mit massiver Polizeigewalt unterstützt von bewaffneten islamistisch-nationalistischen Banden. Über mehrere Provinzen wurden zum ersten Mal seit über zehn Jahren Ausgangssperren verhängt. An einem einzigen Tag wurden Hunderte Protestierende verletzt und über ein Dutzend getötet.

Sicherlich kann es nicht der kurdischen Bewegung angelastet werden, dass sie bis zuletzt eine bürgerkriegsähnliche Eskalation in der Türkei, die absehbar mit einem Platzen der sogenannten Friedensverhandlungen einhergehen würde, zu verhindern versucht hat. Nicht die kurdische Bewegung sondern die türkische Regierung ist verantwortlich für die kriegerische Zuspitzung der Konflikte im eigenen, inzwischen auch in benachbarten Ländern. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, warum immer wieder derartige Unschlüssigkeit über die Absichten der türkischen Regierung aufkommen kann. Entgegen möglicher Versprechen hinter ver-

geschlossenen Türen oder auch öffentlichen Lippenbekenntnissen des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, man werde nicht zulassen, dass Kobanê falle, hätte allein die aktive Verhinderung von Hilfestellungen durch die Türkei ausreichen müssen, um Zweifel an der tatsächlichen Position der türkischen Regierung zu beseitigen.

#### **WARUM WIRD ROJAVA ANGEFEINDET?**

Darüberhinaus stellte die Annahme, die Türkei könne ein eigenes Interesse daran haben, zugunsten der Bevölkerung Kobanês gegen den IS einzugreifen, den gesamten Charakter der Entwicklungen in den letzten Jahren auf den Kopf. So ist die scharfe Frontstellung der Türkei gegenüber Rojava aufs engste mit ihren strategischen Zielen und der politischen Ausrichtung Rojavas verknüpft. Eine kursorische Rekapitulation der Hintergründe dieser Frontstellung mag an dieser Stelle genügen.

Ungefähr ein Jahr nach Beginn der Demonstrationen gegen die syrische Regierung begann die PYD offiziell autonome Verwaltungsstrukturen in den vorwiegend kurdisch besiedelten Gebieten Nord-Syriens genannt Rojava (Westkurdistan) aufzubauen sowie Selbstverteidigungskräfte (YPG/YPJ) aus der Bevölkerung zusammenzustellen. Bereits zuvor tat sich die PYD durch ihr unabhängiges Agieren gegenüber der syrischen Opposition hervor. Als letztere sich in der Türkei organisierte, mit westlicher Unterstützung den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnahm und eine militärische Intervention forderte, sprach sich die PYD gegen eine solche Intervention von außen aus und betonte, dass ein demokratisches Syrien nur das gemeinsame Werk aller SyrerInnen sein könne.

Unter Führung der PYD wurden in drei Regionen (Afrin, Kobanê und Cizirê) demokra-

tische Rätestrukturen aufgebaut, die Kantone genannt werden. Die Verwaltungseinheiten, so auch die Selbstverteidigungskräfte, sind charakterisiert durch Geschlechterquoten und Repräsentation von Bevölkerungsgruppen entlang ethnischer beziehungsweise religiöser Zugehörigkeit (kurdisch, arabisch, assyrisch-christlich). Dorf-, Stadtteil-, Stadt- und Regionalräte sollen eine hohe Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsfindungen sicherstellen. Demokratische Preiskontrolle, rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit und kostenlose Schulbildung in der jeweiligen Muttersprache sind weitere Kennzeichen der demokratischen Autonomie in Rojava. Unter äußerst widrigen Bedingungen wurde dazu übergegangen, die Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Produktionsgenossenschaften zu organisieren.

Die Bevölkerung in Rojava lehnte nicht nur eine militärische Intervention in Syrien von außen ab. In Verhandlungen mit der syrischen Opposition bestand sie auch auf einer Autonomie der kurdischen Region in einem möglichen zukünftigen Syrien. Die anfangs überwiegend arabisch-nationalistische syrische Opposition lehnte beide Forderungen kategorisch ab. Die VertreterInnen Rojavas wurden von der Opposition und der sogenannten »Gruppe der Freunde Syriens« international isoliert. Diese Isolation wurde begleitet von einem Wirtschaftsembargo, das von der Türkei und der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Irak umgesetzt wurde.

Die türkische Regierung erklärte, sie werde das „terroristische Gebilde“ an ihrer Grenze, das sie als identisch mit der PKK ansah, nicht dulden. Die Rivalität KRG-naher aber in Rojava gesellschaftlich schwach verankerter

Parteien mit der führenden Partei YPG führte dagegen zum Bruch der Beziehungen mit dem irakischen Kurdistan. Seitdem versucht die KRG gemeinsam mit der Türkei mit allen Mitteln, Rojava zu schwächen. Selbst die Lieferung dringend benötigter Arzneimittel wurde zwischenzeitlich verhindert. Während Rojava den Angriffen islamistischer Milizen ausgesetzt war, ließ die KRG an ihrer Grenze zu Rojava einen Graben ausheben, um die Kontrolle zu verstärken.

Bereits früh formierte sich also ein Bündnis gegen Rojava, das durch Angriffe islamistischer Gruppen verstärkt wurde, die maßgeblich von Saudi Arabien, Katar und der Türkei unterstützt wurden, wie vor kurzem auch die etablierten Medien noch berichteten. Während islamistische Krieger ungehindert über die syrisch-türkische Grenze hin und her reisen konnten, wurde Flüchtlingen aus Rojava an den Grenzen zur Türkei und zum Nordirak die Einreise verweigert. Die Strategie war klar: Rojava sollte mit allen Mitteln ausgehungert werden.

#### **ZERSCHLAGUNG DER DEMOKRATISCHEN AUTONOMIE**

Wie lässt sich dieses äußerst aggressive Vorgehen erklären? Für die türkische Regierung stellt Rojava eine mehrfache Gefahr dar. Das Autonomiemodell Rojava fungiert als Vorbild für die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Die Kantone haben erklärt, dass die natürlichen Ressourcen in Rojava kollektives Eigentum bleiben und mögliche Einnahmen zugunsten der gesamten Bevölkerung einzusetzen seien. Die Rätestrukturen, die auf Gleichheit basierenden Organisationsprinzipien und die Kollektivierung von Eigentum stehen dem konfessionellen Konserva-

tismus der AKP und der von ihr forcierten neoliberalen Privatisierungspolitik diametral entgegen. Desweiteren bildet Rojava ein Hindernis für expansionistische Ambitionen der Türkei, ihren Einfluss auf die Region auszudehnen. Die strategisch-ökonomische Ausrichtung der Türkei steht insgesamt in einem unübersehbaren Widerspruch zum Projekt Rojava.

De facto widerspricht also die gesamte Vorgeschichte des Konflikts der Erwartung, die syrisch-kurdische Bevölkerung könnte Unterstützung von der Türkei erhalten. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG). Genossenschaftliche Produktionseinheiten, eine progressive Geschlechterpolitik, demokratische Rätestrukturen in Rojava stehen der Gesamtausrichtung des von der Öl-Rente existierenden Quasistaats im Irak - allen Lippenbekenntnissen in der derzeitigen Lage zum trotz - entgegen.

Für den IS haben Rojava und Kobanê dagegen eine strategische Bedeutung. Wenn Kobanê in die Hände des IS fällt, wird es umso leichter, Kämpfer aus der Türkei zu rekrutieren und Waffen sowie andere Güter zu schmuggeln. Geographisch gesehen ist Kobanê das mittlere der drei Kantone. Die anderen beiden Kantone wären ohne Kobanê gänzlich voneinander abgekoppelt und ihre Verteidigung gegen weitere Angriffe des IS würde schwerer fallen.

Die Türkei versucht nun, diese Lage auszunutzen und den Angriff des IS zu instrumentalisieren, um Rojava zur Aufgabe zu zwingen und um ihr eigenes internationales Gewicht zu erhöhen. Entlarvend ist die von Davutoğlu öffentlich aufgestellte Bedingung



gegenüber den USA, einen Einsatz mit Bodentruppen gegen den IS nur dann zu unterstützen, wenn das Ziel im Sturz der syrischen Regierung besteht. Offener konnte er nicht sagen, dass der Vormarsch des IS und das Morden an der syrischen Bevölkerung in Sichtweite der türkischen Grenze keine Motivation zum Eingreifen darstellen. Nun bewahrheitet sich der Inhalt des kürzlich vom türkischen Parlament verabschiedeten Kriegsmandats. Darin werden die PKK - für die türkische Regierung identisch mit Rojava - und der IS in einem Atemzug als terroristische Organisationen genannt. Vor die Wahl zwischen der PKK beziehungsweise Rojava und dem IS gestellt, fällt die Entscheidung der türkischen Regierung deutlich aus.

#### **INTERNATIONALE SOLIDARITÄT**

Die Türkei und die Regierung der Autonomen Region Kurdistan haben Rojava isoliert und gezielt geschwächt. Damit haben sie Rojava wie bereits zuvor den Angriffen anderer islamistischer Milizen nun auch den Angriffen des IS bewusst ausgesetzt. Dass ausgerechnet jene Kräfte nun zur Hilfe eilen sollen, die auf diese Situation hingewirkt haben, ist absurd.

Ohne Verzicht auf ihre Errungenschaften hat die Bevölkerung in Rojava auch von anderen Staaten keine substantielle Hilfestellung zu erwarten. Dass die Zerschlagung Rojavas angesichts der ziemlich verfahrenen Lage im Nahen Osten derzeit ein prioritäres Ziel der USA darstellt, ist zwar zweifelhaft. Dennoch sind die USA sicherlich keine Freunde von Rojava, das sich allen Instrumentalisierungsversuchen zum Sturz der syrischen Regierung entzog. Prinzipiell ist davon auszugehen, dass ein räte-demokratisches Pro-

jekt mit anti-kapitalistischem Potential die Motivation der USA eher mindert, dieses vor irgendwelchen Angriffen zu schützen. Einzig die Einbindung in eine Allianz gegen den IS könnte zwischenzeitlich einen Grund zur Unterstützung liefern. Dieser Grund allein scheint jedoch zu schwach, um sich gegen die besonderen Interessen der US-amerikanischen Verbündeten in der Region - die Türkei und die Autonome Region Kurdistan im Irak - durchzusetzen. Die Situation, dass ein Mitglied der NATO gegen die Interessen eines anderen Mitglieds an dessen Grenze zugunsten Rojavas einschreiten könnte, ist schwer vorstellbar. Die strategische Partnerschaft zwischen dem Westen und der KRG, die kürzlich erst ausgebaut wurde, schwächen zusätzlich die Hoffnung für die Bevölkerung Rojavas, für ihre Rettung könnten humanitäre Gründe zum Tragen kommen.

Realistisch ist, dass die Verteidigung Rojavas weiterhin hauptsächlich durch die Bevölkerung und die Selbstverteidigungskräfte geleistet werden muss. Direkte Unterstützung erhalten sie von der PKK, der kurdischen Bevölkerung sowie einer zahlenmäßig bislang relativ kleinen aber entschlossenen linken Bevölkerung in der Türkei. Eine breite Mobilisierung in der Türkei könnte erwirken, dass der Preis für die Zerschlagung Rojavas für die AKP innenpolitisch zu hoch wird und sie sich zu Konzessionen genötigt sieht. Die Eröffnung eines Korridors für die Unterstützung von Kobanê und die Aufhebung des Embargos durch die Türkei als auch durch die KRG wären zu erreichen. Die Verhängung von Ausgangssperren, der Aufmarsch des Militärs in vielen Städten, auch in Istanbul, die Erschießung von Demonstranten sowie die Mobilisierung bewaffneter faschistischer

Milizen zeigen jedoch bereits jetzt, dass die türkische Regierung bis zum Äußersten gehen wird.

Dagegen kann die Bedeutung Rojavas für die Perspektiven einer internationalistischen Linken gerade nach den reihenweise gescheiterten Aufständen in Nord-Afrika und dem Nahen Osten nicht als groß genug eingeschätzt werden. Die räte-demokratischen Kantone zeigen der gesamten Bevölkerung im Nahen Osten die Möglichkeit auf, dass eine friedliche, demokratische und an sozialer Gerechtigkeit orientierte Selbstverwaltung über kulturelle Differenzen hinweg aufgebaut werden kann. Rojava bildet somit ein Gegenmodell zur ethnischen und konfessionellen Polarisierung in der gesamten Region. Dass ein solches Modell bisher allein durch Selbstverteidigungskräfte, also ohne imperialistische Protektion geschützt werden konnte, stellt eine Besonderheit dar. Nun zeigt sich jedoch, dass ohne internationale Solidarität die Existenz Rojavas nicht gesichert werden kann.

Doch welche Solidarität lässt sich von hier aus üben? Eine Auseinandersetzung mit der Forderung einiger Linken-Abgeordneten nach einem militärischen Einsatz ausgestattet mit einem UNO-Mandat ist geboten. Angesichts manifester Differenzen im Sicherheitsrat erscheint diese Forderung allerdings als bloße Symbolpolitik. Da ein solches Mandat wohl kaum zustande kommen wird, hat die Forderung lediglich zum Ergebnis, dass ein zweites Mal ein friedenspolitischer Grundsatz der Partei verletzt wird. Der äußerst kurze Abstand zu Gregor Gysis Vorstoß für eine „ausnahmsweise“ Waffenlieferung in eine Konfliktregion macht deutlich, in

welch kurzer Zeit die Ausnahmen zur Regel werden können.

Auch die erhobenen Forderungen von Waffenlieferungen nach Rojava garantieren gerade aus einer friedenspolitisch informierten Perspektive keine Solidarität mit Rojava. Zweifelsohne, die Forderungen aus Rojava selbst nach militärischer Hilfe angesichts eines Kriegs, bei dem es um alles oder nichts geht, sind nachvollziehbar und legitim. Das Problem einer friedenspolitischen Positionierung in Deutschland stellt sich jedoch anders. Kann die deutsche Linke garantieren, dass der von ihr eröffnete Legitimationskorridor für (deutsche oder auch nicht-deutsche) Kriegseinsätze und Waffenlieferungen, den „richtigen“ Zwecken dienen wird? Da die Kräfteverhältnisse in Deutschland dies nicht einmal ansatzweise zulassen, die deutsche Linke nicht über die Macht verfügt, Einsätze und Waffenlieferungen kontrollieren zu können, muss die Antwort „Nein“ lauten.

Die jüngste Erfahrung nach Gysis Vorstoß bestätigt diese Befürchtung, dass der Linken lediglich die Funktion einer Legitimationsbeschafferin zukommt. Als im irakischen Sindschar-Gebirge die jezidische Bevölkerung einem Massaker durch den IS entgegenblickte, wurde sie von den Peschmerga der KRG schutzlos zurückgelassen. Die zur Hilfe eilenden Kräfte aus Rojava und die der PKK waren dagegen diejenigen, die wie oben bereits erwähnt in ihrem Kampf gegen islamistische Milizen von der KRG seit langer Zeit aktiv geschwächt wurden. Obwohl diese unsägliche Rolle der KRG offen liegt, wurde sie zur Retterin stilisiert und ihr unter Verletzung der UN-Charta deutsche Waffen geliefert. Während die KRG sich somit in ihrer Politik auch gegenüber Rojava bestätigt und

bekräftigt sieht, kann niemand garantieren, dass sich die neuen Waffen in Zukunft nicht sogar gegen das als feindlich wahrgenommene Rojava oder die PKK richten werden.

Anstatt sich also für Kriegseinsätze und Waffenlieferungen einzusetzen, auf deren tatsächliche Umsetzung und Bindung kein entscheidender Einfluss ausgeübt werden kann, könnte sich die deutsche Linke, nicht nur die Partei, in der jetzigen Situation dafür stark machen, dass die Machenschaften des NATO-Mitglieds Türkei als das offengelegt werden, was sie sind: Eine bewusste Auslieferung der Bevölkerung Rojavas in die Hände des IS. Zentrale Forderungen aus Rojava und der Türkei könnten ohne in kriegspolitische Fallstricke zu tappen, übernommen werden. So haben die Einheiten YPG/YPJ auch erklärt, dass sie zusammen mit der PKK die Verteidigung Rojavas selbst leisten können. Die Türkei müsste diesen Einheiten nur einen Korridor auf ihrem Territorium für militärischen Nachschub und logistische Versorgung öffnen und die faktische Unterstützung des IS unterlassen. Diese Forderung möglichst laut zu stellen, ist nun notwendig. Die deutsche Regierung muss unter Druck gesetzt werden, damit sie ihrem NATO-Partner Türkei Druck macht. Ein militärisches Eingreifen der Türkei gilt es dagegen deutlich abzulehnen.

Weitergehend werden derzeit hunderte tausende Protestierende in der Türkei mit massiven Polizei- und Militäreinsätzen, die die Gewaltorgien des Juni-Aufstands noch überbieten, niedergeschlagen. Die verhängte Ausgangssperre bedeutet die Aufhebung von Bürgerrechten. Sich für eine sofortige Aufhebung dieses Ausnahmezustands stark zu machen, weitere Morde zu verhindern und

die Aufklärung der bereits begangenen Morde zu fordern, ist jetzt eine dringende Aufgabe internationaler Solidarität. ■

# DIE »BÖSEN BUBEN« IN STRATEGISCHEN UNTIEFEN

## ÜBER DIE HINTERGRÜNDE DER AKTUELLEN TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK

DEZEMBER 2014

Am 1. Dezember 2014 titelte das Handelsblatt mit »Putin und Erdoğan: Das Treffen der bösen Buben« und berichtete über den Staatsbesuch des russischen Präsidenten in der Türkei. Putin kam mit einer ranghohen Delegation, dem u. a. Außenminister Sergej Lawrow, Energieminister Aleksandr Nowak, der Minister für Justiz, Transport, Arbeit und Wirtschaftsentwicklung sowie verschiedene Unternehmensvertreter wie der Gasprom-Chef Aleksej Miller angehörten, nach Ankara.

Teile der bürgerlichen Medien bewerteten diesen Besuch als eine »Annäherung beider Staaten« und als Beleg für die »Abwendung der Türkei vom Westen«. Dabei ging es um handfeste Wirtschaftsinteressen: Nach Deutschland ist die Türkei der zweitgrößte Gaskunde Russlands und Russland ist der größte Energielieferant der Türkei. Rund 65 Prozent ihres importierten Erdgases bezieht die Türkei, die jährlich für Energielieferungen über 60 Milliarden US-Dollar bezahlen muss, aus Russland. Zudem bauen die Russen, der Staatskonzern Rosatom, an der Mittelmeerküste das erste türkische Atomkraft-

werk. Das Projekt soll rund 20 Milliarden US-Dollar kosten. Die AKP-Regierung plant mit diesem Atomkraftwerk zukünftig 6 Prozent des türkischen Strombedarfs zu decken.

Insofern ist es nachvollziehbar, dass der russische Staatspräsident einem wichtigen Kunden mit einer solch ranghohen Delegation die Aufwartung machte. Die russisch-türkischen Beziehungen gestalten sich im Rahmen einer Rivalitäts- und Kooperationsachse sehr ambivalent, die auch nach dem Besuch nicht unbedingt als eine »Annäherung« bewertet werden können. Dennoch deuten die russisch-türkischen Beziehungen auf die außenpolitischen Schwierigkeiten der Türkei, die vor allem hausgemacht sind, hin.

### DIE »STRATEGISCHE TIEFE« ALS TRÜMMERFELD

Eine oberflächliche Betrachtung belegt, dass heute die AKP-Regierung unter dem Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu mit den fatalen Ergebnissen der sog. »Null-Probleme-Politik« des damaligen Außenministers Ahmet Davutoğlu zu kämpfen hat. Ministerpräsident Davutoğlu steht vor den Trümmern der türkischen Außenpolitik, welches

er Jahre lang selber gestaltet hatte. Die »strategische Tiefe der türkischen Außenpolitik« (Davutoğlu) entpuppt sich nun als reale Untiefe, denn keine der wichtigen Ziele konnte erreicht werden: Baschar Al Assad sollte gestürzt werden – aber er sitzt heute fester im Sattel denn je; auf dem Balkan sollte der türkische Einfluss erweitert werden – das Gegenteil ist der Fall; die Kooperationen mit den Kaukasus-Staaten sollten intensiviert werden – die Grenze zu Armenien ist noch immer geschlossen und bei den Beziehungen der postsowjetischen Staaten zum Westen spielt die Türkei kaum eine Rolle; gemeinsam mit Katar setzte die Türkei im Nahen Osten auf die Müslimbrüder – diese werden aber jetzt von einer Koalition aus Israel, Saudi Arabien und Vereinigten Arabischen Emiraten quasi liquidiert; mögliche Autonomieprozesse der kurdischen Bevölkerung in Syrien sollten verhindert werden – auch hier ist das Gegenteil der Fall, mehr noch, die kurdische Bewegung um Abdullah Öcalan erlangt eine nie dagewesene Legitimation in der Weltöffentlichkeit und die Türkei wird zusehend kritischer beäugt.

Lange Zeit wurde die Türkei unter der AKP-Regierung vom Westen als »Modell« für die arabische Welt angepriesen. Die AKP sollte als Beweis für die »Kompatibilität« von bürgerlicher Demokratie und westlich orientierten islamischen Konservatismus dienen. Die mit massiven Privatisierungserlösen und Auslandskrediten finanziertes Wirtschaftswachstum sollte vom »türkischen Wirtschaftswunder« zeugen und belegen, dass ein islamischer Staat mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik für mehr Wohlstand, Reichtum und gleichzeitig für mehr bürgerliche Freiheiten sorgen könne.

Doch die Umwälzungen in der arabischen Welt ab 2011 und spätestens die Machtübernahme der Muslimbrüder in Ägypten bewiesen, dass der islamische Konservatismus kein Garant für bürgerliche Freiheiten sein kann. Auch in der Türkei entfernte sich die AKP-Regierung von ihrem Demokratisierungsversprechen: Autoritäre Politik wurde verschärft, sog. Demokratisierungsmaßnahmen zeigten sich als reine Kosmetik, die Wirtschaft stagnierte, die Verschuldung insbesondere der privaten Haushalte nahm zu und der sog. Friedensprozess in der kurdischen Frage geriet ins Stocken. So wurde das »Modell« zum Karikatür dessen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der AKP-Ära hatte gleichzeitig zur Folge, dass die private Kapitalakkumulation eine neue Dynamik gewann. Auf der anderen Seite erhöhte sich der gefühlte Wohlstand für breite Massen, welches jedoch auf Pump beruhte. Diese Situation und die strukturelle Hegemonie des sunnitischen Konservatismus bilden die Grundlage für die weiterhin hohe gesellschaftliche Unterstützung der AKP, die wiederum mit aggressiven regionalimperialistischen Ambitionen die Hoffnungen der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsteile auf Teilnahme am zu erwartenden Reichtum nährte.

#### **»NEO-OSMANISMUS« UND NATO-STRATEGIEN**

Die als »Neo-Osmanismus« bezeichneten regionalimperialistischen Ambitionen der AKP-Regierung entsprechen zum einen den Kapitalexporthoffnungen der türkischen Bourgeoisie und korrespondieren mit den Wohlstandshoffnungen der sunnitisch-konservativen Bevölkerungsmehrheit. Zum anderen entsprechen sie aber auch den NA-

TO-Strategien zur Neuordnung der Region. Die vorhandenen Interessenswidersprüche zwischen den Herrschenden in der Region sollten aber darüber nicht hinwegtäuschen. Es gibt zwar bezüglich der zu unternehmenden Schritte deutliche Unterschiede zwischen den Kooperationsachsen Türkei-Katar und Israel-Saudi Arabien sowie dem Westen, aber im Hinblick auf langfristige strategische Interessen in der Region existieren keine Widersprüche.

Es ist eine geopolitische Besonderheit der Region, dass mehrere Regionalmächte – oder die, die es werden wollen – sich gegenseitig die Hegemonie streitig machen. Jene, die dem Westen nahe stehen, konkurrieren zudem um die Gunst der USA. Während die Türkei und Katar sich gemeinsam auf konfessionelle Stellvertreterkriege stützen wollen, bildet die israelisch-saudische Koalition den Gegenpol innerhalb der gleichen Frontlinie, an der sich alle Akteure gegen die sog. »Schiitische Achse« unter iranischer Führung aufgestellt haben. Israel befürchtet den Verlust ihrer Stellung als die einzige Atommacht der Region, wenn der Westen Irans Nuklearprogramm akzeptieren würde. Saudi Arabien dagegen fürchtet eine Instabilität im Innern, somit die Gefährdung der Macht, wenn Iran weiterhin die schiitische Bevölkerung auf der arabischen Halbinsel beeinflusst. Die Türkei wiederum gestaltet ihre Beziehungen zu Iran auf einer Rivalitäts- und Kooperationsachse, zumal Iran einer der wichtigsten Energielieferanten der Türkei ist. Die Auseinandersetzungen zwischen den regionalen Akteuren wird von den USA – die nun ihre langfristigen Strategien auf die Pazifik-Region orientiert – bewusst gefördert.

Gefangen in den Konflikten des Dreiecks Balkan-Kaukasus-Naher Osten, wird die türkische Außenpolitik zusehend unberechenbar, weshalb ihre NATO-Partner, vor allem die USA und Deutschland auf Korrektur drängen. Dennoch ist dieses Korrekturdrängen kein Hinweis dafür, dass Deutschland, die Türkei und die USA völlig gegensätzliche Strategien verfolgen. Im Gegenteil; die Türkei ist aufgrund ihrer geostrategischen Lage für den Westen ein unverzichtbarer Faktor. Maßgeblich dafür ist der Kampf um die Energieressourcen der Region. Die kurze Betrachtung der regionalen Energiereserven macht das deutlich:

Im Nordirak, also Süd Kurdistan lagern 45 Milliarden Barrel Erdöl und 200 Milliarden Kubikmeter Erdgas. 2010 erklärte die Kurdische Autonomieregierung (KRG) unter Mesud Barzani, dass binnen weniger Jahre täglich 1 Million Barrel Erdöl gefördert werde. Die Pläne sehen vor, die tägliche Förderung ab 2019 auf 2 Millionen Barrel zu erhöhen. Derzeit wird das Erdöl aus Süd Kurdistan über die Türkei vermarktet, was längst zu rechtlichen Streitereien zwischen der irakischen Zentralregierung und der AKP-Regierung geführt hat. Die vorhandene Pipeline Kirkuk-Yumurtalik ist nicht darauf eingerichtet, täglich 1 Million Barrel Erdöl zu transportieren. Kapazitätserweiterungen der vorhandenen Pipeline wäre teurer als eine neue Pipeline. Aus diesem Grund haben internationale Konzerne, die in Süd Kurdistan immense Investitionen getätigt haben, ein Plan für den Neubau einer Pipeline entwickelt, die von Kirkuk aus startend, über Nordsyrien (Rojava) den türkischen Umschlagsort Ceyhan erreichen soll.

Die geplante neue Pipeline ist übrigens auch für Israel und den Katar von besonderer Bedeutung: 2010 wurden im östlichen Mittelmeer, im sog. Levante-Becken Erdgasreserven entdeckt, deren Menge auf gigantische 3,5 Billionen Kubikmeter geschätzt wurden. Israel hat längst begonnen im Tamar-Feld, ca. 100 km von ihrer Küste entfernt, Erdgas zu fördern. In einigen Jahren soll im größeren Leviathan-Feld die Förderung starten. Israel und Zypern haben diesbezüglich Vereinbarungen getroffen, deren Rechtmäßigkeit die Türkei bestreitet. Die Türkei beansprucht die Region im östlichen Mittelmeer als eigene »Seewirtschaftszone« und sucht mit eigenen Schiffen nach geeigneten Förderstandorten.

Der Streit um das Erdgas im östlichen Mittelmeer wird jedoch auch von Kooperationsversuchen begleitet. Das ist kein Widerspruch, denn das eigentliche Problem für alle Akteure der Region ist nicht die Förderung von Energieträgern, sondern deren gesicherter Transport an die Konsumenten: nach Europa und anderen westlichen Staaten. 2013 war in den türkischen Tageszeitungen zu lesen, dass Israel großes Interesse an der Vermarktung ihres Erdgases über die Türkei zeige. Experten von BOTAS, dem staatlichen Pipeline-Unternehmen der Türkei, erklärten, dass die günstigste Route für den israelischen Erdgas, die Anbindung an die geplante neue Pipeline durch Rojava sein würde. Libanon kommt für Israel nicht in Frage, da die »Instabilität« dieses Landes von Israel als »hoch« eingestuft wird. Daher sehen die Pläne vor, dass das israelische Erdgas mit einer Pipeline von Israel, über die Golan-Höhen und durch Syrien an die geplante Pipeline in Rojava (in Richtung der türkischen Stadt Kilis) angebunden und vom türkischen Energie-Umschlaghafen

Ceyhan an die Weltmärkte transportiert wird.

Auch Katar hat Interesse an einer Anbindung. Katar hält mit 25,4 Billionen Kubikmeter rund 14 Prozent aller bekannten Erdgasreserven in der Hand und ist Weltmarktführer bei dem Verkauf von verflüssigtem Erdgas. Da aber diese Liquid-Technologie relativ teuer ist und sowohl besonders eingerichtete Tanker für den Transport als auch geeignete Aufnahmehäfen benötigt, wäre eine Anbindung an die geplante Pipeline für Katar höchst ertragsreich.

#### **DIE »KRITISCHE RESSOURCE« WASSER ALS AUSSENPOLITISCHE WAFFE**

Für Israel hätte eine solche Lösung einen großen Zusatznutzen: über eine parallele Pipeline könnte kurdisches Wasser nach Israel geliefert werden, die an einer chronischen Wassermangel leidet. Aus dieser Perspektive betrachtet, bekommt der Aufruf des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu, »die internationale Gemeinschaft« müsse »ein unabhängiges Kurdistan im Nordirak unterstützen« einen ganz anderen Beigeschmack.

Für die Türkei wiederum hat die »kritische Ressource« Wasser immense wirtschaftliche und außenpolitische Bedeutung. In Anbetracht der Tatsache, dass die Auseinandersetzung in den Wasser-Krisengebieten des Nahen Ostens schärfer werden, sieht die Türkei ihr Wasserreichtum nicht nur als ein strategisches Gut, sondern als eine außenpolitisch wirksame Waffe, die sie für ihre regionalimperialistischen Ambitionen nutzen kann.

Hier spielt das »Große Anatolien Projekt« mit zahlreichen Dämmen eine wichtige Rolle. Dieses Projekt ist für die Wasserversorgung in Syrien und im Irak eine große Bedrohung. Aber auch für andere Länder der Region

wachsen die Wasserprobleme: Während Irak den Tigris in den Thartha-See umleitet und gedroht hatte, Syriens Euphrat-Damm, nahe der Stadt Tabqa zu bombardieren, streiten sich seit langem die Israelis, Jordanier, Palästinenser und Syrer um die Nutzung des Jordans und der wasserführenden Schichten der Westbank. Die großen Probleme der Trinkwasserversorgung in den Golfkooperationsstaaten seien hier nicht mal benannt.

Es gibt Pläne der Türkei für die Flüsse Ceyhan und Seyhan, von denen aus mit Wasserpipelines an Israel, Jordanien, Saudi Arabien und den Golfkooperationsstaaten Wasser verkauft werden soll. Diese Pläne (für insgesamt 3 Pipelines) wurden in den 1990'er Jahren entwickelt und haben an Aktualität bis heute nichts verloren. Aber es gibt weitere Wasserprojekte der Türkei: Mitte 2000 wurde das »Manavgat-Projekt« bekannt, die vorsah, Wasser aus dem Manavgat Fluss an Israel, Kreta, Libanon, Libyen, Malta und Zypern zu liefern. Die Türkei hat inzwischen eines der weltgrößten Wasseraufbereitungsanlagen gebaut. 2010 berichteten türkische Medien, dass Israel im Hafen von Ashkelon entsprechende große Wasseraufnahmeanlagen fertiggestellt habe. Eine Realisierung bedeutet für die Türkei ein lohnendes Geschäft, denn Schätzungen belegen dass 2025 das jährlich verfügbare Trinkwasser pro Kopf in Israel 311 m<sup>3</sup> (1990:467 m<sup>3</sup>), in Libanon 809 m<sup>3</sup> (1990:1.407 m<sup>3</sup>), in Libyen nur 55 m<sup>3</sup> (1990:154 m<sup>3</sup>) und in Malta, wie seit her 75 m<sup>3</sup> betragen wird.

Aufgrund der Rivalitäten zwischen der Türkei, Israel, Syrien und der irakischen Zentralregierung konnten die Wasserprojekte der Türkei bis heute nicht realisiert werden. Dennoch sind diese Pläne nicht vom Tisch, denn

die Wasserprobleme der Region bleiben weiterhin akut. Insbesondere die AKP-Regierung hält daran fest. Während sie in einer neoliberalen Privatisierungssorgie Flüsse und sogar kleinste Bäche an internationale Nahrungsmittelkonzerne wie Nestle verhöckert, überall im Land den Bau von privaten Wasserkraftwerken fördert und den Dammbau – auch um die Bewegungsräume der PKK-Guerilla begrenzen zu können – mit aller Macht und gegen alle Widerstände weiterführt, setzt sie die Möglichkeit der Drosselung des Wassers gegen Irak und Syrien als Waffe ein.

#### **TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK IST NATO-POLITIK**

Trotz des Wachstumsrückgangs bleibt die Türkei eines der wichtigsten Schwellenländer, die zugleich für den Westen aus geopolitischen, geoökonomischen und geostrategischen Gründen unverzichtbar ist. Die Regierenden und die türkische Bourgeoisie sind sich dieser Situation wohl bewusst. Die NATO-Mitgliedschaft, die weiterhin fortgeführte strategische Partnerschaft mit den USA und Israel, die Kooptierung in die globalen Strategien durch G 20-Mitgliedschaft und die seit den Zeiten des Kaisers Wilhelm mit Deutschland aufrechterhaltene Hauptkooperationsachse für »Sicherheit und ökonomische Stabilität« sind die Grundlagen, auf denen die türkische Außenpolitik gestaltet wird.

Das NATO-Mitglied Türkei unterhält nicht nur eines der 10 größten Armeen der Welt, die im Zuge des 30 Jahre andauernden schmutzigen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung weitgehend modernisiert wurde, sondern hat inzwischen ihr militärisch-industriellen Komplex derart ausgeweitet (auch wenn vieles in Lizenz produziert wird),



so dass sie zu einem Rüstungsexporteur aufsteigen konnte.

Die Exportzahlen belegen das: 2013 hat sich der türkische Außenhandel mit Rüstungsgütern um 10 Prozent, auf fast 1,5 Milliarden Euro gesteigert. Die meisten Rüstungsgüter wurden in die USA exportiert. Weitere Hauptabnehmer kommen aus der EU, dem Kaukasus, Golfstaaten und Südost-Asien. Bereits im Zeitraum von 2008 bis 2012 konnte im Waffenexport eine Steigerung von 43 Prozent realisiert werden. Zum türkischen Export-Portfolio der staatlichen wie privaten Rüstungsunternehmen gehören, neben Flugzeugen und Kampfhubschraubern Flugzeugmotoren, die Kampfdrohne »Anka«, gepanzerte Landfahrzeuge, Schnellboote, Raketen, Abschlussrampen, leichte Schusswaffen, militärische Digitalsysteme wie Sendeanlagen, »Command-and-Control«-Systeme, Simulatoren sowie militärische Anwendungssoftware.

Sicher, die türkische Syrienpolitik wird von ihren NATO-Verbündeten argwöhnisch beäugt und ohne Frage, die außenpolitischen Ziele der Türkei können als Fiasko bezeichnet werden. Es gibt viele Widersprüche zwischen Washington und Ankara, genauso gibt es viel Kritik aus Berlin und Brüssel. Eine ähnliche Situation ist in den Beziehungen zwischen der Obama-Administration und der israelischen Regierung zu beobachten. Aber niemand käme auf den Gedanken, der Westen könne wegen der Kritik an der Netanjahu-Regierung Israel jemals fallen lassen. Genauso ist es unwahrscheinlich, dass der Westen auf die Türkei (oder umgekehrt) verzichten würde. Die natürlichen Ressourcen der Region, deren Kontrolle und sichere Transport in den Westen sowie die gewollte

Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens sind maßgeblich bestimmend für jedes westliche Handeln. Die Türkei spielt hierbei eines der Hauptrollen. Wer daher die türkische Außenpolitik kritisieren will, muss die Kritik zuerst an Washington, Brüssel und Berlin richten. Denn türkische Außenpolitik ist nichts anderes als die maßstabsgetreue Umsetzung der NATO-Politik und dient zur Wahrung westlicher Interessen. ■

# AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS UND ISLAMISIERUNG

DIE „NEUE TÜRKEI“ AN EINEM POINT OF NO RETURN?

VON ERROL BABACAN UND MURAT ÇAKIR\*

MÄRZ 2015

Angesichts der autoritären Entwicklung unter der AKP-Regierung wächst die Sorge, dass die Parlamentswahlen im Juni einen Point of no Return markieren könnten. Während die etablierten Oppositionsparteien keine Alternative zum autoritären Neoliberalismus vorbringen, wird ein Bündnis linker Gruppen zunehmend als Notwendigkeit thematisiert.

Zu den Parlamentswahlen im Juni 2015 tritt die AKP als etablierte Partei an, die inzwischen alle zentralen Institutionen besetzt hat. Obwohl ihre expansive Phase der Vergangenheit angehört und einzelne Abspaltungen die Partei zeitweise geschwächt haben, ist der gesellschaftliche Konsens hinter ihrer Politik stabil. Nun strebt sie eine 3/5-Mehrheit an, um das faktisch bereits betriebene Präsidialsystem per Referendum zur Abstimmung vorzulegen. Zwar hat der Aufstand im Juni 2013 ihr demokratisches Image unwiederbringlich beschädigt. An diesem Punkt hält sich die Partei des politischen Islam jedoch nicht mehr auf. Inzwischen wird zusammen mit der parlamentarischen Demokratie auch die republikanische Verfassung mit staats-

bürgerlichen Rechten - insbesondere Frauen- und Arbeiterrechte – offen zur Disposition gestellt.

Angesichts dieser Entwicklung wächst im linken Spektrum die Sorge, dass die kommende Wahl einen Point of no Return markieren könnte. Die Frage, ob die AKP es sich angesichts mannigfaltiger Korruptionsfälle, eklatanter Rechtsbrüche und systematischer Verletzung der Gewaltenteilung noch erlauben kann, eine Wahl zu verlieren, hat bereits jetzt ihre Berechtigung. Mit einer 3/5-Mehrheit hätte sie jedoch freie Fahrt. So wird die Bündelung aller Kräfte, um geeint in die bevorstehenden Auseinandersetzungen zu gehen, zunehmend als Notwendigkeit thematisiert. Zumal zum ersten Mal seit den 1970er Jahren der Einzug eines unabhängigen linken Wahlbündnisses ins Parlament möglich erscheint. Die bürgerlichen Oppositionsparteien stellen dagegen keine Alternative zum autoritären Neoliberalismus dar. Im Zweifelsfall meiden sie eine scharfe Konfrontation mit der AKP und entscheiden sich für ein Arrangement.

## DIE HUNDERTJÄHRIGE KLAMMER

In den kommenden Wahlen tritt die AKP zum ersten Mal unter der Führung des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu an. Als Chefideologe des Neo-Osmanismus proklamiert dieser die Schließung der hundertjährigen Klammer. Gemeint sind die Komplettierung der Islamisierung im Innern und die Wiedergewinnung des mit dem Ersten Weltkrieg verlorenen Einflusses auf die osmanischen Protektorate im Nahen Osten und in Nord-Afrika.

Den Marsch durch die Institutionen hat der politische Islam inzwischen fast abgeschlossen. Die als Demokratisierung ausgegebene Bekämpfung oppositioneller Machtzentren in den Justizapparaten und der Armee überdeckte lange Zeit, dass die AKP in erster Linie einen Austausch des bürokratischen Personals organisierte. Die politische Stoßrichtung des Militärputschs von 1980 – eine autoritäre Absicherung der kapitalistischen Akkumulation neoliberaler Prägung – baute sie dagegen konsequent aus. Unterdessen erhob sie den konservativen Islam – ausgerichtet an einer von der mächtigen Religionsbehörde vorgegebenen Interpretation der sunnitischen Konfession - Schritt für Schritt zum neuen kulturellen Leitbild, das sich heute wie ein Panzer um die kapitalistische Expansionsdynamik legt.

Tragische Folgen hatte diese Entwicklung für die säkulare und republikanische Bevölkerung, für die Linke und - durch die desaströsen „Arbeitsunfälle“ immer wieder offengelegt - für die große Masse der Werktätigen, sowie für Frauen, die den verschiedenen Facetten von Gewalt unter dem Druck des konservativen Frauenbilds ausgesetzt sind.

Die als Demokratisierung begrüßte Dynamik bedeutete in Wahrheit nichts anderes als die Re-Formierung der Gesellschaft unter der Kontrolle des politischen Islam.

Seit einiger Zeit ist nun offen die Rede von einer „islamischen Revolution“ oder einer „hundertjährigen Säuberung“. In der Denkschrift Samuel Huntingtons stellt Davutoğlu der „westlichen“ die „islamische Zivilisation“ gegenüber. Deren Träger soll eine neue islamische Elite sein. Unterstrichen wird dieses Ansinnen durch eine Vielzahl an Maßnahmen, allen voran die Konfessionalisierung von Erziehung und Bildung. Ein Beispiel mag den erreichten Stand illustrieren: Die Zahl der Gymnasien mit religiösem Schwerpunkt, die eine intensive Ausbildung in Theorie und Praxis des sunnitischen Islam und die arabische Sprache vermitteln, hat sich in zehn Jahren verdoppelt. Die aktuell knapp 700.000 eingeschriebenen GymnasiastInnen an diesen Schulen bedeuten eine Steigerung um 50% im Vergleich zum Vorjahr.

Während der Konformitätsdruck sich bei religiösen Ritualen wie dem Fasten an Ramadan Bahn bricht - wehe dem, der nicht fastet -, bestimmt das religiöse Bekenntnis immer stärker den Alltag. Schon so kleine Zeichen wie der gewöhnliche Gruß „Merhaba“ (Hallo) anstelle des religiös konnotierten Pendants „Selamün Aleyküm“ (etwa: Friede/Gott sei mit dir) können sich zu einem Nachteil bei der Verfolgung alltäglicher Geschäfte entwickeln, sei es beim Einkaufen auf dem Markt, der Suche nach einer Arbeitsstelle oder dem Gang aufs Amt, um bestimmte Gefälligkeiten zu erwirken oder Hilfen zu erhalten. Es ist diese materielle Anbindung der Religion,

die sie so attraktiv und zugleich repressiv macht, indem sie zur Anpassung zwingt.

Die Präsidentschaft Tayyip Erdoğan, der in seinem neuen Präsidentenpalast ein Schattenkabinett parallel zur eigentlichen Regierung unterhält, wird in der islamistischen Presse als Fanal gedeutet. Die Einheit von Staat und Volk, so die verbreitete Vorstellung, sei auf allen Ebenen wiederhergestellt worden. Das gläubige Volk habe sein gläubiges Oberhaupt gefunden. Diese über kulturelle Werte imaginierte Identität zwischen dem Herrscher und seinem Volk, im konservativ-liberalen Lager auch als „Volksnähe“ oder „Authentizität“ idealisiert, bildet die ideologische Grundlage für das Präsidialsystem, das der AKP vorschwebt.

#### EINE BLÜHENDE WIRTSCHAFTSMACHT

Der neo-osmanische Prunk und der Personenkult um Erdoğan überspielen derweil die strukturellen Dynamiken. Erdoğan steht im Vordergrund, weil seine Popularität Mehrheiten sichert. Im Hintergrund stehen jedoch die Unternehmernetzwerke, die den Aufstieg des politischen Islam begleiten und die Partei tragen. „Die neue Türkei wird nicht allein ein Werk der AKP, sondern ein Werk von Stiftungen und Organisationen wie MÜSİAD sein“, so Erdoğan vor dem Unternehmerverband über den politisch-ökonomischen Zusammenhang.

Während neben MÜSİAD weitere Unternehmerverbände ihre Unterstützung für den Übergang in ein Präsidialsystem signalisieren, äußert sich der Unternehmerverband

TÜSIAD, der die mit Abstand kapitalkräftigsten und am stärksten mit dem transatlantischen Kapital verflochtenen Konzerne repräsentiert, skeptisch. Diese Konzerne profitierten zwar mehr als alle anderen Unternehmen von der neoliberalen Politik. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass sie auf der Suche nach einer politischen Alternative zur AKP sind, schon weil einzelne Mitglieder des Verbands von staatlichen (Steuer-)Behörden massiv unter Druck gesetzt werden konnten und nicht alle großen Ausschreibungen zu ihren Gunsten verliefen.

Die seit einiger Zeit kritischen Stimmen aus der EU und den USA stehen auch in Verbindung mit der Befürchtung, dass ein Präsidialsystem die Möglichkeiten der Einflussnahme der mit ihnen assoziierten Unternehmen auf politische Entscheidungen einengt. So attackiert der Präsident Erdoğan bereits jetzt hartnäckig die formal unabhängige Zentralbank, damit diese die Leitzinsen senkt und die Bauindustrie und der Konsum wieder angekurbelt werden können. Dabei befindet sich die Zentralbank in einer Zwickmühle. Senkt sie die erst vor gut einem Jahr drastisch erhöhten Leitzinsen, könnte es zu einer weiteren Abwertung der türkischen Lira kommen, womit auch die Rückzahlungsschwierigkeiten von Privatunternehmen mit hoher Auslandsverschuldung verschärft würden. Belässt sie die Leitzinsen auf dem jetzigen Niveau wird das über Kredite finanzierte Wachstumsmodell weiter ausgebrems (Tabelle 1).

Tabelle 1: Wirtschaftsdaten Türkei [1]

	2005	2007	2009	2011	2013	2014
BIP Wachstum (Mrd. \$)	481	649	617	774	822	810
Wachstum (%)	8,4	4,7	- 4,8	8,8	4,1	3,3
Inflation (%)	7,7	8,4	6,5	10,5	7,4	8,2
Export (Mrd. \$)	74	107	102	135	152	161
Import (Mrd. \$)	117	170	141	241	252	244
Handelsdefizit (Mrd. \$)	- 43	- 63	- 39	- 106	- 100	- 84
Inlandsschulden (Mrd. \$)	182	219	219	193	189	
Auslandsschulden (Mrd. \$)	65	67	74	79	86	
Arbeitslosigkeit (%)	9,5	9,2	13,1	9,1	9,0	9,0

Dabei steht das Modell permanent am Rande einer Krise, deren potentielle Wucht mit der Zeit zunimmt. Kritische Ökonomen warnen schon länger, dass der Traum von einer Wirtschaftsmacht im Kern eine gewaltige Blase ist, die auf Pump finanziert wird. Bis-

lang haben die expansive Geldpolitik in den USA und der EU die Fortführung ermöglicht. Trotz hohem Risiko fließt weiterhin Finanzkapital in die Türkei und die Verschuldung der Privatunternehmen und -haushalte nimmt zu (Tabelle 2).

Tabelle 2: Schuldenquoten (%) [2]

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Auslandsschulden / BIP	38,6	37,9	43,6	39,9	39,3	43,0	47,5	48,8
Kurzfristige Auslandsschulden / Auslandsschulden	17,2	18,7	18,2	26,5	26,9	29,7	33,2	33,2
Kurzfristige Auslandsschulden / Devisenreserven	58,9	74,0	69,3	95,8	101,3	116,4	116,5	

Eine scharfe Kritik an der AKP ist aus Unternehmerkreisen jedoch trotz Unstimmigkeiten nicht zu hören. Die Partei garantiert insgesamt eine investorenfreundliche Politik und vor allen Dingen den Erhalt des gesellschaftlichen Konsens in der Arbeiterschaft. Anfang des Jahres begründete die Regierung das Verbot eines lange angekündigten Streiks in der Metallbranche mit der „Nationalen Sicherheit“. Eine breite Solidarisierung mit den Metallarbeitern blieb aus. Der Vorgang

ist beispielhaft, denn bislang hat die AKP den Unmut gegenüber Arbeitsbedingungen und anderen kapitalistischen Verwerfungen fast immer in den Griff bekommen, bevor er anwachsen konnte. In der von ihr geförderten religiösen Konjunktur gilt Abtreibung als Mord und Verrat am Wachstum der Nation, während Mord als Schicksal bezeichnet wird, wie regelmäßig bei tödlichen Arbeitsunfällen wegen unzureichender Sicherheitsvorkehrungen zu vernehmen ist (Tabelle 3).

Tabelle 3: Arbeitsunfälle mit Todesfolge [3]

Jahr	Todesfälle
2003	811
2004	843
2005	1.096
2006	1.601
2007	1.044
2008	866
2009	1.171
2010	1.454
2011	1.710
2012	878
2013	1.235
2014 (bis November)	1.600
Gesamt	14.309

Zumal extreme Arbeitsbedingungen, reproduktionspolitische Anpassungen, Vertreibung aus Wohnvierteln und massive ökologische Zerstörung durch riesige Infrastrukturprojekte für große Teile der Bevölkerung hinter das Versprechen eines sozialen Aufstiegs zurück treten. In der breiten Wahrnehmung ist die Aussicht auf den Aufstieg an die AKP gekoppelt. Selbst die Offenlegung individueller Bereicherung durch Korruption oder solche Desaster wie das Grubenunglück in Soma mit über 300 Toten, die die Kehrseite des Fortschritts aufzeigen, stören diese Wahrnehmung kaum. Wenn es doch zu Protesten kommt, werden Methoden der Aufstandsbekämpfung angewendet. So steht mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzespakets zur „Inneren Sicherheit“, das die Befugnisse der Polizei erweitert und das Versammlungsrecht einschränkt, eine weitere Verschärfung repressiver Mittel an.

### AUFBRUCH ZU NEUEN UFERN ODER SCHIFFBRUCH

Der Autoritarismus und die Islamisierung im Innern sind eng mit außenpolitischen Zielen verknüpft. Hundert Jahre, so Davutoğlu, dauerte die gegenseitige Isolation der „Völker“ nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs. Die „Neue Türkei“, so die Sprachregelung, werde diese Isolation durchbrechen und zusammenführen, was zusammen gehöre. Hinter dieser „Zusammenführung“ stehen handfeste Interessen. Angestrebt wird die Kontrolle über Handelswege sowie Teilhabe an den Erdöl- und Erdgasfeldern in der unmittelbaren Nachbarschaft, die sich in der vergangenen Dekade zu einer „post-modernen“ Kolonie der Türkei entwickelte. Der Warenexport in die Region, deren Produktivkräfte weit unterlegen daher leicht zu dominieren sind, stieg ebenso sprunghaft an wie der Kapitalexport. Zusammengekommen sind dies ausreichend Gründe für die energiehungrige Türkei, die Region als ihre Einflussosphäre zu betrachten.

Nachdem die EU-Mitgliedschaft auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, wird die Destabilisierung von Staaten in der Region als neue äußere Dynamik begrüßt, an der sich die Außenpolitik orientiert. Die Destabilisierung des Irak durch Unterstützung der irakisch-kurdischen Autonomiebehörde gegenüber der Zentralregierung in Bagdad bildet seit Jahren eine Konstante türkischer Außenpolitik. Daneben leistet die Türkei der kriegserischen Radikalisierung in der Region Vorschub, indem sie militante Islamisten zum Sturz der syrischen Regierung unterstützt.

Die Formulierung politischer Projekte in der Türkei steht zunehmend unter dem Drang,

die Märkte und Ressourcen der südlichen Nachbarstaaten zu erobern. Die Realisierbarkeit der neo-osmanischen Expansionsstrategie ist allerdings überaus fraglich. In Nord-Afrika ist die Türkei inzwischen in die politische Bedeutungslosigkeit abgerutscht und der Krieg in Syrien hat nicht den erhofften schnellen Sieg gebracht. Im Gegenteil, in Nord-Syrien hat sich die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen neuen Handlungsspielraum erkämpft, während das von ihr gestützte syrisch-kurdische Autonomiemodell Rojava sich dem Zugriff der Türkei entzieht.

Doch trotz solcher Misserfolge stellt sich die Frage, wie die enge Verflechtung mit der Dynamik in der Region auf die Türkei zurückwirkt. Während die Türkei ein Transitland für Islamisten aus der ganzen Welt geworden ist und türkische Staatsbürger auf Seiten islamistischer Organisationen kämpfen, organisieren sich militante Islamisten auch in der Türkei und halten Versammlungen ab. Das Zusammenkommen der „islamischen

Revolution“ im Innern mit der militanten islamistischen Dynamik lässt jedenfalls eine konfessionelle Zuspitzung des konservativen Islam erwarten. Die Mobilisierung bewaffneter islamistisch-nationalistischer Kräfte gegen die Massenproteste in den kurdischen Regionen der Türkei zu Beginn des Kampfs um die syrisch-kurdische Enklave Kobanê im Oktober 2014 kann als Vorgeschmack auf den zukünftigen Umgang mit Protesten und Krisensituationen begriffen werden.

#### **DAS BÜRGERTUM UNTER NEOLIBERALEM ANPASSUNGSDRUCK**

Währenddessen hält der Umbruch in der größten Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) an. Die Strategie der rechts-populistischen Öffnung zeitigte bislang jedoch nicht den erhofften Erfolg. Die Aufstellung eines Islamisten zum Präsidentschaftskandidaten im vergangenen Sommer gemeinsam mit der faschistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP) entpuppte sich als Flop.

Tabelle 4: „Sozialhilfe“ an Bedürftige [4]

Zahlungsgrund	Monatlich (Euro)	Einmalig (Euro)
Schwangerschaft	10,71	-,--
Geburt im Krankenhaus	-,--	25,00
Gesundheitszuschuss pro Kind (Schüler_in)	16,07	-,--
Zuschuss an bedürftige Studierende	71,48	4.285,71
Zuschuss an Eltern von Soldaten	89,28	-,--
Nahrungsmittelzuschuss	97,86	-,--
Wohnungsgeld	113,21	-,--
Zuschuss für Familienangehörige über 65 Jahre	46,43	-,--
Witwenzuschuss (nur an Frauen)	89,28	-,--
Familienzuschuss bei Behinderung	93,21	-,--
Heizungsunterstützung in den Wintermonaten	-,--	500 kg Kohle

Ob die CHP an diesem Kurs festhält und weiterhin versucht, durch konservativ-religiöse Anrufung Wählerstimmen von der AKP loszulösen, wird sich zeigen. Soziale und demokratische Versprechen macht sie jedenfalls keine, stattdessen grenzen sich Teile ihre Anhängerschaft nach unten ab. Sie werfen seit langem den Ärmsten der Gesellschaft vor, sie verkauften ihre Stimmen für einen Sack Kohle und eine Packung Nudeln an die AKP. Tatsächlich ist die Anzahl der Einzelpersonen, die Hilfen aus öffentlichen Sozialfonds erhalten, stark gestiegen, nach Schätzungen sind es jährlich 10 Millionen. Da es keinen gesetzlich geregelten Anspruch auf diese Hilfen gibt, empfinden viele Hilfsempfänger Dankbarkeit gegenüber der regierenden Partei, deren indirekte Repräsentanten – Provinzgouverneure oder Landräte - den Fonds vorstehen. Hilfen für Gesundheitskosten, die über die gesetzlich geregelte „Grüne Karte“ verteilt werden, kommen hinzu (Tabelle 4).

Doch weder die CHP noch die zweite Oppositionspartei MHP zeigen eine Alternative auf, wie die unter schwierigen Bedingungen lebenden Familien sich ernähren und über den Winter kommen sollen. Zwischenzeitliche sozial-demokratische Anwendungen in der CHP – so deren Vorschlag für eine staatlich finanzierte Familienversicherung und die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse – sind rechts-populistischen Kampagnen gewichen. Die Partei verliert kaum ein Wort über die Lage der informell, sprich prekär und unter miserablen Bedingungen beschäftigten Werktätigen. Der sogenannten Stadterneuerung und den riesigen Infrastrukturprojekten unter dem Diktat kapitalistischer Verwertungsinteressen steht sie grundsätzlich positiv gegenüber. Die

CHP verspricht so wie die AKP zu sein, nämlich investorenfreundliche neoliberale Politik zu gestalten.

Die bei den Präsidentschaftswahlen getroffene strategische Entscheidung, die Auseinandersetzung um Mehrheiten mittels einer kulturpolitischen Anpassung an den islamischen Konservatismus zu führen und gleichzeitig auf eine ernstzunehmende sozial-demokratische Agenda zu verzichten, lässt Schlüsse auf die bestimmenden Triebkräfte zu. Offenbar handelt die Parteispitze unter dem Druck des mächtigen Verbands TÜSIAD. Dass die USA seit geraumer Zeit die CHP hofiert, ist ein weiteres Indiz für den Formierungsversuch einer konkurrenzfähigen neoliberalen Alternative zur AKP. So präsentiert sich das Projekt CHP als ein von Machtkämpfen in den oberen Etagen der Gesellschaft dominiertes Unterfangen, der Partei einen populistischen Anstrich zu verpassen.

#### **POLITIK DER EINHEITSFRONT?**

Mit ihrem kulturpolitischen Rechtsruck unter dem Vorzeichen fraktioneller Konflikte hat die CHP das Schrumpfen ihrer säkularen Basis in Kauf genommen, derer sie sich mangels politischer Alternativen lange sicher glaubte. Der für demokratische Versprechen empfänglicheren und kulturell offeneren CHP-Basis bietet sich inzwischen jedoch eine Alternative an. Infolge des konservativ-islamischen Rechtsrucks innerhalb des Bürgertums und der sich ausbreitenden Erfahrung, dass die etablierten Parteien mehr an der Verteidigung von Pfründen als an der Entwicklung einer Alternative zur AKP interessiert sind, bietet die kommende Wahl zum ersten Mal seit den 1970er Jahren



einem unabhängigen linken-liberalen Bündnis die Chance, als Partei ins Parlament einzuziehen.

Die Demokratische Partei der Völker (HDP), die aus einem Zusammenschluss der kurdischen Bewegung mit linken Gruppierungen hervorgegangen ist, hat angekündigt, nicht wie sonst mit unabhängigen Kandidaten sondern als Partei zur Wahl anzutreten. Mit einem post-marxistischen Programm will sie gegen die Zehn-Prozent-Hürde antreten und baut auf die Mobilisierungsressourcen der kurdischen Bewegung. Falls die Strategie aufgeht, kann sie mit einer weitaus größeren Anzahl an Abgeordneten ins Parlament einzuziehen als bisher, ein Scheitern an der Hürde würde der AKP dagegen wahrscheinlich den Weg zu einer Mehrheit für die präsidentiale Verfassung eröffnen.

Die HDP übersetzt den Unmut gegenüber Autoritarismus und polarisierender Politik in einen radikal-demokratischen Diskurs. Im Mittelpunkt der Emanzipationsziele der HDP stehen die Anerkennung und Gleichstellung unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse, ethnischer Identitäten sowie eine an Gleichstellung orientierte Geschlechterpolitik. Dass diese Orientierung in einer von ethnischen, religiösen und patriarchalen Dynamiken dominierten Region einen Resonanzboden findet, bestätigt den Trend des Juni-Aufstands, wonach demokratische Versprechen gepaart mit linken Inhalten gleichfalls einen Auftrieb erfahren haben.

Inwiefern aus der „radikalen Demokratie“ jedoch mehr als eine Absichtserklärung und parteiinterne Quotenregelungen werden können und in welche Richtung die widerspruchsvolle Beziehung zwischen der kurdi-

schen Bewegung und linken Gruppierungen sich entwickelt, hängt von vielen Faktoren ab. Zunächst befindet sich die kurdische Bewegung - mit Abstand stärkste Kraft in der HDP - in einem geheimen Verhandlungsprozess mit der Regierung. Der Waffenstillstand hält bereits seit über zwei Jahren an und viele politische Gefangene wurden aus der Untersuchungshaft entlassen. Welche Zugeständnisse zu welchem Preis gemacht werden, entzieht sich jedoch der Öffentlichkeit. Solange die Verhandlungen zwischen der PKK und der AKP geheim bleiben, wird die Glaubwürdigkeit der HDP unter einem dicken Fragezeichen stehen. Noch so viele Beueuerungen der kurdischen Bewegung, dass sie keinen Kuhhandel mit der AKP eingehen und beispielsweise im Gegenzug für Haft erleichterungen für Abdullah Öcalan oder einige kulturelle/sprachliche Freiheiten einem Präsidialsystem zustimmen werde, können diese Befürchtung nicht entkräften.

Hinzu kommt, dass die kurdische Bewegung transnational ausgerichtet ist und unterschiedliche soziale Kräfte umfasst. In ihr organisieren sich auch kurdische Unternehmer oder solche in spe, die die neo-osmanische Expansionsstrategie mehr oder weniger deutlich begrüßen. Sie rechnen sich gute Chancen aus, an der Ausbeutung teilzunehmen und sehen Kurdistan im Länderviereck Türkei, Syrien, Irak und Iran als Knotenpunkt eines neuen Eldorado. Wenn wiederum der Parteivorsitzende Selahattin Demirtaş an die Adresse von Industriellen gerichtet dazu aufruft, mehr im kurdischen Südosten zu investieren, so zeigt sich darin nicht nur der Einfluss solcher Erwartungen sondern auch, wie unterbestimmt die soziale Perspektive der „radikalen Demokratie“ ist. Welche beson-

deren Standortvorteile sollten Investoren in Kurdistan erhalten? Angesichts der Masse an billigen Arbeitskräften in der ganzen Türkei können dies nur noch billigere Arbeitskräfte sein oder aber das Versprechen, die natürlichen Ressourcen ausbeuten zu dürfen. Da solche Ziele nicht zum Programm der HDP gehören, im Gegenteil in der kurdischen Bewegung Diskussionen zur Kollektivierung von Ressourcen geführt werden, ist mindestens rätselhaft, welche Türen Investoren geöffnet werden sollen.

Schließlich formuliert die Partei auch sozial-politische Ziele wie die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und kostenloser Zugang zu Bildung. Eine Strategie, wie diesen Anliegen Nachdruck verliehen werden soll, fehlt noch. Ohne ein nachvollziehbares Programm für die informalisierte und prekarierte Arbeiterschaft wird es kaum gelingen, das Wirkungsgefüge der AKP zu durchbrechen, das etliche integrative Mechanismen umfasst, neben der Austeilung materieller Hilfsleistungen über regierungsnahe Sozialfonds, die Schaffung konfessioneller Privilegien und die Verteilung der städtischen Rendite.

Innenpolitisch vor solche Herausforderungen gestellt, wirkt sich die islamistische Dynamik im Nahen Osten auf die kurdische Bewegung als stärkste Kraft in der HDP insbesondere durch die Bekämpfung des von ihr gestützten syrisch-kurdischen Autonomiemodells seitens islamistischer Milizen aus. Rojava hat sich bislang einer Instrumentalisierung durch den Westen entzogen und im syrischen Bürgerkrieg politisch weitgehend neutral verhalten. Doch während des Angriffs des IS auf Kobanê wurden Stimmen aus der kurdischen Bewegung nach einer

insgesamt aktiveren Rolle der NATO im Nahen Osten laut. Eine mittelbare Einbindung der PKK in US-amerikanisch dominierte Pläne, wonach es zwischenzeitlich aussah, würde ein Novum darstellen. Wie ein demokratisches Ansinnen unter linken Vorzeichen mit der Annäherung an die NATO und an das sogenannte Bündnis der Willigen, darunter auch Saudi-Arabien und Katar, die für das Erstarken des Islamismus verantwortlich gemacht werden, zusammengehen soll, bleibt hierbei ein Geheimnis. Zumal unumstritten ist, dass auf alle militärischen Interventionen unter der Führung der USA ein noch größeres Chaos und Erstarken reaktionärer Kräfte folgte.

Damit sind auch die Problemstellen eines erweiterten Bündnisses zwischen der HDP und weiteren linken Kräften angesprochen. Die Unschlüssigkeit hinsichtlich der Rolle von Investoren und der NATO bilden zentrale Kritikpunkte linker Parteien und Initiativen, die sich in Abwehrkämpfen gegenüber dem neoliberalen Ausbeutungskomplex befinden und imperialistische Interventionen im Nahen Osten ablehnen. So formiert sich links von der HDP derzeit eine neue oppositionelle Plattform, die sich in Anlehnung an den Juni-Aufstand Vereinigte Juni Bewegung (BHH) nennt. Wie dauerhaft das lose Bündnis aus linken Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten unterschiedlicher Provenienz ist und welche Wahlstrategie sie verfolgen wird, ist offen und ihre Mobilisierungskraft ungewiss. Eine Annäherung an die CHP ist ebenso im Gespräch wie an die HDP. Zwar steht die BHH den liberalen Tendenzen in der HDP als auch deren Avancen gegenüber den USA sehr kritisch gegenüber, doch angesichts der autoritären, nach man-

cher Ansicht bereits faschistischen Entwicklung wächst der Druck auf die BHH und die HDP, sich auf gemeinsame Kandidaturen zu verständigen, möglichst alle Kräfte zu bündeln und frühzeitig eine gemeinsame Basis für die absehbare Zuspitzung zu bilden. Die Pluralität an Positionen und Akteuren inmitten militärischer Konflikte machen eine Einheit der Linken jedoch zu einem komplizierten Drahtseilakt. ■

\*Der Artikel erschien zuerst in Zeitschrift Sozialismus, Heft Nr. 3 - März 2015. [www.sozialismus.de](http://www.sozialismus.de)

[1] [www.bumko.gov.tr/TR,147/ekonomik-gostergeler.html](http://www.bumko.gov.tr/TR,147/ekonomik-gostergeler.html)

[2] [www.sendika.org/2015/02/2014te-ekonomi-dis-sorunlar-korkut-boratav](http://www.sendika.org/2015/02/2014te-ekonomi-dis-sorunlar-korkut-boratav)

[3] Rat für Arbeitergesundheit und Arbeitsplatzsicherheit, [www.guvenlicisma.org](http://www.guvenlicisma.org) vom 02.11.2014.

[4] Umrechnungsgrundlage Devisenkurs vom 17. Februar 2015: 1,00 Euro = 2,80 TL.

[www.radikal.com.tr/politika/iste\\_ak\\_partinin\\_sosyal\\_yardim\\_gercegi-1260849](http://www.radikal.com.tr/politika/iste_ak_partinin_sosyal_yardim_gercegi-1260849)

Laut der staatlichen Statistikbehörde TUIK sollen 2013 zusammen mit Leistungen der „Grünen Karte“ an rund 13 Millionen Einzelpersonen 7,14 Milliarden Euro als „Sozialhilfe“ ausgezahlt worden sein. Es muss jedoch hinzugefügt werden, dass diese Daten nicht als besonders verlässlich gelten. Sie sind lückenhaft und basieren oftmals auf Hochrechnungen.

## GLOSSAR

PERSONENBEZOGENE INFORMATIONEN STAMMEN ZUM GRÖSSTEN TEIL AUS DER FREIEN ENZYKLOPÄDIE WIKIPEDIA. [HTTP://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/WIKIPEDIA:HAUPTSEITE](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite)

*ATALAY, Beşir*: \* 1. April 1947 im Landkreis Keskin, Provinz Kırıkkale, ist ein türkischer Soziologe, Hochschulprofessor, Politiker und ehemaliger Innenminister. Atalay war Professor an der Atatürk-Universität, an der Marmara-Universität und als Gastprofessor an der University of Michigan tätig. Atalay war Gründungsrektor an der Kırıkkale-Universität. Er war als Koordinator des Zentrums für soziale Untersuchungen in Ankara und als Bereichsleiter im Amt für Staatsplanung sowie als Mitglied der nationalen UNESCO-Kommission tätig. Atalay ist Abgeordneter der Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP). Des Weiteren war er Staatsminister in der 58. (Kabinett Gül) und 59. (I. Erdoğan-Kabinett) Regierung der Republik Türkei. Atalay war seit dem 29. August 2007 Mitglied des II. Erdoğan-Kabinetts der AKP-Regierung unter Erdoğan, in der er bis zum 8. März 2011 als Innenminister tätig war. Nach seiner Tätigkeit als stellvertretender Ministerpräsident im III. Erdoğan-Kabinett, wurde er Parteisprecher der AKP.

*AĞIRDİR, Bekir*: \*1956 in Denizli. Gründer des Programms »Demokratische Republik«,

Geschäftsführer des Umfrageinstituts KONDA.

*ATATÜRK, Mustafa Kemal*: \*1881 in Thessaloniki, gestorben am 10. November 1938 in Istanbul. Begründer der Republik Türkei und erster Staatspräsident. Er hat auch die CHP gegründet. Als Machtpolitiker hat er mit der Abschaffung vom Sultanat und Kalifat sowie mit weitreichenden gesellschaftlichen und gesetzlichen Reformen den Aufbau der Republik begleitet. 1934 wurde ihm vom türkischen Parlament der Nachname »Atatürk« (Vater der Türken) verliehen.

*BAĞIŞ, Egemen*: \* 23. April 1970 in Bingöl, war von 2009 bis 25. Dezember 2013 erster Europaminister der AKP-Regierungen. Er war zuständig für die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU. Bağış musste nach der Veröffentlichung von Abhörprotokollen und aufgrund von Korruptionsvorwürfen zurücktreten.

*BAHÇELİ, Devlet*: \*1948 in Osmaniye. Wirtschaftswissenschaftler. Seit seiner Studienzeit ist er mit der neofaschistischen Bewegung der Türkei verbunden. 1987 wurde er

Vorstandsmitglied der MÇP (Nationalistische Tätigkeitspartei, Nachfolgerin der von der Junta verbotenen MHP), später der wiederzugelassenen MHP. 1997 wurde er nach dem Tod des MHP-Gründers Alparslan Türkeş, als Vorsitzender der MHP gewählt. Von 1999 bis 2002 war er stellvertretender Ministerpräsident in der DSP (Demokratische Linkspartei) – ANAP (Mutterlandspartei) und MHP-Koalition.

*BEŞİKÇİ, İsmail Dr.:* \* 1939 in Çorum, türkischer Soziologe und Schriftsteller. Weil er sich mit der Kurdenproblematik beschäftigte, wurde Beşikçi achtmal verhaftet und verbüßte insgesamt 17 Jahre im Gefängnis. Er war der erste Mensch der wegen »Gründung einer geheimen Ein-Mann-Organisation« verurteilt wurde. Beşikçi saß von 1979 bis 1987 im Gefängnis. Wegen anderer Urteile saß er bis 1999 und kam wegen einer Generalamnestie frei. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde er zu insgesamt 100 Jahren Gefängnis und 10 Milliarden Lira verurteilt. 32 seiner 36 Bücher sind in der Türkei verboten gewesen. Beşikçi genießt innerhalb der kurdischen Bevölkerung ein hohes Ansehen.

*BİR, Çevik:* \* 1939 in Izmir. Pensionierter General, war stellv. Generalstabschef der türkischen Armee. Während dieser Zeit hat er im Namen des Nationalen Sicherheitsrates Richtern und Staatsanwälten Anweisungen verschickt. War aktiv in der illegalen »Arbeitsgruppe West«, die als Kontrollorgan des sog. »postmodernen Putsch vom 28. Februar 2007« fungiert haben soll. Zeitungsberichten zufolge, hat die »AG West« Daten rund 6 Millionen Menschen gesammelt.

*BOZDAĞ, Bekir:* \* 1965 in Yozgat. Rechtsanwalt und Theologe. Seit Juli 2011 stellv.

Ministerpräsident der Türkei. In der letzten Legislaturperiode war Bozdağ stellv. Vorsitzender der AKP-Fraktion im türkischen Parlament und ist seit 2002 Abgeordneter.

*ÇANDAR, Cengiz:* \* 1948 in Ankara. Journalist und Kolumnist der Tageszeitung Radikal. Autor der TESEV-Studie »Wie kann die PKK die Waffen niederlegen?«. Candar ist ein prominenter Vertreter der türkischen 68er-Bewegung. Er war Vorsitzender des Studierendenvereins der Fakultät für Politikwissenschaft. War in Beirut und Damaskus im Palästina-Widerstand aktiv. Zwischen 1991 und 1993 war er der persönliche Berater des verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal. Mitbegründer der liberalen »Bewegung Neue Demokratie«. Zwischen 1997 und 2000 war er Dozent der Istanbuler Bilgi Universität mit dem Schwerpunkt Naher Osten. 1999 bis 2000 hielt er sich in den USA auf und arbeitete in Forschungsinstituten. Er vertritt die Auffassung, dass die »kurdische Frage« aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus politisch und durch Verhandlungen mit der PKK gelöst werden muss.

*ÇAKIR, Ruşen:* \* 25. Januar 1962 in Hopa, renommierter türkischer Journalist und Autor. Er arbeitete in zahlreichen Zeitschriften und Zeitungen. Derzeit ist er bei der Tageszeitung Habertürk beschäftigt. Bekannt wurde er durch Interviews und Reportagen aus den Ländern des Nahen Ostens.

*ÇEVİKKOL, Ahmet Oğuz:* \* 1944 in Denizli. Professor für Psychiatrie. 1968 absolvierte er die Medizinische Fakultät der Ege Universität, wo er bis zu seiner Emeritierung arbeitete.

*ÇİÇEK, Cemil:* \* 1946 in Yozgat. Jurist. Seit Juni 2011 Parlamentspräsident. Er war Mit-

begründer der ANAP (Mutterlandspartei) von Turgut Özal. 1983 wurde er als Abgeordneter gewählt und 1987 Familienminister im Kabinett von Turgut Özal. 1997 verließ er die ANAP und wechselte zu der islamistischen Fazilet Partisi (Partei der Tugend). Nachdem diese 2001 verboten wurde, wurde er Mitbegründer der AKP. Von 2002 bis 2007 war er Justizminister und ab 2007 stellv. Ministerpräsident. Çiçek gehört zum rechten Parteiflügel der AKP und ist als Hardliner bekannt.

*DAVUTOĞLU, Ahmet:* \* 1959 in Konya. Politologe. Bis zu seiner Ernennung als Botschafter in 2003 war er Professor für Politikwissenschaft. Zudem war er Vorstand des Institutes für Internationale Beziehungen an der Universität Beykent. Bis zu seiner Ernennung als Außenminister am 1. Mai 2009 im Kabinett von Erdogan, war er der Chefberater des türkischen Premiers. Seit September 2014 Ministerpräsident. Davutoğlu gilt als stärkster Vertreter der neo-osmanischen Politik. Sein Werk »Strategische Tiefe« wird als Standartwerk der türkischen Außenpolitik gepriesen.

*DEMIRTAŞ, Selahattin:* \* 10. April 1973, Palu, ist ein kurdischer Politiker und Co-Vorsitzender der Halkların Demokratik Partisi (HDP). Er studierte in Ankara Rechtswissenschaften und arbeitete danach als Anwalt. Später wurde er in den Vorstand der Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği in Diyarbakır gewählt und leitete die dortige Zweigstelle. Neben dem İHD ist er Mitglied des Türkiye İnsan Hakları Vakfı (TİHV) und von Amnesty International. Politisch aktiv war er in der am 11. Dezember 2009 verbotenen Demokratik Toplum Partisi (DTP), der sein älterer Bruder Nurettin Demirtaş (\* 1972) vorstand. Selahattin Demirtaş kandi-

dierte für die türkischen Parlamentswahlen 2007 als unabhängiger Einzelkandidat, um die in der Türkei geltende 10 %-Sperrklausel für Parteien zu umgehen. Er wurde als Abgeordneter für die Provinz Diyarbakır direkt gewählt. Nach dem Verbot der DTP trat Selahattin Demirtaş der Barış ve Demokrasi Partisi (BDP) bei. Am 1. Februar 2010 wurde er auf dem Parteikongress in Ankara zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Weil er für die Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 wieder als Unabhängiger kandidierte, trat Demirtaş im April 2011 von seinem Amt als Vorsitzender zurück und verließ aus formalen Gründen die BDP. Bei den Parlamentswahlen wurde er als unabhängiger Kandidat wieder in die Große Nationalversammlung der Türkei gewählt. Im September 2011 wurde er beim Parteitag der BDP in Ankara erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Im Juni 2014 wechselte er zur HDP und wurde zusammen mit Figen Yüksekdağ zum Vorsitzenden gewählt. Eine Woche später wurde er als Kandidat der HDP für die Präsidentschaftswahlen nominiert.

*DİNK, Hrant:* \* 1954 in Malatya, ermordet am 19. Januar 2007 in Istanbul auf offener Straße. War Journalist und Herausgeber der armenisch-türkischen Zeitung AGOS. Er wuchs in armenischen Waisenhäusern auf. Später leitete er eines dieser Waisenhäuser, bis der türkische Staat diese konfiszierte. Daraufhin gründete er mit seinen Brüdern eine Buchhandlung und begann sich journalistisch zu betätigen. Buchrezensionen schrieb er meist unter dem Pseudonym Çutak (Violine). 1996 gründete er mit einigen Freunden AGOS. Wegen AGOS wurde er unzählige Male vor Gericht gestellt – mehrfach wegen »Beleidigung des Türkentums«. 2005 wurde

zu 6 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Drei weitere Verfahren waren bei seinem Tod noch anhängig. Er zog 2006 vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, doch vor der Entscheidung wurde er ermordet. Er wurde mehrfach für seine Verdienste um die Presse- und Meinungsfreiheit ausgezeichnet. An seinem Begräbnis nahmen über Hunderttausend Menschen teil.

*DORA, Erol:* \* 1964 in Silopi. Rechtsanwalt und der erste christliche (syrisch-orthodoxer Christ) Abgeordneter im türkischen Parlament seit den 1960er Jahren. Er wurde als unabhängiger Kandidat des Linksblocks ins Parlament gewählt und ist heute Mitglied der BDP-Fraktion im türkischen Parlament.

*ELİAÇIK, İhsan:* \* 1961 in Kayseri. Autor und Theologe. Kolumnist verschiedener Zeitschriften und des Internetplattform [www.adilmedya.com](http://www.adilmedya.com). Er hat bisher 25 Bücher zum Thema »Erneuerung des Islams« veröffentlicht. Er streitet für eine Interpretation des Islams aus der Zeit des Propheten und ist mit religiösen Artikeln bekannt geworden, die aus der Perspektive der unteren Klassen für soziale Gerechtigkeit plädieren.

*ERDEM, Tarhan:* \* 1933 in Bartın. Autor und Meinungsforscher. 1977 war er Minister für Industrie und Technologie im Kabinett von Bülent Ecevit. 1987 gründete er das Meinungsforschungsinstitut KONDA. Seit 2007 ist Erdem Kolumnist der Tageszeitung Radikal.

*ERDOĞAN, Recep Tayyip:* \* 1954 in Istanbul. Staatspräsident der Türkei. 1994 bis 1998 Oberbürgermeister von Istanbul. Seine politische Karriere begann Erdoğan 1970 als er Vorsitzender der Jugendorganisation der MNP (Partei der nationalen Ordnung)

von Erbakan in einem Istanbuler Stadtteil. Nach dem Verbot der MNP wurde Mitglied der MSP (Nationale Heilspartei). Seinen Aufstieg begann er jedoch in der RP (Wohlfahrtspartei), der Nachfolgepartei der MSP. Er war stellv. Parteivorsitzender. Als die RP auch verboten wurde, wurde er Mitglied der FP (Tugendpartei). 1998 ist er aus der FP ausgetreten, weil er sich mit Erbakan politisch nicht mehr verstand. 2001 gründete er mit anderen ehemaligen Mitgliedern der RP die AKP.

*ERGIN, Sadullah:* \* 6. Juli 1964 in Antakya, ist ein türkischer Jurist, Politiker (AKP) und vom 1. Mai 2009 bis 25. Dezember 2013 Justizminister im Kabinett Erdoğan II und dem Nachfolgekabinett Kabinett Erdoğan III.

*ERSANLI, Büşra Prof. Dr.:* \* 1950 in Istanbul. ist Politikwissenschaftlerin und lehrte bis 2010 in der Marmara Universität internationale Beziehungen und Politikwissenschaft. Sie war Mitglied der Politikakademie der BDP und engagierte sich in der politischen Bildung. Aufgrund ihres Engagements wurde sie im November 2011 im Rahmen der »KCK-Prozesse« verhaftet und 9 Monate in Haft gehalten. Durch eine breite Solidarisierungswelle im In- und Ausland kam sie frei. Das Verfahren dauert noch an.

*GÜL, Abdullah:* \* 1950 in Kayseri. Ehem. Staatspräsident der Türkei. Von 1983 bis 1991 war Gül führender Manager der Islamic Development Bank in Saudi Arabien. Im selben Jahr wurde er als RP-Abgeordneter ins Parlament gewählt. 1995 wurde er wiedergewählt. 1999 wurde er, diesmal als FP-Abgeordneter gewählt. Nachdem Verbot der FP wurde er 2001 Mitgründer der AKP und wurde 2002 zum vierten Mal ins Parlament gewählt. Nach

dem Wahlsieg übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten, bis Recep Tayyip Erdoğan nach einer Gesetzesänderung ins Parlament gewählt werden konnte und Premier wurde. Danach wurde er Außenminister. Im August 2007 wurde er als Staatspräsident gewählt.

*GÜLEN, Fetullah:* \* 1941 in Erzurum. Islamischer Prediger und Oberhaupt der »Fetullah Gülen Bewegung«, in der Türkei auch als »Cemaat« (Gemeinde) bekannt. Er behauptet, der Nachfolger von Said-i Nursi (1960 gestorbener Führer der »Nurculuk-Bewegung«) zu sein. Seine Anhänger sehen in ihm den wichtigsten islamischen Gelehrten, aber seine Kritiker werfen ihm vor, die laizistische Türkei zu unterminieren und durch einen islamischen Staat ersetzen zu wollen. Außer offenen Nationalismus wird seiner Bewegung die Unterstützung einer neoliberalen Wirtschaftsweise vorgeworfen. Seine Kritiker sind der Auffassung, dass die Gülen-Bewegung inzwischen Justiz- und Polizeiapparat der Türkei weitgehend unterwandert habe. Er gilt als einer der schärfsten Kritiker der kurdischen Bewegung. Erst im November 2011 wurde im Internet ein Video von ihm verbreitet, in der er »die Ausrottung von aufständischen Kurden« fordern soll. Gülen ist Ehrenvorsitzender des in Berlin ansässigen »Forums für interkulturellen Dialog«. Die Bewegung besitzt neben Zeitungen, Zeitschriften und Wirtschaftsunternehmungen zahlreiche Schulen und Universitäten, die in mehreren Ländern zu finden sind.

*GÜR, Adil:* Meinungsforscher und Inhaber des Meinungsforschungsinstituts »A&G Araştırma«, die seit 1997 tätig ist.

*GÜRSEL, Seyfettin Prof. Dr.:* \* 6. August 1949 in Manisa, Studierte in Frankreich Wirt-

schaftswissenschaften. Seit 2008 leitet er das Zentrum für wirtschaftliche und gesellschaftliche Studien der Bahçeşehir Universität. Zudem ist er tätig als Kolumnist. Seine Themenschwerpunkte sind politische Ökonomie, Arbeitsökonomie und Wahlsysteme.

*İHSANOĞLU, Ekmeleddin:* \* 1943 in Kairo, ist ein türkischer Wissenschaftshistoriker, war langjähriger Direktor des OIC Forschungszentrums für Islamische Geschichte, Kunst und Kultur (IRCICA) in Istanbul und war von 2005 bis 2013 Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC). 2014 war er CHP-Kandidat bei der Präsidentschaftswahl in der Türkei 2014.

*KARAYILAN, Murat:* \* 1956 in Urfa. Vorsitzender des Executivrats der Koma Civaken Kurdistan. Er schloss sich 1979 der PKK an. 1992 übernahm er das Oberkommando über die Region »Botan«. Auf dem 5. Kongress der PKK im Jahre 1994 wurde er Mitglied des Präsidialrates der PKK.

*KILIÇDAROĞLU, Kemal:* \* 1948 in Ballica. Kılıçdaroğlu absolvierte im Jahr 1971 sein Studium an der Akademie für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften in Ankara. Später war er für das Finanzministerium in der Generaldirektion für Einnahmen tätig. 1991 wurde er Generaldirektor der Sozialversicherung Bağ-Kur, ein Jahr später wechselte er erneut als Generaldirektor zur Sozialversicherungsanstalt (SSK), wo er bis zum Januar 1999 tätig war. Erstmals wurde er 2002 in das Parlament gewählt. Wiederwahl in 2007. 2009 trat er als Oberbürgermeisterkandidat für die CHP in Istanbul an und unterlag dem amtierenden AKP-Politiker Kadir Topbaş. Im Mai 2010 wurde er nach dem Rücktritt von Deniz Baykal zum CHP-Vorsitzenden gewählt.



**KÜRKCÜ, Ertuğrul:** \* 1948 in Bursa. Journalist. BDP-Abgeordneter im türkischen Parlament. Kürkcü war ein Aktivist der 68er-Bewegung in der Türkei. 1970 gründete er gemeinsam mit Mahir Çayan und anderen die THPK-C (Volksbefreiungspartei-Front der Türkei). Im Oktober 1970 wurde er zum Vorsitzender der Dev-Genç (Föderation der revolutionären Jugend) gewählt. Im März 1972 wurden Kürkcü und seine Freunde von einer Spezialeinheit aus dem Amt für besondere Kriegsführung im Generalstab im Dorf Kızıldere im Kreis Niksar in der Provinz Tokat gestellt. Alle außer Kürkcü wurden beim Einsatz getötet. Kürkcü wurde vor einem Sondergericht zum Tode verurteilt, seine Todesstrafe wurde jedoch 1974 in eine 30-jährige Haftstrafe umgewandelt. Nach einer Gesetzesänderung wurde er 1986 entlassen. Kürkcü wurde schriftstellerisch und politisch wieder aktiv und war Herausgeber der Enzyklopädie *Sosyalizm ve Toplumsal Mücadeleler Ansiklopedisi* (Enzyklopädie des Sozialismus und der gesellschaftlichen Kämpfe). Er war 1996 Mitgründer der ÖDP. Zwischen 2002 und 2007 veröffentlichte er das politisch-kulturelle Magazin *Siyasi Gazete*. Neben seinen Aktivitäten in den sozialistischen Parteien wurde er auch Mitglied der DTK (Kongress der demokratischen Gesellschaft), die sich unter anderem mit der Kurdenfrage in der Türkei auseinandersetzt. Des Weiteren ist er Koordinator und Schreiber auf dem unabhängigen politischen Portal [www.bianet.org](http://www.bianet.org).

**MERT, Nuray:** \* 1960 in Trabzon. Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Z. Zt. Ist sie Lehrbeauftragte der Universität Istanbul, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und Kolumnistin der Tageszeitung *Milliyet*. Auf-

grund ihrer regierungskritischen Kolumnen wurde Mert vom Ministerpräsidenten Erdogan persönlich zur Unperson erklärt.

**ÖCALAN, Abdullah:** \* 1949 in Urfa. Vorsitzender der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Die PKK wurde am 27. November 1978 gegründet. Die PKK nahm am 15. August 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Öcalan hielt sich lange in Syrien auf, wo er den Kampf der PKK führte. Am 9. September 1998 musste Öcalan Syrien verlassen, nachdem die Türkei Syrien mit Krieg gedroht hatte. Es folgte eine Odyssee durch verschiedene Länder. Durch eine gemeinsame Aktion der CIA, MOSSAD und dem türkischen Geheimdienst wurde Öcalan am 15. Februar 1999 aus Kenia entführt und in die Türkei gebracht. Die PKK sprach von einem internationalen Komplott. Auf der Gefängnisinsel Imrali fand die Gerichtsverhandlung gegen ihn statt. Das Gericht verurteilte Öcalan zum Tode. Später wurde die Strafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Am 12. Mai 2005 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in letzter Instanz das Verfahren gegen Öcalan als »unfair«. Lange Zeit wurde Öcalan in der Isolationshaft gehalten und seit dem 15. November 2009 wird er mit 5 weiteren Häftlingen auf der Imrali Insel gehalten. Zuletzt wurden seine Verteidigungsschriften unter dem Titel »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« ins Deutsche übersetzt. Öcalan setzt sich für einen Demokratischen Konföderalismus der Völker im Nahen Osten ein und lehnt die Gründung eines kurdischen Nationalstaates ab. Ende November 2011 wurden alle seine Anwälte verhaftet. Seit August 2011 durften seine Anwälte ihn nicht mehr besuchen.

ÖNDER, *Sırrı Süreyya*: \* 1962 in Adiyaman. Regisseur, Schauspieler und Journalist. Wurde im Juni 2011 als unabhängiger Kandidat ins Parlament gewählt. Er ist Mitglied der BDP-Fraktion. Nach dem Militärputsch wurde Önder verhaftet und war sieben Jahre lang in der Haft. Er war auch Kolumnist der Tageszeitungen Radikal und Birgün.

ÖZAL, *Turgut*: \* 1927 in Malatya, verstorben am 17. April 1993 in Ankara. War Staats- und Ministerpräsident der Türkei. Nach dem Putsch vom 12. September 1980 wurde Özal als stellv. Ministerpräsident in der ernannten Regierung von Bülent Ulusu Wirtschaftsminister. Am 20. Mai 1983 gründete er die Anavatan Partisi (Mutterlandspartei) und wurde Parteivorsitzender. Er war maßgeblich an der Umsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik beteiligt. 1989 bis 1989 war er Ministerpräsident und wurde am 31. Oktober 1989 als Staatspräsident gewählt. Heute noch wird über seine Todesursache gestritten. Viele sind der Auffassung, dass Özal vergiftet wurde, weil er sich für eine politische Lösung der »kurdischen Frage« eingesetzt habe.

ÖZEL, *Necdet*: \* 1950 in Ankara. Generalstabschef der türkischen Armee. Nach dem im Juli 2011 sein Vorgänger und die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte aufgrund des Machtkampfes gemeinsam zurückgetreten waren, wurde er von Erdogan zum kommissarischen Generalstabschef ernannt. Staatspräsident Gül bestätigte dann am 4. August 2011 seine Ernennung. Mehrere Bundestagsabgeordnete und PolitikerInnen der Partei DIE LINKE erstatteten gegen Özel in Deutschland eine Strafanzeige, in der sie Özel vorwerfen, chemische Kampfmittel gegen die PKK benutzt zu haben.

SADAK, *Necmettin*: \* 1890 in Isparta, verstorben am 21. September 1953 in New York. War Diplomat, Journalist und Außenminister der Türkei. Dieses Amt hatte er von 1947 bis 1950 inne.

SEZER, *Ahmet Necdet*: \* 1941 in Afyon. War Staatspräsident der Türkei. Ehemaliger Vorsitzender des türkischen Verfassungsgerichts von 1988 bis zu seiner Wahl als Staatspräsident im Mai 2000.

SÖNMEZ, *Mustafa*: Ökonom und Kolumnist verschiedener Tageszeitungen in der Türkei.

TUĞAL, *Cihan*: Professor für Soziologie kalifornischen Berkeley Universität. Sein Forschungsschwerpunkt beschäftigt sich mit der Rolle der Religion in politischen Projekten.

TUNCEL, *Sebahat*: \* 1975 in Malatya. Frauenrechtlerin und Abgeordnete des türkischen Parlaments, ehemalige Krankenschwester. Sie begann ihre politische Laufbahn 1988 in der Frauenorganisation der HADEP und war Mitbegründerin der DTP. 2006 wurde sie wegen PKK-Mitgliedschaft angeklagt. 2007 kandidierte sie für die Parlamentswahlen und wurde aus dem Gefängnis heraus mit der höchsten Stimmzahl für unabhängige KandidatInnen gewählt. Und so aus der Haft entlassen. Im Juni stellte sie sich wieder als unabhängige Kandidatin auf und wurde wiedergewählt.

TÜRKAY, *Mehmet*: Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Marmara Universität in Istanbul. Autor zahlreicher Bücher.

TÜRKEŞ, *Mustafa*: Professor für internationale Politik an der Mittelost Universität in Ankara. Seine Forschungsgebiete sind: Balkan, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, türkische Außenpolitik sowie

die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen.

*TÜZEL, A. Levent:* \* 1961 in Giresun. Rechtsanwalt und Abgeordneter des türkischen Parlaments. Wurde 1996 zum Vorsitzenden der EMEP (Partei der Arbeit) gewählt. Kandidierte 2007 als unabhängiger Kandidat für die Parlamentswahlen, erhielt aber nur 3,4 Prozent der Stimmen. Tüzel wurde vom Linksblock im Juni 2011 als unabhängiger Kandidat aufgestellt und wurde gewählt.

#### PARTEIEN UND BEWEGUNGEN

*AKP:* »Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung). Die AKP wurde am 14. August 2011 von ehemaligen Mitgliedern der Fazilet Partisi (Tugendpartei) gegründet. Parteivorsitzender ist Recep Tayyip Erdoğan. Ihre Programmatik ist konservativ-neoliberal ausgerichtet. Bildet derzeit mit 326 Abgeordneten die stärkste Fraktion im türkischen Parlament und ist Regierungspartei.

*BDP:* »Barış ve Demokrasi Partisi« (Partei des Friedens und der Demokratie). Wurde am 2. Mai 2008 von DTP-Mitgliedern als Ersatzpartei gegründet, da ein Parteiverbotsverfahren gegen die DTP eingeleitet wurde. Am 11. Dezember 2009 wurde dann die DTP verboten und 19 ihrer Abgeordneten sowie der unabhängige Abgeordnete Ufuk Uras traten der BDP bei. Seit April 2010 wurden über 7.000 BDP-Mitglieder wegen vermuteter Mitgliedschaft zur KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) verhaftet. Beim Druck dieser Publikation lief die Verhaftungswelle weiter. Zu den Parlamentswahlen im Juni 2011 trat die BDP nicht als Partei an, sondern unterstützte unabhängige KandidatInnen des Blockes für Arbeit, Demokratie und Freiheit. So gelang

es, wie 2007 die 10-Prozent-Hürde zu umgehen. Der Linksblock stellt 36 Abgeordnete. 6 von ihnen sind weiterhin in Haft. 29 Abgeordnete traten der BDP bei und bildeten die BDP-Fraktion im türkischen Parlament. Parteivorsitz wird gleichberechtigt von Gülten Kışanak und Selahattin Demirtaş ausgeübt. Die BDP bezeichnet sich als eine Linkspartei.

*CHP:* Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei). Wurde am 9. September 1923 von Mustafa Kemal Atatürk gegründet und war bis 1945 die einzige zugelassene politische Partei in der Türkei. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde sie verboten. Ehemalige CHP-Mitglieder gründeten 1985 die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei). 1992 wurde die CHP wieder gegründet und 1995 trat die SHP der CHP bei. Die CHP sieht sich als Wächterin der Prinzipien Mustafa Kemal Atatürks und seiner als »Revolutionen« bezeichneten Reformen. Die sechs Pfeile auf dem Parteilogo stellen das ideologische Grundgerüst der Partei: Republikanismus, Laizismus, Reformismus, Etatismus, Populismus und Nationalismus. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft wird die CHP in Europa als eine sozialdemokratische Partei angesehen. Trotz der sozialdemokratischen Rhetorik ist die CHP eine nationalistische und kemalistische Partei. Parteivorsitzender ist Kemal Kılıçdaroğlu. CHP stellt mit 135 Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion im türkischen Parlament.

*DTP:* Demokratik Toplum Partisi (Partei der demokratischen Gesellschaft). Die DTP wurde am 24. Oktober 2005 gegründet und am 11. Dezember 2009 vom Verfassungsgericht verboten. Die DTP bezeichnete sich als eine Partei, die sich für nationale Anerkennung der KurdInnen und für eine friedliche Lö-

sung der »kurdischen Frage« einsetzt. Die DTP hatte Beobachterstatus in der Sozialistischen Internationale.

*EDP:* Eşitlik ve Demokrasi Partisi (Partei der Gleichheit und der Demokratie). Die EDP wurde am 13. März 2010 gegründet. Ein großer Teil derjenigen Mitglieder, die aus der ÖDP ausgetreten waren, waren die InitiatorInnen der Partei. Unter ihnen war auch der ehem. Abgeordnete Ufuk Uras. Die SHP fusionierte mit der EDP. Doch nach dem Kemal Kılıçdaroğlu im Mai 2010 zum CHP-Vorsitzender gewählt wurde, traten viele ehem. SHP-Mitglieder aus der EDP aus und traten der CHP bei. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 trat die EDP zugunsten des Linksblocks nicht an. Ein Teil der ehem. SHP-Mitglieder, die von der EP austraten, u. a. VertreterInnen von Alewiten, gründeten am 16. April 2011 unter dem Vorsitz von Hüseyin Ergün die SODEP (Sozialdemokratische Partei).

*EHP:* Emekçi Hareket Partisi (Bewegungspartei der Werktätigen). EHP wurde am 5. Januar 2004 als eine marxistisch-leninistische Partei gegründet. Die GründerInnen waren vorher Mitglieder der ÖDP und nannten sich in der ÖDP als »Bewegung«. Aufgrund Meinungsverschiedenheiten bezüglich der EU-Mitgliedschaft und der »kurdischen Frage« zwischen der »Bewegung« und der ÖDP-Mehrheit, traten sie aus der ÖDP aus. Danach beteiligten sie sich an der Gründung der SDP, aber auch hier war die »kurdische Frage« ein Grund auszutreten. Danach entschieden sie sich zur Gründung der EHP.

*EMEP:* Emek Partisi (Arbeitspartei). Die EMEP wurde erstmals 1996 als der TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der

Türkei) nahestehende Emek gegründet. Als die Emek Partisi am 14. Februar 1997 verboten wurde, änderte sie ihren Namen als Emeğin Partisi (Partei der Arbeit). Die Partei wandte sich wegen dem Verbot an das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Nachdem sie dort Recht bekam, änderte die Partei am 27. November 2005 ihren Namen wieder auf Emek Partisi um. Der langjährige Parteivorsitzender A. Levent Tüzel wurde unabhängiger Kandidat des Linksblocks und musste daher aus der Partei austreten. Nach ihm wurde Selma Gürkan als Parteivorsitzende gewählt. Der 6. Parteitag fand am 18. Dezember 2011 in Ankara statt.

*HDP:* Halkların Demokratik Partisi (Demokratische Partei der Völker). Die Partei ging 2012 formal aus dem Halkların Demokratik Kongresi (deutsch: „Demokratischer Kongress der Völker“) hervor und wird dem linken kurdischen Spektrum zugerechnet. Mehrere prominente Abgeordnete der BDP wechselten im Oktober 2013 offiziell zur HDP, mit der es erhebliche personelle Überschneidungen gibt. Führende Politiker der BDP und HDP erklärten, dass die BDP im Westen der Türkei als HDP aufträte. Auf einem Parteitag am 27. Oktober 2013 in Ankara wurden Ertuğrul Kürkçü und Sebahat Tuncel zu den Parteivorsitzenden gewählt. Da es aber im türkischen Parteiengesetz keine Doppelspitze geben kann, wurde Tuncel offizielle Parteivorsitzende. Mitglied des ebenfalls neugewählten Parteivorstandes sind Vertreter der LGBT-Bewegung, der Gezi-Park-Bewegung, Personen des öffentlichen Lebens und unterschiedlicher ethnischer Gruppen und religiöser Ansichten. Die kurz vor diesem Parteitag gegründete HDP dient als Dachorganisation prokurdischer

und sozialistischer Parteien, von Aktivisten aus der Gewerkschafts-, Frauen-, Homosexuellen- und Umweltbewegung sowie von Vertretern religiöser und ethnischer Minderheiten. Als ihr Gründungs-Initiator gilt der inhaftierte Vorsitzende der PKK, Abdullah Öcalan. Öcalan hatte die BDP aufgefordert, „die kurdische Bewegung und die Linke der Türkei zusammenzubringen“. In einem schriftlichen Grußwort bezeichnete Öcalan die HDP als „die historische Erbin des revolutionären Kampfes“. Er verwies darauf, dass die radikale politische Linke um den türkischen Studentenführer Mahir Çayan, der 1971 in einem Schusswechsel mit der Polizei in Kızılderne getötet wurde, die Entstehung der kurdischen Widerstandsbewegung inspiriert habe. Mit dem früheren Guerillaaktivisten Ertuğrul Kürkçü wurde der einzige Überlebende des Kızılderne-Vorfalles zum Vorsitzenden der HDP gewählt. Kürkçü beschrieb die generelle Orientierung der Partei als sozialistisch und antikapitalistisch: „Wir bestehen auf dem Sozialismus. Die Menschheit kann mit dem Kapitalismus nicht überleben“. Kürkçü und die zur Co-Vorsitzenden gewählte kurdische Frauenrechtsaktivistin Sebahat Tuncel hatten die BDP-Fraktion verlassen, um gemeinsam mit weiteren linken Abgeordneten die HDP im Parlament zu vertreten. Zu den Kommunalwahlen im März 2014 plante die BDP in den kurdischen Landesteilen noch Kandidaten unter ihrem Namen aufstellen, während im Westen der Türkei erstmals die HDP antreten sollte. Um in den westlichen Landesteilen bessere Ergebnisse bei den Kommunalwahlen zu erzielen, strebte die HDP laut Medienberichten eine Allianz mit der CHP an. Der sozialistische Abgeordnete Sirri Süreyya Önder, der eine

zentrale Rolle zu Beginn des Gezi-Park-Protests gespielt hatte, sah eine Verbindung in der kurdischen Widerstandsbewegung und den Gezi-Protessen bis hin zu den Protesten gegen den Straßenbau auf dem Universitätscampus der Technischen Universität des Nahen Ostens (ODTÜ) in Ankara: „Der Prozeß, der mit der kurdischen Freiheitsbewegung begann und mit Streiks, den Newroz-Feiern und Gezi-Park-Aktionen fortgesetzt wurde, fand seine Krönung im Widerstand an der Technischen Universität des Mittleren Ostens“. Es sei die Zeit, so Önder, für einen „Barrikadenbau“ gekommen, wobei die HDP „der Zement dieser Barrikade“ sei. Die Ursprünge der HDP lägen in der Wahlallianz zwischen der prokurdischen BDP und sozialistischen Gruppierungen. Stärkste Kraft im Bündnis sei die BDP, die neben einer über 30-köpfigen Parlamentsfraktion etwa 100 Bürgermeister in den kurdischen Landesteilen stelle. Linke Vereinigungen wie die Partei der Arbeit (EMEP) und die Partei der Sozialistischen Demokratie (SDP) hätten wiederum in der Protestbewegung im Sommer eine wichtige Rolle gespielt.

*KCK: Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans). Die KCK, die als eine kurdische Untergrundorganisation im Juli 2007 gegründet wurde, hat das Ziel, die von Abdullah Öcalan am 20. März 2005 deklarierten »Demokratischen Konföderalismus« umzusetzen. Sie soll die Keimzelle einer nichtstaatlichen Gesellschaft bilden. Dabei will die KCK die bestehenden Staatsgrenzen nicht antasten. Spezielle Komitees sind u. a. für die Bereiche Wissenschaft und Aufklärung, Volksverteidigung, Sprache und Bildung, Recht, Gesundheit, Ökologie zuständig. Die Arbeit in den einzelnen Landes-*

teilen Kurdistans im Iran, in Irak, der Türkei und Syrien obliegt den jeweiligen Volksräten. Zwischen April 2009 und November 2011 wurden über 7.700 Personen als vermeintliche Mitglieder der KCK festgenommen. Unter ihnen sind zahlreiche legale BürgermeisterInnen und PolitikerInnen der BDP, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen.

*MHP*: Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der nationalistischen Bewegung). Die MHP ging 1969 aus der CKMP (Republikanischen Bauern-Volkspartei) hervor. Alparslan Türkeş war bis zu seinem Tod im April 1997 der Parteivorsitzende und wird als »Führer« bezeichnet. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die MHP verboten. Daraufhin wurde am 30. November 1985 die MÇP (Nationalistische Arbeitspartei) gegründet. In Deutschland sind die MHP-Anhänger auch als »Graue Wölfe« bekannt. Nach einem Volksentscheid über verbotene Parteien, die 1992 stattfand, hat die Partei wieder ihren alten Namen genommen. Zwischen November 2008 und November 2002 war die MHP an der Ecevit-Regierung beteiligt. Parteivorsitzender ist Devlet Bahçeli. Die MHP wird in der Politikwissenschaft als typische neofaschistische Partei bezeichnet.

*ÖDP*: Özgürlük ve Dayanışma Partisi (Partei der Freiheit und Solidarität). Die ÖDP wurde 1996 als ein Zusammenschluss verschiedener linkssozialistischer Strömungen der Türkei gegründet. In den Parlamentswahlen 1999 erhielt die ÖDP nur 0,8 Prozent der Stimmen. Nach parteiinternen Streit folgte die Abspaltung mehrerer Gruppen. Die SDP wurde von einer Gruppe von ehem. ÖDP-Mitgliedern gegründet. Bei den Parlamentswah-

len in 2007 wurde der Parteivorsitzende Ufuk Uras als unabhängiger Kandidat ins Parlament gewählt. Uras trat später aus der ÖDP aus. Die ÖDP, die 2007 nicht flächendeckend an den Parlamentswahlen antrat, erhielt lediglich 0,15 Prozent der Stimmen. An den Parlamentswahlen im Juni 2011 konnte die ÖDP nichtteilnehmen, da die Partei aufgrund fehlender Formalien von der Hohen Wahlkommission ausgeschlossen wurde.

*PKK*: Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans). Die PKK wurde am 27. November 1978 in einem Dorf bei Lice (Diyarbakir) gegründet. Das Ziel der Organisation wurde damals als Gründung eines eigenen kurdischen Staates erklärt, der durch einen Guerillakrieg zu erreichen wäre. Dem Kampf gegen nationale Unterdrückung wurde Vorrang eingeräumt. Obwohl vorher einzelne Guerillaaktionen stattfanden, wird der 15. August 1984 als Beginn des Guerillakrieges bezeichnet. Der türkische Staat reagierte darauf mit einer massiver militärischen Antwort. Der bis heute andauernde Konflikt hat Schätzungen zufolge mehr als 50.000 Menschen das Leben gekostet. Die PKK sieht den Kurdenführer Abdullah Öcalan als ihren Vorsitzenden. Heute ist das erklärte Ziel der PKK der »Demokratische Konföderalismus«. Da weitere notwendige Informationen den Rahmen dieses Glossars sprengen würden, sollte hier auf ein Buch aufmerksam gemacht werden, der eines der umfangreichsten Werke zur PKK darstellt: Nikolaus Brauns und Brigitte Kiechle »Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam«, Schmetterlingsverlag 2010, ISBN 3-89657-564-3

*SP*: Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit). Die SP wurde am 21. Juli 2001 als Nachfol-

gerin der einen Tag nach der Gründung der SP verboten wurde. Der Vorsitzende war Necmettin Erbakan. Die SP ist die politische Partei der Millî Görüş Hareketi (Bewegung der nationalen Sicht) und gilt als islamistisch-nationalistische Partei. Das Sprachrohr der SP ist die Tageszeitung Millî Gazete. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 erhielt die SP nur 1,25 Prozent der Stimmen.

*TİP*: Türkiye İşçi Partisi (Arbeiterpartei der Türkei). TIP wurde am 13. Februar 1961 von zwölf führenden Gewerkschaften gegründet. Nach den Parlamentswahlen von 1965 erreichte sie mit 3 Prozent der Stimmen einen großen Erfolg und entsandte 15 Abgeordnete ins Parlament. Die TIP hatte als erste Partei die Realität der »kurdischen Frage« anerkannt und dies in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Deswegen wurde sie am 20. Juli 1971 verboten. Die Neugründung erfolgte 1976. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die TIP wieder verboten und wirkte im Untergrund weiter. 1988 vereinigte sich mit der Kommunistischen Partei der Türkei zur TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei). Die TBKP wurde später aufgelöst.

*TKP*: Türkiye Komünist Partisi (Kommunistische Partei der Türkei). Ordnungshalber sollte darauf hingewiesen werden, dass die TKP richtigerweise als »Neo-TKP« zu bezeichnen ist, da sie mit der 1920 gegründeten und in der TBKP aufgegangenen TKP nichts zu tun hat. Die Wurzeln der »Neo-TKP« liegen in der Gruppe Sosyalist İktidar (Sozialistische Macht), die sich 1978 aus ausgeschlossen TIP-Mitgliedern formierte. 1986 gründeten einige prominente Personen der ehemaligen Gruppe die Zeitschrift »Gelenek« (Tradition). Von Gelenek-Kadern wurde 1992 die Sosya-

list Türkiye Partisi (Partei der sozialistischen Türkei) gegründet, die jedoch vom Verfassungsgericht verboten wurde. Nachfolgepartei war die Sosyalist İktidar Partisi (Partei der sozialistischen Macht), die sich in 2001 den Namen TKP gab. Von Kritikern wird der »Neo-TKP« Nationalkommunismus und nationalistische Tendenzen vorgeworfen.

#### **INSTITUTIONEN UND GEWERKSCHAFTEN**

*DISK*: Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften). DISK wurde am 13. Februar 1967 von 5 Gewerkschaften gegründet. Innerhalb weniger Jahre wurde DISK der zweitgrößte Dachverband der Gewerkschaften nach TÜRK-İŞ. DISK Mitglieder wurden sowohl 1971 als auch 1980 von Militärs verfolgt und waren Zielscheibe von Attentaten. Besonders blutig war der Angriff auf die 1. Mai-Kundgebung 1977 auf dem Istanbuler Taksim-Platz, bei dem 36 TeilnehmerInnen getötet wurden. Am 22. Juli 1980 wurde der DISK Vorsitzende Kemal Türkler vor seinem Haus erschossen. Nach dem Militärputsch von 1980 forderten die Militärs in einem Schauprozess für 78 Gewerkschaftsführer die Todesstrafe. Insgesamt 1.477 DISK-Mitglieder waren angeklagt. 1991 ging der Prozess mit einem Freispruch durch den militärischen Kassationsgerichtshof zu Ende. Nach einem außerordentlichen Kongress im Dezember 1991 konnte DISK seine Arbeit wieder aufnehmen. Den eigenen Angaben nach hat DISK heute über 300.000 Mitglieder.

*BİRLEŞİK METAL-İŞ*: Vereinigte Metallarbeitergewerkschaft der Türkei. Die Gewerkschaft wurde durch die Fusion der Türkiye Maden-İş (Gewerkschaft der Metallarbeiter),

die 1949 gegründet wurde und Otomobil-İş (Gewerkschaft der Automobilindustriearbeiter), die 1963 gegründet wurde, am 4. September 1993 gegründet. Beide Gründungsgewerkschaften gehörten zu den kämpferischsten Gewerkschaften der Türkei.

*GIDA-İŞ*: Gewerkschaft der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie. Diese Gewerkschaft war eine der Gründungsgewerkschaften der DISK. Heute hat sie kaum zahlende Mitglieder.

*IDEF*: Uluslararası Savunma Sanayii Fuarı (Internationale Verteidigungsindustriemesse). Findet alljährlich in Ankara statt. Eigentümerin der Messe ist die Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte

*İHD*: İnsan Hakları Derneği (Menschenrechtsverein der Türkei). Er wurde am 17. Juli 1986 von 98 Personen gegründet. Dazu gehörten Anwälte, Journalisten, Intellektuelle, aber vor allem Angehörige von politischen Gefangenen. Er setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte in allen Bereichen ein. Im Jahre 1992 wurde die Satzung des İHD um humanitäre Aspekte entsprechend der Genfer Konvention erweitert. Seitdem werden auch Menschenrechtsverletzungen bewaffneter Gruppen kritisiert. Seit der Gründung hat der İHD sowohl mit rechtlichen Eingriffen in seine Arbeit aber auch mit direkter Gewalt von Einzelpersonen oder nationalistisch motivierten Kreisen zu kämpfen gehabt. Dazu führt der Verein auf seiner Internetseite an, dass mehr als 400 Verfahren gegen Vorstandsmitglieder des Vereins eröffnet wurden. Die Gouverneure einzelner Provinzen ließen die Zweigstellen insgesamt 30 Mal schließen. Gegen den Vorsitzenden der Zweigstelle Diyarbakır, die zwischen 1997

und 2000 geschlossen war, Osman Baydemir wurden in einem Jahr 60 Ermittlungs- und Strafverfahren eröffnet. Im Jahre 2000 wurden gegen die Zweigstelle Izmir ebenfalls 60 Verfahren eröffnet. Wegen Reden in den Jahren 1995 und 1996 wurde der ehemalige Vorsitzende Akin Birdal zu 20 Monaten Haft verurteilt, von denen er 14 Monate verbüßte. Daneben listet der İHD 14 Personen auf, die als Mitglieder des Vereins umgebracht wurden. Am 12. Mai 1998 entging Akin Birdal nur knapp dem Tod, als zwei Angreifer im Büro des İHD 14 Schüsse auf ihn abfeuerten. Am 25. November 1999 überfiel eine Gruppe von 30–35 Personen aus dem Umfeld der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) das Büro und verprügelten den neuen Vorsitzenden Hüsnü Öndül

*KONDA*: KONDA Araştırma ve Danışmanlık (KONDA Forschung und Beratung) ist ein privatwirtschaftliches Forschungsinstitut, die 1986 von Tarhan Erdem gegründet wurde.

*MGK*: Milli Güvenlik Kurulu (Nationaler Sicherheitsrat der Türkei). Verfassungsrechtlich wurde die MGK erstmals nach dem Militärputsch von 1960 verankert. Ziel ist die Festlegung, Planung und Umsetzung der nationalen Sicherheitspolitiken der Türkei. Nach dem Militärputsch von 1980 wurden die Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrates erweitert. Die MGK war die wichtigste Institution des militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes. Mit den Änderungen von 2003 wurde die MGK nach und nach unter die Kontrolle der AKP-Regierung gebracht.

*MÜSİAD*: Müstakil İş Adamları Derneği (Verein der unabhängigen Unternehmer). MÜSİAD wurde am 5. Mai 1980 in Istanbul



gegründet. Schon bei der Gründung sprachen die Medien von einer »muslimischen« Verbindung. Einer ihrer erklärten Missionen ist »die Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes, unter Beachtung der nationalen und gesellschaftlichen Traditionen und Kultur«. Die MÜSIAD ist erklärte Unterstützerin der AKP-Regierung und ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Unternehmerverbände der Türkei aufgestiegen.

*TESEV*: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfi (Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien). TESEV wurde 1994 gegründet und sieht sich in der Nachfolge des Rates für wirtschaftliche und soziale Studien, die 1961 von dem Pharma-Idustriellen Nejat Eczacıbaşı gegründet wurde. Sein Sohn Bülent Eczacıbaşı war Gründungsvorsitzender der TESEV, die inzwischen ein Jahresbudget von 2 Mio. US-Dollar hat. Rund 400.000 US-Dollar kommen von der Soros-Stiftung.

*TUIK*: (ehem. DİE) Türkiye İstatistik Kurumu (Statistikbehörde der Türkei). Wurde 1926 als »Zentrale Statistikbehörde« gegründet. 1962 wurde daraus die DIE (Staatliche Statistikbehörde). 2005 wurde dann die TUIK gegründet und dem Ministerium für Aufschwung unterstellt.

*TÜMTİS*: Türkiye Motorlu Taşıtlı İşçileri Sendikası (Transportarbeitergewerkschaft der Türkei). Wurde am 14. Juli 1949 in Istanbul gegründet. Ist einer der Gründungsmitglieder der Konföderation TÜRK-İŞ.

*TÜPRAŞ*: Türkiye Petrol Rafineleri A.Ş. (Erdölraffinerien der Türkei Aktiengesellschaft). TÜPRAŞ ist das größte petrochemische Unternehmen der Türkei, die in vier Erdölraffinerien über rund 28,1 Mio. Tonnen Rohölverarbeitungskapazität verfügt. Die

Teilprivatisierung begann 1991, als 2,5 Prozent der Aktien verkauft wurden. 2005 hat das Koc-Shell-Konsortium mit einem Gebot von über 4 Mrd. US-Dollar 51 Prozent gekauft.

*TÜRK-İŞ*: Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der türkischen Arbeitergewerkschaften). Wurde am 6. September 1952 in Izmir von 11 Gewerkschaften gegründet. Heute sind 35 Gewerkschaften Mitglied von TÜRK-İŞ. 1967 haben 5 Mitgliedsgewerkschaften TÜRK-İŞ als eine »gelbe Gewerkschaft« bezeichnet und sind ausgetreten, wonach sie DISK gründeten. Nach eigenen Angaben hat TÜRK-İŞ über 2 Mio. Mitglieder. Die TÜRK-İŞ-Führung hat stets eine regierungsnahen Politik verfolgt, aber einzelne Mitgliedsgewerkschaften konnten eine regierungskritische und unabhängige Gewerkschaftspolitik betreiben.

*TÜSIAD*: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği (Verein der türkischen Industriellen und Unternehmer). TÜSIAD wurde 1971 gegründet und ist eine der wichtigsten Unternehmensverbände in der Türkei. In den letzten Jahren trat der Verein vor allem durch seine offensive Werbung für einen türkischen EU-Beitritt hervor.

*USAK*: Uluslararası Stratejik Araştırmalar Kurumu (Organisation für internationale strategische Studien). USAK wurde 2004 in Ankara als eine regierungsnahen Organisation gegründet. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind internationale Beziehungen, ethnische Studien, Terrorismusforschung sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitiken.

*YASED*: Uluslararası Yatırımcılar Derneği (Verein der internationalen Investoren). Wurde 2011 gegründet. Ihr erklärtes Ziel laut

ihrer Website ist: »Die Türkei zu einem besten Investitionsland der Welt zu machen«.

#### ZEITUNGEN

*HÜRRİYET*: Hürriyet (Freiheit). Wurde am 1. Mai 1948 von Sedat Simavi gegründet. Mit 48 Angestellten erreichte sie schon in der ersten Woche eine Auflage von 50.000. Heute befindet sich Hürriyet im Besitz der Familie Doğan, an der auch die Axel Springer AG beteiligt ist. Dem Doğan-Konzern gehören u. a. die Tageszeitungen Milliyet, Radikal, Posta, Fanatik, Referans, Gözcü und die englischsprachige Hürriyet Daily News an Economic Review sowie der größte Privatsender der Türkei, die Kanal D. Im Kopf der Zeitung befindet sich das Motto »Türkiye Türklerindir« (Türkei gehört den Türken). Hürriyet verfolgt eine staats- und regierungsnahe Politik.

*ÖZGÜR GÜNDEM*: Özgür Gündem (Freie Tagesordnung). Prokurdische Linkszeitung. Erschien erstmals im Mai 1992 als »Gündem« (Tagesordnung). Nur sieben Tage nach dem Erscheinen wurde der erste Redakteur ermordet. Bis die Zeitung 1994 verboten wurde starben mehr als 70 MitarbeiterInnen der Zeitung. Auch die Vorgängerzeitungen »Yeni Ülke« (Neues Land) und »Özgür Ülke« (Freies Land) wurden verboten. Mehrere Male wurden Filialen und Zentrale der Zeitung Ziel von Bombenanschlägen. Bei dem Bombenanschlag am 2. Dezember 2004 starb ein Angestellter der Zeitung und 18 Personen wurden verletzt. Am 4. April 2011 wurde die Zeitung wieder gegründet und hat eine Auflage von über 45.000. Der Vertrieb wird weiterhin behindert, mehrere JournalistInnen der Zeitung sitzen derzeit im Untersuchungshaft.

*RADİKAL*: Radikal erscheint seit 1996 als Tageszeitung und ist im Besitz der Familie Doğan. Seit dem 17. Oktober 2010 erscheint sie im Tabloid-Format. Die Redaktionslinie wird als liberal bezeichnet.

*YENİ ŞAFAK*: Yeni Şafak (Neue Morgendämmerung). Die Zeitung wurde im September 1994 von der Stiftung der Ärzteunion herausgegeben. Am 23. Januar 1995 wurde die Zeitung von dem Vorsitzenden der islamistischen Ensar Stiftung, Ahmet Şişman gekauft. Im Impressum wird als Gründungsdatum der 23. Januar 1995 angegeben. Als konservatives Blatt ist Yeni Şafak mit ihrer regierungsnahen Berichterstattung bekannt.

*YENİ ÖZGÜR POLİTİKA*: Yeni Özgür Politika (Neue freie Politik) ist Nachfolgerin der »Özgür Politika« (Freie Politik) die im September 2005 im Rahmen des »PKK-Verbot« verboten wurde. Seit Januar 2006 erscheint sie unter dem Namen Yeni Özgür Politika. Die Redaktion sieht sich in der Traditionslinie der Zeitungen »Gündem« und »Özgür Gündem«. Wegen Veröffentlichung einer PKK-Fahne neben einem Zeitungsartikel ist derzeit ein Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur anhängig.

#### ZUM AUTOR:

Murat Çakır ist seit Januar 2006 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung; bis 30. Oktober 2009 Pressesprecher in Berlin und seit dem 1. November 2009 Regionalbüroleiter der RLS in Hessen.

